

Haushaltssatzung 2015/2016



Inhaltsverzeichnis

I.	Haushaltssatzung	3
II.	Statistische Angaben	9
III.	Allgemeine Ausführungen	11
IV.	Bilanz Stadt Alsdorf zum 31.12.2013	19
V.	Vorbericht	23
VI.	Haushaltssicherungskonzept	53
VII.	Stellenplan	75
VIII.	Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	103
IX.	Übersicht über die Zuwendungen an die Fraktionen	105
X.	Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten	123
XI.	Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals	125
XII.	Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen mit den neuesten Jahresabschlüssen der Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die Gemeinde mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist	127
XIII.	Bilanz Industrie- und Gewerbepark GmbH	129
XIV.	Bilanz Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft mbH	141
XV.	Bilanz Freizeitobjekte GmbH	153
XVI.	Bilanz Grund- und Stadtentwicklung GmbH	157
XVII.	Bilanz Eigenbetrieb Technische Dienste	171
XVIII.	Wirtschaftsplan Industrie- und Gewerbepark GmbH	191
XIX.	Wirtschaftsplan Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft mbH	193
XX.	Wirtschaftsplan Freizeitobjekte GmbH	195
XXI.	Wirtschaftsplan Grund- und Stadtentwicklung GmbH	197
XXII.	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Technische Dienste	221
XXIII.	Übersicht über den Stand der Bürgschaftsverpflichtungen	291
XXIV.	Glossar	293
XXV.	Abkürzungsverzeichnis	305

HAUSHALTSSATZUNG

der Stadt Alsdorf

für die Haushaltsjahre 2015/2016

**Bestätigt gemäß
§ 80 Abs. 2 GO NRW
Alsdorf, den 23. April 2015**

**Aufgestellt gemäß
§ 80 Abs. 1 GO NRW
Alsdorf, den 23. April 2015**

**gez.
Sonders
Bürgermeister**

**gez.
Hafers
Kämmerer**

HAUSHALTSSATZUNG

der Stadt Alsdorf

für das Haushaltsjahr 2015/2016

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV. NRW. Nr. 55 vom 02.09.1994, S. 666 ff.), in der zurzeit geltenden Fassung, hat der Rat der Stadt Alsdorf mit Beschluss vom 11.06.2015 folgende Haushaltssatzung 2015/2016 erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2015 und 2016, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Alsdorf voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

für das Haushaltsjahr	2015	2016
im Ergebnisplan mit		
dem Gesamtbetrag der Erträge auf	90.733.138 EUR	102.145.226 EUR
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	103.647.989 EUR	105.100.364 EUR
im Finanzplan mit		
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	88.088.593 EUR	99.541.371 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	98.609.627 EUR	100.332.119 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	10.345.716 EUR	7.636.366 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	11.714.550 EUR	9.085.700 EUR
festgesetzt.		

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr für Investitionen erforderlich ist, wird auf	2015	2016
	1.367.167 EUR	1.445.217 EUR

festgesetzt.

§ 3

	2015	2016
Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf festgesetzt.	2.019.000 EUR	1.610.000 EUR

§ 4

	2015	2016
Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage auf Grund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf	0 EUR	0 EUR
und		
die Verringerung der allgemeinen Rücklage auf Grund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf festgesetzt.	12.914.851 EUR	2.955.138 EUR

§ 5

	2015	2016
Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung im Haushaltsjahr in Anspruch genommen werden dürfen,		
wird auf festgesetzt.	150.000.000 EUR	150.000.000 EUR

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 wie folgt festgesetzt:

	2015	2016
1. Grundsteuer		
1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	437 v.H.	437 v.H.
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	575 v.H.	695 v.H.
2. Gewerbesteuer auf	495 v.H.	495 v.H.

§ 7

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahr 2021 wieder hergestellt. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

1. Bildung von Budgets:

Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung bilden im Produktbereich 02 - Sicherheit und Ordnung die Produkte

- 02-03-01 – Allgemeine Ordnungsangelegenheiten,
- 02-04-01 – Feuerwehr,
- 02-05-01 – Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten,
- 02-06-01 – Allgemeine Verkehrsangelegenheiten sowie
- 02-06-02 – Verkehrsordnungswidrigkeiten

ein Budget.

Der Produktbereich 03 – Schulträgeraufgaben, der Produktbereich 06 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie der Produktbereich 08 – Sportförderung bilden zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung eigenständige Budgets.

Im Rahmen des Investitionshaushaltes gelten die Haushaltsansätze der jeweiligen Investitionsnummer als Budget.

Des Weiteren bilden die jeweiligen Produkte das Budget.

Die Budgetverantwortung obliegt dem jeweiligen produktverantwortlichen Fachgebiet.

Innerhalb der Budgets werden Erträge und Aufwendungen der laufenden Verwaltungstätigkeit sowie die Einzahlungen und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit der Produkte zusammengefasst.

In den Budgets sind jeweils die Gesamtsumme der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsausführung verbindlich. Das gleiche gilt für die Einzahlungen und Auszahlungen im Rahmen der Investitionstätigkeit.

Es wird darüber hinaus bestimmt, dass bei einer vorliegenden Zweckbindung Mehrerträge/-einzahlungen die Ermächtigungen für die entsprechenden Aufwendungen/Auszahlungen erhöhen.

Bei Mindererträgen/-einzahlungen vermindern sich die entsprechenden Ermächtigungen für Aufwendungen/Auszahlungen. Gleichfalls dürfen zweckgebundene Mehreinzahlungen bei investiven Maßnahmen für Mehrauszahlungen verwendet werden.

2. Zentrale Bewirtschaftung

Im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung wird aus den in den jeweiligen Produktbudgets ausgewiesenen Personalaufwendungen ein produktübergreifender Deckungsring bis zur Höhe der im Haushaltsplan zusammengefassten Personalaufwendungen gebildet.

Des Weiteren werden die Sachkonten 521400 (Bauunterhalt „GSG-GS“) und 524117 (Bewirtschaftungskosten „GSG-GS“) als produktübergreifend gegenseitig Deckungsfähig erklärt.

Die interne Leistungsverrechnung und die Bewirtschaftung der Verfügungsmittel des Bürgermeisters erfolgen zentral. Eine Überschreitung dieser Ansätze oder die Verbindung mit anderen Budgetmitteln ist gem. § 15 GemHVO NRW nicht zulässig.

3. Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 83 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) gelten als unerheblich, wenn sie im Einzelfall den jeweiligen Ansatz um weniger als 40.000,00 € übersteigen. Gleiches gilt für außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen. Erhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Stadtrates; unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Bürgermeisters oder Kämmers. Unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind dem Rat vierteljährlich zur Kenntnis zu bringen.

Notwendige Einrichtungen neuer Produktsachkonten im Ergebnisbudget sind während des laufenden Haushaltsjahres grundsätzlich zulässig.

Für aufkommende Abgrenzungs- und Zuordnungsproblematiken sind zur Flexibilisierung der Verwaltungstätigkeit „außerplanmäßige“ Aufwendungen/Auszahlungen zulässig; der Zuschussbedarf darf hierbei nicht überschritten werden.

Mehraufwendungen und -auszahlungen, die den Haushalt nicht belasten (durchlaufende Gelder o. ä.) sowie Jahresabschlussbuchungen gelten als unerheblich.

4. Sperrvermerk bei Zweckbindung

Haushaltsansätze und Verpflichtungsermächtigungen für Maßnahmen, für die Zuschüsse des Bundes, des Landes oder der Städteregion zur Finanzierung haushaltsrechtlich vorgesehen sind, dürfen erst nach Vorliegen der jeweiligen Bewilligungsbescheide in Anspruch genommen werden.

5. Wertgrenze für die Veranschlagung einzelner Investitionsmaßnahmen

Die Wertgrenze für die Veranschlagung und Abrechnung einzelner Investitionsmaßnahmen wird auf 5.000,00 € festgesetzt.

§ 9

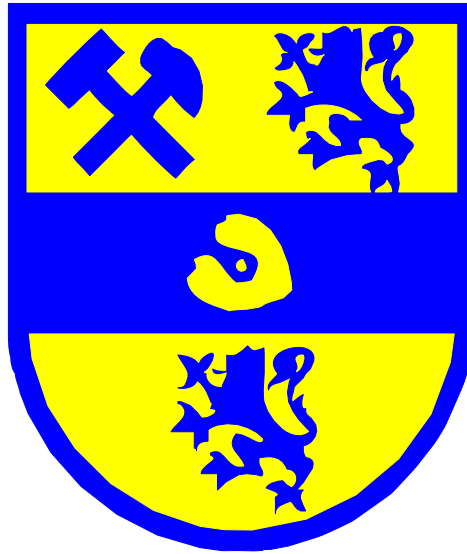
Sind im Stellenplan Planstellen als kw/ku (künftig wegfallend/künftig umzuwandeln) bezeichnet, sind die Bestimmungen des § 26 Bundesbesoldungsgesetz (Obergrenzen für Beförderungssämter) und der Stellenobergrenzenverordnung (StOV-Gem.) zu beachten.

Beamte können mit Rückwirkung von höchstens drei Monaten in höhere Planstellen eingewiesen werden, soweit sie während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichartigen Amtes tatsächlich wahrgenommen haben und die Planstellen, in die sie eingewiesen werden, besetzbar waren.

Stellen von Beamten können vorübergehend mit vergleichbaren Arbeitnehmern besetzt werden.

Alsdorf, den 11.06.2015

gez.
Sonders
(Bürgermeister)



Statistische Angaben

STATISTISCHE ANGABEN

Gesamtfläche der Stadt Alsdorf: rd. 31,5 km²

Bevölkerung:

Fortschreibung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (ab 1986)

am 31.12.1986	45.925 Einwohner	am 31.12.2002	46.423 Einwohner
am 31.12.1987	46.353 Einwohner	am 31.12.2003	46.382 Einwohner
am 31.12.1988	46.329 Einwohner	am 31.12.2004	46.462 Einwohner
am 31.12.1989	46.618 Einwohner	am 31.12.2005	46.472 Einwohner
am 31.12.1990	46.935 Einwohner	am 31.12.2006	46.284 Einwohner
am 31.12.1991	46.894 Einwohner	am 31.12.2007	46.015 Einwohner
am 31.12.1992	47.025 Einwohner	am 31.12.2008	45.953 Einwohner
am 31.12.1993	46.747 Einwohner	am 31.12.2009	45.721 Einwohner
am 31.12.1994	46.426 Einwohner	am 31.12.2010	45.522 Einwohner
am 31.12.1995	46.147 Einwohner	am 31.12.2011	45.337 Einwohner
am 31.12.1996	45.958 Einwohner	am 31.12.2012	46.326 Einwohner
am 31.12.1997	45.881 Einwohner	am 31.12.2013	46.313 Einwohner
am 31.12.1998	46.072 Einwohner		
am 31.12.1999	45.961 Einwohner		
am 31.12.2000	46.087 Einwohner		
am 31.12.2001	46.344 Einwohner		

Schüler Schulstatistik	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Grundschulen	1.995	1.912	1.814	1.710	1.634	1.566	1.552
Hauptschulen	598	558	541	481	463	399	385
Realschulen	944	907	888	902	906	874	862
Gesamtschule	1.182	1.188	1.226	1.251	1.285	1.295	1.279
Gymnasium	603	643	661	641	631	614	649
Förderschule	152	155	145	142	132	136	129
Summe Schüler	5.474	5.363	5.275	5.127	5.051	4.884	4.856

Einrichtungen:

Schulen:

8 Grundschulen
1 Hauptschulen
2 Realschulen
1 Gesamtschule
1 Gymnasium
1 Förderschule im Verbund

Sportstätten:

ungedeckte Sportanlagen:

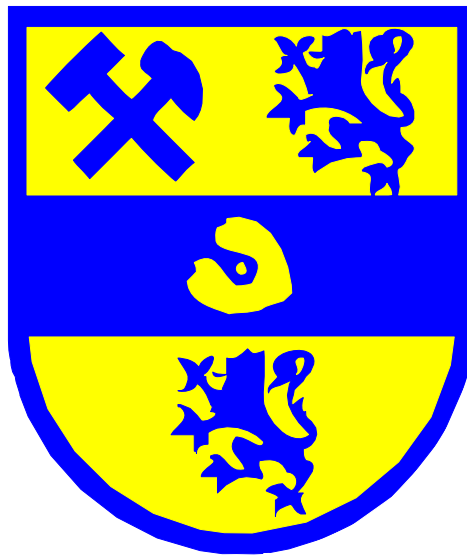
13 Sportplätze
17 Tennisspielfelder
5 Schießsportanlagen
2 Reitanlagen
8 Bolzplätze

gedeckte Sportanlagen:

17 Turnhallen
1 Multifunktionale Sporthalle
2 Reithallen

Badeanlagen:

1 Hallenbad
2 Lehrschwimmbecken



Allgemeine Ausführungen

Allgemeine Ausführungen zum 6. NKF-Haushalt der Stadt Alsdorf

Das Innenministerium NRW hat im Mai 1999 ein Modellprojekt zur Einführung eines doppelten Kommunalhaushaltes beschlossen.

Nach mehreren Jahren der Vorbereitung der Reform des kommunalen Haushaltsrechts und der Erprobung durch die Modellstädte Brühl, Dortmund, Düsseldorf, Moers und Münster, die Gemeinde Hiddenhausen sowie den Kreis Gütersloh hat der Landtag Nordrhein-Westfalen am 10.11.2004 das Gesetz über ein Neues Kommunales Finanzmanagement für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunales Finanzmanagementgesetz NRW - NKFG NRW -) beschlossen. Das Gesetz zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements ist am 1. Januar 2005 in Kraft getreten. Damit hat die doppelte Buchführung spätestens zum 1. Januar 2009 das bisherige kamerale Rechnungswesen in den Städten, Gemeinden und Kreisen Nordrhein-Westfalens abgelöst.

Das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) besteht aus drei Bausteinen:

- Ergebnisrechnung
- Finanzrechnung
- Bilanz

Diese drei Bausteine bilden das so genannte „Drei-Komponenten-System“.

Finanzrechnung	Bilanz		Ergebnisrechnung
	Aktiva	Passiva	
Einzahlungen ./ Auszahlungen	Vermögen	Eigenkapital	Erträge ./ Aufwendungen
Finanzmittelsaldo	Liquide Mittel	Fremdkapital	Ergebnissaldo

Die Bestandteile des neu aufzustellenden NKF-Haushaltes sind in dem nachfolgenden Schaubild zusammengefasst:

Haushaltsplan	
Ergebnisplan	Finanzplan
• Erträge • Aufwendungen	• Einzahlungen • Auszahlungen
Teilergebnispläne für die Produktbereiche 01 bis 17 • Erträge • Aufwendungen Ergänzt um Ziele, Kennzahlen, Erläuterungen etc.	Teilfinanzpläne für die Produktbereiche 01 bis 17 Für Investitionen: • Einzahlungen • Auszahlungen
Anlagen • Vorbericht • Stellenplan • Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben • Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten • Übersicht über Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und einzelne Ratsmitglieder • Bilanz des Vorjahres • Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals	

Der verbindlich vorgeschriebene Produktrahmen beinhaltet 17 Produktbereiche:

01	Innere Verwaltung
02	Sicherheit und Ordnung
03	Schulträgeraufgaben
04	Kultur und Wissenschaft
05	Soziale Hilfen
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
07	Gesundheitsdienste
08	Sportförderung
09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen
10	Bauen und Wohnen
11	Ver- und Entsorgung
12	Verkehrsflächen und Anlagen, ÖPNV
13	Natur- und Landschaftspflege
14	Umweltschutz
15	Wirtschaft und Tourismus
16	Allgemeine Finanzwirtschaft
17	Stiftungen

1. Komponenten des Neuen Kommunalen Haushaltes

a) Ergebnisplan

Im Zentrum des neuen Haushaltswesens steht der Ergebnisplan, weil es zu den vordringlichen Zielen der Reform des Haushaltsrechts gehört, das Ressourcenaufkommen bzw. den Ressourcenverbrauch (Ertrag/Aufwand) einer Periode vollständig abzubilden.

Vollständig heißt vor allem, einschließlich der Abschreibungen und einschließlich der erst später zahlungswirksam werdenden Belastungen. Das bedeutet, dass nicht mehr der Zeitpunkt der Zahlung über die Zuordnung zum Haushaltsjahr entscheidet, sondern der Zeitraum, in dem der Ressourcenverbrauch bzw. das Ressourcenaufkommen durch die Verwaltungstätigkeit tatsächlich anfällt. Im Ergebnisplan werden künftig insbesondere die geplanten Positionen der laufenden Verwaltungstätigkeit ausgewiesen. Der Rat der Stadt ermächtigt die Verwaltung mit dem Ergebnisplan die entsprechenden Ressourcen einzusetzen. Die Begriffe (Positionen) des Ergebnisplans / der Ergebnisrechnung werden im Folgenden erläutert:

Pos. 1: Steuern und ähnliche Abgaben (Kontengruppe 40)

Zu den kommunalen Steuern zählen die Realsteuern des § 3 Abs. 2 AO (Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B).

Darüber hinaus werden die Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern (Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer) und sonstige Steuern (z.B. Vergnügungssteuer, Hundesteuer) gebucht.

Pos. 2: Zuwendungen und allgemeine Umlagen (Kontengruppe 41)

Zu den Zuwendungen zählen Zuweisungen und Zuschüsse als Übertragungen vom öffentlichen an den privaten Bereich oder umgekehrt. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten der Passivseite fallen auch hierunter.

Pos. 3: Sonstige Transfererträge (Kontengruppe 42)

Leistungen der Gemeinde an Dritte, z.B. Sozialhilfeleistungen, die die Gemeinde ersetzt bekommt, z.B. Ersatz von sozialen Leistungen, Schuldendiensthilfen u.a., werden als Transfererträge ausgewiesen.

Pos. 4: Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (Kontengruppe 43)

Unter öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten werden hier z.B. Verwaltungsgebühren, Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte sowie zweckgebundene Erträge erfasst.

Pos. 5: Privatrechtliche Leistungsentgelte (Kontengruppe 44)

Die Gemeinde beschafft ihre Finanzmittel nach § 77 Abs. 2 Nr. 1 GO auch aus Entgelten für erbrachte Leistungen. Wenn diesen ein privates Rechtsverhältnis zu Grunde liegt, z.B. aus Verkauf, aus Mieten und Pachten, Eintrittsgelder, sind diese als Erträge hier auszuweisen.

Pos. 6: Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Kontengruppe 44)

Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen sind solche, die die Gemeinde aus der Erbringung von Gütern und Dienstleistungen für eine andere Stelle, die diese vollständig oder anteilig erstattet, erwirtschaftet.

Pos. 7: Sonstige ordentliche Erträge (Kontengruppe 45)

Als Auffangposition sind hier alle anderen Erträge bei einer Gemeinde, die nicht speziell unter den anderen Ertragspositionen erfasst werden, z.B. ordnungsrechtliche Erträge wie Bußgelder, Säumniszuschläge und dgl. Erträge aus der Inanspruchnahme von Bürgschaften, Gewährverträgen usw., Ausgleichszahlung nach AFWoG NRW, Verzinsung Gewerbesteuer nach § 233 a AO, Konzessionsabgaben, zu erfassen.

Pos. 8: Aktivierte Eigenleistungen (Kontengruppe 47)

Erstellt die Gemeinde selbst aktivierungsfähige Vermögensgegenstände, so stellt deren Wert einen Ertrag dar, der hier auszuweisen ist. Diese Position ist die Gegenposition zu den Aufwendungen der Gemeinde zur Erstellung von Anlagevermögen, sofern diese Aufwendungen Herstellungskosten darstellen, z.B. Materialaufwand und Personalaufwand für selbst erstellte Gebäude, Spielgeräte, usw.

Pos. 9: Bestandsveränderungen (Kontengruppe 47)

Erhöht sich der Bestand an fertigen oder unfertigen Erzeugnissen im Vergleich zum Vorjahr, so stellt dies einen Ertrag dar, der hier auszuweisen ist. Grundlage der Ermittlung der Bestandsveränderungen ist die Inventur zum Bilanzstichtag. Bestandsveränderungen können sich aus Mengen- und/oder Bewertungsänderungen ergeben, so dass hier auch ggf. ein „negativer Ertrag“ durch eine Verminderung des Bestandes auszuweisen ist.

Pos. 11: Personalaufwendungen (Kontengruppe 50)

Hierzu gehören alle anfallenden Aufwendungen für die Vergütung von Beamten, Angestellten sowie von weiteren Kräften, die auf Grund von Arbeitsverträgen beschäftigt werden. Aufwandswirksam sind die Bruttobeträge einschließlich der Lohnnebenkosten, z.B. Sozialversicherungsbeiträge. Die Zuführung zu Pensionsrückstellungen für die Beschäftigten zählt auch zu dieser Position.

Pos. 12: Versorgungsaufwendungen (Kontengruppe 51)

Hierzu gehören alle anfallenden Versorgungsbezüge, auch für Angehörige des ausgeschiedenen Personals, soweit die Aufwendungen nicht bereits durch Rückstellungen berücksichtigt wurden. Ebenso sind weitere Aufwendungen, z.B. Beiträge zur Sozialversicherung, Beihilfen zu berücksichtigen. Ggf. können auch zusätzlich Zuführungen zu Pensionsrückstellungen anfallen, soweit sie noch für Ansprüche für den Kreis der Versorgungsempfänger zu bilden sind.

Pos. 13: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Kontengruppe 52)

Hier sind alle Aufwendungen, die mit dem gemeindlichen Verwaltungshandeln (Betriebszweck) bzw. Umsatz oder Verwaltungserlösen wirtschaftlich zusammenhängen, auszuweisen. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen umfassen deshalb u.a. Aufwendungen für Fertigstellungen, Vertrieb, Waren, Ersatzbeschaffungen, Festwerte, Haltung von Fahrzeugen, Sachleistungen Offene Ganztagschule, Lernmittel, Werkmaterial, Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser, Aufwendungen für die Unterhaltung (inkl. Reparatur, Fremdstandhaltung) und die Bewirtschaftung des Anlagevermögens (inkl. Reparatur, Versicherung, Grundsteuer, Reinigung), aber auch Kostenerstattungen an Dritte.

Pos. 14: Bilanzielle Abschreibungen (Kontengruppe 57)

Der Ressourcenverbrauch, der durch die Abnutzung des Anlagevermögens entsteht, wird über die Abschreibungen erfasst. Sie sind während der Nutzungsdauer des angeschafften oder hergestellten Vermögensgegenstandes jährlich zu ermitteln und hier auszuweisen.

Pos. 15: Transferaufwendungen (Kontengruppe 53)

Hier sind die Leistungen der Gemeinde an private Haushalte (Sozialtransfers) oder an Unternehmen (Subventionen) zu erfassen.

Bei typischen Transfers an natürliche Personen (Sozialhilfe) erfolgen dies ohne Anspruch auf eine Gegenleistung. Bei Zuweisungen und Zuschüssen kann eine Gegenleistung vereinbart sein. Als Transferaufwendungen werden erfasst, z.B. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Schuldendiensthilfen, Sozialleistungen u.a., Kostenbeitrag an den WVER, Allgemeine Umlage an das Land, Gewerbesteuerumlage, Finanzierungsbeteiligung, Fonds Deutsche Einheit, Kreisumlage u.a.

Pos. 16: Sonstige ordentliche Aufwendungen (Kontengruppe 54)

Sonstige ordentliche Aufwendungen umfassen alle Aufwendungen, die nicht den anderen Aufwandspositionen den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen oder den außerordentlichen Aufwendungen zuzuordnen sind. Hier sind z.B. sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen, Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten, Geschäftsaufwendungen (Bürobedarf, Bücher, Zeitschriften, Porto, Telefon, Rundfunk- und Fernsehgebühren, öffentliche Bekanntmachungen, sonstiger Geschäftsaufwand, Vorräte, Verbrauchsmaterial, Veranstaltungen, Ausstellungen, Repräsentationsaufwand, GWG < 410 €, Planungskosten, IT Geschäftsaufwendungen), Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Verluste aus Finanzanlagen und Wertpapieren, Mieten und Pachten, Leasing zu erfassen

Pos. 19: Finanzerträge (Kontengruppe 46)

Hier sind z.B. Dividenden oder andere Gewinnanteile als Erträge aus Beteiligungen sowie Zinsen und ähnliche Erträge als Finanzerträge zu erfassen.

Pos. 20: Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (Kontengruppe 55)

Hier sind im Wesentlichen Zinsaufwendungen und Kreditbeschaffungskosten auszuweisen.

Pos. 23, 24: Außerordentliche Erträge und außerordentliche Aufwendungen (Kontengruppe 49/59)

Die Begriffe „außerordentliche Erträge“ und „außerordentliche Aufwendungen“ sind entsprechend dem Handelsrecht eng auszulegen. Derartige Erträge und Aufwendungen beruhen auf seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen, z.B. Naturkatastrophen, sonstige durch höhere Gewalt verursachte Unglücke, Spenden, sofern sie von wesentlicher Bedeutung für die individuellen Gegebenheiten der Gemeinde sind. Dazu zählt nicht die Veräußerung von Vermögensgegenständen, die im Rahmen der Aufgabenerfüllung der Gemeinde regelmäßig erfolgen.

Im Ergebnisplan bedarf es zur Umsetzung des vom Rat gewollten haushaltswirtschaftlichen Handelns und der vereinbarten produktorientierten Ziele der Darstellung des voraussichtlichen Jahresergebnisses. Weil die Aufwendungen und Erträge in der Periode gebucht werden, in der sie verursacht worden sind, wird die Ermittlung dieses Ergebnisses verursachungsgerecht auf das Haushaltsjahr begrenzt. Der Ausweis des Ergebnisses eines Haushaltsjahres sowie seine Höhe und Quellen im Haushaltsplan dienen auch als Grundlage für die Entscheidung des Rates über die Verwendung und den Einsatz der Ressourcen.

Pos. 18: Ordentliches Ergebnis

Das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit weist die Ertragskraft aus, die sich aus der laufenden Tätigkeit der Gemeinde ergibt. Es umfasst alle regelmäßig anfallenden Aufwendungen und Erträge und ist aus dem Saldo der ordentlichen Erträge und ordentlichen Aufwendungen zu ermitteln. Die ordentlichen Erträge ergeben sich durch eine Addition der Ertragspositionen und die ordentlichen Aufwendungen durch eine Addition der Aufwandspositionen.

Pos. 21: Finanzergebnis

Das Finanzergebnis ist der Saldo aus den Finanzerträgen und den Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen.

Pos. 22: Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit

Das ordentliche Jahresergebnis setzt sich zusammen aus dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit und dem Finanzergebnis. Es stellt ein Abbild des wirtschaftlichen Handelns der Gemeinde dar.

Pos. 25: Außerordentliches Ergebnis

Dieses ergibt sich aus der Saldierung der außerordentlichen Erträge und außerordentlichen Aufwendungen. Es zeigt, inwieweit seltene und ungewöhnliche Vorgänge im Haushaltsjahr aufgetreten sind, die von wesentlicher Bedeutung für die Gemeinde sind.

Pos. 26: Jahresergebnis

Das Jahresergebnis wird aus der Saldierung des ordentlichen Ergebnisses und des außerordentlichen Ergebnisses gebildet. Es zeigt das Ergebnis der voraussichtlichen Entwicklung der Stadt.

Zur Nachvollziehbarkeit der erzielten Erträge und der entstandenen Aufwendungen im Rahmen einer Beurteilung des gemeindlichen Haushalts, aber auch, um Gemeinden miteinander vergleichen zu können sowie zur Erfüllung statistischer Anforderungen, ist es sachgerecht, dass die Gemeinden bei der Aufstellung des Haushaltsplans den vom Innenministerium bekannt gegebenen Kontierungsplan, in dem auch die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Positionen des Ergebnisplans festlegt ist, anwenden.

b) Finanzplan

Neben dem Ergebnisplan wird für jedes Haushaltsjahr ein Finanzplan aufgestellt. Der Grund hierfür liegt darin, dass der Ergebnisplan nicht die zu leistenden Zahlungen enthält. Es muss auch eine Ermächtigungsgrundlage für solche Zahlungen, die sich im Bereich der Investitionen ergeben, geschaffen werden. Diese Einzahlungen und Auszahlungen werden im Finanzplan geplant und ermächtigt. Die Trennung in Verwaltungs- und Vermögenshaushalt entfällt. Die sich aus den Investitionen ergebenden Abschreibungen des Anlagevermögens belasten allerdings wieder als Aufwand den Ergebnisplan. Damit dient der Finanzplan auch der Finanzierungsplanung, da er u. a. die Höhe der erforderlichen Kreditaufnahme ausweist.

In der Gruppe „Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit“ entsprechen die Ein- und Auszahlungsarten der Nummern 1 bis 7 und 10 bis 15 den Ertrags- und Aufwandsarten des Ergebnisplans, weil die Erträge und Aufwendungen zugleich zahlungswirksam sein können. Abweichungen ergeben sich in den Fällen, in denen die Ertrags- und Aufwandsarten im Ergebnisplan, nicht zahlungswirksam sind.

In der Gruppe „Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit“ werden die wichtigsten Arten der Zahlungen ausgewiesen, um die Finanzierung der geplanten Investitionen offen zu legen. Daher sind Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen, aus der Veräußerung von Sachanlagen, aus der Veräußerung von Finanzanlagen, von Beiträgen u.ä. Entgelten und sonstige Investitionseinzahlungen als gesonderte Positionen auszuweisen. Dies soll entsprechend für die Auszahlungen gelten, so dass Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden, für Baumaßnahmen, für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, für den Erwerb von Finanzanlagen, von aktivierbaren Zuwendungen und sonstige Investitionsauszahlungen auch als gesonderte Positionen auszuweisen sind. In der Gruppe „Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit“ werden im Finanzplan die Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen sowie die Auszahlungen für deren Tilgung getrennt ausgewiesen.

Hier wird anders als in der Finanzrechnung auf einen gesonderten Ausweis der Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für die Liquiditätssicherung sowie der Auszahlungen für deren Tilgung verzichtet, da für diese finanziellen „Betriebsmittel“ wegen des ständig wechselnden Bedarfs kein genauer Betrag für das gesamte Haushaltsjahr geplant werden kann. Es bleibt daher für diesen Teil der Kreditaufnahme – wie bisher - bei der Festlegung eines Gesamtbetrages zur Aufnahme derartiger Kredite in der Haushaltssatzung.

c) Teilpläne

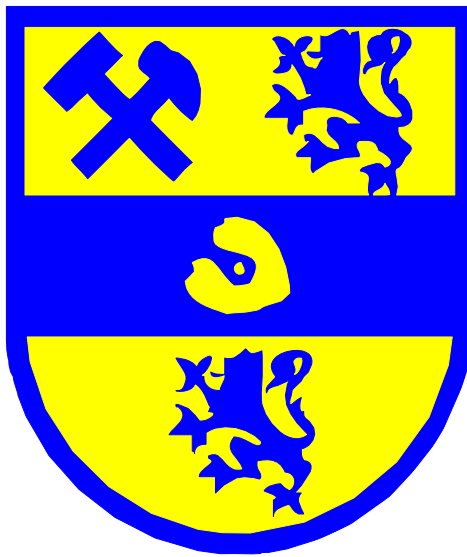
Die aufzustellenden Teilpläne für den Ergebnis- und Finanzplan sind gemäß § 4 Abs. 1 GemHVO produktorientiert aufzustellen. Sie werden nach Produktbereichen unter Beachtung des vom Innenministerium bekannt gegebenen Produktrahmens aufgestellt. Diese Regelung ersetzt die bisherigen Vorschriften zur Gliederung (Unterabschnitte) des kameralen Haushaltes.

d) Bilanz / Eröffnungsbilanz

Ergänzt werden die beiden Komponenten der Ergebnis- und Finanzplanung um die Bilanz.

Sie zeichnet nicht, wie die beiden anderen Komponenten, die laufenden Ressourcen- bzw. Geldströme eines Haushaltsjahres auf, sondern stellt zu einem Stichtag das vorhandene Vermögen und die Schulden der Kommune gegenüber. Der Saldo der Gesamtergebnisrechnung findet sich auf der Passivseite wieder, weil der Erfolg einer Periode Einfluss auf die Höhe des vorhandenen Eigenkapitals hat. Der Saldo der Gesamtfinanzrechnung wird auf der Aktivseite zu finden sein, denn das Ergebnis der Zahlungsströme

beeinflusst den Bestand an liquiden Mitteln. Für die Eröffnungsbilanz ist eine Bestandsaufnahme erfolgt, die im Aktiva die Vermögenswerte (Kapitalverwendung) ausweist. Die Aktivseite ist gegliedert in Anlage- und Umlaufvermögen. Im Passiva werden neben dem Eigenkapital, Rückstellungen, Sonderposten und Fremdkapital (Kapitalentstehung) ausgewiesen. Die Bilanzierung, der Ansatz und die Bewertung in der Bilanz orientieren sich mit der GO bzw. GemHVO an das Handelsrecht, wobei kommunale Besonderheiten im Neuen Kommunalen Finanzmanagement berücksichtigt werden.



Schlussbilanz

der Stadt Alsdorf

zum 31. Dezember 2013

A. Schlussbilanz

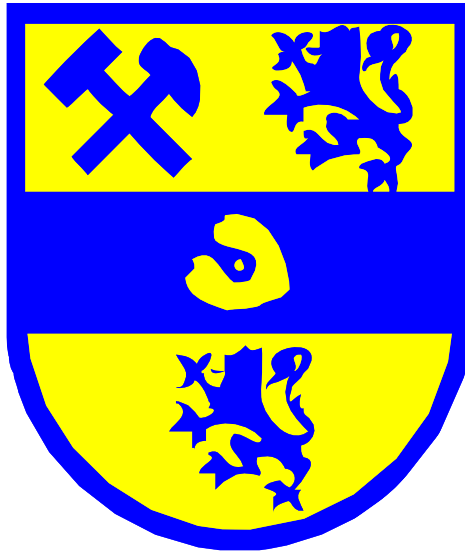
Aktiva

		Bilanz zum 31.12.2013	Veränderung	Bilanz zum 31.12.2012
Anlagevermögen		239.154.694,92 €	-4.485.208,12 €	243.639.903,04 €
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	63.303,84 €	15.770,39 €	47.533,45 €
1.2	Sachanlagen	179.810.778,78 €	-4.096.919,37 €	183.907.698,15 €
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	22.164.191,17 €	-652.333,83 €	22.816.525,00 €
1.2.1.1	Grünflächen	18.726.510,54 €	-657.012,94 €	19.383.523,48 €
1.2.1.2	Ackerland	1.694.893,74 €	-10.599,34 €	1.705.493,08 €
1.2.1.3	Wald, Forsten	306.513,20 €	890,50 €	305.622,70 €
1.2.1.4	Sonstige unbebaute Grundstücke	1.436.273,69 €	14.387,95 €	1.421.885,74 €
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	72.862.478,44 €	-3.146.601,72 €	76.009.080,16 €
1.2.2.1	Kinder- und Jugendeinrichtungen	5.151.054,55 €	-910.314,44 €	6.061.368,99 €
1.2.2.2	Schulen	56.783.278,10 €	-1.875.004,53 €	58.658.282,63 €
1.2.2.3	Wohnbauten	603.141,47 €	-4.111,91 €	607.253,38 €
1.2.2.4	Sonstige Dienst-, Geschäfts- und andere Betriebsgebäude	10.325.004,32 €	-357.170,84 €	10.682.175,16 €
1.2.3	Infrastrukturvermögen	78.663.788,49 €	-1.925.255,10 €	80.589.043,59 €
1.2.3.1	Grund und Boden des Infrastrukturvermögen	32.495.106,57 €	47.241,16 €	32.447.865,41 €
1.2.3.2	Brücken und Tunnel	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.2.3.3	Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.2.3.4	Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.2.3.5	Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrsknotenpunkten	45.902.716,63 €	-1.964.031,47 €	47.866.748,10 €
1.2.3.6	Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	265.965,29 €	-8.464,79 €	274.430,08 €
1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	96.943,22 €	10.800,00 €	86.143,22 €
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	1.284.211,20 €	376.294,74 €	907.916,46 €
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.867.907,50 €	132.409,85 €	2.735.497,65 €
1.2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	1.871.258,76 €	1.107.766,69 €	763.492,07 €
1.3	Finanzanlagen	59.280.612,30 €	-404.059,14 €	59.684.671,44 €
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	25.674.335,88 €	0,00 €	25.674.335,88 €
1.3.2	Beteiligungen	108.997,45 €	0,00 €	108.997,45 €
1.3.3	Sondervermögen	7.558.562,00 €	0,00 €	7.558.562,00 €
1.3.4	Wertpapiere des Anlagevermögens	388.603,83 €	0,00 €	388.603,83 €
1.3.5	Ausleihungen	25.550.113,14 €	-404.059,14 €	25.954.172,28 €
1.3.5.1	an verbundene Unternehmen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.3.5.2	an Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.3.5.3	an Sondervermögen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.3.5.4	Sonstige Ausleihungen	25.550.113,14 €	-404.059,14 €	25.954.172,28 €
Umlaufvermögen		7.965.477,42 €	-2.484.640,18 €	10.450.117,60 €
2.1	Vorräte	971.059,04 €	-980.451,00 €	1.951.510,04 €
2.1.1	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	971.059,04 €	-980.451,00 €	1.951.510,04 €
2.1.2	Geleistete Anzahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.887.431,04 €	-1.483.877,64 €	7.371.308,68 €
2.2.1	Öffentlich rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	1.681.376,69 €	-1.106.873,46 €	2.788.250,15 €
2.2.1.1	Gebühren	243.020,16 €	-255.954,79 €	498.974,95 €
2.2.1.2	Beiträge	766,45 €	-1.134,09 €	1.900,54 €
2.2.1.3	Steuern	860.417,07 €	-1.007.432,63 €	1.867.849,70 €
2.2.1.4	Forderungen aus Transferleistungen	58.794,19 €	-7.374,33 €	66.168,52 €
2.2.1.5	Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	518.378,82 €	165.022,38 €	353.356,44 €
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	4.206.054,35 €	-330.017,94 €	4.536.072,29 €
2.2.2.1	gegenüber dem privaten Bereich	1.593.489,04 €	-457.900,36 €	2.051.389,40 €
2.2.2.2	gegenüber dem öffentlichen Bereich	1.145.029,20 €	122.562,48 €	1.022.466,72 €
2.2.2.3	gegen verbundene Unternehmen	1.420.000,00 €	-40.000,00 €	1.460.000,00 €
2.2.2.4	gegen Beteiligungen	1.950,23 €	-265,94 €	2.216,17 €
2.2.2.5	gegen Sondervermögen	45.585,88 €	45.585,88 €	0,00 €
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände	0,00 €	-46.986,24 €	46.986,24 €
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2.4	Liquide Mittel	1.106.987,34 €	-20.311,54 €	1.127.298,88 €
Aktive Rechnungsabgrenzung		549.084,85 €	-60.321,57 €	609.406,42 €
		247.669.257,19 €	-7.030.169,87 €	254.699.427,06 €

Passiva

			Bilanz zum 31.12.2013	Veränderung	Bilanz zum 31.12.2012
1.	Eigenkapital		13.724.659,61 €	-10.314.245,17 €	24.038.904,78 €
	1.1	Allgemeine Rücklage	22.768.909,97 €	-13.796.852,95 €	36.565.762,92 €
	1.2	Sonderrücklage	- €	0,00 €	- €
	1.3	Ausgleichsrücklage	1,00 €	1,00 €	- €
	1.4	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	- 9.044.251,36 €	3.482.606,78 €	- 12.526.858,14 €
2.	Sonderposten		68.455.556,66 €	-1.108.737,02 €	69.564.293,68 €
	2.1	für Zuwendungen	41.567.116,05 €	-109.958,32 €	41.677.074,37 €
	2.2	für Beiträge	26.684.272,09 €	-1.015.117,32 €	27.699.389,41 €
	2.3	für den Gebührenausschlag	- €	0,00 €	0,00 €
	2.4	Sonstige Sonderposten	204.168,52 €	16.338,62 €	187.829,90 €
3.	Rückstellungen		42.622.168,41 €	1.277.862,30 €	41.344.306,11 €
	3.1	Pensionsrückstellungen	38.860.494,00 €	1.094.604,00 €	37.765.890,00 €
	3.2	Rückstellungen für Deponien und Altlasten	- €	0,00 €	- €
	3.3	Instandhaltungsrückstellungen	373.400,00 €	201.737,85 €	171.662,15 €
	3.4	Sonstige Rückstellungen	3.388.274,41 €	-18.479,55 €	3.406.753,96 €
4.	Verbindlichkeiten		116.739.042,42 €	2.909.675,17 €	113.829.367,25 €
	4.1	Anleihen	- €	0,00 €	0,00 €
	4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	19.931.759,36 €	-1.420.222,22 €	21.351.981,58 €
	4.2.1	von verbundenen Unternehmen	- €	0,00 €	0,00 €
	4.2.2	von Beteiligungen	- €	0,00 €	0,00 €
	4.2.3	von Sondervermögen	- €	0,00 €	0,00 €
	4.2.4	vom öffentlichen Bereich	- €	0,00 €	0,00 €
	4.2.5	vom privaten Kreditmarkt	19.931.759,36 €	-1.420.222,22 €	21.351.981,58 €
	4.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	90.659.458,14 €	3.586.633,46 €	87.072.824,68 €
	4.4	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	543.435,25 €	-1.727.613,27 €	2.271.048,52 €
	4.6	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	2.717.435,01 €	1.351.389,44 €	1.366.045,57 €
	4.7	Sonstige Verbindlichkeiten	1.496.430,62 €	-271.036,28 €	1.767.466,90 €
	4.8	Erhaltene Anzahlungen	1.390.524,04 €	1.390.524,04 €	0,00 €
5.	Passive Rechnungsabgrenzung		6.127.830,09 €	205.274,85 €	5.922.555,24 €

247.669.257,19 € -7.030.169,87 € 254.699.427,06 €



**Vorbericht
zum Haushaltsplan der Stadt Alsdorf
für die Haushaltsjahre
2015/2016**

Inhaltsverzeichnis des Vorberichtes

- 1 Allgemeines
- 2 Ausgangslage/Rahmenbedingungen
- 3 Haushalt 2015/2016
 - 3.1 Entwicklung 2015/2016
 - 3.2 Voraussichtliche Entwicklung der künftigen Fehlbedarfe (Unterdeckungen)
- 4 Die wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen
 - 4.1 Erträge der Gesamtergebnisplanung
 - 4.1.1 Erträge der Gesamtergebnisplanung 2015
 - 4.1.2 Erträge der Gesamtergebnisplanung 2016
 - 4.1.3 Vergnügungssteuer
 - 4.1.4 Hundesteuer
 - 4.1.5 Grundsteuer A und B
 - 4.1.6 Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens
 - 4.1.7 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer sowie an der Einkommenssteuer
 - 4.1.8 Gemeindefinanzierungsgesetz 2015 – Schlüsselzuweisungen
 - 4.2 Aufwendungen der Gesamtergebnisplanung
 - 4.2.1 Aufwendungen der Gesamtergebnisplanung 2015
 - 4.2.2 Aufwendungen der Gesamtergebnisplanung 2016
 - 4.2.3 Personal- und Versorgungsaufwendungen
 - 4.2.4 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
 - 4.2.5 Bilanzielle Abschreibung
 - 4.2.6 Entwicklung der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
 - 4.2.7 Städteregionsumlage
- 5 Finanzplan
 - 5.1 Investitionstätigkeit
 - 5.1.1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit
 - 5.1.2 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit
 - 5.1.3 Kreditbedarf 2015/2016
 - 5.1.4 Investitionsmaßnahmen 2015-2021
 - 5.2 Entwicklung der Verschuldung
 - 5.3 Entwicklung der Liquiditätssituation
- 6 Leitbild und Ziel der Stadt Alsdorf
- 7 Kennzahlen zum Haushaltsplan

1 Allgemeines

Gem. § 1 Abs. 2 der Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) ist dem Haushaltsplan u. a. ein Vorbericht beizufügen. Gemäß § 7 GemHVO NRW soll der Vorbericht einen Überblick über die Eckpunkte des Haushaltsplanes geben. Die Entwicklung und die aktuelle Lage der Gemeinde sind anhand der im Haushaltsplan enthaltenen Informationen und der Ergebnis- und Finanzdaten darzustellen. Die wesentlichen Zielsetzungen der Planung für das Haushaltsjahr und der folgenden Jahre sowie die Rahmenbedingungen der Planung sind zu erläutern.

2 Ausgangslage/Rahmenbedingungen

Mit der Haushaltssatzung 2012 ist es der Stadt Alsdorf erstmalig seit vielen Jahren wieder gelungen, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept zu erstellen. Auch die Haushaltssatzung 2013/2014 mit dem Haushaltssicherungskonzept 2012 in seiner 1. Fortschreibung wurde mit Verfügung vom 11. Juli 2013 vom Städteregionsrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde genehmigt.

Die Situation der finanziellen Ausstattung des Haushaltes der Stadt Alsdorf ist allerdings seit Jahren bekannt und in den einzelnen Fortschreibungen vergangener Haushaltssicherungskonzepte jeweils ausführlich erläutert und dargestellt worden, so dass die hier aufgezeigten finanzwirtschaftlichen Tendenzen auch weiterhin gelten.

Nach dem festgestellten Jahresabschluss 2013 verfügt die Stadt Alsdorf zum 31. Dezember 2013 über ein Eigenkapital in Höhe von rd. 13,72 Mio. €.

Dem Rat der Stadt wurde in seiner Sitzung am 19. März 2015 der Entwurf des Jahresabschlusses 2014 zur Kenntnis gegeben. Hiernach ergibt sich zum 31. Dezember 2014 ein „nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ in Höhe von rd. 1,23 Mio. €. Neben den in 2014 zu leistenden erheblichen, zusätzlichen Mehraufwendungen für u.a. Soziallasten im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetz und der Kosten der Erziehung haben sich die Rahmenbedingungen seit Juni 2014 dramatisch verschlechtert. Durch eine Gewerbesteuererstattungsverpflichtung einschließlich Zinsen von insgesamt 17,70 Mio. € wurde das Eigenkapital der Stadt vollständig aufgezehrt.

Da die Stadt auch im Haushaltsjahr 2015 eine erneute Erstattungsleistung in Höhe von 9,19 Mio. € leisten musste, waren Rat und Verwaltung im Rahmen der Beratungen über den Haushalt 2015/2016 somit gehalten, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, mit dem Ziel, im Jahre 2021 wieder über einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu verfügen und zum anderen das negative Eigenkapital bis zum Ende des Konsolidierungszeitraum abzubauen.

Der Städteregionsrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde hat mit Schreiben vom 09. Juli 2014 den Antrag der Stadt auf Ausweitung des Konsolidierungszeitraumes nach § 76 II GO NRW bis zum Jahre 2021 stattgegeben. Darüber hinaus wurde mit Schreiben vom 24. November 2014 seitens der Stadt Alsdorf beantragt, diesen Konsolidierungszeitraum bis ins Jahr 2027 auszudehnen. Mit Schreiben vom 22. April 2015 wurde diesem Antrag ebenfalls stattgegeben.

Die nun vorliegende Haushaltssatzung 2015/2016 einschließlich des Haushaltssicherungskonzeptes erfüllt die strengen Auflagen der Kommunalaufsichten.

Der Haushaltsplan weist im Haushaltsjahr 2015 ein strukturelles Defizit in Höhe von rd. 12,91 Mio. € sowie im Haushaltsjahr 2016 in Höhe von rd. 2,96 Mio. € aus.

Der Haushaltsausgleich kann wieder im Jahre 2021, ein positives Eigenkapital im Jahre 2027 erreicht werden.

3 Haushalt 2015/2016

Der Haushalt 2015/2016 wird nach der Systematik des Neuen Kommunalen Finanzmanagements mit seinen Bestimmungen über den Haushaltsausgleich aufgestellt.

Der für den Haushaltsausgleich maßgebliche Ergebnisplan 2015/2016 und der Finanzplan 2015/2016 enthalten insgesamt 91 Teilpläne auf Produktebene mit allen in diesen Produkten zu bewirtschaftenden Produktsachkonten. Nach den in der Haushaltssatzung 2015/2016 enthaltenen Bewirtschaftungsregeln wird für jedes Produkt ein eigenes Budget geschaffen, das dem jeweiligen zuständigen produktverantwortlichen Fachgebiet übertragen wird. Jedes einzelne Produkt enthält folgende Informationen:

- Darstellung der Verantwortlichkeit innerhalb der Verwaltung
- Kurzbeschreibung des Produktes
- Auftragsgrundlage und allgemeine Ziele
- Auszüge aus dem Stellenplan
- Teilergebnisplan mit allen Erträgen und Aufwendungen des Produktes
- Teilfinanzplan mit investiven Einzahlungen und Auszahlungen

Diesen Produktplänen vorgeschaltet sind der Gesamtergebnisplan und der Gesamtfinanzplan.

Der Gesamtergebnisplan hat die Aufgabe, über Art und Höhe der Gesamterträge und -aufwendungen zu informieren und weist den sich aus der Summierung ergebenden Überschuss oder Fehlbedarf aus. Er ist maßgeblich für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadt und des Haushaltsausgleiches. Der Saldo wirkt sich unmittelbar auf das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital aus.

Der Gesamtfinanzplan gibt Auskunft über die geplanten Investitionen und die Finanzierungstätigkeit (Ein- und Auszahlungsvorgänge) der Stadt und zeigt insofern die Veränderung des Bilanzpostens „Liquide Mittel“ auf. Auf die dem Vorbericht vorangestellten allgemeinen Ausführungen zum NKF-Haushalt der Stadt Alsdorf darf an dieser Stelle verwiesen werden.

3.1 Entwicklung 2015/2016

Nach dem derzeitigen Planungstand stellt sich der Haushalt 2015/2016 wie folgt dar:

Gesamtergebnisplan	2015	2016
Ordentliche Erträge einschl.		
Finanzerträgen	90.733.138 €	102.145.226 €
Ordentliche Aufwendungen einschl.		
Finanzaufwendungen	103.647.989 €	105.100.364 €
Jahresfehlbedarf	12.914.851 €	2.955.138 €

3.2 Voraussichtliche Entwicklung der künftigen Fehlbedarfe (Unterdeckungen)

Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsplanung werden sich die Fehlbedarfe in den kommenden Jahren wie folgt entwickeln:

Ergebnisplanung der Stadt Alsdorf								
Pos.	Name	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1	Steuern und ähnliche Abgaben	31.540.215	42.563.489	43.419.260	44.318.397	45.435.643	46.596.138	47.801.757
	Gemeindeanteil Einkommenssteuer	14.210.200	14.892.290	15.651.796	16.450.038	16.759.299	17.074.374	17.395.372
	Gemeindeanteil Umsatzsteuer	1.649.800	1.701.200	1.751.100	1.804.100	1.850.285	1.897.652	1.946.232
	Gewerbesteuer	6.000.000	14.656.900	14.656.900	14.656.900	15.369.225	16.116.170	16.899.416
	Grundsteuer A	64.100	64.100	64.100	64.100	64.100	64.100	64.100
	Grundsteuer B	7.130.000	8.618.000	8.618.000	8.618.000	8.618.000	8.618.000	8.618.000
	Hundesteuer	330.000	330.000	330.000	330.000	330.000	330.000	330.000
	Vergnügungssteuer	796.000	896.000	896.000	896.000	896.000	896.000	896.000
	Übriges	1.360.115	1.404.999	1.451.364	1.499.259	1.548.734	1.599.842	1.652.637
2	=+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	45.821.899	46.466.862	45.524.145	46.901.749	46.236.291	45.384.807	44.537.461
	Schlüsselzuweisungen	36.373.054	37.119.444	36.497.976	38.012.699	37.380.218	36.537.203	35.871.130
	Übriges	9.448.845	9.347.418	9.026.169	8.889.050	8.856.073	8.847.604	8.666.331
3	=+ Sonstige Transfererträge	330.500	342.414	354.792	354.792	354.792	354.792	354.792
4	=+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.165.710	5.185.517	5.189.393	5.272.134	5.250.140	5.231.663	5.195.146
5	=+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	643.400	647.100	646.943	646.943	614.143	614.143	614.143
6	=+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.085.149	2.780.854	2.890.370	2.619.978	2.646.310	2.647.895	2.649.654
7	=+ Sonstige ordentliche Erträge	2.982.225	2.994.412	3.007.740	3.007.434	3.007.119	3.007.062	3.007.060
8	=+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= ordentliche Erträge	89.569.098	100.980.648	101.032.643	103.121.427	103.544.438	103.836.500	104.160.013
11	=- Personalaufwendungen	-20.468.291	-21.186.871	-21.513.745	-21.690.027	-21.907.960	-21.907.960	-21.363.097
12	=- Versorgungsaufwendungen	-2.029.367	-2.105.344	-2.207.831	-2.314.259	-2.389.829	-2.389.829	-2.389.829
13	=- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	-14.503.288	-13.206.616	-12.589.492	-12.684.330	-12.789.574	-12.772.074	-12.773.074
14	=- Bilanzielle Abschreibungen	-4.416.877	-4.197.480	-4.122.317	-4.041.161	-3.903.250	-3.609.048	-3.280.959
15	=- Transferaufwendungen	-53.718.758	-56.694.027	-57.475.359	-57.786.455	-57.439.935	-57.478.217	-57.713.305
	Städteregionsumlage	-27.280.281	-28.985.028	-30.111.604	-30.962.384	-30.649.602	-30.766.682	-30.875.394
	ÖPNV-Umlage	-1.586.335	-1.792.081	-1.822.546	-1.840.772	-1.859.179	-1.877.771	-1.896.549
	Übriges	-24.852.142	-25.916.918	-25.541.209	-24.983.299	-24.931.154	-24.833.764	-24.941.362
16	=- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-3.772.850	-5.037.459	-5.066.443	-5.018.929	-5.027.929	-5.013.929	-4.990.429
17	= ordentliche Aufwendungen	-98.909.431	-102.427.797	-102.975.187	-103.535.161	-103.458.477	-103.171.057	-102.510.693
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-9.340.333	-1.447.149	-1.942.544	-413.734	85.961	665.443	1.649.320
19	=+ Finanzerträge	1.164.040	1.164.578	1.165.823	1.165.823	1.165.823	1.165.823	1.165.823
20	=- Zinsen und Sonstige Finanzaufwendungen	-4.738.558	-2.672.567	-2.607.863	-2.565.366	-2.524.678	-2.482.049	-2.437.375
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	-3.574.518	-1.507.989	-1.442.040	-1.399.543	-1.358.855	-1.316.226	-1.271.552
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (18 und 21)	-12.914.851	-2.955.138	-3.384.584	-1.813.277	-1.272.894	-650.783	377.768
23	=+ Außerordentliche Erträge							
24	=- Außerordentliche Aufwendungen							
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)							
26	= Ergebnis (22 und 25)	-12.914.851	-2.955.138	-3.384.584	-1.813.277	-1.272.894	-650.783	377.768
27	=+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	5.468.914	5.473.114	5.477.399	5.481.769	5.486.225	5.490.772	5.495.410
28	=- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	-5.468.914	-5.473.114	-5.477.399	-5.481.769	-5.486.225	-5.490.772	-5.495.410
29	= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-12.914.851	-2.955.138	-3.384.584	-1.813.277	-1.272.894	-650.783	377.768

Die jährlichen Fehlbedarfe bewirken unmittelbar eine Erhöhung des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrags. Die Entwicklung des Eigenkapitals ist als **Anlage XIV** dem Haushaltsplan beigelegt.

Gem. § 75 Abs. 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) darf sich die Gemeinde nicht überschulden. Sie ist überschuldet, wenn nach der Bilanz das Eigenkapital aufgebraucht ist.

Gem. § 76 Abs. 1 GO NRW hat die Gemeinde zur Sicherung ihrer dauerhaften Leistungsfähigkeit ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen und darin den nächstmöglichen Zeitpunkt zu bestimmen, bis zu dem der Haushaltsausgleich wieder hergestellt ist, wenn bei der Aufstellung der Haushaltssatzung

1. durch Veränderungen des Haushalts innerhalb eines Haushaltsjahres der in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisende Ansatz der allgemeinen Rücklage um mehr als ein Viertel verringert wird oder
2. in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern oder
3. innerhalb des Zeitraumes der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die allgemeine Rücklage aufgebraucht wird.

Dies gilt entsprechend bei der Bestätigung über den Jahresabschluss gem. § 95 Abs. 3 GO NRW.

Auf die Ausführungen im als **Anlage IX** aufgestellten Haushaltssicherungskonzept in der 2. Fortschreibung 2012 bis 2027 wird an dieser Stelle verwiesen.

4 Die wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen

4.1 Erträge der Gesamtergebnisplanung

4.1.1 Haushaltsjahr 2015

Pos.	Name	2015 in €
1	Steuern und ähnliche Abgaben	31.540.215
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	45.821.899
3	+ Sonstige Transfererträge	330.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.165.710
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	643.400
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.085.149
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.982.225
19	+ Finanzerträge	1.164.040
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	
9	+/- Bestandsveränderungen	
		90.733.138

4.1.2 Haushaltsjahr 2016

Pos.	Name	2016 in €
1	Steuern und ähnliche Abgaben	42.563.489
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	46.466.862
3	+ Sonstige Transfererträge	342.414
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.185.517
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	647.100
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.780.854
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.994.412
19	+ Finanzerträge	1.164.578
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	
9	+/- Bestandsveränderungen	
		102.145.226

4.1.3 Vergnügungssteuer

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 19.03.2015 die Vergnügungssteuersatzung mit Wirkung zum 01.04.2015 neu festgesetzt.

4.1.4 Hundesteuer

Rechtsgrundlage zur Erhebung der Hundesteuer ist die Hundesteuersatzung der Stadt Alsdorf vom 21.12.1989 mit der siebten Änderungsfassung vom 09.12.2011.

4.1.5 Grundsteuer A und B

Die Höhe der jeweiligen Steuerhebesätze ist insbesondere im Hinblick auf die Bemühungen der Stadt zur Wirtschaftsförderung und zur Bewältigung des Strukturwandels von besonderer Bedeutung. Städteregional ergibt sich folgendes Bild:

Grundsteuer A in %				
Stadt/ Gemeinde	2014	2015	2016	2017
Stadt Aachen	305	305	305	305
Stadt Baesweiler	234	250	250	250
Stadt Eschweiler	270	290	290	290
Stadt Herzogenrath	260	325	325	325
Stadt Monschau	320	320	350	350
Gemeinde Roetgen	320	370	370	370
Gemeinde Simmerath	300	300	300	300
Stadt Stolberg	495	495	495	495
Stadt Würselen	437	437	825	825

Grundsteuer B in %				
Stadt/ Gemeinde	2014	2015	2016	2017
Stadt Aachen	495	525	525	525
Stadt Baesweiler	407	430	430	430
Stadt Eschweiler	450	490	490	490
Stadt Herzogenrath	414	510	510	510
Stadt Monschau	545	595	645	695
Gemeinde Roetgen	490	530	570	590
Gemeinde Simmerath	450	450	450	450
Stadt Stolberg	595	595	595	595
Stadt Würselen	575	575	825	825

Stand: April 2015

Es wird an dieser Stelle auf die detaillierten Ausführungen im Haushaltssicherungskonzept 2015/2016 verwiesen.

4.1.6 Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens

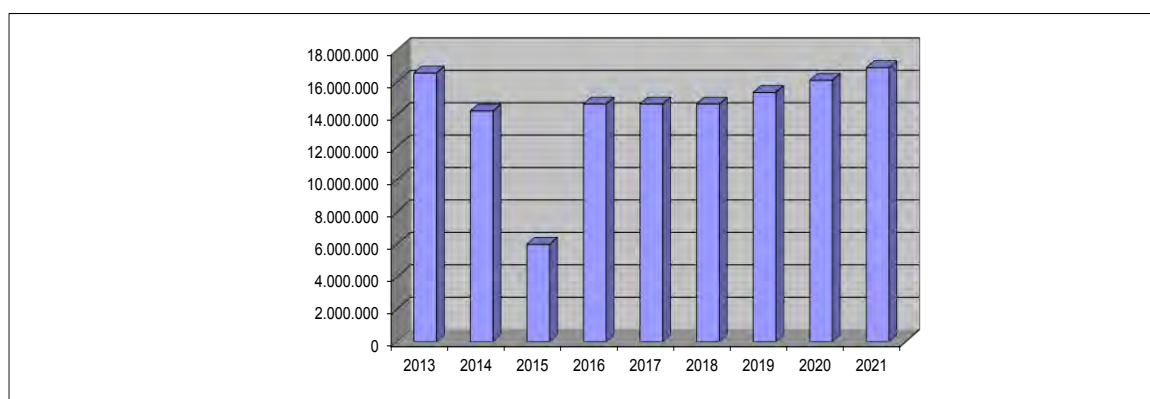
Im städteregionalen Vergleich zeigt sich für die Gewerbesteuer folgendes Bild:

Gewerbesteuer in %				
Stadt/ Gemeinde	2014	2015	2016	2017
Stadt Aachen	445	475	475	475
Stadt Baesweiler	409	420	420	420
Stadt Eschweiler	430	460	490	490
Stadt Herzogenrath	420	485	485	485
Stadt Monschau	435	435	450	450
Gemeinde Roetgen	450	470	490	500
Gemeinde Simmerath	420	420	420	420
Stadt Stolberg	495	495	495	495
Stadt Würselen	495	495	495	495

Stand: April 2015

Für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung ergeben sich nunmehr folgende Erträge:

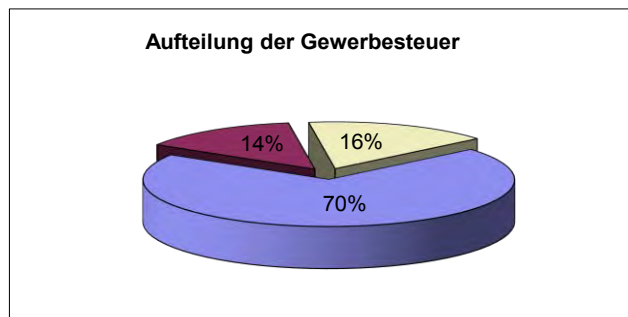
Erträge aus der Gewerbesteuer									
	Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Erträge aus der Gewerbesteuer	16.572.928	14.230.000	6.000.000	14.656.900	14.656.900	14.656.900	15.369.225	16.116.170	16.899.416



Nach der Systematik des Finanzausgleichs in NRW wird das Gewerbesteueraufkommen beim Finanzausgleich berücksichtigt.

Vorgaben: Hebesatz der Stadt von 495 v.H., fiktiver Hebesatz nach dem GFG 2015 von 415 v.H.,
Gewerbsteuerumlage 69 v.H.

Aufteilung der Gewerbesteuer		
Beispiel: 500 T€ Steueraufkommen		
	€	
Anrechnung auf die Schlüsselzuweisungen	349.495	70%
Gewerbsteuerumlage	69.697	14%
Anteil der Stadt	80.808	16%
	500.000	100%



Entwicklung der Gewerbsteuerumlage

Von ihren Gewerbesteuereinnahmen hat die Stadt eine Gewerbsteuerumlage zu zahlen. Diese Verpflichtung ergibt sich aus § 6 des Gemeindefinanzreformgesetzes. Mit diesen Zahlungen beteiligen Bund und Land die Kommunen an verschiedenen Aufgaben.

Gewerbsteuerumlage v.H.	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Umlageanteil des Bundes	14,5%	14,5%	14,5%	14,5%	14,5%	14,5%	14,5%	14,5%
Normalumlage Bund	14,5%	14,5%	14,5%	14,5%	14,5%	14,5%	14,5%	14,5%
Umlageanteil des Landes	49,5%	49,5%	49,5%	49,5%	49,5%	49,5%	49,5%	49,5%
davon Normalumlage Land	20,5%	20,5%	20,5%	20,5%	20,5%	20,5%	20,5%	20,5%
Erhöhung Solidarpakt	29,0%	29,0%	29,0%	29,0%	29,0%	29,0%	29,0%	29,0%
Vervielfältiger Fonds Deutsche Einheit	5,0%	5,0%	5,0%	5,0%	4,0%	4,0%	4,0%	4,0%
Gesamtvervielfältiger / Umlagesatz	69,0%	69,0%	69,0%	69,0%	68,0%	68,0%	68,0%	68,0%

Abhängig vom Gewerbesteueraufkommen und den von Bund und Land festgesetzten Beteiligungen errechnen sich für die Stadt bei Berücksichtigung des o.a. Umlagesatzes die folgenden Gewerbsteuerumlagen:

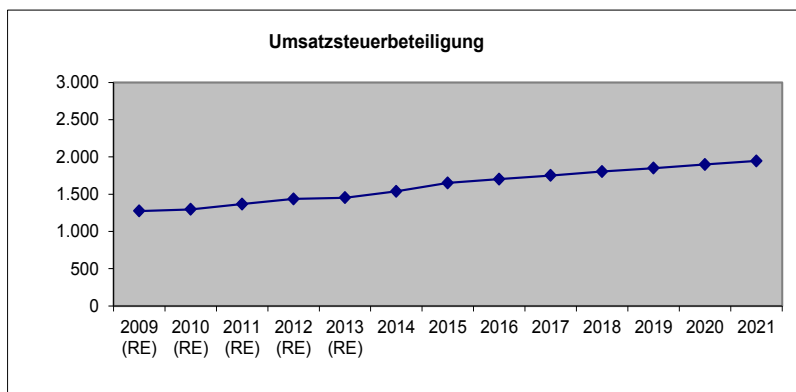
Entwicklung der Gewerbsteuer									
	Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
	2013 T€	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€	2020 T€	2021 T€
Gewerbsteuer	16.573	14.230	6.000	14.657	14.657	14.657	15.369	16.116	16.899
Gewerbsteuer- umlage und Beteiligung Fonds Dt. Einheit	2.389	1.984	836	2.043	2.043	2.013	2.111	2.214	2.322

4.1.7 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer sowie an der Einkommenssteuer

a Entwicklung der Umsatzsteuerbeteiligung

Der Bundestag hat im Jahr 1997 die Abschaffung der Gewerbesteuer beschlossen. Zum Ausgleich werden die Gemeinden an der Umsatzsteuer mit 2,2 v.H. beteiligt. Dieser Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer wird auf die einzelnen Gemeinden nach einem festgesetzten Schlüssel verteilt. Ab dem Haushaltsjahr 2015 hat sich der bisherige Verteilungsschlüssel von 0,001539856 Punkten auf 0,001532884 reduziert.

Jahr	T€
2009 (RE)	1.273
2010 (RE)	1.295
2011 (RE)	1.367
2012 (RE)	1.436
2013 (RE)	1.453
2014	1.538
2015	1.650
2016	1.701
2017	1.751
2018	1.804
2019	1.850
2020	1.898
2021	1.946



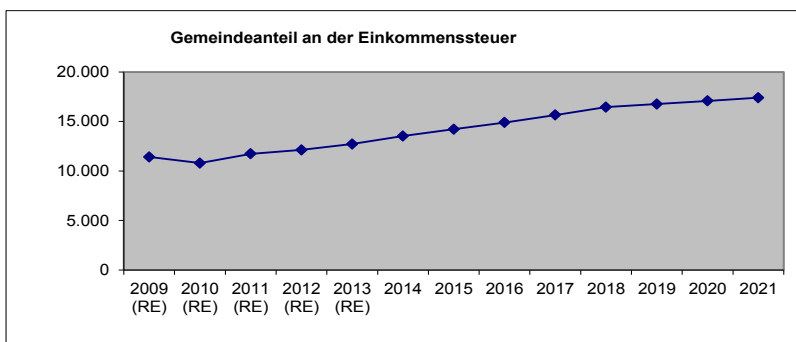
Die finanzielle Entlastung der Kommunen durch die Soforthilfen des Bundes bzw. im Rahmen der sog. Übergangsmilliarde finden im Haushalt 2015/2016 Berücksichtigung.

b Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer

Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer im Jahr 2015 ist nach der November-Steuerschätzung 2014 für Nordrhein-Westfalen von einem Gesamtaufkommen von 7,357 Mrd. € auszugehen. Ab dem Haushaltsjahr 2015 hat sich der bisherige Verteilungsschlüssel von 0,0018937 Punkten auf 0,0019344 Punkten erhöht. Hieraus errechnet sich für die Stadt ein Einkommensteueranteil für 2015 von 14,2 Mio. € und für 2016 von 14,9 Mio. €.

Die Maßnahmen des Bundes zur Stärkung der Wirtschaftslage werden auch Auswirkungen auf das Einkommensteueraufkommen haben.

Jahr	T€
2009 (RE)	11.410
2010 (RE)	10.787
2011 (RE)	11.725
2012 (RE)	12.127
2013 (RE)	12.720
2014	13.519
2015	14.210
2016	14.892
2017	15.652
2018	16.450
2019	16.759
2020	17.074
2021	17.395



4.1.8 Gemeindefinanzierungsgesetz 2015 – Schlüsselzuweisungen

Kommunale Selbstverwaltung setzt eine gesicherte kommunale Finanzausstattung voraus. Neben den eigenen Einnahmen der Gemeinden sind deshalb die staatlichen Zuweisungen von besonderer Bedeutung.

Um eine gesicherte Finanzausstattung der Gemeinden zu gewährleisten, verpflichtet das Grundgesetz die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände am Landesanteil der Gemeinschaftssteuern- das sind die Einkommensteuer, die Körperschaftssteuer und die Umsatzsteuer (sog. Verbundsteuern) – insgesamt mit einem von der Landesgesetzgebung zu bestimmenden prozentualen Anteil zu beteiligen (Art. 106 Abs. 7 GG). Zusätzlich beteiligt das Land Nordrhein-Westfalen seine Gemeinden und Gemeindeverbände am Aufkommen der Grunderwerbssteuer. Die Veranschlagung der Schlüsselzuweisungen erfolgt nach dem GFG 2015.

Der Verbundsatz

Art. 79 der Landesverfassung (LVerf) verpflichtet das Land, einen übergemeindlichen Finanzausgleich durchzuführen und dabei den Verbundsatz an den Gemeinschaftssteuern festzusetzen. Bei der Dotierung des Finanzausgleichs ist nach Art. 79 LVerf die Leistungsfähigkeit des Landes zu berücksichtigen. Deshalb kann sich der Verbundsatz nicht allein am wünschenswerten Finanzbedarf der Gemeinden ausrichten.

Seit 1986 ist der Verbundsatz mit 23 v.H. konstant. Auch im Jahr 2015 sollen die Kommunen wieder mit 23 v.H. an den Gemeinschaftssteuern beteiligt werden.

Schlüsselzuweisungen

Die nach dem GFG 2015 vorgesehenen Schlüsselzuweisungen wurden für die einzelnen Städte und Gemeinden aufgrund der vorliegenden Daten berechnet. Mit Bescheid vom 16. Januar 2015 wurden die Schlüsselzuweisungen endgültig festgesetzt.

Die Gemeinden erhalten als Schlüsselzuweisungen 90 v.H. des Unterschiedsbetrages zwischen der Ausgangsmesszahl und der Steuerkraftmesszahl.

Berechnungsgrundlage für die Ausgangsmesszahl sind die Einwohner, der Schüleransatz, der Flächenansatz, die SGB II Bedarfsgemeinschaften und die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Vom so ermittelten Finanzbedarf werden die eigenen Einnahmen aus Steuern abgezogen (Steuerkraftmesszahl).

Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung								
	2013 T€	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€	2020 T€	2021 T€
25.729	26.352	36.373	37.119	36.498	38.013	37.380	36.537	35.871	

4.2 Aufwendungen der Gesamtergebnisplanung

4.2.1 Haushaltsjahr 2015

Pos.	Name	2015 in €
11	- Personalaufwendungen	-20.468.291
12	- Versorgungsaufwendungen	-2.029.367
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	-14.503.288
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-4.416.877
15	- Transferaufwendungen	-53.718.758
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-3.772.850
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-4.738.558
		-103.647.989

4.2.2 Haushaltsjahr 2016

Pos.	Name	2016 in €
11	- Personalaufwendungen	-21.186.871
12	- Versorgungsaufwendungen	-2.105.344
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	-13.206.616
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-4.197.480
15	- Transferaufwendungen	-56.694.027
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-5.037.459
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-2.672.567
		-105.100.364

4.2.3 Personal- und Versorgungsaufwendungen

Personalaufwand

Personalaufwand sind Aufwendungen, die unmittelbar mit der Beschäftigung von Beamten, tariflich Beschäftigten und sonstigen Beschäftigten in der Gemeinde zusammenhängen. Ebenfalls gehört zu den Personalaufwendungen die Alterssicherung der Beamten.

Beamte erwerben auf Grund ihrer Beschäftigung einen Pensionsanspruch gegenüber ihrem Dienstherrn. Demnach entsteht beim Dienstherrn/Gemeinde eine Verpflichtung. Für solche Fälle hat die Gemeinde eine Rückstellung zu bilden.

Die Zuführung von Beträgen zur Pensionsrückstellung für aktive Beschäftigte fällt unter den Personalaufwand.

Versorgungsaufwand

Nach der Verpflichtung der Gemeinden durch das NKF zur Bildung von Pensionsrückstellungen für Beamte sollten die Aufwendungen grundsätzlich bereits während der aktiven Beschäftigungszeit der Versorgungsempfänger als Zuführung zur Pensionsrückstellung ergebniswirksam geworden sein.

Als ergebniswirksamer Versorgungsaufwand sind demnach alle Leistungen für die Versorgungsempfänger zu erfassen, für die zuvor Rückstellungen nicht oder nicht in ausreichender Höhe gebildet wurden.

Die Aufwendungen sind nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu bemessen. Dazu gehört insbesondere, dass die Personal- und Sachaufwendungen ständig mit dem Ziel von Einsparungen überprüft werden.

Der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst sah Steigerungen i.H.v. 3,0 % ab dem 01. März 2014 und weitere 2,4 % ab dem 01. März 2015 vor. Die Entwicklung der Personalkosten im Vergleich der Jahre 2013 bis 2017 stellt sich demnach wie folgt dar:

Entwicklung der Personalkosten					
	2013	2014	2015	2016	2017
Personalaufwendungen:	T€	T€	T€	T€	T€
Haushalt 2013/2014	18.685	18.570	18.496	18.540	18.676
Haushalt 2015/2016	19.431	20.388	20.468	21.187	21.514
Verbesserung (+)/Verschlechterung (-)	- 746	- 1.818	- 1.972	- 2.647	- 2.838
Versorgungsaufwendungen:					
Haushalt 2013/2014	1.998	2.010	2.069	2.090	2.110
Haushalt 2015/2016	2.063	2.941	2.029	2.105	2.208
Verbesserung (+)/Verschlechterung (-)	- 65	- 931	40	15	98
Insgesamt					
Haushalt 2013/2014	20.683	20.580	20.565	20.630	20.786
Haushalt 2015/2016	21.494	23.329	22.497	23.292	23.722
Verbesserung (+)/Verschlechterung (-)	- 811	- 2.749	- 1.932	- 2.662	- 2.936

4.2.4 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Unter dieser Kontengruppe werden die Ausgaben für die Unterhaltung von Gebäuden, baulichen Anlagen, dem beweglichen Vermögen sowie der Bewirtschaftungskosten verbucht.

Die Haushaltssatzung 2015/2016 berücksichtigt dabei folgende Aufwendungen:

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen								
Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
2013 T€	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€	2020 T€	2021 T€
14.072	12.590	14.503	13.207	12.589	12.684	12.790	12.772	12.773

4.2.5 Bilanzielle Abschreibung

Die Anwendung des Ressourcenverbrauchskonzepts durch die Gemeinden erfordert, die Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens unter Berücksichtigung ihrer Wertminderung durch Abnutzung, Verschleiß, technischen Fortschritt o.ä. in der jährlichen Bilanz der Gemeinde anzusetzen. Dadurch soll sowohl die Vermögens- als auch die Finanzierungssituation der Gemeinde möglichst unverfälscht wieder gespiegelt werden.

Die Darstellung der Wertminderung des Sachanlagevermögens erhält die Aussagekraft der Bilanz. Gleichzeitig wird der durch die Abnutzung eines Vermögensgegenstandes entstehende tatsächliche Ressourcenverbrauch im Haushaltsjahr im Rahmen des Ergebnisplans und der Ergebnisrechnung des betreffenden Produktes als Aufwand abgebildet bzw. nachgewiesen. Die flächendeckende Ermittlung und Buchung von Abschreibungen als Wertminderungen des Sachanlagevermögens sind somit notwendig.

Bilanzielle Abschreibungen								
Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
2013 T€	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€	2020 T€	2021 T€
5.361	4.558	4.417	4.197	4.122	4.041	3.903	3.609	3.281

4.2.6 Entwicklung der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Als Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist die Stadt für die Erfüllung der Aufgaben nach dem SGB VIII verantwortlich. Die Jugendhilfe umfasst Leistungen und andere Aufgaben zu Gunsten junger Menschen und ihren Familien. Leistungen der Jugendhilfe sind u.a. Angebote der Jugend- und Jugendsozialarbeit einschl. des Kinder- und Jugendschutzes, Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie, Angebote von Kindern in Tagespflege, Hilfen zur Erziehung, Hilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und Hilfen für junge Volljährige.

Diese Leistungen werden von der Stadt - als örtlicher Träger der Jugendhilfe - und von den freien Trägern der Jugendhilfe, mit unterschiedlichen Wertorientierungen und einer Vielfalt von Inhalten, Methoden und Arbeitsformen erbracht.

Hilfen nach dem SGB VIII								
Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
2013 T€	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€	2020 T€	2021 T€
8.498	7.005	8.916	8.964	8.990	8.661	8.535	8.535	8.535
1.081	1.390	1.422	1.434	1.446	1.445	1.445	1.445	1.445
7.417	5.615	7.494	7.530	7.544	7.216	7.090	7.090	7.090

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben als örtlicher Jugendhilfeträger hat die Stadt neben den vorher beschriebenen Hilfearten zusätzlich Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen zu schaffen.

Die Planungsverantwortlichkeit für die Einrichtung und Bereitstellung eines Angebotes an Tageseinrichtungen für Kinder obliegt nach § 10 Abs. 1 GTK dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Zur Wahrnehmung der Planungsverantwortung haben die öffentlichen Träger der Jugendhilfe alle zwei Jahre einen Bedarfsplan fortzuschreiben.

Aufwendungen für Tageseinrichtungen								
Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
2013 T€	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€	2020 T€	2021 T€
11.135	11.193	11.249	11.383	11.425	11.493	11.571	11.571	11.570
5.963	6.019	6.217	6.182	6.141	6.140	6.140	6.140	6.140
5.172	5.174	5.032	5.201	5.284	5.353	5.431	5.431	5.430

Zusätzlich werden für die Aufgabe als Träger der öffentlichen Jugendarbeit weitere Personal- und Sachaufwand erforderlich.

Personal- und Sachkosten der Jugendarbeit									
	Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
	2013 T€	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€	2020 T€	2021 T€
Aufwendungen	212	203	213	220	222	225	227	227	139
Erträge	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Netto-Aufwand	212	203	213	220	222	225	227	227	139

4.2.7 Städteregionsumlage

Berechnungsfaktoren für die Städteregionsumlage sind die Steuerkraft der Gemeinde, die Schlüsselzuweisungen sowie der Umlagesatz, der bei der Verabschiedung der Haushaltssatzung der Städteregion Aachen jeweils festgesetzt wird.

Städteregionsumlage	Haushaltjahr 2014		Haushaltjahr 2015		Haushaltjahr 2016	
	%	€	%	€	%	€
I. Umlagegrundlagen		60.282.420		61.802.030		65.053.030
Davon:						
II. Anteil für die allg. Städteregionsumlage	41,9942	25.315.120	44,1414	27.280.281	44,5560	28.985.028
III. Anteil für die Kosten des ÖPNV	2,0624	1.243.265	2,5668	1.586.335	2,7548	1.792.081
IV. Bedarfsumlage gem. ELAG	0,26	154.057	-	-	-	-
V. Städteregionsumlage		26.712.442		28.866.616		30.777.109

Differenzierte Städteregionsumlage ÖPNV

Die Stadt Alsdorf ist Mitglied des Zweckverbandes Aachener-Verkehrsverbund, der seit dem 17.05.1994 besteht. Gemäß § 12 der Zweckverbandssatzung erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern eine allgemeine Umlage (§ 12 Abs. 2 bis 6). Die Verbundabrechnung erfolgt seit dem 01.06.1994.

Die allgemeine Verbandsumlage wird zu 100% über eine Städteregionsumlage-Mehrbelastung auf die der Städteregion angehörigen Städte und Gemeinden umgelegt. Hierdurch soll eine verursachergerechte Verteilung der ÖPNV-Kosten ermöglicht werden.

Die 100%ige Verteilung des umlagefähigen Aufwandes erfolgt erst ab dem Haushaltsjahr 2003 nach dem Verteilungsschlüssel „70 % nach Linienzeit je Werktag“ und „30 % nach Wg-Nutz-km/Woche“.

Der von der Städteregion Aachen abzudeckende Verlustanteil des ÖPNV für die Stadt Alsdorf stellt sich wie folgt dar:

Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
2013 T€	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€	2020 T€	2021 T€
1.247	1.280	1.586	1.792	1.823	1.841	1.859	1.878	1.897

5 Finanzplan

Der Finanzplan im NKF bezieht sich auf die betriebswirtschaftlichen Rechengrößen „Einzahlungen“ und „Auszahlungen“.

Im Finanzplan werden die Geschäftsvorfälle abgebildet, die das Geldvermögen (d.h. die Bilanzposten Bankguthaben, Kassenbestand, Schecks) verändern. Insofern ist ein unmittelbarer Bezug zur Bilanz hergestellt.

Ziel des Finanzplanes ist die sorgfältige Planung der Veränderung des Zahlungsmittelbestandes und die Feststellung eines notwendigen Kreditbedarfs für den Planungszeitraum. Da für die Aufnahme von Krediten eine gesonderte Ermächtigung des Rates in der Haushaltssatzung erforderlich ist, ist die Position besonders sorgfältig zu planen. Der Finanzplan bildet den Kreditbedarf für die gesamte Rechnungsperiode ab.

5.1 Investitionstätigkeit

Der Entwurf des Finanzplanes berücksichtigt für das Haushaltsjahr 2015 insgesamt Auszahlungen für die Investitionstätigkeit von rd. 10,35 Mio. €. Demgegenüber stehen Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit von rd. 8,98 Mio. €. Hieraus ergibt sich ein Finanzbedarf/Kreditbedarf von 1,37 Mio. €.

Für das Haushaltsjahr 2016 berücksichtigt der Entwurf des Finanzplanes insgesamt Auszahlungen für die Investitionstätigkeit von rd. 7,64 Mio. €, demgegenüber Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit von rd. 6,19 Mio. € stehen. Für das Haushaltsjahr 2016 ergibt sich ein Finanzbedarf/Kreditbedarf von 1,45 Mio. €.

5.1.1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Die zur Verfügung stehenden Einzahlungen im Bereich der Investitionstätigkeit setzen sich im Haushaltsjahr 2015 wie folgt zusammen:

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in T€		
18	Zuwendungen für Invest. Maßnahmen	7.656
19	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	1.322
20	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-
21	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	-
22	Sonstige Investitionseinzahlungen	-
		8.978

Die zur Verfügung stehenden Einzahlungen im Bereich der Investitionstätigkeit setzen sich im Haushaltsjahr 2016 wie folgt zusammen:

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in T€		
18	Zuwendungen für Invest. Maßnahmen	5.541
19	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	650
20	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-
21	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	-
22	Sonstige Investitionseinzahlungen	-
		6.191

5.1.2 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Das Volumen der Investitionen im Haushaltsjahr 2015 beläuft sich auf rd. 10,35 Mio. €. Insgesamt ergeben sich folgende Auszahlungsarten:

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in T€		
24	Auszahlg. f.d. Erwerb von Grdst. und Gebäuden	930
25	Auszahlg. f.Baumaßnahmen	8.577
26	Auszahlg. f.d. Erwerb von bewgl. Anlagevermögen	729
27	Auszahlg. f.d. Erwerb von Finanzanlagen	-
28	Auszahlg. von aktivierbaren Zuwendungen	100
29	Sonstige Investitionsauszahlungen	10
		10.346

Das Volumen der Investitionen im Haushaltsjahr 2016 beläuft sich auf rd. 7,64 Mio. €. Insgesamt ergeben sich folgende Auszahlungsarten:

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in T€		
24	Auszahlg. f.d. Erwerb von Grdst. und Gebäuden	265
25	Auszahlg. f.Baumaßnahmen	5.162
26	Auszahlg. f.d. Erwerb von bewgl. Anlagevermögen	2.189
27	Auszahlg. f.d. Erwerb von Finanzanlagen	-
28	Auszahlg. von aktivierbaren Zuwendungen	-
29	Sonstige Investitionsauszahlungen	20
		7.636

5.1.3 Kreditbedarf 2015/2016

Im Rahmen der Zuordnung der einzelnen Investitionsvorhaben auf Produkte ergibt für die jeweiligen Produktbereiche ein anteiligen Zuschussbedarf am Fremdfinanzierungsbetrag für das Haushaltsjahr 2015 in Höhe von 1.367.167 € und für das Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 1.445.217 €.

Produktbereich		Zuschussbedarf je Produktbereich		Produktbereich	Verteilmasse	
		2015	2016		2015	2016
		€	€	Allgemeine Deckungsmittel	€	€
01	Innere Verwaltung	488.500	131.500	01	Innere Verwaltung	1.359.000
02	Sicherheit und Ordnung	229.770	229.720	03	Sicherheit und Ordnung	1.229.142
03	Schulträgeraufgaben	2.273.000	3.540.000	08	Schulträgeraufgaben	127.873
04	Kultur und Wissenschaft	35.000	35.000	16	Kultur und Wissenschaft	1.331.888
05	Soziale Leistungen	1.000	1.000			
	Kinder-, Jugend- und					
06	Familienhilfe	341.100	213.400			
07	Gesundheitsdienste	-	-			
08	Sportförderung	292.000	7.000			
	Räumliche Planung und					
09	Entwicklung	-	-			
10	Bauen und Wohnen	-	-			
11	Ver- und Entsorgung	-	-			
	Verkehrsflächen und					
12	Anlagen, ÖPNV	1.753.700	228.000			
	Natur- und Landschafts-					
13	pflege	1.000	148.500			
14	Umweltschutz	-	-			
15	Wirtschaft und Tourismus	-	-			
	Deckungsbedarf	5.415.070	4.534.120			
				Deckungsbedarf	4.047.903	3.088.903
Jahresbezogener Kreditbedarf					1.367.167	1.445.217

5.1.4 Investitionsmaßnahmen 2015-2021

Der Haushalt berücksichtigt insgesamt Auszahlungen für Investitionen in Höhe von rund 42,67 Mio. €, die sich wie folgt verteilen:

	Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
Auszahlungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
für den Erwerb von Grund- stücken und Gebäuden	358.243	628.000	929.700	264.500	574.750	312.000	312.000	312.000	312.000
für Baumaßnahmen	2.132.152	10.703.427	8.576.500	5.162.400	6.957.900	3.725.000	3.727.200	3.585.200	2.975.000
für den Erwerb von beweg- lichen Anlagevermögen	788.905	716.800	729.250	2.189.200	645.700	439.700	236.700	236.700	236.700
für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
von aktivierbaren Zuwendungen	0	0	100.000	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	31.054	10.000	10.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.310.354	12.058.227	10.345.450	7.636.100	8.198.350	4.496.700	4.295.900	4.153.900	3.543.700

Im Planungszeitraum 2015 bis 2021 sind vielfältige Einzelmaßnahmen vorgesehen. Die Investitionsplanung erfolgt beim jeweiligen Produkt. Hinsichtlich der Darstellung der Investitionen wird auf die Planung der Teilfinanzpläne der Produkte verwiesen.

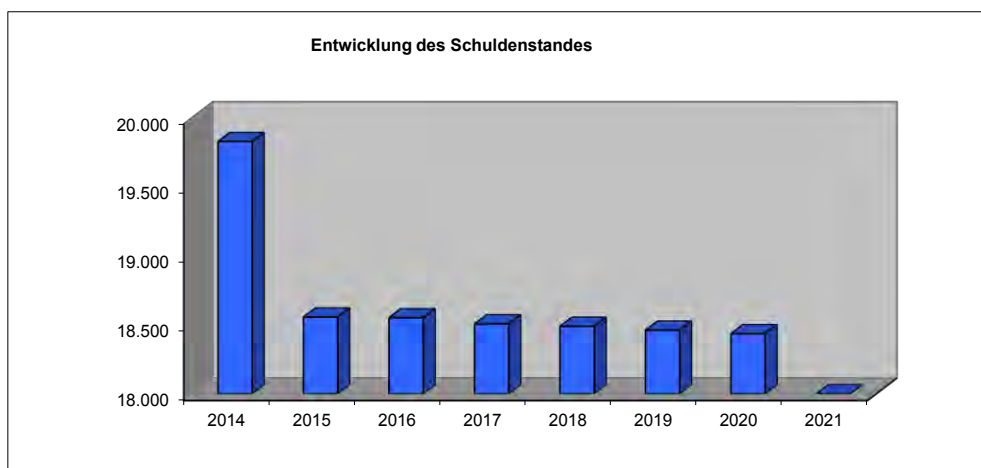
5.2 Entwicklung der Verschuldung

Nach dem Entwurf des Jahresabschlusses 2014 belaufen sich die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen auf rd. 18,558 Mio. €.

Die Finanzierung des Strukturwandels und die hierzu notwendigen Investitionskosten haben in den vergangenen Jahren zu Fremdfinanzierungen geführt. Durch entsprechende Tilgungsleistungen konnte in den vergangenen Jahren eine Netto-Neuverschuldung vermieden werden.

Die Darlehensverpflichtungen (ohne Inanspruchnahme von Kassenkrediten) werden bis zum 31.12.2021 auf 17,957 Mio. € weiter sinken.

Geamtverschuldung	Rechnungs- ergebnis		Haushaltsplanung							
	2013 T€	2014 T€	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€	2020 T€	2021 T€
Schuldenstand zum 01.01. d.Js.	21.352	19.932	19.932	18.558	18.556	18.551	18.506	18.489	18.460	18.435
vorgesehene Kreditaufnahme	0	0	1.236	1.367	1.445	1.105	989	1.031	1.090	688
voraussichtliche Tilgung	1.420	1.374	1.342	1.369	1.450	1.150	1.006	1.059	1.115	1.166
Entwicklung der Gesamtverschuldung	19.932	18.558	19.826	18.556	18.551	18.506	18.489	18.460	18.435	17.957



NEUES KOMMUNALES FINANZMANAGMENT

§ 4 GemHVO NRW

Teilfinanzplan "Allgemeine Finanzwirtschaft"										
	2013	2014	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
	Rechnungs- ergebnis	Rechnungs- ergebnis	Planung	Planung	Planung	Planung	Planung	Planung	Planung	Planung
Stand	21.352	19.932	19.932	18.558	18.556	18.551	18.506	18.489	18.460	18.435
Darlehen 01.01. d. Js.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
von Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
von Sondervermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
vom öffentlichen Bereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
vom privaten Kreditmarkt	21.352	19.932	19.932	18.558	18.556	18.551	18.506	18.489	18.460	18.435
Aufnahme von Darlehen	0	0	1.236	1.367	1.445	1.105	989	1.031	1.090	688
davon von verbundenen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
von Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
von Sondervermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
vom öffentlichen Bereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
vom privaten Kreditmarkt	0	0	1.236	1.367	1.445	1.105	989	1.031	1.090	688
- davon Umschuldungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Tilgung von Darlehen	1.420	1.374	1.342	1.369	1.450	1.150	1.006	1.059	1.115	1.166
davon von verbundenen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
von Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
von Sondervermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
vom öffentlichen Bereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
vom privaten Kreditmarkt	1.420	1.374	1.342	1.369	1.450	1.150	1.006	1.059	1.115	1.166
- davon Umschuldungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Entwicklung										
Gesamtverschuldung	19.932	18.558	19.826	18.556	18.551	18.506	18.489	18.460	18.435	17.957
31.12. d. Js.										
Rückflüsse von Darlehen	1,91	1,91	1,91	1,91	1,91	1,91	1,91	1,91	1,91	1,91
davon VabW	1,64	1,64	1,64	1,64	1,64	1,64	1,64	1,64	1,64	1,64
davon Blaustein-See	0,27	0,27	0,27	0,27	0,27	0,27	0,27	0,27	0,27	0,27
Restschuld										
Finanzierungstätigkeit	19.930	18.556	19.824	18.554	18.549	18.504	18.487	18.459	18.433	17.955
31.12. d. Js.										

Mit der 7. Fortschreibung des HSK (HSK 2001) hat der Rat den vorrangigen Abbau der Gesamtverschuldung beschlossen und die Konsolidierungslinie wie folgt festgelegt:

1. Das Investitionsprogramm bleibt auf den Mittelpunkt des Strukturwandels beschränkt.
2. Eigene Finanzierungsmöglichkeiten gehen der Aufnahme von Krediten vor.
3. Investitionen mit jährlichen Folgekosten werden auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Nur bei strikter Einhaltung des vorstehenden Konsolidierungsbeschlusses kann die Entwicklung der Kreditverbindlichkeiten wie in den Vorjahren positiv fortgeschrieben werden.

5.3 Entwicklung der Liquiditätssituation

Zum 31.12.2014 verzeichnet die Stadt Alsdorf einen negativen Kassenbestand in Höhe von rd. 111,43 Mio. €. Die in Anspruch genommenen Liquiditätskredite stellen damit den größten Teil der städtischen Verbindlichkeiten dar.

Trotz der relativ günstigen Zinskonditionen liegt eine dramatische Verschlechterung der Finanzwirtschaft der Stadt Alsdorf vor.

Das vorliegende Zahlenwerk des Gesamtfinanzierungsplanes zeigt daher folgende Darstellung auf:

	Rechnungs- ergebnis 2013 Mio. €	Rechnungs- ergebnis 2014 Mio. €	Haushaltsplanung							
			2014 Mio. €	2015 Mio. €	2016 Mio. €	2017 Mio. €	2018 Mio. €	2019 Mio. €	2020 Mio. €	2021 Mio. €
liquide Mittel zum 01.01. d. Js.	-87,073	- 90,659	- 90,659	- 111,434	- 123,324	- 125,564	- 127,934	- 128,579	- 128,957	- 129,036
Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	-3,586	- 20,775	- 7,159	- 11,890	- 2,240	- 2,370	- 0,645	- 0,378	- 0,079	0,789
liquide Mittel zum 31.12. d. Js.	-90,659	- 111,434	- 97,818	- 123,324	- 125,564	- 127,934	- 128,579	- 128,957	- 129,036	- 128,247

Die Verbindlichkeiten der Stadt Alsdorf würden im Bereich des Investitions- und Liquiditätskredites insgesamt rd. 146 Mio. € betragen.

Bei einer nach dem Entwurf des Jahresabschlusses 2014 ermittelten Bilanzsumme von derzeit rd. 252 Mio. € würde dies im Bereich der Fremdfinanzierung (ohne Sonderposten und Rückstellungen) zu einen Gesamtanteil von **58 %** führen.

6 Leitbild und Ziel der Stadt Alsdorf

Verbunden mit dem Übergang des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen auf das Rechnungssystem der kaufmännischen Buchführung wird im NKF der Übergang von der Input- zur Outputsteuerung vorgenommen. Diese Änderung der Haushaltssteuerung soll einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns leisten.

Wichtiger Bestandteil dieser neuen Steuerung ist die Orientierung der Planung und der Bewirtschaftung der Ressourcen an Zielen, die politisch vorgegeben werden.

Mit der Beschlussfassung zum Haushalt 2012 hat der Rat der Stadt das Leitbild

Stadt Alsdorf Alsdorf – Die Familienstadt

beschlossen.

Auf Basis dieses Leitbildes werden Rat und Verwaltung in den nächsten Jahren produktbezogene Ziele formulieren.

Die Haushalte künftiger Jahre werden sich daran orientieren, den Zielerreichungsgrad des Leitbildes der Stadt Alsdorf zu dokumentieren.

7 Kennzahlen zum Haushaltsplan

Das Land NRW hat nach der Verabschiedung des NKF-Einführungsgesetzes u.a. auch ein Kennzahlenset entwickelt, das bei der Prüfung der Haushaltspläne und Jahresabschlüsse sowohl durch die Kommunalaufsicht als auch durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW angewandt werden soll.

Auf der Grundlage des NKF-Kennzahlensets wurde zwischenzeitlich auch ein Leitfaden für die Aufsichtsbehörden erstellt, der die Grundlage für die aufsichtsbehördlichen Prüfungen im Rahmen der Anzeige- und Genehmigungsverfahren der Haushaltssatzung darstellen wird.

An dieser Stelle sind daher bereits einige der o.a. Kennzahlen zusammengestellt worden, die künftig bei der Bewertung der Finanzsituation der Stadt Alsdorf von Bedeutung sein werden.

Demnach sind folgende Kennzahlen heranzuziehen:

a Steuerquote

Die Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich der städtische Haushalt „selbst“ finanzieren kann oder in welchen Umfang er abhängig von staatlichen Zuweisungen ist.

Steuerquote (StQ)	Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
	2013 v.H.	2014 v.H.	2015 v.H.	2016 v.H.	2017 v.H.	2018 v.H.	2019 v.H.	2020 v.H.	2021 v.H.
= $\frac{\text{Steuererträge} \times 100}{\text{ordentliche Erträge}}$	44,52	45,87	35,21	42,15	42,98	42,98	43,88	44,87	45,89

b Zuwendungsquote

Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, in wie weit die Kommune von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Zuwendungsquote (StQ)	Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
	2013 v.H.	2014 v.H.	2015 v.H.	2016 v.H.	2017 v.H.	2018 v.H.	2019 v.H.	2020 v.H.	2021 v.H.
= $\frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{ordentliche Erträge}}$	42,89	41,07	51,16	46,02	45,06	45,48	44,65	43,71	42,76

c Personalintensität 1

Die Kennzahlen zur „Personalintensität 1“ geben an, welchen Anteil Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Personalintensität 1 (PI1)	Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
	2013 v.H.	2014 v.H.	2015 v.H.	2016 v.H.	2017 v.H.	2018 v.H.	2019 v.H.	2020 v.H.	2021 v.H.
= $\frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{ordentliche Aufwendungen}}$	19,66	20,37	20,70	20,69	20,89	20,95	21,18	21,23	20,84

d Personalintensität 2

Die „Personalintensität 2“ gibt an, in welchem Umfang die ordentlichen Erträge von Personalaufwendungen aufgezehrt werden. Diese Kennzahl setzt stärker auf eine wirtschaftliche Betrachtung als die Personalintensität 1, da Aufwendungen ins Verhältnis zu den „erwirtschafteten“ Erträgen gesetzt werden.

Es steht also – anders als bei der Personalintensität 1 – im interkommunalen Vergleich die Frage in Mittelpunkt, in welchem Umfang die Personalaufwendungen selbst finanzierbar sind.

Personalintensität 2 (PI2)	Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
	2013 v.H.	2014 v.H.	2015 v.H.	2016 v.H.	2017 v.H.	2018 v.H.	2019 v.H.	2020 v.H.	2021 v.H.
= $\frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{ordentliche Erträge}}$	21,47	21,94	22,85	20,98	21,29	21,03	21,16	21,10	20,51

e Sach- und Dienstleistungsintensität

Die Kennzahl „Sach- und Dienstleistungsintensität“ lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Kommune für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Sach- und Dienstleistungsintensität (SDI)	Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
	2013 v.H.	2014 v.H.	2015 v.H.	2016 v.H.	2017 v.H.	2018 v.H.	2019 v.H.	2020 v.H.	2021 v.H.
= $\frac{\text{Aufw. F. Sach- & Dienstl.} \times 100}{\text{ordentliche Aufwendungen}}$	14,24	13,81	14,66	12,90	12,23	12,25	12,36	12,38	12,47

f Transferaufwendungen

Die Kennzahl gibt an, in welchem Umfang kommunale Zahlungen an öffentliche Haushalte, Unternehmen, Vereine etc. erfolgen. Hierzu gehören auch die Leistungen im sozialen Bereich sowie die freiwilligen Zuwendungen und Zuschüsse.

Transferaufwandsquote (TAQ)	Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
	2013 v.H.	2014 v.H.	2015 v.H.	2016 v.H.	2017 v.H.	2018 v.H.	2019 v.H.	2020 v.H.	2021 v.H.
= $\frac{\text{Transferaufwendungen} \times 100}{\text{ordentliche Aufwendungen}}$	54,55	54,70	54,32	55,36	55,81	55,81	55,52	55,71	56,30

g Zinslastquote

Die Kennzahl zeigt auf, welche zusätzlichen Belastungen aus Zins- und ähnlichen Finanzaufwendungen zu den ordentlichen Aufwendungen bestehen. Eine hohe Zinslastquote engt den finanziellen Spielraum einer Kommune ein.

Zinslastquote (ZLQ)	Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
	2013 v.H.	2014 v.H.	2015 v.H.	2016 v.H.	2017 v.H.	2018 v.H.	2019 v.H.	2020 v.H.	2021 v.H.
= $\frac{\text{Zins- u. Finanzaufw.} \times 100}{\text{ordentliche Aufwendungen}}$	1,98	2,93	4,79	2,61	2,53	2,48	2,44	2,41	2,38

h Aufwandsdeckungsgrad (ADG)

Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

Aufwandsdeckungsgrad (ADG)	Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
	2013 v.H.	2014 v.H.	2015 v.H.	2016 v.H.	2017 v.H.	2018 v.H.	2019 v.H.	2020 v.H.	2021 v.H.
= $\frac{\text{ordentliche Erträge} \times 100}{\text{ordentliche Aufwendungen}}$	91,59	92,87	90,56	98,59	98,11	99,60	100,08	100,64	101,61

i **Drittfinanzierungsquote (DFQ)**

Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Haushaltsjahr. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich.

Drittfinanzierungsquote (DFQ)	Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
	2013 v.H.	2014* v.H.	2015* v.H.	2016* v.H.	2017* v.H.	2018* v.H.	2019* v.H.	2020* v.H.	2021* v.H.
= $\frac{\text{Ertrag a.d. Aufl. von Sopo} \times 100}{\text{bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen}}$	32,48	61,05	49,14	50,34	50,30	50,40	50,77	54,16	53,00

* Abschreibung gem. § 2 I Nr. 13 GemHVO NRW

j **Abschreibungsintensität (Abi)**

Diese Kennzahl beschreibt den Anteil der Abschreibungen an den ordentlichen Aufwendungen.

Die Abschreibungen sind faktisch überwiegend fixe Aufwendungen. Die Kennzahl gibt somit auch an, mit welchem Teil die Aufwendungen weitgehend unbeeinflussbar sind.

Eine niedrige Abschreibungsintensität kann auch wieder spiegeln, dass die Stadt ihr Anlagevermögen weitgehend abgeschrieben hat, ohne es in angemessenem Umfang durch neue Anlagen zu ersetzen; dies bedeutet, dass eine Überalterung des Anlagevermögens vorliegt.

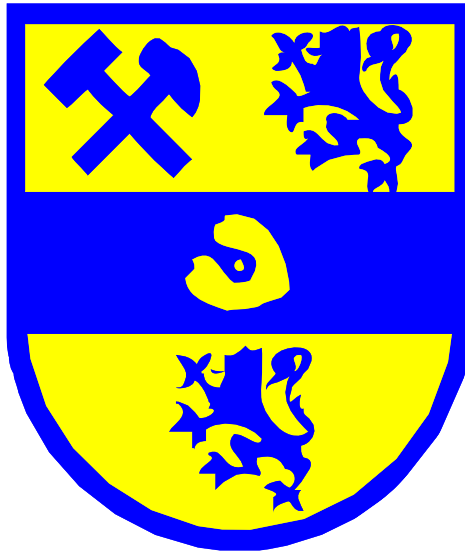
Abschreibungsintensität (Abi)	Rechnungs- ergebnis	Haushaltsplanung							
	2013 v.H.	2014 v.H.	2015 v.H.	2016 v.H.	2017 v.H.	2018 v.H.	2019 v.H.	2020 v.H.	2021 v.H.
= $\frac{\text{Abschreibungen} \times 100}{\text{ordentliche Aufwendungen}}$	5,42	5,00	4,47	4,10	4,00	3,90	3,77	3,50	3,20

gez.

Hafers

Stadtkämmerer

Haushaltssatzung 2015/2016



Haushaltssicherungskonzept in der 2. Fortschreibung

1. Vorbemerkung

Gemäß § 75 Gemeindeordnung NRW (GO) sind die Gemeinden dazu verpflichtet, ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass eine stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gewährleistet ist. Die Führung der Haushaltswirtschaft ist dabei wirtschaftlich, effizient und sparsam zu gestalten. Den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ist Rechnung zu tragen.

In jedem Jahr muss der Haushalt in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Ausgeglichen heißt, dass der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder diesen übersteigt. Jedoch ist der Haushalt auch dann ausgeglichen, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan und der Fehlbedarf in der Ergebnisrechnung durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann.

In § 76 GO NRW ist die Rechtsgrundlage zur Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes geregelt. Dieses haushaltsrechtliche Instrument dient dazu, die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu sichern bzw. wieder herzustellen. Die dazu örtlich notwendige Konsolidierung soll damit eine konzeptionelle Grundlage erhalten und die vorgesehenen Maßnahmen zur gesetzlichen Zielsetzung aufzeigen. Die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes hat die Gemeinde unter Beachtung der gesetzlich bestimmten Sachverhalte vorzunehmen.

Haushaltssicherungskonzepte müssen sich daran messen lassen, dass sie zu einer dauerhaften Leistungsfähigkeit führen und nicht lediglich kurzfristig auf eine Genehmigungsfähigkeit durch eine formelle Einhaltung der gesetzlichen Grenzen abzielen.

Durch das am 04. Juni 2011 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des § 76 GO NRW wird der Absatz 2 und somit die Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten nunmehr als zulässig erachtet, wenn spätestens im 10. auf das Haushaltsjahr folgende Jahr der Haushaltsausgleich nach § 75 Abs. 2 GO NRW wieder erreicht werden kann.

Einher gehend mit der geänderten Rechtslage wurden die seinerzeit bestehenden Einzelerlasse sowie der Leitfaden „Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung“ vom 06. März 2009 mit Wirkung vom 30. September 2012 aufgehoben.

Grundlage für die Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten und für die Handlungsspielräume, die Kommunen im Rahmen der Haushaltssicherung nunmehr haben, erfolgt

einzig und allein auf Basis des Ausführungserlasses des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW vom 07. März 2013.

2. Haushaltssicherungskonzept 2012

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 26. April 2012 die Haushaltssatzung 2012 und das Haushaltssicherungskonzept verabschiedet.

Mit der Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2012 ist es Rat und Verwaltung erstmals seit über 10 Jahren gelungen, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept zu erarbeiten.

Es wurden in vielen Bereichen der Verwaltung teilweise sehr weit reichende Konsolidierungsmaßnahmen getroffen. Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass zwischenzeitlich alle Konsolidierungsbeschlüsse umgesetzt wurden bzw. ihre Auswirkung künftige Haushaltsjahre bereits positiv beeinflussen. Nachfolgend daher nur noch eine tabellarische Übersicht zur Information.

HSK-Beschluss
(Konsolidierungsfeld)

Sachstand

Jugend	Die Überprüfung ergab keine weiteren Einsparpotenziale. Die Verwaltung wird jedoch ihr internes Controlling weiter ausbauen.
Beteiligungen	Die Wirtschaftspläne des Eigenbetriebes „Technische Dienste“ wurden bereits entsprechend des Beschlusses verabschiedet.
Schulträgeraufgaben	Die Dienstanweisung zur dezentralen Ressourcenverantwortung und -verwaltung wurde angepasst. Die finanziellen Auswirkungen sind auch im Haushalt 2013/2014 bereits verarbeitet.
Räumliche Planung	Der Haushaltsplan 2013 berücksichtigt bereits Verkaufserlöse aus dem Bebauungsplan 292 –Sportplatz Begau.

Realsteuern	Die Hebesatzsatzung wurde vom Rat der Stadt am 26.04.2012 beschlossen. Im Rahmen der Fortschreibung des HSK 2012 wurde hierzu bereits ein weiter gehender Beschluss gefasst.
Personal	Die Stellen- und Haushaltspläne 2013/2014 berücksichtigen die konsequente Umsetzung des Beschlusses.
Straßen	Die Satzung wurde geändert.

3. Haushaltssicherungskonzept in seiner 1. Fortschreibung

Auch mit der Beratung des Haushaltes 2013/2014 war es wiederum erforderlich, aufgrund von finanzwirtschaftlichen Verschlechterungen weitere zusätzliche Konsolidierungsentscheidungen zu treffen. Im Rahmen von Fachausschussberatungen und interfraktionellen Arbeitsgruppensitzungen wurde erneut der Haushalt sehr intensiv diskutiert und der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 23. Mai 2013 die 1. Fortschreibung zum Haushaltssicherungskonzept 2012 beschlossen und die Wiedererlangung des strukturellen Haushaltsausgleichs damit bestätigt.

Auch hier kann im Ergebnis festgestellt werden, dass alle Konsolidierungsbeschlüsse bereits umgesetzt wurden, sodass nachfolgend ebenfalls nur eine tabellarische Übersicht zur Information erfolgt:

HSK-Beschluss (Konsolidierungsfeld)	Sachstand
Realsteuern	Die Hebesatzsatzung wurde vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 23.05.2013 beschlossen.
Vergnügungssteuer	Die Vergnügungssteuersatzung wurde vom Rat der Stadt am 23.05.2013 beschlossen.
Parkraumbewirtschaftung	Die Parkraumgebührenordnung wurde nach Beschluss des Rates der Stadt vom 23.05.2013 neu gefasst und am 29.05.2013 veröffentlicht.

Stadtbücherei

Der Rat der Stadt hat die Erhöhung der Jahresausleihgebühr zum 01.01.2014 beschlossen. Die gesetzlich vorgeschriebene Veröffentlichung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Büchereien der Stadt Alsdorf erfolgte im Amtlichen Mitteilungsblatt der Stadt Alsdorf am 06.06.2013.

4. Jahresabschluss 2013

Nach der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2013 war bei Erträgen von rd. 86,3 Mio. € und Aufwendungen von 96,5 Mio. € ein Jahresfehlbedarf in Höhe von 10,2 Mio. € geplant.

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2013 wurde dem Rat der Stadt in seiner Sitzung am 27. März 2014 zur Kenntnis gebracht. Bei Erträgen von 91,7 Mio. € und Aufwendungen von 100,8 Mio. € schließt die Ergebnisrechnung 2013 mit einem Fehlbetrag von rd. 9,1 Mio. € ab und liegt damit rd. 1,1 Mio. € unter dem Planansatz.

Unter Berücksichtigung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2013 entwickelt sich das städtische Eigenkapital auf der Grundlage der Haushaltssatzung 2013/2014 einschließlich der mittelfristigen Ergebnisplanung wie folgt:

Eigenkapital per 31.12.2013	13.718.443,08 €
geplanter Fehlbedarf 2014	- 8.062.200,00 €
Eigenkapital per 31.12.2014	5.656.243,08 €
geplanter Fehlbedarf 2015	- 3.201.516,00 €
Eigenkapital per 31.12.2015	2.454.727,08 €
geplanter Fehlbedarf 2016	- 1.199.614,00 €
Eigenkapital per 31.12.2016	1.255.113,08 €
geplanter Überschuss 2017	+ 630.987,00 €
Eigenkapital per 31.12.2017	1.886.100,08 €

Der Jahresabschluss 2013 wurde durch den Rat der Stadt in seiner Sitzung am 04.12.2014 festgestellt.

5. Haushaltswirtschaft 2014

Nach § 4 der Haushaltssatzung der Stadt Alsdorf für das Haushaltsjahr 2014 sieht der Haushalt eine Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes in Höhe von 8,1 Mio. € vor.

Der Gesamtergebnisplan für das Haushaltsjahr 2014 berücksichtigt dabei folgende einzelne Festsetzung:

Ergebnisplan		
Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2014
10	= Ordentliche Erträge	84.646.180 €
17	= Ordentliche Aufwendungen	-91.142.685 €
18	= Ordentliches Ergebnis	-6.496.505 €
19	+ Finanzerträge	1.106.800 €
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-2.672.495 €
21	= Finanzergebnis (Nr. 19 + 20)	-1.565.695 €
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Nr. 18 + 21)	-8.062.200 €
23	+ Außerordentliche Erträge	0 €
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0 €
25	= Außerordentliches Ergebnis (Nr. 23 + 24)	0 €

Nachdem im Rahmen des 1. Budgetberichtes zum 01. März 2014 noch davon auszugehen war, dass sich die Entwicklung der Ergebnisrechnung insgesamt positiv gestaltet, ergibt sich durch die erhebliche Gewerbesteuererstattung jedoch nunmehr eine zusätzliche Verschlechterung von rd. 17,7 Mio. €. Bei einem Eigenkapital am 31. Dezember 2013 von rd. 13,7 Mio. € ist daher festzustellen, dass sich die Überschuldung der Stadt Alsdorf kurzfristig einstellt. Zur Finanzierung der Erstattung musste der bisherige Kassenkreditrahmen von 110 Mio. € um 20 Mio. € auf 130 Mio. € erhöht werden. Die sich abzeichnende weitere Erstattungspflicht von Gewerbesteuererträgen aus Vorjahren wird darüber hinaus eine nochmalige Erhöhung des Korridors notwendig machen.

Nach dem 2. Budgetbericht 2014 konnte die Planabweichung bereits auf 15,8 Mio. € verringert werden.

6. Entwurf des Jahresabschlusses 2014

Nach Aufstellung des Entwurf der Jahresrechnung am 9. März 2015 stellt sich der Jahresabschluss wie folgt dar:

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis des Vorjahres EUR	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres EUR	Ist- Ergebnis des Haushaltsjahres EUR	Vergleich Ansatz/Ist EUR
1	Steuern und ähnliche Abgaben	40.298.906,50	38.826.637,00	30.596.349,69	-8.230.287,31
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	38.821.455,53	34.761.816,00	47.678.140,77	12.916.324,77
3	+ Sonstige Transfererträge	404.509,30	494.500,00	413.436,90	-81.063,10
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.281.276,92	4.514.100,00	5.003.937,41	489.837,41
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	499.087,21	602.100,00	573.280,32	-28.819,68
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.752.122,02	2.392.727,00	3.709.087,91	1.316.360,91
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	4.441.950,22	3.054.300,00	6.153.162,56	3.098.862,56
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	17.452,09	0,00	3.446,33	3.446,33
9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= Ordentliche Erträge	90.516.759,79	84.646.180,00	94.130.841,89	9.484.661,89
11	- Personalaufwendungen	-19.431.323,43	-18.569.943,00	-20.388.020,20	-1.818.077,20
12	- Versorgungsaufwendungen	-2.062.630,84	-2.009.982,00	-2.941.474,36	-931.492,36
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-14.071.930,21	-12.589.520,00	-12.793.479,66	-203.959,66
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-5.361.256,60	-4.558.300,00	-5.071.006,91	-512.706,91
15	- Transferaufwendungen	-53.907.755,27	-49.858.540,00	-57.403.678,78	-7.545.138,78
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-3.991.833,78	-3.556.400,00	-4.724.686,21	-1.168.286,21
17	= Ordentliche Aufwendungen	-98.826.730,13	-91.142.685,00	-103.322.346,12	-12.179.661,12
18	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	-8.309.970,34	-6.496.505,00	-9.191.504,23	-2.694.999,23
19	+ Finanzerträge	1.219.480,44	1.106.800,00	1.282.154,33	175.354,33
20	- Zinsen und Sonstige Finanzaufwendungen	-1.953.761,46	-2.672.495,00	-7.297.784,27	-4.625.289,27
21	Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	-734.281,02	-1.565.695,00	-6.015.629,94	-4.449.934,94
22	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	-9.044.251,36	-8.062.200,00	-15.207.134,17	-7.144.934,17
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
25	Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	-9.044.251,36	-8.062.200,00	-15.207.134,17	-7.144.934,17
Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage					
27	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	364.951,78	0,00	255.998,79	255.998,79
28	Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	-1.436.673,43	0,00	-3.551,57	-3.551,57
30	Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	Verrechnungssaldo (=Zeilen 27 bis 30)	-1.071.721,65	0,00	252.447,22	252.447,22

Unter Berücksichtigung des Rechnungsergebnisses von nunmehr (-) 15,2 Mio. € sowie der Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeine Rücklage in Höhe von 252.447 € ergibt sich zum 31.12.2014 demnach ein negatives Eigenkapital von 1.230.027 €.

7. Rahmenbedingungen für die Erstellung des Haushaltes 2015/2016

Die Gewerbesteuererstattung des Jahres 2014 hat ebenfalls unmittelbare Auswirkung auf die Bewirtschaftung und Planung der folgenden Haushaltsjahre. Nach derzeitigem Sachstand ist davon auszugehen, dass der Haushalt 2015 durch eine zusätzliche Erstattungspflicht von insgesamt 9,2 Mio. € belastet wird.

Bereits im Rahmen der Bewirtschaftung der Haushaltsjahre 2013 und 2014 hat der Rat der Stadt in einigen Aufgabenbereichen zusätzliche Haushaltsmittel bereitstellen müssen. Diese Verschlechterungen wirken sich auch auf die mittelfristige Ergebnisplanung weiter aus.

Im Wesentlichen ergibt sich hierdurch im Rahmen der Fortschreibung des Haushaltes 2015/2016 die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel in folgenden Bereichen:

<u>Aufwandsbereich</u>	<u>zusätzlicher Finanzbedarf</u>
Personal-/Versorgungsaufwendungen	1.750.000 €
Kosten Asylbewerberleistungsgesetz	1.700.000 € (Netto)
Kosten der Hilfen zur Erziehung	1.400.000 €
Kosten der Tagespflege	140.000 € (Netto)
StädteRegionsumlage	<u>2.076.000 €</u>
	7.066.000 €

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Rahmenbedingungen ergibt sich hierdurch folgende Fortschreibung des Haushaltes:

Ergebnisplan 2015 - 2021							
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ertrag	90.733.138	102.145.226	102.198.466	104.287.250	104.710.261	105.002.323	105.325.836
	-	-	-	-	-	-	-
Aufwand	103.647.989	105.100.364	105.583.050	106.100.527	105.983.155	105.653.106	104.948.068
Verlust (-)							
Überschuss	-12.914.851	-2.955.138	-3.384.584	-1.813.277	-1.272.894	-650.783	377.768

Zum Ende des Planungszeitraumes errechnet sich hiernach ein negatives Eigenkapital in Höhe von 23,8 Mio. €.

Die vorgenannten Rahmenbedingungen führen zu einer erheblichen Abweichung von den bisherigen Planungs Jahren. Dies hat zur Folge, dass im Rahmen der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2015/2016 zusätzliche Konsolidierungsbeschlüsse erforderlich sind.

Der Städteregionsrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde hat mit Schreiben vom 09.07.2014 dem Antrag der Stadt auf Ausweitung des Konsolidierungszeitraumes nach § 76 Abs. 2 GO NRW bis zum Jahre 2021 stattgegeben. Darüber hinaus wurde mit Schreiben vom 24.11.2014 seitens der Stadt Alsdorf beantragt, diesen Konsolidierungszeitraum bis ins Jahr 2027 auszudehnen.

Mit Schreiben vom 22.04.2015 wurde diesem Antrag durch die Bezirksregierung ebenfalls stattgegeben.

Im Rahmen der Beratung über den Haushalt 2015/2016 mussten Rat und Verwaltung somit das bisherige Haushaltssicherungskonzept fortschreiben mit dem Ziel, zum Ende des Planungszeitraumes 2021 wieder über einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu verfügen und bis zum Jahr 2027 die eingetretene Überschuldung zu kompensieren.

8. Konsolidierungsfeld „Personalaufwendungen“

Eine systematische Prüfung und Reduzierung der ordentlichen Aufwendungen bildet einen entscheidenden Bestandteil und Erfolgsfaktor eines Haushaltssicherungskonzeptes.

Die Personalaufwendungen bilden dabei eine wichtige Komponente zur Konsolidierung des Haushaltes. Deshalb ist dem Stand der Personalaufwendungen und ihre Entwicklung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Ohne deutliche Entlastung bei den Personalaufwendungen kann in der Regel ein Haushaltssicherungskonzept nicht zum Erfolg führen.

Die Gehalts- und Besoldungszahlungen (incl. Sozialversicherungsbeiträge und Zusatzversorgungskassenumlage) stellen innerhalb des Personalbudgets die größten Kostenblöcke dar.

Im Rahmen der Beratung über die Haushaltssatzung 2012 hat der Rat der Stadt bereits eine umfangreiche Fortschreibung des Personalkostenentwicklungskonzeptes der Stadt Alsdorf beschlossen. Hiernach war die Verwaltung beauftragt, sämtliche Planstellen des Haushaltes neu zu bewerten. Dieser Prozess konnte nunmehr zum Abschluss gebracht werden.

Auch wurde durch den Rat eine Fortschreibung des bestehenden Personalkostenbegrenzungskonzeptes beschlossen. Hiernach wurden die Personalkosten bis zum Jahre 2015 nochmals erheblich reduziert.

Aufgrund von gesetzlichen Regelungen im Bereich der Jugendhilfe (Umsetzung der U 3-Betreuung) und aufgrund richterlicher Entscheidungen im Bereich der Einsatzzeiten für den Feuerschutz und Rettungsdienst wurde in dem Planungszeitraum 2010 bis 2014 die Einrichtung notwendiger zusätzlicher Stellen der Stadt Alsdorf vorgegeben. Unter Berücksichtigung der vorgenannten Ausführungen haben sich die Stellenpläne der Jahre 2010 bis 2014 wie folgt entwickelt:

Stellenentwicklung 2010 - 2014	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung 2010-2014
Beamte	76,5	75,5	84,5	81,9	81,9	5,4
tarifl. Beschäftigte	290,2	275,2	278,9	283,1	282,6	-7,6
Stellen insgesamt	366,7	350,7	363,4	365,0	364,5	-2,2
Veränder. zum Vorj.		- 4,36 %	+ 3,62 %	+ 0,44 %	- 0,14 %	- 0,60 %

Die Stellenpläne der Jahre 2010 bis 2014 führten dabei zu folgenden Personalaufwendungen:

Personalaufwendungen (2009-2013 festgestellte Jahresabschlüsse / Entwurf Jahresabschluss 2014)						
	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung 2010-2014
Personalaufwendungen	17,84 Mio.	17,99 Mio.	18,79 Mio.	19,43 Mio.	20,39 Mio.	2,55 Mio.
Veränder. zum Vorjahr		+ 0,84 %	+ 4,45 %	+ 3,41 %	+ 4,94 %	+ 14,29 %
Versorgungsaufwend.	1,50 Mio.	3,16 Mio.	1,83 Mio.	2,06 Mio.	2,94 Mio.	1,44 Mio.
Veränder. zum Vorjahr		+ 110,67 %	- 42,09 %	+ 12,57 %	+ 42,72 %	+ 96,00 %
Summe	19,34 Mio.	21,15 Mio.	20,62 Mio.	21,49 Mio.	23,33 Mio.	3,99 Mio.
Veränder. zum Vorjahr		+ 9,36 %	- 2,51 %	+ 4,22 %	+ 8,56 %	+ 20,63 %

Die Stadt Alsdorf konnte im Zeitraum 2010 bis 2014 insgesamt 2,2 Stellen einsparen. Unter Berücksichtigung der nicht durch die Stadt zu vertretenden neu einzurichtenden Stellen ergibt sich im genannten Zeitraum eine Reduzierung um 21,9 Stellen.

Der Stellenplan 2015 berücksichtigt insgesamt 361,2 Stellen. Hieraus ergibt sich ein Personal- und Versorgungsaufwand von rd. 22,5 Mio. €. Der Anteil der Personal- und Versorgungsaufwendungen am städtischen Haushalt beläuft sich nunmehr auf 23,22 %.

Die Entwicklung des Gesamthaushaltes macht eine weitere konsequente Reduzierung der Personal- und Versorgungsaufwendungen notwendig. Zur Erreichung eines genehmigungsfähigen

Haushaltssicherungskonzeptes ist daher eine Fortschreibung der Personalkostenentwicklung bis zum Jahre 2021 unumgänglich.

Konsolidierungsbeschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Konsolidierungsbeschluss:

1. Bis zum Ende des Jahres 2021 werden insgesamt 24,3 Verwaltungsstellen frei. Diese Stellen werden zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen und bürgerfreundlichen Verwaltungshandelns mit kU-Vermerken versehen und mit Nachwuchskräften neu besetzt. Mittelfristig werden dadurch die Personalaufwendungen deutlich reduziert.
2. Für die Wiederbesetzung von darüber hinaus frei werdenden Stellen gilt ein absoluter Einstellungsstopp, sodass künftig nur noch eine interne Besetzung erfolgen kann.
3. Ausnahmen von diesen Regelungen kann nur der Verwaltungsvorstand treffen. Dabei sind sich alle Beteiligten darüber einig, dass hierbei ein strenger Maßstab anzuwenden ist, weil die beabsichtigte kostenmäßige Wirkung nur dann eintritt, wenn tatsächlich Einsparungen erzielt werden.
4. Im Planungszeitraum können bis zum Jahre 2021 hierdurch 650.000 € (Netto) eingespart werden. Zusätzlich kann ab dem Jahre 2021 eine strukturelle Entlastung von rd. 530.000 € erzielt werden.

9. Konsolidierungsfeld „Beteiligungen“

Im Rahmen der Finanzsteuerung müssen auch alle Beteiligungen der Gemeinde in den Konsolidierungsprozess einbezogen werden. Auf die Beteiligungen sind die Maßstäbe der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden konsequent anzuwenden. Die Möglichkeit zur Zuschussreduzierung bzw. zur Erzielung von Überschüssen durch angemessene Gewinnbeteiligung für den kommunalen Haushalt ist bei der Aufgabenwahrnehmung, der Gestaltung der Leistungsbeziehung und der Bilanzierung auszuschöpfen.

9.1 Alsdorfer Freizeitobjekte GmbH (FOGA)

Mit Beschluss vom 11.12.2007 hat der Rat der Stadt die Übertragung der Verwaltung, Bewirtschaftung und Fortentwicklung der Tageserholungsanlage an die FOGA beschlossen. Ziel der Aufgabenübertragung ist, die Erholungs- und Freizeiteinrichtungen zu stärken und mittelfristig eine Reduzierung des städtischen Eigenanteils zu bewirken.

Bereits mit Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2011 ist es Rat und Verwaltung gelungen, den Zuschussbedarf für den Tierpark zu reduzieren. Ab dem Haushaltsjahr 2014 beläuft sich dieser Zuschuss insgesamt auf 277.500 €.

Der FOGA ist es darüber hinaus gelungen, zwischen den Betriebsteilen „Betrieb der Stadthalle“ und „Tageserholungsanlage“ Synergien zu generieren. Dies hat zur Folge, dass die Zuschussbedarfe der Gesellschaft sich in den letzten Jahren positiv dargestellt haben. Die Entwicklung zeigt dabei einen erheblichen Rückgang der jährlichen Verluste auf.

2009	2010	2011	2012	2013
-129.498,51 €	-77.076,78 €	-69.863,61 €	-15.741,06 €	-43.242,89 €

Die jährliche Eigenkapitaleinlage der Stadt beläuft sich derzeit auf 90.000 € und soll ab dem Jahre 2016 um 10.000 € reduziert werden.

Konsolidierungsbeschluss:

Die Eigenkapitaleinlage der FOGA wird ab dem Haushaltsjahr 2016 um 10.000 € reduziert und auf 80.000 € jährlich festgesetzt.

9.2 Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft mbH (GSG)

Die Stadt Alsdorf hält 76,06 % des Stammkapitals der Gesellschaft. Aufgrund der Tätigkeit der Gesellschaft erhält die Stadt hieraus jährliche Gewinnausschüttungen. Bis zum Jahre 2012 wurde der Stadt Alsdorf eine Dividende von 121.500 € vor Steuern ausgeschüttet.

Erstmalig mit der Feststellung des Jahresergebnisses 2013 konnte durch die Gesellschaft eine zusätzliche Dividende ausgezahlt werden. Für das Wirtschaftsjahr 2013 führte dies zu einer Dividendenzahlung von 243.000 € vor Steuern.

Ziel zukünftiger Gewinnausschüttung sollte es aus Sicht der Stadt sein, unter Berücksichtigung der Belange der Gesellschaft die größtmögliche Dividende zu erhalten. Aufgrund einer durch die Gesellschaft vorgenommenen Ergebnisvorschau ist dabei davon auszugehen, dass eine jährliche Dividendenzahlung von insgesamt 355.000 € zukünftig gewährt werden kann. Hiervon entfällt eine Dividende von 270.000 € auf die Stadt. Unter Berücksichtigung von Kapitalertragsteuer und

Solidaritätszuschlag führt dies zu einem jährlichen zusätzlichen Ertrag für die Stadt Alsdorf von rd. 100.000 €.

Konsolidierungsbeschluss:

Der Rat der Stadt beschließt unter Berücksichtigung der gesellschafts- und handelsrechtlichen Vorschriften die größtmögliche Gewinnausschüttung an die Gesellschafter vorzunehmen. Hierdurch entsteht ein jährlicher Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 100.000 €.

9.3 Konzern- und Beteiligungsmanagement

Die Stadt Alsdorf ist an mehreren Unternehmen im Bereich der kommunalen Versorgung als Minderheitsgesellschafter beteiligt. Darüber hinaus hält sie Anteile an beherrschten Tochterunternehmen, in denen einzelne Aufgaben der Daseinsvorsorge sowie wirtschaftliche Tätigkeiten der Stadt Alsdorf ausgelagert sind. Die Finanzstrukturen der städtischen Mehrheitsbeteiligungen stellen sich dabei nach dem Jahresabschluss 2013 wie folgt dar:

Gesellschaften im Überblick Auswertung der Jahresabschlüsse 2013						
Gesellschaft	Gründungsdatum	Aufwendungen	Erträge	Umsatzerlöse	Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	Anzahl der Mitarbeiter
Business Park Alsdorf GmbH	17.03.1989	533.048,10 €	96.061,60 €	539.782,10 €	102.795,60 €	4
FOGA GmbH	17.11.1992	943.676,85 €	180.030,82 €	720.403,14 €	-43.242,89 €	40
GSG - Grund und Stadtentwicklung	23.07.2010	2.361.503,86 €	139.977,41 €	2.268.100,13 €	46.573,68 €	53
GSG GmbH	07.04.1933	4.228.731,77 €	134.274,74 €	4.789.671,39 €	695.214,36 €	9
Alsdorfer Bauland	10.01.2007	1.004.628,95 €	1.852,21 €	1.100.390,00 €	97.613,26 €	2
Zwischensumme		9.071.589,53 €	552.196,78 €	9.418.346,76 €	898.954,01 €	108
ETD - Eigenbetrieb Technische Dienste	27.11.2003	17.971.610,29 €	486.140,13 €	18.760.110,24 €	1.274.640,08 €	56

Unter Berücksichtigung der städtischen Aufwendungen von rd. 93,8 Mio. € ergeben sich Konzernaufwendungen von jährlich rd. 120,9 Mio. €. Die über die städtischen Mehrheitsgesellschaften bewirtschafteten Aufwendungen betragen dabei 22,38 %.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung hat die Stadt Alsdorf besonders auf die Wirtschaftlichkeit der städtischen Eigenbetriebe und Unternehmen zu achten. Die Gewährung von Zuschüssen und die Abdeckung von Verlusten sollen hierbei möglichst vermieden bzw. weitestgehend reduziert werden. Ebenfalls sind die Möglichkeiten zur Erzielung von Überschüssen in den wirtschaftlichen Unternehmen an den Maßstäben des § 109 Abs. 2 GO NRW zu prüfen.

Ein weiteres Konsolidierungspotenzial kann aus Sicht der Verwaltung erzielt werden, wenn es gelingt, Doppelungen von Prozessen und Strukturen zu vermeiden und insgesamt ein schlankeres Portfolio an städtischen Gesellschaften zu erzielen.

Konsolidierungsbeschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis spätestens Ende 2016 ein Konzept zur Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation zu erarbeiten. Ziel ist es, einheitliche Aufgaben zusammen zu fassen.

10. Konsolidierungsfeld „Vergnügungssteuer“

Nach der derzeit geltenden Vergnügungssteuersatzung der Stadt Alsdorf wird für das Halten von Spielautomaten mit Gewinnmöglichkeit eine Vergnügungssteuer erhoben. Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Vergnügungssteuer war bisher das Einspielergebnis der Geldspielgeräte. Einspielergebnis ist hierbei der Betrag der elektronisch gezählten Bruttokasse. Dieser errechnet sich aus der elektronisch gezählten Kasse zuzüglich Röhrenentnahme (sog. Fehlbetrag) abzüglich Röhrenauffüllung, Falschgeld, Prüftestgeld und Fehlgeld. Der Rat der Stadt hat sowohl zum 01.01.2012 (von 10% auf 13%) also auch zum 01.07.2013 die Anhebung des Vergnügungssteuersatzes für Geldspielgeräte mit Gewinn auf nunmehr 15 % nach dem Einspielergebnis beschlossen.

Die aktuelle Rechtsprechung gibt Anlass dazu, über einen Wechsel der Bemessungsgrundlage nachzudenken. Das Bundesverwaltungsgericht hat im Jahre 2010 ausgeführt, dass der Maßstab des Spieleinsatzes als Summe der im Besteuerungszeitraum in ein Spielgerät zu Spielzwecken eingeworfenen Geldbeträge und der zu weiteren Spielen verwendete Gewinn dem Gebot steuerlicher Belastungsgleichheit entspricht.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung empfiehlt der Städte- und Gemeindebund eine Anpassung der Vergnügungssteuersatzung dahingehend, dass als Bemessungsgrundlage der bloße Spieleinsatz zugrunde gelegt werden soll.

Durch die Umstellung auf den Spieleinsatz ergibt sich eine deutliche Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.

Im Rahmen der Festsetzung des neuen Steuersatzes ist dabei das Verbot der erdrosselnden Wirkung der Steuer zu beachten. Der Städte- und Gemeindebund führt hierzu in seiner Mitteilung vom

19.03.2014 aus, dass Steuersätze, die umgerechnet auf das Einspielergebnis eine Höhe von 20 % überschreiten nach der Rechtsprechung als problematisch angesehen werden könnten. Des Weiteren wird mitgeteilt, dass Steuersätze nach dem Spieleinsatz zwischen 3 und 4 Prozent als geeignet angesehen werden können.

Unter Berücksichtigung eines Jahresaufkommens von 22 Mio. € des Spieleinsatzes (2014) wurde seitens der Verwaltung die Festsetzung von 4 % als Steuersatz empfohlen.

Der Rat der Stadt hat sich bereits in seiner Sitzung am 19.03.2015 mit der Anpassung der Vergnügungssteuer beschäftigt und eine neue Vergnügungssteuersatzung erlassen, sodass als Besteuerungsgrundlage der Vergnügungssteuer für Geldspielgeräte ab dem 01.04.2015 der Spieleinsatz festgelegt und ein Steuersatz i. H. v. 4 % festgesetzt wurde.

Konsolidierungsbeschluss:

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 19.03.2015 die Anhebung der Vergnügungssteuer beschlossen.

Hieraus ergibt sich ein Konsolidierungspotential für den städtischen Haushalt von 200.000 € je Jahr.

11. Konsolidierungsfeld „Freiwillige Leistungen“

Zum Ende des Haushaltsjahres 2014 ist die Stadt Alsdorf überschuldet. Der Konsolidierungsbedarf des städtischen Haushaltes hat sich hierdurch gravierend verschärft. Zur Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes sind daher insbesondere bei den ordentlichen Aufwendungen geeignete Maßnahmen zur dauerhaften Rückführung des Aufwandes zu ergreifen.

Wenn bei pflichtigen Aufgaben gespart werden muss, können freiwillige Leistungen bei der Konsolidierung nicht außer Betracht bleiben. Von daher ist im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes regelmäßig zu prüfen, ob freiwillige Leistungen aufgegeben werden können.

Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben sind solche Aufgaben, zu deren Wahrnehmung die Gemeinde nicht gesetzlich verpflichtet ist. Typischer Weise entscheidet die Gemeinde bei freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben frei über das „Ob“ und „Wie“ der Aufgabenwahrnehmung.

Eine deutliche Reduzierung der freiwilligen Aufwendungen kann nur erfolgen, wenn auf die Erfüllung freiwilliger Aufgabenfelder verzichtet wird. Hierdurch können die Personalbestände und dementsprechend freiwillige Aufwendungen eingespart werden.

Durch die Aufgabe der Nebenstelle der städtischen Bücherei in Hoengen und den Verzicht der Stadt Alsdorf auf die Beibehaltung der Versicherungsstelle im Bereich des Bürgerservices kann durch Personal- und dementsprechend durch Aufwandsreduzierung der Bestand der freiwilligen Leistungen weiterhin abgebaut werden.

Konsolidierungsbeschluss:

1. Der Rat der Stadt stimmt der Schließung der städtischen Nebenstelle der Bücherei ab dem 01.08.2015 zu.
2. Der Rat der Stadt beschließt die Aufgabe der Versicherungsstelle als Verwaltungsserviceleistung und beauftragt die Verwaltung, durch geeignete Maßnahmen eine Serviceleistung der Rentenversicherungsanstalt in Alsdorf zu garantieren.

12. Konsolidierungsfeld „Grundbesitzabgaben“

Die Gemeinden erheben Abgaben nach den gesetzlichen Vorschriften. Dabei haben sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben grundsätzlich eigene Finanzierungsmittel zu beschaffen. Reichen die allgemeinen Finanzierungs- und Deckungsmittel nicht aus, so ist der verbleibende Finanzbedarf aus Steuern zu finanzieren.

Entscheidendes Kriterium für Kommunen, die im Rahmen des Stärkungspaktes ihre Finanzwirtschaft wieder geordnet haben, war es schlussendlich ihre Hebesätze im Bereich der Realsteuern erheblich zu erhöhen. Auch die Stadt Alsdorf hat im Rahmen der Beschlussfassung über die letzten Haushalte bereits mehrfach die Realsteuerhebesätze angepasst.

Die Hebesätze der Stadt belaufen sich nach der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2013/2014 zur Zeit wie folgt:

Grundsteuer A	437 %,
Grundsteuer B	575 %,
Gewerbsteuer	495 %.

Die Stadt hat sich damit den Kommunen, die sich im Stärkungspakt innerhalb der StädteRegion befinden, gleich gestellt.

Die nunmehr eingetretene Überschuldung und die gravierenden zusätzlichen finanziellen Belastungen aus Landes- und Bundesangelegenheiten sowie aus erheblichen zusätzlichen Umlagezahlungen an die StädteRegion lassen trotz weiterer neuer Konsolidierungsbeschlüsse eine vollständige Refinanzierung durch die Stadt nicht zu. Dies führt zwangsläufig zur einer Erhöhung der eigenen Steuern.

Die Gemeindeprüfanstalt hat im Rahmen der derzeit laufenden überörtlichen Prüfung der Haushalt- und Finanzwirtschaft der Stadt den notwendigen zusätzlichen jährlichen Finanzbedarf auf rd. 12. Mio. € beziffert. Dies würde zu einer Erhöhung des bisherigen Hebesatzes der Grundsteuer B um **763 %-Punkte** auf dann **1.338 %-Punkte** mit sich bringen.

Die weit reichenden Konsolidierungsbeschlüsse im Aufwandsbereich führen dazu, dass der nunmehr durch die Stadt nicht gedeckte Finanzierungsbedarf rd. 1,5 Mio. € beträgt. Dies macht eine Anpassung des Hebesatzes der Grundsteuer B von derzeit 575 %-Punkte auf nunmehr 695 %-Punkte notwendig.

Dabei gelingt es durch einmalige Sondereffekte und die Streckung von notwendigen Maßnahmen in der mittelfristigen Ergebnisplanung, die Erhöhung der Grundsteuer B erst mit Beginn des Haushaltsjahres 2016 erforderlich zu machen.

Konsolidierungsbeschluss:

Der Rat der Stadt beschließt den Hebesatz für die Grundsteuer B ab dem Haushaltsjahr 2016 von 575 % auf 695 % zu erhöhen. Hieraus ergibt sich ein Konsolidierungspotential von 1.488.000 €.

Die Gemeindeordnung verpflichtet die Städte und Gemeinden ihr Vermögen und ihre Einkünfte so zu verwalten, dass die Gemeindefinanzen gesund bleiben. Allerdings ist hierbei die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Abgabepflichtigen zu berücksichtigen.

Rat und Verwaltung erkennen an, dass die erneute Anpassung des Hebesatzes der Grundsteuer B zu zusätzlichen Belastungen für alle Alsdorferinnen und Alsdorfer führt. Verbunden mit den weitreichenden Konsolidierungsentscheidungen im Aufwandsbereich kann diese zusätzliche Belastung nicht ohne Kompensation erfolgen.

Die Bewirtschaftung des Gebührenhaushaltes „Abwasser“ hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Ein erster vorläufiger Entwurf des Jahresabschlusses 2014 und eine positive Prognose zum Ende des I. Quartals 2015 lassen erkennen, dass im Rahmen der Erfüllung der Aufgaben im Bereich des Abwasser es der Stadt gelungen ist, im Jahre 2015 sämtliche Verluste aus der Vergangenheit abzubauen.

Mit der Festsetzung der Gebührentarife 2016 wird die Stadt Alsdorf somit in die Lage versetzt, eine Reduzierung des Gebührenaufkommens vorzunehmen. Nach dem Entwurf des Jahresabschluss 2014 ist hierbei von einer Gebührenminderung für alle Haushalte in Höhe von rd. 900.000 € auszugehen.

Insgesamt kann die Belastung im Rahmen der Grundbesitzabgaben hierdurch auf 588.000 € (Netto) reduziert werden.

Konsolidierungsbeschluss:

1. Zur Refinanzierung der Mehrbelastung aus der Erhöhung der Grundsteuer B wird die Verwaltung beauftragt, nach der Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2014 eine neue Gebührenkalkulation im Bereich der Abwasserbeseitigung für das Veranlagungsjahr 2016 dem Rat der Stadt zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Die Beschlussfassung soll hierbei spätestens in der letzten Sitzung des Rates der Stadt im Jahre 2015 erfolgen.
3. Der Rat der Stadt beziffert die Entlastung der Alsdorferinnen und Alsdorfer ab 2016 hierbei auf rd. 900.000 €.

13. Zusammenfassung

Unter Berücksichtigung der vorangegangenen Beschlüsse entwickelt sich der Haushalt im Einzelnen wie folgt:

Erweiterte Ergebnisplanung der Stadt Alsdorf														
Pos.	Name	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022*	2023*	2024*	2025*	2026*	2027*
1	Steuern und ähnliche Abgaben	31.540.215	42.563.489	43.419.260	44.318.397	45.435.643	46.596.138	47.801.757	48.999.925	50.245.433	51.540.368	52.886.916	54.287.365	55.744.108
	Gemeindeanteil Einkommenssteuer	14.210.200	14.892.290	15.651.796	16.450.038	16.759.299	17.074.374	17.395.372	17.722.405	18.055.586	18.395.031	18.740.858	19.093.186	19.452.138
	Gemeindeanteil Umsatzsteuer	1.649.800	1.701.200	1.751.100	1.804.100	1.850.285	1.897.652	1.946.232	1.996.056	2.047.155	2.099.562	2.153.310	2.208.435	2.264.971
	Gewerbesteuer	6.000.000	14.656.900	14.656.900	14.656.900	15.369.225	16.116.170	16.899.416	17.720.728	18.581.955	19.485.038	20.432.011	21.425.007	22.466.262
	Grundsteuer A	64.100	64.100	64.100	64.100	64.100	64.100	64.100	64.100	64.100	64.100	64.100	64.100	64.100
	Grundsteuer B	7.130.000	8.618.000	8.618.000	8.618.000	8.618.000	8.618.000	8.618.000	8.618.000	8.618.000	8.618.000	8.618.000	8.618.000	8.618.000
	Hundsteuer	330.000	330.000	330.000	330.000	330.000	330.000	330.000	330.000	330.000	330.000	330.000	330.000	330.000
	Vergnügungssteuer	796.000	896.000	896.000	896.000	896.000	896.000	896.000	896.000	896.000	896.000	896.000	896.000	896.000
	Übriges	1.360.115	1.404.999	1.451.364	1.499.259	1.548.734	1.599.842	1.652.637	1.652.637	1.652.637	1.652.637	1.652.637	1.652.637	1.652.637
2	=+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	45.821.899	46.466.862	45.524.145	46.901.749	46.236.291	45.384.807	44.537.461	46.044.048	47.613.913	49.249.711	50.954.213	52.730.304	54.580.991
	Schlüsseluweisungen	36.373.054	37.119.444	36.497.976	38.012.699	37.380.219	36.537.203	35.871.130	37.377.717	38.947.582	40.583.380	42.287.882	44.063.973	45.914.660
	Übriges	9.448.845	9.347.418	9.026.169	8.889.050	8.856.073	8.847.604	8.666.331	8.666.331	8.666.331	8.666.331	8.666.331	8.666.331	8.666.331
3	=+ Sonstige Transfererträge	330.500	342.414	354.792	354.792	354.792	354.792	354.792	354.792	354.792	354.792	354.792	354.792	354.792
4	=+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.165.710	5.185.517	5.189.393	5.272.134	5.250.140	5.231.663	5.195.146	5.195.146	5.195.146	5.195.146	5.195.146	5.195.146	5.195.146
5	=+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	643.400	647.100	646.943	646.943	614.143	614.143	614.143	614.143	614.143	614.143	614.143	614.143	614.143
6	=+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.085.149	2.780.854	2.890.370	2.619.978	2.646.310	2.647.895	2.649.654	2.622.449	2.622.449	2.622.449	2.622.449	2.622.449	2.622.449
7	=+ Sonstige ordentliche Erträge	2.982.225	2.994.412	3.007.740	3.007.434	3.007.119	3.007.062	3.007.060	3.007.060	3.007.060	3.007.060	3.007.060	3.007.060	3.007.060
8	=+ Aktivierte Eigenleistungen													
9	+/- Bestandsveränderungen													
10	= ordentliche Erträge	89.569.098	100.980.648	101.032.643	103.121.427	103.544.438	103.836.500	104.160.013	106.837.564	109.652.935	112.583.669	115.634.719	118.811.259	122.118.689
11	= Personalaufwendungen	-20.468.291	-21.186.871	-21.513.745	-21.690.027	-21.907.960	-21.907.960	-21.907.960	-21.576.728	-21.792.495	-22.010.420	-22.230.524	-22.452.830	-22.677.358
12	= Versorgungsaufwendungen	-2.029.367	-2.105.344	-2.207.831	-2.314.259	-2.389.829	-2.389.829	-2.389.829	-2.413.727	-2.437.865	-2.462.243	-2.486.866	-2.511.734	-2.536.852
13	= Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	-14.503.288	-13.206.616	-12.589.492	-12.684.330	-12.789.574	-12.772.074	-12.773.074	-12.900.805	-13.029.813	-13.160.111	-13.291.712	-13.424.629	-13.558.875
14	= Bilanzielle Abschreibungen	-4.416.877	-4.197.480	-4.122.317	-4.041.161	-3.903.250	-3.609.048	-3.280.959	-3.262.401	-2.962.157	-2.893.831	-2.810.180	-2.689.605	-2.621.811
15	= Transferaufwendungen	-53.718.758	-56.694.027	-57.475.359	-57.786.455	-57.439.935	-57.478.217	-57.713.305	-58.844.631	-59.998.140	-61.174.269	-62.373.460	-63.596.166	-64.842.848
	Städteregionsumlage	-27.280.281	-28.985.028	-30.111.604	-30.962.384	-30.649.602	-30.766.682	-30.875.394	-31.471.289	-32.078.685	-32.697.804	-33.328.871	-33.972.118	-34.627.780
	ÖPNV-Umlage	-1.586.335	-1.792.081	-1.822.546	-1.840.772	-1.859.179	-1.877.771	-1.896.549	-1.933.152	-1.970.462	-2.008.492	-2.047.256	-2.086.768	-2.127.043
	Übriges	-24.852.142	-25.916.918	-25.541.209	-24.983.299	-24.931.154	-24.833.764	-24.941.362	-25.440.189	-25.948.993	-26.467.973	-26.997.332	-27.537.279	-28.088.025
16	= Sonstige ordentliche Aufwendungen	-3.772.850	-5.037.459	-5.066.443	-5.018.929	-5.027.929	-5.013.929	-4.990.429	-5.090.238	-5.192.042	-5.295.883	-5.401.801	-5.509.837	-5.620.034
17	= ordentliche Aufwendungen	-98.909.431	-102.427.797	-102.975.187	-103.535.161	-103.458.477	-103.171.057	-102.510.693	-104.088.529	-105.412.512	-106.996.757	-108.594.542	-110.184.801	-111.857.777
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-9.340.333	-1.447.149	-1.942.544	-413.734	85.961	665.443	1.649.320	2.749.035	4.240.423	5.586.912	7.040.177	8.626.458	10.260.912
19	=+ Finanzerträge	1.164.040	1.164.578	1.165.823	1.165.823	1.165.823	1.165.823	1.165.823	1.165.823	1.165.823	1.165.823	1.165.823	1.165.823	1.165.823
20	= Zinsen und Sonstige Finanzaufwendungen	-4.738.558	-2.672.567	-2.607.863	-2.565.366	-2.524.678	-2.482.049	-2.437.375	-2.583.618	-2.738.635	-2.902.953	-3.077.130	-3.261.758	-3.457.463
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	-3.574.518	-1.507.989	-1.442.040	-1.399.543	-1.358.855	-1.316.226	-1.271.552	-1.417.795	-1.572.812	-1.737.130	-1.911.307	-2.095.935	-2.291.640
22	= Ergebnis der fda. Verwaltungstätigkeit (18 und 21)	-12.914.851	-2.955.138	-3.384.584	-1.813.277	-1.272.894	-650.783	377.768	1.331.240	2.667.612	3.849.783	5.128.870	6.530.524	7.969.272
23	=+ Außerordentliche Erträge													
24	= Außerordentliche Aufwendungen													
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)													
26	= Ergebnis (22 und 25)	-12.914.851	-2.955.138	-3.384.584	-1.813.277	-1.272.894	-650.783	377.768	1.331.240	2.667.612	3.849.783	5.128.870	6.530.524	7.969.272
27	=+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	5.468.914	5.473.114	5.477.399	5.481.769	5.486.225	5.490.772	5.495.410	5.434.716	5.434.716	5.434.716	5.434.716	5.434.716	5.434.716
28	= Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	-5.468.914	-5.473.114	-5.477.399	-5.481.769	-5.486.225	-5.490.772	-5.495.410	-5.434.716	-5.434.716	-5.434.716	-5.434.716	-5.434.716	-5.434.716
29	= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-12.914.851	-2.955.138	-3.384.584	-1.813.277	-1.272.894	-650.783	377.768	1.331.240	2.667.612	3.849.783	5.128.870	6.530.524	7.969.272

Zu Ende des Planungszeitraumes verfügt die Stadt Alsdorf wieder über ein positives Eigenkapital in Höhe von rd. 3,7 Mio. €.

14. Schlussbemerkungen:

Die Rahmenbedingungen der Alsdorfer Finanzen haben sich im Juni des letzten Jahres dramatisch verschlechtert.

Noch mit Beschlussfassung zum Doppelhaushalt 2013/2014 konnte die Stadt Alsdorf dokumentieren, dass die harten Konsolidierungsbemühungen greifen. Dies wurde nochmals dadurch bekräftigt, dass der Jahresabschluss 2013 im Ergebnis mit einer Verbesserung in Höhe von rd. 1,1 Mio. € abschließen konnte.

Die Gewerbesteuererstattungen der Jahre 2014 und 2015 mit rd. 26,9 Mio. € haben zur Überschuldung der städtischen Finanzen geführt.

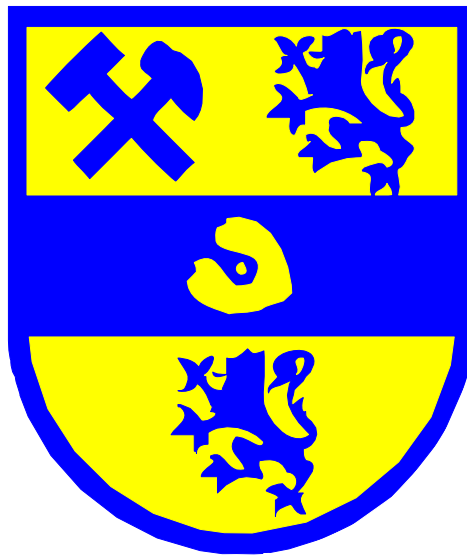
Nur durch gravierende Einschnitte in die Finanzstruktur des Gesamtkonzern Alsdorf kann die Selbstverwaltung weiterhin aufrechterhalten werden.

Die Konsolidierungsbeschlüsse führen insgesamt zu einer weiteren Reduzierung der Gesamtaufwendungen. Verbunden mit der Anpassung der Ertragssituation der Stadt zeigt das Haushaltssicherungskonzept 2012 in seiner 2. Fortschreibung auf, dass es gelingt, die eingetretene Überschuldung der Stadt schrittweise abzubauen.

gez.

Hafers

Stadtkämmerer



Stellenplan

2015

Stellenplan 2015

Teil A: Beamte

- Gemeindeverwaltung -

Wahlbeamte und Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2015		Zahl der Stellen 2014	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2014	Erläuterungen
		insgesamt	davon ausgesondert			
1	2	3	4	5	6	7
Wahlbeamte: Bürgermeister Beigeordneter	B 6 B 2	1,0 2,0		1,0 2,0	1,0 2,0	
Höherer Dienst:	A 16 A 15 A 14 A 13	1,0 2,0		2,0 1,0 1,0	1,0 1,0 1,0	1,0 A 15 mit kw-Vermerk
Gehobener Dienst:	A 13 A 12 A 11 A 10 A 9	3,0 2,0 5,8 4,6 6,0	1,0 1,0	3,0 3,0 4,8 3,6 9,0	3,0 3,0 4,8 2,6 7,0	1,0 A 11 mit kw-Vermerk 5 Vollzeit-Stellen / 1 Teilzeit-Stelle 0,8 A 10 mit kw-Vermerk 3 Vollzeit-Stellen / 2 Teilzeit-Stellen
Mittlerer Dienst:	A 9 A 8 A 7	10,0 42,5	5,0 38,0	9,0 42,5	9,0 41,5	2,0 A 9 mit Amtszulage 1,0 A 9 in Einrichtungen von Sondervermögen (Zuweisung nach § 123 a BRGG) 41 Vollzeit-Stellen / 2 Teilzeit-Stellen
insgesamt:		79,9	46,0	81,9	76,9	5 Teilzeit-Stellen

Stellenplan 2015 **Teil B: Tariflich Beschäftigte**

Entgeltgruppe/ Sondertarif	Zahl der Stellen 2015	Zahl der Stellen 2014	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2014	Erläuterungen
1	2	3	4	5
TVöD 15 *	1,0	1,0	1,0	
TVöD 14	3,0	3,0	3,0	
TVöD 13	2,0	2,0	2,0	
TVöD 12	8,0	8,0	8,0	
TVöD 11	9,0	9,0	9,0	
TVöD 10	17,8	18,8	18,8	16 Vollzeit-, 3 Teilzeit-Stellen
TVöD 9	21,6	21,6	21,4	0,5 Stelle mit kw-Vermerk /18 Vollzeit-, 6 Teilzeit-Stellen
TVöD 8	22,9	19,5	19,2	2,0 Stellen mit kw-Vermerk /20 Vollzeit-, 5 Teilzeit-Stellen
TVöD 6	44,7	46,6	45,1	7,5 Stellen mit kw-Vermerk /40 Vollzeit-, 7 Teilzeit-Stellen
TVöD 5	33,0	34,7	31,7	6,0 Stellen mit kw-Vermerk /22 Vollzeit-, 25 Teilzeit-Stellen
TVöD 4		0,0		
TVöD 3	8,0	9,0	8,0	0,3 Stellen mit kw-Vermerk / 6 Vollzeit-, 4 Teilzeit-Stellen
TVöD 2	6,3	6,4	6,4	2,5 Stellen mit kw-Vermerk / 3 Vollzeit-, 10 Teilzeit-Stellen
TVöD - SuE 18	1,0	1,0	1,0	
TVöD - SuE 15	3,0	2,0	2,0	
TVöD - SuE 14	16,7	16,7	16,7	16 Vollzeit-Stellen / 1 Teilzeit-Stelle
TVöD - SuE 13	5,9	5,9	5,9	5 Vollzeit-Stellen / 1 Teilzeit-Stelle
TVöD - SuE 12		1,0	1,0	
TVöD - SuE 11	7,2	7,2	6,7	4 Vollzeit-Stellen / 4 Teilzeit-Stellen
TVöD - SuE 10	2,9	1,9	1,9	2 Vollzeit-Stellen / 1 Teilzeit-Stelle
TVöD - SuE 8	5,0	5,0	5,0	
TVöD - SuE 6	52,4	52,4	52,4	38 Vollzeit-Stellen / 22 Teilzeit-Stellen
TVöD - SuE 4	4,0	4,0	4,0	2 Vollzeit-Stellen / 4 Teilzeit-Stellen
TVöD - SuE 3	5,9	5,9	5,9	4 Vollzeit-Stellen / 3 Teilzeit-Stellen
insgesamt:	281,3	282,6	276,1	93 Teilzeit-Stellen

* inklusive AT-Leistungen

Produkt- bereich/ Produkt	Bezeichnung	Wahlbeamte			höherer Dienst			gehobener Dienst					mittlerer Dienst				insge- samt	Erläuterungen	
		B6	B2	B1	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7			A6
		3			4			5					6						
1	2																	7	
01-08-01	Recht													1,0				1,0	
01-09-01	Grundstücksmanagement (Liegenschaftsverwaltung)											0,6						0,6	
01-09-02	Bewirtsch. des allg. Grundvermögens											0,1						0,1	
01-10-01	Bauverwaltung													0,8				0,8	0,8 A 10 kw
02-01-01	Wahlen/Statistik																	0,0	
02-02-01	Einwohnerangelegenheiten														1,0		1,0	2,0	1,0 A 11 kw
02-02-02	Personenstandswesen																	0,0	
02-03-01	Allgemeine Ordnungs- angelegenheiten									0,3								0,5	
02-04-01	Feuerwehr									0,3				1,0	1,0		5,0 37,0	45,8	1,0 A 9 mD mit Amtszulage
02-04-02	Rettungsdienst																	0,0	
02-04-03	Vorbeugender Brandschutz																	0,0	
02-05-01	Gewerbe- und Gast- stättenangelegenheiten									0,1								0,1	
02-06-01	Allgemeine Verkehrs- angelegenheiten									0,2								0,2	
02-06-02	Verkehrsordnungswidrig- keiten									0,1				0,3				0,4	
02-07-01	Verbraucherberatung																	0,0	
03-01-01	Grundschule																	0,0	
03-01-02	Hauptschule																	0,0	
03-01-03	Realschule																	0,0	
03-01-04	Gymnasium																	0,0	
03-01-05	Gesamtschule																	0,0	

Produkt- bereich/ Produkt	Bezeichnung	Wahlbeamte			höherer Dienst			gehobener Dienst					mittlerer Dienst				insge- samt	Erläuterungen		
		B6	B2	B1	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7			A6	
1	2	3			4			5					6				7			
03-01-06	Schule für Lernbehinderte																		0,0	
03-02-01	Allgemeine Schul- verwaltungsangel., OGS												1,0						1,0	
03-02-02	Schülerbeförderung																		0,0	
04-01-01	Volkshochschule																		0,0	
04-01-02	Stadtbücherei																		0,0	
04-01-03	Sonstige Volksbildung																		0,0	
04-02-01	Kulturförderung und sonstiger Kulturbereich																		0,0	
04-02-02	Musikpflege (Chöre)																		0,0	
05-01-01	Leistungen nach dem SGB XII														1,0				1,0	
05-01-02	Hilfen nach dem AsylBLG bzw. FlüAG														2,0				2,0	1,0 A 9 mD mit Amtszulage
05-01-03	Soz. Einr. für Wohnungslose und Aussiedler																		0,0	
05-02-01	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege																		0,0	
05-02-02	Kom.Seniorenbetreuung / Altenpflegeplanung und Gesch.führ. Beh.beirat																		0,0	
05-02-03	Seniorenbetreuung																		0,0	
05-03-01	Aufgabenwahrnehmung für ARGE-Angelegenh.																		0,0	
05-04-01	Unterhaltsvorschuss- leistungen																		0,0	
06-01-01	Zentrale Verwaltung der Jugendhilfe											0,4							0,4	
06-02-01	Betreuung in Tages- einrichtungen für Kinder											0,6	0,7						1,3	
06-02-02	Allg. Förder. von jungen Menschen + ihren Fam.																		0,0	

Produkt- bereich/ Produkt	Bezeichnung	Wahlbeamte			höherer Dienst			gehobener Dienst				mittlerer Dienst				insge- samt	Erläuterungen		
		B6	B2	B1	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8			A7	A6
		3			4			5				6							
1	2																7		
06-03-01	Sonstige Leist. zur Förd. junger Menschen und ihren Familien																0,0		
06-03-02	Förderung von Kindern in Tagesgruppen und Tages- pflege										0,1						0,1		
06-04-01	Beistandschaften, Pfleg- schaften, Vormundschaft.									0,8							0,8		
07-01-01	Krankenhausinvestitions- pauschale																0,0		
08-01-01	Hallensportanlagen										0,2						0,2		
08-01-02	Außensportanlagen										0,1						0,1		
08-01-03	Hallenbad										0,3						0,3		
08-02-01	Allgemeine Sportförderung										0,1						0,1		
08-02-02	Sportstättenbedarfs- und -entwicklungsplanung										0,3						0,3		
09-01-01	Flächennutzungsplan, Bebauungspläne, usw.					1,0								0,5			1,5		
10-01-01	Umleg.verf., Bodenordn. und sonst.Verfahren													0,1			0,1		
10-02-01	Untere Bauaufsicht																0,0		
10-03-01	Denkmalschutz, Denkmal- pflege, Ortsbildpflege																0,0		
10-04-01	Förderung für Wohnraum und Wohnraumsicherung													0,9			0,9		
11-01-01	Öffentliche Toiletten																0,0		
12-01-01	Unterh. von Straßen, Geh- und Radwegen, Straßen- oberflächenentwässerung																0,0		
12-01-02	Parkraumbewirtschaftung																0,0		
13-01-01	Öffentliches Grün																0,0		
13-02-01	Wald- und Forstwirtschaft, Biotopflächen																0,0		

Produkt- bereich/ Produkt	Bezeichnung	Wahlbeamte			höherer Dienst			gehobener Dienst					mittlerer Dienst				insge- samt	Erläuterungen	
		B6	B2	B1	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7			A6
		3			4			5					6						
1	2																	7	
13-02-02	Öffentliche Gewässer und bauliche Anlagen																	0,0	
13-03-01	Tierpark, Tageserholungs- anlage, Freibad																	0,0	
13-04-01	Friedhöfe																	0,0	
14-01-01	Umweltinfor. + -koordination als Servicefunktion																	0,0	
15-01-01	Wirtschaftsförderung								0,2				1,0					1,2	
15-02-01	Stadthalle																	0,0	
15-02-02	Baubetriebshof (Eigen- betrieb Techn. Dienste)													1,0				1,0	1,0 A 9 in Einrichtung von Sonderverm.
15-02-03	Märkte																	0,0	
15-02-04	Sonstige Einrichtungen (Schaukästen)								0,1									0,1	
15-03-01	Kombinierte Versor- gungsunternehmen																	0,0	
15-03-02	Sonstige Beteiligungen																	0,0	
16-01-01	Steuern, allg. Zuweis. und allgemeine Umlagen																	0,0	
16-01-02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft																	0,0	
17-01-01	Stiftungen																	0,0	
		1,0	2,0	0,0	0,0	1,0	2,0	0,0	3,0	2,0	5,8	4,6	6,0	10,0	42,5	0,0	0,0	79,9	

Stellenübersicht

Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - Tariflich Beschäftigte -

Produkt- bereich/ Produkt	Bezeichnung	Entgeltgruppen																				insge- samt			
		15	14	13	12	11	10	9	8	6	5	3	2	S 18	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11	S 10	S 8		S 6	S 4	S 3
		3																							
1	2																								
01-01-01	Politische Gremien				0,5				0,6		4,3														
01-01-02	Verwaltungsführung	1,0						2,0	2,0																
01-01-03	Integrationsrat							1,0																	
01-02-01	Personalvertretung/Personalrat																								
01-02-02	Gleichstellung von Mann und Frau																								
01-03-01	Rechnungsprüfungsamt (incl. Korruption)					2,0		1,0																	
01-04-01	Zentrale Servicestellen/Dienste			0,5			0,4			3,0		3,9													
01-04-02	EDV-Infrastrukturverwaltung, Benutzer- betreuung			0,5			1,6	0,4																	
01-04-03	Datenschutz																								
01-04-04	Personalbetreuung und Arbeitssicherheit			1,0			1,0	2,0	1,0		0,5														
01-04-05	Personalausbildung und -qualifizierung										2,0														
01-04-06	Allgemeine Personalwirtschaft (LOB, Versorgungsrückstellungen)																								
01-05-01	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit			0,7						0,3	1,0														
01-06-01	Personalmanagement und Organisation																								
01-07-01	Allgemeine Finanzverwaltung/Kämmerei		1,0		1,0			1,0	1,0		1,0														
01-07-02	Geschäftsbuchführung und Zahlungs- abwicklung					0,9		1,0		5,6															
01-07-03	Vollstreckung					0,1		0,5	1,0	4,2	1,0														
01-07-04	Steuern und sonstige Abgaben						1,0		1,5	1,0	0,2														
01-08-01	Recht		1,0																						
01-09-01	Grundstücksmanagement (Liegen- schaftsverwaltung)							0,7		0,5															
01-09-02	Bewirtschaftung des allgemeinen Grund- vermögen							0,2		0,5															
01-10-01	Bauverwaltung					1,0	1,0			0,8															
02-01-01	Wahlen/Statistik																								
02-02-01	Einwohnerangelegenheiten								0,1	5,0	1,1														
02-02-02	Personenstandswesen							0,8	1,0		1,0														
02-03-01	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten				0,5				0,4	3,3															

Produkt- bereich/ Produkt	Bezeichnung	Entgeltgruppen																							insge- samt
		15	14	13	12	11	10	9	8	6	5	3	2	S 18	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11	S 10	S 8	S 6	S 4	S 3	
		3																							
1	2																								
02-04-01	Feuerwehr									0,9															0,9
02-04-02	Rettungsdienst																								
02-04-03	Vorbeugender Brandschutz						1,0																		1,0
02-05-01	Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten				0,5				0,5																1,0
02-06-01	Allgemeine Verkehrsangelegenheiten					0,8			0,9																1,7
02-06-02	Verkehrsordnungswidrigkeiten					0,2				2,5	1,0														3,7
02-07-01	Verbraucherberatung																								
03-01-01	Grundschule							0,1		1,0	7,5														8,6
03-01-02	Hauptschule							0,1			1,6		0,8												2,5
03-01-03	Realschule							0,1			1,3														1,4
03-01-04	Gymnasium							0,1		1,0	1,2														2,3
03-01-05	Gesamtschule							0,1		3,0	1,6	0,3	0,5												5,5
03-01-06	Schule für Lernbehinderte							0,1		0,3															0,4
03-02-01	Allgemeine Schulverwaltungs- angelegenheiten, OGS					1,0			0,5	1,0															2,5
03-02-02	Schülerbeförderung								0,5																0,5
04-01-01	Volkshochschule																								
04-01-02	Stadtbücherei			0,1		0,5	0,5			2,0	0,8														3,9
04-01-03	Sonstige Volksbildung																								
04-02-01	Kulturförderung und sonstiger Kultur- bereich			0,1						0,4															0,5
04-02-02	Musikpflege (Chöre)			0,1						0,3															0,4
05-01-01	Leistungen nach dem SGB XII				1,0	1,0	1,9	1,4	2,0						0,1										7,4
05-01-02	Hilfen nach dem AsylBLG bzw. Flücht- lingsaufnahmegesetz								0,5																0,5
05-01-03	Soziale Einrichtungen für Wohnungslose und Aussiedler							0,1	0,1						0,7										0,9
05-02-01	Förderung von Trägern der Wohlfahrts- pflege																								
05-02-02	Kom. Seniorenbeitr. / Altenpflegeplanung und Geschäftsführung Behindertenbeirat														0,2										0,2
05-02-03	Seniorenbetreuung				0,5																				0,5
05-03-01	Aufgabenwahrnehmung für ARGE- Angelegenheiten																								
05-04-01	Unterhaltsvorschussleistungen							1,0			2,0														3,0
06-01-01	Zentrale Verwaltung der Jugendhilfe			1,0	0,5						0,5							0,5							2,5

Produkt- bereich/ Produkt	Bezeichnung	Entgeltgruppen																							insge- samt
		15	14	13	12	11	10	9	8	6	5	3	2	S 18	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11	S 10	S 8	S 6	S 4	S 3	
		3																							
1	2																								
06-02-01	Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder				0,4			1,0	5,5						3,0		5,9			2,9	5,0	52,4	4,0	5,9	86,0
06-02-02	Allgemeine Förderung von jungen Menschen und ihren Familien				0,1				0,8										6,7						7,6
06-03-01	Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und ihrer Familien							2,8	1,0	0,8				1,0		15,6									21,2
06-03-02	Förderung von Kindern in Tagesgruppen und Tagespflege															0,1									0,1
06-04-01	Beistandschaften, Pflegschaften, Vormund- schaften							2,8																	2,8
07-01-01	Krankenhausinvestitionspauschale																								
08-01-01	Hallensportanlagen									0,3															0,3
08-01-02	Außensportanlagen									0,1															0,1
08-01-03	Hallenbad									0,3	1,0	3,0	4,0												8,3
08-02-01	Allgemeine Sportförderung									0,2															0,2
08-02-02	Sportstättenbedarfs- und -entwicklungs- planung									0,1															0,1
09-01-01	Flächennutzungsplan, Bebauungspläne, usw.				0,8	0,2	2,8			1,0															4,8
10-01-01	Umlegungsverfahren, Bodenordnung und sonstige Verfahren				0,1	0,8																			0,9
10-02-01	Untere Bauaufsicht				1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,5															5,5
10-03-01	Denkmalschutz, Denkmalpflege, Ortsbild- pflege				0,1		0,2																		0,3
10-04-01	Förderung für Wohnraum und Wohnraum- sicherung									1,0															1,0
11-01-01	Öffentliche Toiletten																								
12-01-01	Unterhaltung von Straßen, Geh- und Rad- wegen, Straßenoberflächenentwässerung		1,0			1,0	2,0	1,0		3,8															8,8
12-01-02	Parkraumbewirtschaftung									0,3															0,3
13-01-01	Öffentliches Grün					0,2	0,1		0,2																0,5
13-02-01	Wald- und Forstwirtschaft, Biotopflächen				0,2	0,1			0,6																0,9
13-02-02	Öffentliche Gewässer und räumliche Anlagen																								
13-03-01	Tierpark, Tageserholungsanlage, Freibad					0,1			0,1																0,2
13-04-01	Friedhöfe								0,4		0,9		1,0												2,3
14-01-01	Umweltinformation und -koordination als Servicefunktion					0,5	0,3		0,1																0,9

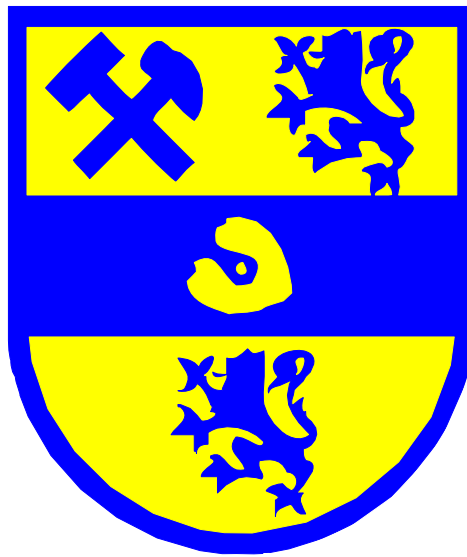
Produkt- bereich/ Produkt	Bezeichnung	Entgeltgruppen																							insge- samt
		15	14	13	12	11	10	9	8	6	5	3	2	S 18	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11	S 10	S 8	S 6	S 4	S 3	
1	2	3																							
15-01-01	Wirtschaftsförderung																								
15-02-01	Stadthalle																								
15-02-02	Baubetriebshof (Eigenbetrieb Technische Dienste)																								
15-02-03	Märkte								0,2																0,2
15-02-04	Sonstige Einrichtungen (Schaukästen)							0,1																	0,1
15-03-01	Kombinierte Versorgungsunternehmen																								
15-03-02	Sonstige Beteiligungen																								
16-01-01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen																								
16-01-02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft																								
17-01-01	Stiftungen																								
		1,0	3,0	2,0	8,0	9,0	17,8	21,6	22,9	44,7	33,0	8,0	6,3	1,0	3,0	16,7	5,9	7,2	2,9	5,0	52,4	4,0	5,9	5,9	281,3

Stellenübersicht
Teil B: Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit
- Beamte in der Probezeit -

Amtsbezeichnung	Besoldungs- gruppe	Zahl der Beamtinnen / Beamten 2015	Zahl der Beamtinnen / Beamten 2014	Zahl der Beamtinnen / Beamten am 30.06.2014	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6
Rätinnen / Räte	A 13	/	/	/	
Inspektorinnen / Inspektoren	A 9	4	4	4	
Brandmeisterinnen / Brandmeister	A 7	7	9	6	
Sekretärinnen / Sekretäre	A 6	/	/	/	
Insgesamt		11	13	10	

Stellenübersicht
Teil B: Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit
- Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte -

Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen für 2015	beschäftigt am 01.10.2014	Erläuterungen
Stadtinspektoranwärterinnen/ Stadtinspektoranwärter	Unterhaltszuschuss	4	3	
Auszubildende Verwaltungsfachangestellte	Ausbildungsvergütung	8	6	
Brandmeisteranwärterinnen/ Brandmeisteranwärter	Unterhaltszuschuss	6	/	
Praktikantinnen/Praktikanten Kindertagesstätten	Praktikantenvergütung	6	6	
informatorisch beschäftigte Dienstkräfte		1	2	1,0 Stelle von Mitarbeitern, die im laufenden Haushaltsjahr keine Kosten verursachen (z. B. wegen Sonderurlaub oder Zeitrente)
				Darüber hinaus werden 38 geringfügig Beschäftigte (z.B. Schülerlotsen) außerhalb des Stellenplans geführt.
Insgesamt		25	17	



Stellenplan

2016

Stellenplan 2016

Teil A: Beamte

- Gemeindeverwaltung -

Wahlbeamte und Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2016		Zahl der Stellen 2015	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2014	Erläuterungen
		insgesamt	davon ausgesondert			
1	2	3	4	5	6	7
Wahlbeamte: Bürgermeister Beigeordneter	B 6 B 2	1,0 2,0		1,0 2,0	1,0 2,0	
Höherer Dienst:	A 16 A 15 A 14 A 13	1,0 2,0		1,0 2,0	1,0 1,0 1,0	1,0 A 15 mit kw-Vermerk
Gehobener Dienst:	A 13 A 12 A 11 A 10 A 9	3,0 2,0 4,8 4,6 8,0	1,0 1,0 1,0	3,0 2,0 5,8 4,6 6,0	3,0 3,0 4,8 2,6 7,0	4 Vollzeit-Stellen / 1 Teilzeit-Stelle 0,8 A 10 mit kw-Vermerk 3 Vollzeit-Stellen / 2 Teilzeit-Stellen
Mittlerer Dienst:	A 9 A 8 A 7	11,0 41,5	5,0 37,0	10,0 42,5	9,0 41,5	2,0 A 9 mit Amtszulage 1,0 A 9 in Einrichtungen von Sondervermögen (Zuweisung nach § 123 a BRRG) 40 Vollzeit-Stellen / 2 Teilzeit-Stellen
insgesamt:		80,9	45,0	79,9	76,9	5 Teilzeit-Stellen

Stellenplan 2016 **Teil B: Tariflich Beschäftigte**

Entgeltgruppe/ Sondertarif	Zahl der Stellen 2016	Zahl der Stellen 2015	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2014	Erläuterungen
1	2	3	4	5
TVöD 15 *	1,0	1,0	1,0	
TVöD 14	3,0	3,0	3,0	
TVöD 13	2,0	2,0	2,0	
TVöD 12	8,0	8,0	8,0	
TVöD 11	9,0	9,0	9,0	
TVöD 10	17,8	17,8	18,8	16 Vollzeit-, 3 Teilzeit-Stellen
TVöD 9	21,6	21,6	21,4	0,5 Stelle mit kw-Vermerk /18 Vollzeit-, 6 Teilzeit-Stellen
TVöD 8	22,9	22,9	19,2	2,0 Stellen mit kw-Vermerk /20 Vollzeit-, 5 Teilzeit-Stellen
TVöD 6	44,2	44,7	45,1	7,0 Stellen mit kw-Vermerk /40 Vollzeit-, 8 Teilzeit-Stellen
TVöD 5	35,0	33,0	31,7	6,0 Stellen mit kw-Vermerk /24 Vollzeit-, 25 Teilzeit-Stellen
TVöD 4				
TVöD 3	8,0	8,0	8,0	0,3 Stellen mit kw-Vermerk / 6 Vollzeit-, 4 Teilzeit-Stellen
TVöD 2	5,3	6,3	6,4	1,5 Stellen mit kw-Vermerk / 2 Vollzeit-, 10 Teilzeit-Stellen
TVöD - SuE 18	1,0	1,0	1,0	
TVöD - SuE 15	3,0	3,0	2,0	
TVöD - SuE 14	16,7	16,7	16,7	16 Vollzeit-Stellen / 1 Teilzeit-Stelle
TVöD - SuE 13	5,9	5,9	5,9	5 Vollzeit-Stellen / 1 Teilzeit-Stelle
TVöD - SuE 12			1,0	
TVöD - SuE 11	7,2	7,2	6,7	4 Vollzeit-Stellen / 4 Teilzeit-Stellen
TVöD - SuE 10	2,9	2,9	1,9	2 Vollzeit-Stellen / 1 Teilzeit-Stelle
TVöD - SuE 8	5,0	5,0	5,0	
TVöD - SuE 6	52,4	52,4	52,4	38 Vollzeit-Stellen / 22 Teilzeit-Stellen
TVöD - SuE 4	4,0	4,0	4,0	2 Vollzeit-Stellen / 4 Teilzeit-Stellen
TVöD - SuE 3	5,9	5,9	5,9	4 Vollzeit-Stellen / 3 Teilzeit-Stellen
insgesamt:	281,8	281,3	276,1	92 Teilzeit-Stellen

* inklusive AT-Leistungen

Stellenübersicht

Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung

- Beamte -

Produkt- bereich/ Produkt	Bezeichnung	Wahlbeamte			höherer Dienst			gehobener Dienst					mittlerer Dienst				insge- samt	Erläuterungen		
		B6	B2	B1	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7			A6	
1	2	3			4			5					6				7			
01-01-01	Politische Gremien											1,0							1,0	
01-01-02	Verwaltungsführung	1,0	2,0																3,0	
01-01-03	Integrationsrat																		0,0	
01-02-01	Personalvertretung/ Personalrat															1,0			1,0	
01-02-02	Gleichstellung von Mann und Frau															0,5			0,5	
01-03-01	Rechnungsprüfungsamt (incl.Korruption)								1,0										1,0	
01-04-01	Zentrale Servicestellen/Dienste												0,8	0,8		0,5			2,1	
01-04-02	EDV-Infrastrukturverw., Benutzerbetreuung												0,2						0,2	
01-04-03	Datenschutz													0,2					0,2	
01-04-04	Personalbetreuung und Arbeitssicherheit													1,0					1,0	
01-04-05	Personalausbildung und -qualifizierung													3,0		1,0			4,0	
01-04-06	Allg. Personalwirtschaft (LOB, Versorg.rückst.)																		0,0	
01-05-01	Presse- und Öffentlich- keitsarbeit																		0,0	
01-06-01	Personalmanagement und Organisation							1,0				1,0							2,0	
01-07-01	Allgemeine Finanz- verwaltung/Kämmerei												1,0						1,0	
01-07-02	Geschäftsbuchführung und Zahlungsabwicklung															0,8			0,8	
01-07-03	Vollstreckung															0,2			0,2	
01-07-04	Steuern und sonstige Abgaben											92							0,0	

Produkt- bereich/ Produkt	Bezeichnung	Wahlbeamte			höherer Dienst			gehobener Dienst					mittlerer Dienst				insge- samt	Erläuterungen	
		B6	B2	B1	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7			A6
1	2	3			4			5					6				7		
01-08-01	Recht																	1,0	
01-09-01	Grundstücksmanagement (Liegenschaftsverwaltung)												0,6					0,6	
01-09-02	Bewirtsch. des allg. Grundvermögens												0,1					0,1	
01-10-01	Bauverwaltung														0,8			0,8	0,8 A 10 kw
02-01-01	Wahlen/Statistik																	0,0	
02-02-01	Einwohnerangelegenheiten															1,0		1,0	
02-02-02	Personenstandswesen																	0,0	
02-03-01	Allgemeine Ordnungs- angelegenheiten																	0,5	
02-04-01	Feuerwehr																1,0	45,8	1,0 A 9 mD mit Amtszulage
02-04-02	Rettungsdienst																	0,0	
02-04-03	Vorbeugender Brandschutz																	0,0	
02-05-01	Gewerbe- und Gast- stättenangelegenheiten																	0,1	
02-06-01	Allgemeine Verkehrs- angelegenheiten																	0,2	
02-06-02	Verkehrsordnungswidrig- keiten																0,3	0,4	
02-07-01	Verbraucherberatung																	0,0	
03-01-01	Grundschule																	0,0	
03-01-02	Hauptschule																	0,0	
03-01-03	Realschule																	0,0	
03-01-04	Gymnasium																	0,0	
03-01-05	Gesamtschule																	0,0	

Produkt- bereich/ Produkt	Bezeichnung	Wahlbeamte			höherer Dienst			gehobener Dienst					mittlerer Dienst				insge- samt	Erläuterungen	
		B6	B2	B1	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7			A6
1	2	3			4			5					6				7		
03-01-06	Schule für Lernbehinderte																	0,0	
03-02-01	Allgemeine Schul- verwaltungsangel., OGS												1,0					1,0	
03-02-02	Schülerbeförderung																	0,0	
04-01-01	Volkshochschule																	0,0	
04-01-02	Stadtbücherei																	0,0	
04-01-03	Sonstige Volksbildung																	0,0	
04-02-01	Kulturförderung und sonstiger Kulturbereich																	0,0	
04-02-02	Musikpflege (Chöre)																	0,0	
05-01-01	Leistungen nach dem SGB XII														1,0			1,0	
05-01-02	Hilfen nach dem AsylBLG bzw. FlüAG														2,0			2,0	1,0 A 9 mD mit Amtszulage
05-01-03	Soz. Einr. für Wohnungslose und Aussiedler																	0,0	
05-02-01	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege																	0,0	
05-02-02	Kom.Seniorenbetreuung / Altenpflegeplanung und Gesch.führ. Beh.beirat																	0,0	
05-02-03	Seniorenbetreuung																	0,0	
05-03-01	Aufgabenwahrnehmung für ARGE-Angelegenh.																	0,0	
05-04-01	Unterhaltsvorschuss- leistungen																	0,0	
06-01-01	Zentrale Verwaltung der Jugendhilfe											0,4						0,4	
06-02-01	Betreuung in Tages- einrichtungen für Kinder											0,6	0,7					1,3	
06-02-02	Allg. Förder. von jungen Menschen + ihren Fam.																	0,0	

Produkt- bereich/ Produkt	Bezeichnung	Wahlbeamte			höherer Dienst			gehobener Dienst					mittlerer Dienst				insge- samt	Erläuterungen	
		B6	B2	B1	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7			A6
1	2	3			4			5					6				7		
06-03-01	Sonstige Leist. zur Förd. junger Menschen und ihren Familien																	0,0	
06-03-02	Förderung von Kindern in Tagesgruppen und Tages- pflege													0,1				0,1	
06-04-01	Beistandschaften, Pfleg- schaften, Vormundsch.										0,8							0,8	
07-01-01	Krankenhausinvestitions- pauschale																	0,0	
08-01-01	Hallensportanlagen											0,2						0,2	
08-01-02	Außensportanlagen											0,1						0,1	
08-01-03	Hallenbad											0,3						0,3	
08-02-01	Allgemeine Sportförderung											0,1						0,1	
08-02-02	Sportstättenbedarfs- und -entwicklungsplanung											0,3						0,3	
09-01-01	Flächennutzungsplan, Bebauungspläne, usw.						1,0										0,5	1,5	1,0 A 15 kw
10-01-01	Umleg.verf., Bodenordn. und sonst.Verfahren																0,1	0,1	
10-02-01	Untere Bauaufsicht																	0,0	
10-03-01	Denkmalschutz, Denkmal- pflege, Ortsbildpflege																	0,0	
10-04-01	Förderung für Wohnraum und Wohnraumsicherung															0,9		0,9	
11-01-01	Öffentliche Toiletten																	0,0	
12-01-01	Unterh. von Straßen, Geh- und Radwegen, Straßen- oberflächenentwässerung																	0,0	
12-01-02	Parkraumbewirtschaftung																	0,0	
13-01-01	Öffentliches Grün																	0,0	
13-02-01	Wald- und Forstwirtschaft, Biotopflächen											95						0,0	

Produkt- bereich/ Produkt	Bezeichnung	Wahlbeamte			höherer Dienst			gehobener Dienst					mittlerer Dienst				insge- samt	Erläuterungen	
		B6	B2	B1	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7			A6
		3			4			5					6						
1	2																7		
13-02-02	Öffentliche Gewässer und bauliche Anlagen																0,0		
13-03-01	Tierpark, Tageserholungs- anlage, Freibad																0,0		
13-04-01	Friedhöfe																0,0		
14-01-01	Umweltinfor. + -koordination als Servicefunktion																0,0		
15-01-01	Wirtschaftsförderung								0,2			1,0					1,2		
15-02-01	Stadthalle																0,0		
15-02-02	Baubetriebshof (Eigen- betrieb Techn. Dienste)												1,0				1,0	1,0 A 9 in Einrichtung von Sonderverm.	
15-02-03	Märkte																0,0		
15-02-04	Sonstige Einrichtungen (Schaukästen)								0,1								0,1		
15-03-01	Kombinierte Versor- gungsunternehmen																0,0		
15-03-02	Sonstige Beteiligungen																0,0		
16-01-01	Steuern, allg. Zuweis. und allgemeine Umlagen																0,0		
16-01-02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft																0,0		
17-01-01	Stiftungen																0,0		
		1,0	2,0	0,0	0,0	1,0	2,0	0,0	3,0	2,0	4,8	4,6	8,0	11,0	41,5	0,0	0,0	80,9	

Stellenübersicht

Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - Tariflich Beschäftigte -

Produkt- bereich/ Produkt	Bezeichnung	Entgeltgruppen																				insge- samt			
		15	14	13	12	11	10	9	8	6	5	3	2	S 18	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11	S 10	S 8		S 6	S 4	S 3
		3																							
1	2																								
01-01-01	Politische Gremien				0,5				0,6		4,3														
01-01-02	Verwaltungsführung	1,0						2,0	2,0																
01-01-03	Integrationsrat							1,0																	
01-02-01	Personalvertretung/Personalrat																								
01-02-02	Gleichstellung von Mann und Frau																								
01-03-01	Rechnungsprüfungsamt (incl. Korruption)					2,0		1,0																	
01-04-01	Zentrale Servicestellen/Dienste				0,5		0,4			3,0		3,9													
01-04-02	EDV-Infrastrukturverwaltung, Benutzer- betreuung				0,5		1,6	0,4																	
01-04-03	Datenschutz																								
01-04-04	Personalbetreuung und Arbeitssicherheit				1,0		1,0	2,0	1,0		0,5														
01-04-05	Personalausbildung und -qualifizierung										4,0														
01-04-06	Allgemeine Personalwirtschaft (LOB, Versorgungsrückstellungen)																								
01-05-01	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit			0,7						0,3	1,0														
01-06-01	Personalmanagement und Organisation																								
01-07-01	Allgemeine Finanzverwaltung/Kämmerei		1,0		1,0			1,0	1,0		1,0														
01-07-02	Geschäftsbuchführung und Zahlungs- abwicklung					0,9		1,0		5,6															
01-07-03	Vollstreckung					0,1		0,5	1,0	4,2	1,0														
01-07-04	Steuern und sonstige Abgaben						1,0		1,5	1,0	0,2														
01-08-01	Recht		1,0																						
01-09-01	Grundstücksmanagement (Liegen- schaftsverwaltung)							0,7		0,5															
01-09-02	Bewirtschaftung des allgemeinen Grund- vermögen							0,2		0,5															
01-10-01	Bauverwaltung					1,0	1,0			0,8															
02-01-01	Wahlen/Statistik																								
02-02-01	Einwohnerangelegenheiten								0,1	5,0	1,1														
02-02-02	Personenstandswesen							0,8	1,0		1,0														
02-03-01	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten					0,5			0,4	3,3															

Produkt- bereich/ Produkt	Bezeichnung	Entgeltgruppen																							insge- samt
		15	14	13	12	11	10	9	8	6	5	3	2	S 18	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11	S 10	S 8	S 6	S 4	S 3	
		3																							
1	2																								
02-04-01	Feuerwehr									0,9															0,9
02-04-02	Rettungsdienst																								
02-04-03	Vorbeugender Brandschutz						1,0																		1,0
02-05-01	Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten				0,5				0,5																1,0
02-06-01	Allgemeine Verkehrsangelegenheiten						0,8		0,9																1,7
02-06-02	Verkehrsordnungswidrigkeiten						0,2			2,5	1,0														3,7
02-07-01	Verbraucherberatung																								
03-01-01	Grundschule							0,1		1,0	7,5														8,6
03-01-02	Hauptschule							0,1			1,6		0,8												2,5
03-01-03	Realschule							0,1			1,3														1,4
03-01-04	Gymnasium							0,1		1,0	1,2														2,3
03-01-05	Gesamtschule							0,1		3,0	1,6	0,3	0,5												5,5
03-01-06	Schule für Lernbehinderte							0,1		0,3															0,4
03-02-01	Allgemeine Schulverwaltungs- angelegenheiten, OGS						1,0		0,5	1,0															2,5
03-02-02	Schülerbeförderung								0,5																0,5
04-01-01	Volkshochschule																								
04-01-02	Stadtbücherei			0,1			0,5	0,5			2,0	0,8													3,9
04-01-03	Sonstige Volksbildung																								
04-02-01	Kulturförderung und sonstiger Kultur- bereich			0,1						0,4															0,5
04-02-02	Musikpflege (Chöre)			0,1						0,3															0,4
05-01-01	Leistungen nach dem SGB XII				1,0		1,0	1,9	1,4	2,0						0,1									7,4
05-01-02	Hilfen nach dem AsylBLG bzw. Flücht- lingsaufnahmegesetz								0,5																0,5
05-01-03	Soziale Einrichtungen für Wohnungslose und Aussiedler							0,1	0,1							0,7									0,9
05-02-01	Förderung von Trägern der Wohlfahrts- pflege																								
05-02-02	Kom. Seniorenbeitr. / Altenpflegeplanung und Geschäftsführung Behindertenbeirat															0,2									0,2
05-02-03	Seniorenbetreuung				0,5																				0,5
05-03-01	Aufgabenwahrnehmung für ARGE- Angelegenheiten																								
05-04-01	Unterhaltsvorschussleistungen							1,0			2,0														3,0
06-01-01	Zentrale Verwaltung der Jugendhilfe			1,0	0,5						0,5								0,5						2,5

Produkt- bereich/ Produkt	Bezeichnung	Entgeltgruppen																							insge- samt
		15	14	13	12	11	10	9	8	6	5	3	2	S 18	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11	S 10	S 8	S 6	S 4	S 3	
		3																							
1	2																								
06-02-01	Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder				0,4			1,0	5,5						3,0		5,9			2,9	5,0	52,4	4,0	5,9	86,0
06-02-02	Allgemeine Förderung von jungen Menschen und ihren Familien				0,1				0,8										6,7						7,6
06-03-01	Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und ihrer Familien							2,8	1,0	0,8				1,0		15,6									21,2
06-03-02	Förderung von Kindern in Tagesgruppen und Tagespflege															0,1									0,1
06-04-01	Beistandschaften, Pflegschaften, Vormund- schaften							2,8																	2,8
07-01-01	Krankenhausinvestitionspauschale																								
08-01-01	Hallensportanlagen									0,3															0,3
08-01-02	Außensportanlagen									0,1															0,1
08-01-03	Hallenbad									0,3	1,0	3,0	3,0												7,3
08-02-01	Allgemeine Sportförderung									0,2															0,2
08-02-02	Sportstättenbedarfs- und -entwicklungs- planung									0,1															0,1
09-01-01	Flächennutzungsplan, Bebauungspläne, usw.				0,8	0,2	2,8			1,0															4,8
10-01-01	Umlegungsverfahren, Bodenordnung und sonstige Verfahren				0,1	0,8																			0,9
10-02-01	Untere Bauaufsicht				1,0	1,0	1,0	1,0	1,0																5,0
10-03-01	Denkmalschutz, Denkmalpflege, Ortsbild- pflege				0,1		0,2																		0,3
10-04-01	Förderung für Wohnraum und Wohnraum- sicherung									1,0															1,0
11-01-01	Öffentliche Toiletten																								
12-01-01	Unterhaltung von Straßen, Geh- und Rad- wegen, Straßenoberflächenentwässerung	1,0				1,0	2,0	1,0		3,8															8,8
12-01-02	Parkraumbewirtschaftung									0,3															0,3
13-01-01	Öffentliches Grün					0,2	0,1		0,2																0,5
13-02-01	Wald- und Forstwirtschaft, Biotopflächen				0,2	0,1			0,6																0,9
13-02-02	Öffentliche Gewässer und räumliche Anlagen																								
13-03-01	Tierpark, Tageserholungsanlage, Freibad					0,1			0,1																0,2
13-04-01	Friedhöfe								0,4		0,9		1,0												2,3
14-01-01	Umweltinformation und -koordination als Servicefunktion					0,5	0,3		0,1																0,9

Produkt- bereich/ Produkt	Bezeichnung	Entgeltgruppen																								insge- samt
		15	14	13	12	11	10	9	8	6	5	3	2	S 18	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11	S 10	S 8	S 6	S 4	S 3		
1	2	3																								
15-01-01	Wirtschaftsförderung																									
15-02-01	Stadthalle																									
15-02-02	Baubetriebshof (Eigenbetrieb Technische Dienste)																									
15-02-03	Märkte							0,2																	0,2	
15-02-04	Sonstige Einrichtungen (Schaukästen)						0,1																		0,1	
15-03-01	Kombinierte Versorgungsunternehmen																									
15-03-02	Sonstige Beteiligungen																									
16-01-01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen																									
16-01-02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft																									
17-01-01	Stiftungen																									
		1,0	3,0	2,0	8,0	9,0	17,8	21,6	22,9	44,2	35,0	8,0	5,3	1,0	3,0	16,7	5,9	7,2	2,9	5,0	52,4	4,0	5,9	281,8		

Stellenübersicht
Teil B: Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit
 - Beamte in der Probezeit -

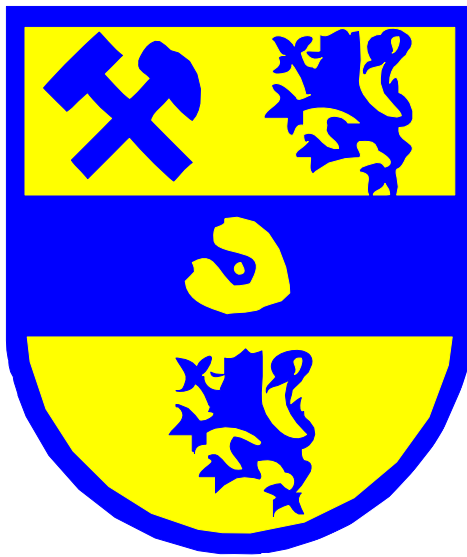
Amtsbezeichnung	Besoldungs- gruppe	Zahl der Beamtinnen / Beamten 2016	Zahl der Beamtinnen / Beamten 2015	Zahl der Beamtinnen / Beamten am 30.06.2014	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6
Rätinnen / Räte	A 13	/	/	/	
Inspektorinnen / Inspektoren	A 9	3	4	4	
Brandmeisterinnen / Brandmeister	A 7	8	7	6	
Sekretärinnen / Sekretäre	A 6	/	/	/	
Insgesamt		11	11	10	

Stellenübersicht

Teil B: Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit

- Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte -

Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen für 2016	beschäftigt am 01.10.2014	Erläuterungen
Stadtinspektoranwärterinnen/ Stadtinspektoranwärter	Unterhaltszuschuss	5	3	
Auszubildende Verwaltungsfachangestellte	Ausbildungsvergütung	8	6	
Brandmeisteranwärterinnen/ Brandmeisteranwärter	Unterhaltszuschuss	6	/	
Praktikantinnen/Praktikanten Kindertagesstätten	Praktikantenvergütung	6	6	
informatorisch beschäftigte Dienstkräfte				1,0 Stelle von Mitarbeitern, die im laufenden Haushaltsjahr keine Kosten verursachen (z. B. wegen Sonderurlaub oder Zeitrente)
		1	2	Darüber hinaus werden 38 geringfügig Beschäftigte (z.B. Schülerlotsen) außerhalb des Stellenplans geführt.
Insgesamt		26	17	

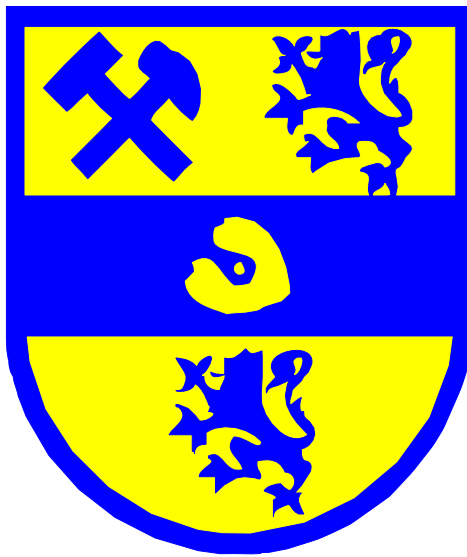


Übersicht

**über die aus Verpflichtungsermächtigungen
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen**

Übersicht
über die aus Verpflichtungsermächtigungen
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungs- ermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres:	Voraussichtlich fällige Auszahlungen			
	2016	2017	2018	2019
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
2015				
TEUR				
1	3	4	5	5
Kubiz BGA - Realschule	804,5			
Kubiz BGA - Gymnasium	804,5			
Bushaltestelle Kubiz	110			
Erweiterung Kita Kellersberg	300			
Beschaffung HLF 20/16		400		
Erschließung Feldstraße		1.210		
Summe	2.019	1.610		
<u>Nachrichtlich:</u> In der Finanzplanung vorgesehene Kreditaufnahmen	1.445	1.105	989	1.031



Übersicht

über die Zuwendungen an die
Fraktionen, Gruppen und einzelnen Ratsmitglieder

Zuwendungen an Fraktionen

Teil A: Geldleistungen

Nr.	Fraktion	Im Haushaltsplan enthalten			Ergebnis aus Jahres- abschluss 2013 EURO	Erläuterungen
		2016 EURO	2015 EURO	2014 EURO		
1	2	3	4	5	6	7
1.	SPD-Fraktion	3.029,35	3.029,35	2.661,06	1.942,91	
2.	CDU-Fraktion	1.531,94	1.531,94	1.290,99	918,06	
3.	ABU-Fraktion	0,00	0,00	463,37	818,07	bis 24.06.2014 (Wechsel der Legislaturperiode)
4.	GRÜNE-Fraktion	715,16	715,16	695,09	533,49	
5.	FDP-Fraktion	0,00	0,00	273,18	511,29	bis 24.06.2014 (Wechsel der Legislaturperiode)
6.	FWA-Fraktion	0,00	0,00	42,70	511,29	bis 24.06.2014 (Wechsel der Legislaturperiode)
7.	REP-Fraktion	0,00	0,00	274,32	511,29	bis 24.06.2014 (Wechsel der Legislaturperiode)
8.	ABU/FDP-Fraktion	579,03	579,03	292,79	0,00	ab 24.06.2014 (Wechsel der Legislaturperiode)
9.	Fraktionslose Ratsmitglieder	544,52	544,52	406,51	204,52	

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

SPD - Fraktion:					
Zweckbestimmung	Geldwert				Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EURO	Haushaltsjahr 2015 EURO	Vorjahr 2014 EURO	mehr (+) weniger (-) EURO	
1	2	3	4	5	6
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit					
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)					
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)					
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen					
2. Bereitstellung von Fahrzeugen					
3. Bereitstellung von Räumen					
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	3.592,68	3.592,68	3.592,68	0,00	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen					
4. Bereitstellung einer Büroausstattung					
4.1 Büromöbel und – maschinen	1.099,84	1.099,84	955,29	+ 144,55	
4.2 sonstiges Büromaterial	59,60	59,60	67,63	- 8,03	

SPD - Fraktion:

Zweckbestimmung	Geldwert				Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EURO	Haushaltsjahr 2015 EURO	Vorjahr 2014 EURO	mehr (+) weniger (-) EURO	
1	2	3	4	5	6
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für					
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	5.056,52	5.056,52	4.277,17	+ 779,35	Hochrechnung, Mittelwert 2012 - 2014
5.2 Fachliteratur und – zeitschriften	97,75	97,75	30,84	+ 66,91	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	43,15	43,15	54,45	- 11,30	
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage					
6. Sonstiges					

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

CDU - Fraktion:					
Zweckbestimmung	Geldwert				Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EURO	Haushaltsjahr 2015 EURO	Vorjahr 2014 EURO	mehr (+) weniger (-) EURO	
1	2	3	4	5	6
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit					
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)					
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)					
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen					
2. Bereitstellung von Fahrzeugen					
3. Bereitstellung von Räumen					
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	2.825,55	2.825,55	2.825,55	0,00	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen					
4. Bereitstellung einer Büroausstattung					
4.1 Büromöbel und – maschinen	1.063,74	1.063,74	1.032,40	+ 31,34	
4.2 sonstiges Büromaterial	50,90	50,90	40,53	+ 10,37	

CDU - Fraktion:					
Zweckbestimmung	Geldwert				Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EURO	Haushaltsjahr 2015 EURO	Vorjahr 2014 EURO	mehr (+) weniger (-) EURO	
1	2	3	4	5	6
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für					
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	3.976,82	3.976,82	3.363,88	+ 612,94	Hochrechnung, Mittelwert 2012 - 2014
5.2 Fachliteratur und –zeitschriften	97,75	97,75	30,84	+ 66,91	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	26,83	26,83	34,75	- 7,92	
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage					
6. Sonstiges					

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

ABU - Fraktion: bis 24.06.2014, wegen Wechsel der Legislaturperiode					
Zweckbestimmung	Geldwert				Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EURO	Haushaltsjahr 2015 EURO	Vorjahr 2014 EURO	mehr (+) weniger (-) EURO	
1	2	3	4	5	6
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit					
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)					
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)					
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen					
2. Bereitstellung von Fahrzeugen					
3. Bereitstellung von Räumen					
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	0,00	0,00	388,44	- 388,44	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen					
4. Bereitstellung einer Büroausstattung					
4.1 Büromöbel und – maschinen	0,00	0,00	199,80	-199,80	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	12,06	-12,06	

ABU - Fraktion:					
Zweckbestimmung	Geldwert				Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EURO	Haushaltsjahr 2015 EURO	Vorjahr 2014 EURO	mehr (+) weniger (-) EURO	
1	2	3	4	5	6
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für					
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	462,45	- 462,45	
5.2 Fachliteratur und – zeitschriften	0,00	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	0,00	0,00	76,10	-76,10	
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage					
6. Sonstiges					

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

GRÜNE - Fraktion:					
Zweckbestimmung	Geldwert				Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EURO	Haushaltsjahr 2015 EURO	Vorjahr 2014 EURO	mehr (+) weniger (-) EURO	
1	2	3	4	5	6
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit					
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)					
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)					
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen					
2. Bereitstellung von Fahrzeugen					
3. Bereitstellung von Räumen					
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	800,67	800,67	800,67	0,00	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen					
4. Bereitstellung einer Büroausstattung					
4.1 Büromöbel und – maschinen	1.384,23	1.384,23	1.276,26	+ 107,97	
4.2 sonstiges Büromaterial	29,76	29,76	29,76	0,00	

GRÜNE - Fraktion:

Zweckbestimmung	Geldwert				Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EURO	Haushaltsjahr 2015 EURO	Vorjahr 2014 EURO	mehr (+) weniger (-) EURO	
1	2	3	4	5	6
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für					
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	1.126,90	1.126,90	935,22	+191,68	Hochrechnung, Mittelwert 2012 - 2014
5.2 Fachliteratur und – zeitschriften	0,00	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	107,16	107,16	153,45	- 46,29	
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage					
6. Sonstiges					

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

FDP - Fraktion: bis 24.06.2014, wegen Wechsel der Legislaturperiode					
Zweckbestimmung	Geldwert				Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EURO	Haushaltsjahr 2015 EURO	Vorjahr 2014 EURO	mehr (+) weniger (-) EURO	
1	2	3	4	5	6
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit					
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)					
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)					
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen					
2. Bereitstellung von Fahrzeugen					
3. Bereitstellung von Räumen					
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	0,00	0,00	396,83	- 396,83	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen					
4. Bereitstellung einer Büroausstattung					
4.1 Büromöbel und – maschinen	0,00	0,00	199,80	-199,80	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	9,69	-9,69	

FDP - Fraktion:					
Zweckbestimmung	Geldwert				Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EURO	Haushaltsjahr 2015 EURO	Vorjahr 2014 EURO	mehr (+) weniger (-) EURO	
1	2	3	4	5	6
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für					
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	472,43	- 472,43	
5.2 Fachliteratur und –zeitschriften	0,00	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	0,00	0,00	8,08	- 8,08	
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage					
6. Sonstiges					

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

FWA - Fraktion: bis 24.06.2014, wegen Wechsel der Legislaturperiode					
Zweckbestimmung	Geldwert				Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EURO	Haushaltsjahr 2015 EURO	Vorjahr 2014 EURO	mehr (+) weniger (-) EURO	
1	2	3	4	5	6
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit					
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)					
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)					
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen					
2. Bereitstellung von Fahrzeugen					
3. Bereitstellung von Räumen					
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	0,00	0,00	793,65	- 793,65	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen					
4. Bereitstellung einer Büroausstattung					
4.1 Büromöbel und – maschinen	0,00	0,00	0,00	0,00	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	0,46	- 0,46	

FWA - Fraktion:					
Zweckbestimmung	Geldwert				Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EURO	Haushaltsjahr 2015 EURO	Vorjahr 2014 EURO	mehr (+) weniger (-) EURO	
1	2	3	4	5	6
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für					
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	472,43	- 472,43	
5.2 Fachliteratur und –zeitschriften	0,00	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	0,00	0,00	2,20	- 2,20	
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage					
6. Sonstiges					

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

REP - Fraktion: bis 24.06.2014, wegen Wechsel der Legislaturperiode					
Zweckbestimmung	Geldwert				Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EURO	Haushaltsjahr 2015 EURO	Vorjahr 2014 EURO	mehr (+) weniger (-) EURO	
1	2	3	4	5	6
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit					
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)					
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)					
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen					
2. Bereitstellung von Fahrzeugen					
3. Bereitstellung von Räumen					
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	0,00	0,00	725,40	- 725,40	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen					
4. Bereitstellung einer Büroausstattung					
4.1 Büromöbel und – maschinen	0,00	0,00	0,00	0,00	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	2,51	- 2,51	

REP - Fraktion:

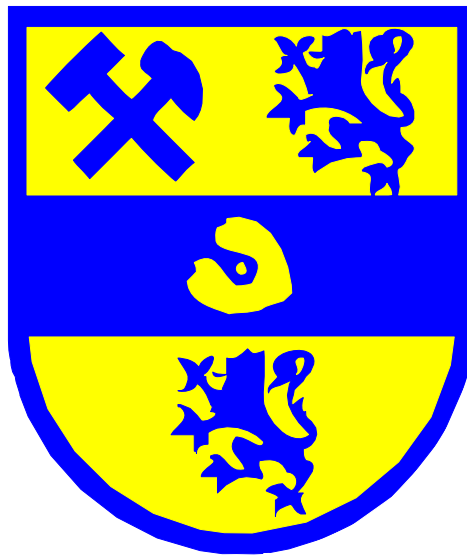
Zweckbestimmung	Geldwert				Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EURO	Haushaltsjahr 2015 EURO	Vorjahr 2014 EURO	mehr (+) weniger (-) EURO	
1	2	3	4	5	6
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für					
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	431,80	- 431,80	
5.2 Fachliteratur und – zeitschriften	0,00	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	0,00	0,00	163,06	- 163,06	
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage					
6. Sonstiges					

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B: Geldwerte Leistungen

ABU - Fraktion: bis 24.06.2014, wegen Wechsel der Legislaturperiode					
Zweckbestimmung	Geldwert				Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EURO	Haushaltsjahr 2015 EURO	Vorjahr 2014 EURO	mehr (+) weniger (-) EURO	
1	2	3	4	5	6
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit					
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)					
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)					
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen					
2. Bereitstellung von Fahrzeugen					
3. Bereitstellung von Räumen					
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	0,00	0,00	388,44	- 388,44	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen					
4. Bereitstellung einer Büroausstattung					
4.1 Büromöbel und – maschinen	0,00	0,00	199,80	-199,80	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	12,06	-12,06	

ABU - Fraktion:					
Zweckbestimmung	Geldwert				Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EURO	Haushaltsjahr 2015 EURO	Vorjahr 2014 EURO	mehr (+) weniger (-) EURO	
1	2	3	4	5	6
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für					
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	462,45	- 462,45	
5.2 Fachliteratur und –zeitschriften	0,00	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	0,00	0,00	76,10	-76,10	
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage					
6. Sonstiges					

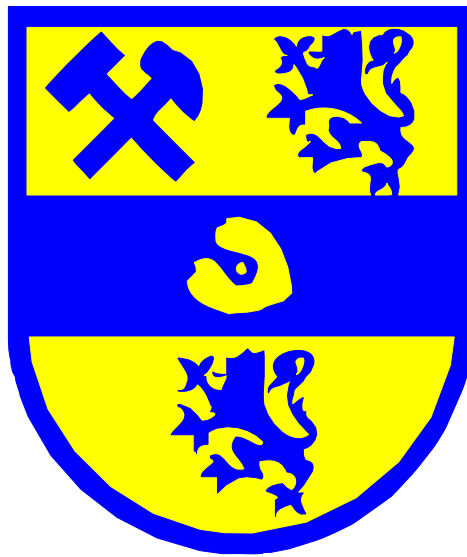


Übersicht

über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten

	Stand am Ende des Vorvorjahres 31.12.2013 TEUR	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 31.12.2014 01.01.2015 TEUR	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres 31.12.2015 TEUR	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres 31.12.2016 TEUR
	1	2	3	4
1. Anleihen				
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen				
2.1 von verbundenen Unternehmen				
2.2 von Beteiligungen				
2.3 von Sondervermögen				
2.4 vom öffentlichen Bereich				
2.4.1 vom Bund				
2.4.2 vom Land				
2.4.3 von Gemeinden (GV)				
2.4.4 von Zweckverbänden				
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich				
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen				
2.5 vom privaten Kreditmarkt				
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten	19.932	18.558	18.556	18.551
2.5.2 von übrigen Kreditgebern				
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung				
3.1 vom öffentlichen Bereich				
3.2 vom privaten Kreditmarkt	90.659	111.434	123.304	125.524
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen				
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	543	563	520	680
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	2.717	1.252	1.680	2.020
7. Sonstige Verbindlichkeiten	1.496	854	2.240	2.490
8. Summe aller Verbindlichkeiten	116.739	134.551	150.468	155.148



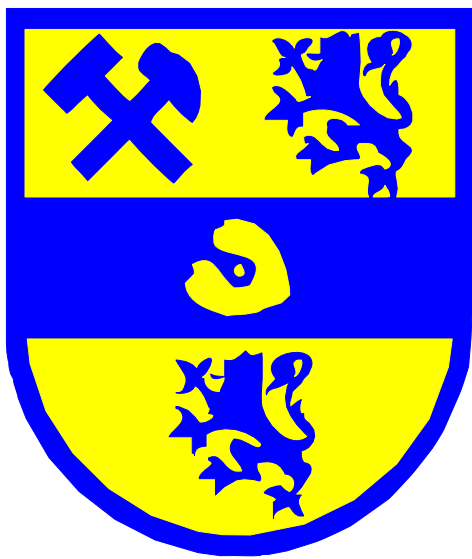
Übersicht

über die Entwicklung des Eigenkapitals

Entwicklung Eigenkapital

Eigenkapital zum 31.12.2014*	-1.230.027,34
geplanter Fehlbedarf 2015	-12.914.851,00
Eigenkapital zum 31.12.2015	-14.144.878,34
geplanter Fehlbedarf 2016	-2.955.138,00
Eigenkapital zum 31.12.2016	-17.100.016,34
geplanter Fehlbedarf 2017	-3.384.584,00
Eigenkapital zum 31.12.2017	-20.484.600,34
geplanter Fehlbedarf 2018	-1.813.277,00
Eigenkapital zum 31.12.2018	-22.297.877,34
geplanter Fehlbedarf 2019	-1.272.894,00
Eigenkapital zum 31.12.2019	-23.570.771,34
geplanter Fehlbedarf 2020	-650.783,00
Eigenkapital zum 31.12.2020	-24.221.554,34
geplanter Überschuss 2021	377.768,00
Eigenkapital zum 31.12.2021	-23.843.786,34
geplanter Überschuss 2022	1.331.240,29
Eigenkapital zum 31.12.2022	-22.512.546,05
geplanter Überschuss 2023	2.667.611,60
Eigenkapital zum 31.12.2023	-19.844.934,45
geplanter Überschuss 2024	3.849.782,55
Eigenkapital zum 31.12.2024	-15.995.151,89
geplanter Überschuss 2025	5.128.870,09
Eigenkapital zum 31.12.2025	-10.866.281,80
geplanter Überschuss 2026	6.530.523,58
Eigenkapital zum 31.12.2026	-4.335.758,23
geplanter Überschuss 2027	7.969.271,71
Eigenkapital zum 31.12.2027	3.633.513,48

* nach Entwurf Jahresabschluss 2014



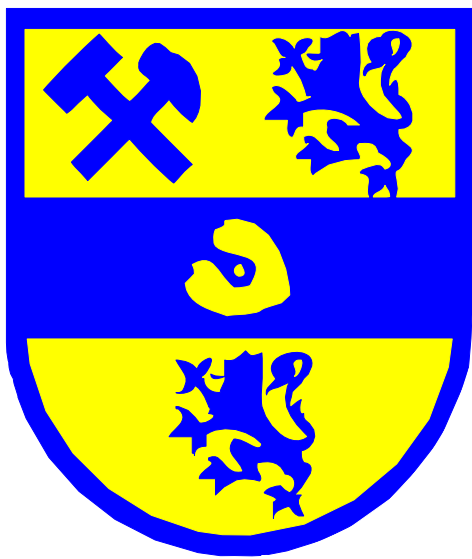
Übersicht

**über die Wirtschaftslage
und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und
Einrichtungen mit den neuesten Jahresabschlüssen der
Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit,
an denen die Gemeinde mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist**

Verzeichnis aller Beteiligungsunternehmen der Stadt Alsdorf mit einem Beteiligungsanteil über 50%



Gesellschaft/ Unternehmen	Beteiligungsanteil in %	Stammkapital in €	Beteiligungswert in €
Eigenbetrieb Technische Dienste	100,00	2.000.000,00	2.000.000,00
Freizeitobjekte GmbH Alsdorf	100,00	127.822,97	127.822,97
Business Park Alsdorf GmbH	100,00	106.350,00	106.350,00
Grund- und Stadtentwicklungs GmbH Alsdorf	100,00	25.000,00	25.000,00
Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft mbH	76,10	708.139,26	538.893,98



Bilanz zum 31.12.2013

Business Park Alsdorf GmbH
(ehem. Industrie- und Gewerbepark Alsdorf GmbH)

BILANZ zum 31. Dezember 2013

AKTIVA

	31.12.2013 Euro	31.12.2012 Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	8,00	186,00
2. geleistete Anzahlungen	<u>9.635,00</u>	<u>0,00</u>
	9.643,00	186,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	513.506,42	514.652,42
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.815,44	17.706,44
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>489,00</u>	<u>489,00</u>
	528.810,86	532.847,86
III. Finanzanlagen		
Beteiligungen	6.340,02	6.340,02
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Grundstücke	2.561.443,91	2.712.318,32
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	19.038,62	34.546,59
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>10.016,84</u>	<u>34.079,61</u>
	29.055,46	68.626,20
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	688.798,61	452.174,95
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.181,67	3.434,41
	<u>3.827.273,53</u>	<u>3.775.927,76</u>

BILANZ zum 31. Dezember 2013

PASSIVA

	31.12.2013 Euro	31.12.2012 Euro
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	106.350,00	106.350,00
II. Kapitalrücklage	3.853.202,29	3.853.202,29
III. Verlustvortrag	2.215.583,72-	2.050.281,72-
IV. Jahresüberschuss	102.795,60	165.302,00-
B. Rückstellungen		
sonstige Rückstellungen	24.000,00	22.600,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	500.000,00	500.000,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 500.000,00 (Euro 500.000,00)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	21.518,41	39.137,22
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 21.518,41 (Euro 39.137,22)		
3. sonstige Verbindlichkeiten	1.421.481,09	1.470.221,97
- davon aus Steuern Euro 1.402,59 (Euro 1.403,18)	1.942.999,50	2.009.359,19
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 41.481,09 (Euro 550.221,97)		
D. Rechnungsabgrenzungsposten	13.509,86	0,00
	3.827.273,53	3.775.927,76

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	539.782,10	662.101,58
2. Verminderung des Bestands an Grundstücken	151.337,00	49.504,14
3. sonstige betriebliche Erträge	90.810,61	64.739,67
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	89.657,86	163.618,72
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und für Unterstützung	<u>26.308,17</u>	<u>46.704,00</u>
	115.966,03	210.322,72
- davon für Altersversorgung Euro 6.895,54 (Euro 12.403,40)		
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.215,00	33.787,06
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	213.885,39	555.345,93
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.250,99	18.624,16
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>41.422,48</u>	<u>36.729,64</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	110.017,80	140.224,08-
10. sonstige Steuern	7.222,20	25.077,92
11. Jahresüberschuss	<u>102.795,60</u>	<u>165.302,00-</u>

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde am 17. März 1989 unter der Firmierung Industrie- und Gewerbpark Alsdorf GmbH gegründet, die Eintragung erfolgte am 23. Mai 1989 unter der Nr. 4150 beim Handelsregister Aachen. Die Gesellschaft firmiert seit 09. Dezember 2013 als Business Park Alsdorf GmbH (vgl. hierzu Urkunde des Notars Krause, Alsdorf, UR Nr. 2097/13 sowie Eintragung im Handelsregister am 30. Dezember 2013).

Das Stammkapital beträgt 106.350,00 €. Beteiligungsverhältnisse bestanden zum 31.12.2013 wie folgt:

Gesellschafter	<u>Stammkapitaleinlage</u>	
Stadt Alsdorf	106.350,00 €	100 %

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Stadt Alsdorf. Hierzu gehören insbesondere die Errichtung und der Betrieb des Industrieparks Alsdorf und des Gewerbeparks Alsdorf sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen und/oder an ihnen beteiligen. Im Industriepark Alsdorf werden interessierten Unternehmen aktiv Ansiedlungsgrundstücke zum Kauf, im Gewerbepark Alsdorf Betriebsräume zur Anmietung angeboten. Die Gesellschaft ist ihrem öffentlichen Auftrag nachgekommen, über Art und Umfang wird nachfolgend berichtet.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und regionalwirtschaftliche Lage

Die deutsche Wirtschaft hat zum Jahresende 2013 wieder Fahrt aufgenommen. Die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Leistung hatte durch die Verschärfung der Schuldenkrise im Euro-Gebiet zeitweilig in den letzten Jahren eine Unterbrechung erfahren. Nun setzt sich die Expansion wieder fort. Die weltwirtschaftlichen Perspektiven hellen sich auf. Der Euroraum löst sich, wenngleich nur zögerlich, aus der Rezession. Eine weitere Stabilisierung mit neuen Impulsen für Wachstum und Beschäftigung ist erforderlich bzw. wünschenswert. Das globale Wirtschaftswachstum verstärkt sich spürbar. Dabei kommt es nach Schätzungen der Bundesbank zu einer Gewichtsverlagerung von den aufstrebenden Volkswirtschaften zu den Industrieländern. Der Erholungsprozess speziell im Euroraum hat begonnen. Die Aussichten für die deutsche Exportwirtschaft bleiben insgesamt positiv.

Die deutsche Wirtschaft setzt ihren moderaten Wachstumskurs im Jahr 2013 und auch im Jahr 2014 fort. Das Bruttoinlandsprodukt für das Gesamtjahr 2013 liegt allerdings nur geringfügig über dem Niveau des Vorjahres.

Während in der Erholungsphase unmittelbar nach der Finanz- und Wirtschaftskrise außenwirtschaftliche Impulse überwogen haben, ist zuletzt die Binnenwirtschaft zur tragenden Säule geworden. Hierbei spielt der gute Zustand der deutschen Volkswirtschaft insgesamt eine Rolle. In diesem Zusammenhang ist auch das niedrige Zinsniveau förderlich. Diese Faktoren stützen sowohl den privaten Verbrauch als auch den Wohnungsneubau. Zuletzt wurden die konjunkturellen Aufwärtsbewegungen fast ausschließlich von der Binnenwirtschaft getragen.

Der private Konsum profitierte von den Aussichten auf spürbare Realeinkommensgewinne. Wohnungsbauinvestitionen wurden getragen von der insbesondere in Ballungsräumen kräftig steigenden Nachfrage nach Wohnraum. Auch die außergewöhnlich günstigen Finanzierungsbedingungen sowie der Mangel an als sicher und rentabel einzustufenden Kapitalanlagemöglichkeiten sorgten und sorgen für einen weiteren Antrieb dieser Entwicklung.

Als Zwischenfazit für die Gesamtwirtschaft ist festzustellen:

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich zum Jahresende 2013 insgesamt günstig. Saisonbereinigt setzte sich der Beschäftigungsaufbau fort. In mittelfristiger Perspektive sollte die deutsche Volkswirtschaft davon profitieren, dass nicht nur die globale Wirtschaft wieder stärker wächst, sondern dass auch die (benachbarte) europäische Wirtschaft zunehmend Tritt fasst. Die Perspektiven für den privaten Konsum sind vorsichtig positiv. Die Expansionsphase beim Wohnungsbau dürfte noch eine Weile anhalten. Von den staatlichen Konsum- und Investitionsausgaben sind keine Bremseffekte zu erwarten. Daher sollte das Wirtschaftswachstum in Deutschland im Verlaufe des Prognosezeitraums 2014 – 2015 anhalten. Mit anziehenden Exporten (vor allem in die Euroländer) sollte auch die Schwäche der Unternehmensinvestitionen überwindbar sein.

Die Bundesbank geht davon aus, dass die Bewegungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren zu einem erheblichen Teil durch anhaltend hohe Zuwanderung geprägt sein werden.

Die steigenden Beschäftigtenzahlen müssen angesichts der so genannten „stillen Reserve“ am Arbeitsmarkt und angesichts der Zuwanderung nicht zwangsläufig zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote führen.

Laut der aktuellen IHK-Konjunkturumfrage in der hiesigen Region startet die Wirtschaft mit Zuversicht ins neue Jahr. Zum Jahresbeginn schauen die Unternehmen in der Städte-Region Aachen überwiegend optimistisch auf die kommenden Monate. Trotz der eher positiven Geschäftsaussichten und trotz der zunehmenden Schwierigkeiten, qualifiziertes Fachpersonal zu finden, sind auf dem Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten nur wenige Veränderungen zu erwarten. Die Unternehmen stocken gleich aus welchem Grund ihr Personal nicht oder nicht nennenswert auf. Sorgen bereiten vielen Betrieben die steigenden Gewerbesteuer-Belastungen.

In der hiesigen Industrie ist eine Mehrheit der Unternehmen mit der aktuellen Situation mindestens zufrieden. Die Exportumsätze gerade im Industriebereich zeigen sich gegenüber der jüngeren Vergangenheit verbessert. Einer der Gründe dürfte in den gestiegenen Umsätzen zu finden sein. Auch die Mehrheit der Dienstleister hat positive Zukunftserwartungen und ist mit der Beschäftigung insgesamt zufrieden. Besonders positiv erscheinen die Aussichten bei den Herstellern von Metallerzeugnissen und dem verarbeitenden Gewerbe. Relativ hoch sind die Erwartungen in Stadt Aachen und im ehemaligen Kreis Aachen im Bereich der Bauunternehmen. Das Campus-Projekt und zahlreiche damit zusammenhängende Wohnungsbauprojekte sowie die Folgen des demografischen Wandels im Bereich der Immobilienwirtschaft sorgen für volle Auftragsbücher. Den Unternehmen gelingt es auch, ihre Erträge erneut zu steigern. Die daraus resultierende gute Liquiditätsausstattung in Verbindung mit den geringen Finanzierungskosten stellen gute Voraussetzungen für ein Mehr an Investitionen dar.

Auch in 2014 wird sich der Arbeitsmarkt voraussichtlich positiv entwickeln. Die Zahl der Beschäftigten nimmt zu. Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt wird – so die IHK – jedoch nicht direkt in sinkenden Arbeitslosenzahlen ihren Niederschlag finden, da diese Tendenz überlagert wird durch eine verstärkte Zuwanderung – insbesondere aus den Krisenländern Südeuropas. Im Berichtsmonat Dezember 2013 weist die Bundesagentur für Arbeit eine Arbeitslosenquote von 6,7 % für das gesamte Bundesgebiet aus. Die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen wird mit 8,1 % angegeben. Die Arbeitslosenquote für die StädteRegion Aachen lag bei 8,6 %. Die Arbeitslosenquote für Alsdorf liegt bei 7,8 % per 31.12.2013.

Auch im hiesigen Handwerk herrscht Zukunftsoptimismus vor. Die höchste Zufriedenheit äußern die Ausbaugewerbe sowie das Bauhauptgewerbe. Das Gesundheitsgewerbe ist ebenfalls ausgesprochen optimistisch. Das Handwerk in der hiesigen Region stellt nach eigener Aussage einen bedeutenden Faktor für die Leistungskraft und den Arbeitsmarkt der Region dar: etwa 15 von 100 Erwerbstätigen sind Handwerker und ca. jeder 7. Euro an Umsatz wird in diesem Wirtschaftszweig erarbeitet.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Geschäftsführung

Mit Wirkung vom 01.01.2012 wurde Herr Prof. Dr. Axel Thomas als Geschäftsführer bestellt. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Mit Beschluss der 84. Gesellschafterversammlung am 27.02.2013 wurde Herr Michael Eßers M.A. zum Prokuristen bestellt (eingetragen im Handelsregister am 09.04.2013). Er vertritt ab dem Tag der dies so beschließenden Gesellschafterversammlung die Gesellschaft gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder einem weiteren Prokuristen.

3.2 Personal

Die Gesellschaft verfügt über 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten beträgt 2. Die Anzahl der weiblichen Beschäftigten (inkl. der geringfügig Beschäftigten) beträgt 3. Eine Mitarbeiterin, die eine Vollzeitstelle hat, ist an die Stadt Alsdorf abgeordnet. Die Gesellschaft erhält hierfür eine Refinanzierung bzw. Kostenerstattung. Die Ziele des LGG NRW wurden beachtet.

3.3 Gewerbepark Alsdorf

Der Gewerbepark Alsdorf(-Schaufenberg) bestand anfänglich aus insgesamt drei Betriebsgebäuden und einem Gemeinschaftszentrum, die in Campusform um eine zentrale Grünfläche herum angelegt waren. Die Gebäude wurden in den Jahren 1990 bis 1993 errichtet. Im Jahr 1997 wurde das Gemeinschaftszentrum um einen Büroanbau erweitert.

Mit Wirkung vom 26.07.2001 wurden die Betriebsgebäude II und III an ein Unternehmen verkauft, das seit 1992 im Gewerbepark Mieter ist und hierdurch am Standort Alsdorf gehalten werden konnte.

Im Jahr 2010 hat die Gesellschaft das Betriebsgebäude I und das Gemeinschaftszentrum an die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH (im Folgenden kurz GSG) verkauft und als Generalmieter zum Betrieb des Gewerbeparks zurückgemietet. Der entsprechende Mietvertrag hatte eine Laufzeit von 15 Jahren und war befristet bis zum 30.06.2025. Die Gesellschaft hat zum Stichtag 31.12.2012 den Mietvertrag mit der GSG beendet. Die Gesellschaft trägt somit kein Vermietungsrisiko mehr.

Die GSG ist seit 01.01.2013 unmittelbar und ohne Zwischenschaltung Vermieter der jeweiligen Endnutzer. Somit ist die Gesellschaft ab dem 01.01.2013 nicht mehr mit den Risiken des Vermietungsgeschäfts (Leerstand, Instandhaltung etc.) belastet. Die IGA war im Jahr 2013 als Geschäftsbesorger in Bezug auf das Betriebsgebäude bzw. Gemeinschaftszentrum für die GSG tätig.

Die durchschnittliche Belegung der Mietflächen betrug im Jahr 2013 93,4 % und lag damit marginal unter Vorjahresniveau (93,8 %).

Im Berichtsjahr fanden im Gewerbepark 19 Neuvermietungen bzw. Mietvertragsverlängerungen mit einem Flächenumfang von 2.391,71 qm statt. Zum Abschlussstichtag waren 24 Unternehmen mit ca. 170 Mitarbeitern eingemietet. Von diesen Unternehmen sind 6 Existenzgründer.

3.4 Industriepark Alsdorf

Der Industriepark Alsdorf (-Hoengen) hat eine Gesamtgröße von ca. 1.116.000 qm.

Hiervon sind 619.692 qm Ansiedlungsflächen erschlossen, 21.346 qm sind noch nicht erschlossen und ca. 474.500 qm dienen dem ökologischen Ausgleich und der Verkehrerschließung, die teilweise im Geschäftsjahr 2005 und im Geschäftsjahr 2011 an die Stadt Alsdorf veräußert wurden.

Den Ansiedlungsschwerpunkt bilden (international tätige) Unternehmen aus dem Bereich Automobilentwicklung und Logistik.

Im Berichtsjahr wurden drei Grundstücke im Volumen von 16.059 qm verkauft.

Seit dem ersten Grundstücksverkauf im Jahre 1990 wurden bis zum Abschlussstichtag 498.211 qm Ansiedlungsgrundstücke verkauft, weitere 21.683 qm sind mit einer Verkaufsoption belegt.

Hierdurch wurden die Voraussetzungen für das Entstehen von 2.140 Arbeitsplätzen geschaffen. Hiervon sind ca. 1.706 nachhaltig. Es wurde eine Arbeitsplatzdichte von 3,3 pro 1.000 qm Ansiedlungsfläche erreicht.

Ca. 98.900 qm erschlossene Ansiedlungsfläche sind noch frei verfügbar und somit Gegenstand der Verkaufsbemühungen.

Über die Bearbeitung von Nachfragen hinaus werden zur Flächenvermarktung branchenspezifische Vermarktungskanäle genutzt und Projektentwickler gezielt angesprochen. Über die NRW.INVEST GmbH, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH (WFG) und die AGIT als Wirtschaftsförderungsagentur für die Technologieregion Aachen ist die Gesellschaft in Standortinformationssysteme und regionale und überregionale Standortsuchen eingebunden. Seit dem 01.05.2012 ist die WFG geschäftsbesorgend für die Gesellschaft tätig. Somit werden die immobilienwirtschaftlichen Kontakte der WFG zu regionalen und internationalen Immobiliendienstleistern im Vermarktungsgeschäft genutzt. Bis auf eine Ausnahme kommen alle derzeit im Industriepark angesiedelten Unternehmen aus der Region.

3.5 Neuansiedlungen

a.) Verkauf

Im Industriepark Alsdorf Hoengen konnte ein mittelständischer Logistikdienstleister auf einem ca. 10 Tsd. m² großen Grundstück angesiedelt werden. Das Unternehmen leistet u.a. die Kühlwaren-Konfektionierung u.a. für einen großen Süßwarenhersteller. Nach Fertigstellung des Neubaus, im Jahr 2014, werden am Standort ca. 90 kaufmännische und gewerbliche Mitarbeiter agieren.

Ein neu gegründetes Unternehmen, das sich hauptsächlich mit der Erstellung von Prototypen im Bereich Elektroantrieb bzw. den dazugehörigen Batterien beschäftigt, erwarb ein Grundstück im Industriepark Alsdorf. Am neuen Standort werden zunächst 5 Mitarbeiter agieren. Das noch zu errichtende Nullenergiehaus (Büro) soll im ersten Schritt das Forschungs- und Entwicklungszentrum aufnehmen.

Ein Automobildienstleister erwarb ebenfalls ein Grundstück im Industriepark Alsdorf. Das Unternehmen betreibt die Logistik und Bearbeitung der Reifenausgabe regionaler Autohäuser. Der Neubau wird 2014 umgesetzt.

Ein Produzent diverser Kaugummi-Artikel sowie Importeur von einem breiten Süßwarensortiment wird im Jahr 2014 eine bereits erworbene Bestandsimmobilie von ca. 1.190 m² Gesamtgröße im Gewerbegebiet Alsdorf Hoengen beziehen. Dort werden die derzeit noch auf unterschiedliche Standorte verteilten Kapazitäten zusammengezogen. Das Unternehmen wird zunächst mit 8 Mitarbeitern am Standort agieren.

Ein Unternehmen aus der Solarbranche konnte auf dem Alsdorfer Annagelände angesiedelt werden. Auf einem ca. 2.200 qm großen Grundstück wird ein Plus-Energie-Gebäude entstehen, das fünf bis sechs mal mehr Energie erzeugt, als es selbst benötigt. Zunächst werden drei Mitarbeiter in den Räumlichkeiten agieren.

b.) Anmietungen

Im Gewerbepark Alsdorf konnte ein Start up aus der Elektrotechnik angesiedelt werden. Die Unternehmung baut Schaltschränke und betreibt mit 2 Mitarbeitern hauptsächlich Projektarbeit im Elektronikbereich.

Ein Unternehmen aus der Personenbeförderungsbranche konnte als Mieter im Gewerbepark Alsdorf gewonnen werden. Das 8 Mitarbeiter starke Unternehmen agierte zuvor in Baesweiler.

Ein Versandhandelsunternehmen für Küchenutensilien hat sich im Industriepark Alsdorf im Rahmen einer Untervermietung angesiedelt. Das Unternehmen, das zuvor in Aachen verstandortet war, beschäftigt derzeit 7 Mitarbeiter.

Ein Metallbaubetrieb hat eine Hallenfläche im Alsdorfer Gewerbegebiet Hagfeld angemietet. Das Unternehmen war zuvor in Aldenhoven verstandortet.

4. Lage

4.1 Ertragslage

Umsätze aus Grundstücksverkäufen betrugen im Berichtsjahr 516.936,57 € (VJ: 181.288,50 €). Durch die Geschäftsbesorgungsaufgabe für die GSG im Rahmen des Gewerbepark Alsdorf wurden Erlöse in Höhe von 22.845,53 € (VJ: 0,00 €) erwirtschaftet.

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 102.795,60 € (VJ: Jahresfehlbetrag: -165.302,00 €).

4.2 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist durch eine Eigenkapitalquote von 48,25 % (VJ: 46,19 %) gekennzeichnet.

Bei einer Bilanzsumme von 3.827.273,53 € verfügt die Gesellschaft über Verbindlichkeiten in Höhe von 1.942.999,50, hiervon entfallen 500.000,00 € auf ein Darlehen bei der Sparkasse Aachen und 1.420.000,00 € auf ein Darlehen bei der Stadt Alsdorf. Aufgrund des Jahresüberschusses bzw. des Liquiditätsüberschusses im Berichtszeitraum konnte eine Tilgungsleistung von 40.000 € in das städtische Darlehen geleistet werden.

4.3 Finanzlage

	31.12.2013 <u>T€</u>
Jahresüberschuss	103
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	3
Zunahme der Rückstellungen	1
Abnahme der Vorräte	151
Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	16
Abnahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	24
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-17
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	-35
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>246</u>
Anlagenabgänge zu Buchwert	1
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-10
Investitionstätigkeit	<u>-9</u>
Finanzierungstätigkeit	<u>0</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	452
Zahlungswirksame Veränderungen	<u>237</u>
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>689</u>

III. Nachtragsbericht

Die Industrie- und Gewerbepark Alsdorf GmbH hat sich entsprechend des Beschlusses der 86. Gesellschafterversammlung am 09.12.2013 zum 30.12.2013 in Business Park Alsdorf GmbH umbenannt. Es sind im Berichtsjahr keine weiteren Änderungen am Gesellschaftsvertrag vollzogen worden. Der Standort Industriepark Alsdorf Hoengen wird zukünftig unter dem Namen Business Park Alsdorf Hoegen und das Gewerbegebiet Schaufenberg/Hagfeld unter dem Namen Business Park Alsdorf Schaufenberg vermarktet. Neben einer ausgeweiteten Außenkommunikation wird die Gesellschaft in ein in sich schlüssiges Werbekonzept (Beschilderung, Internet, Geschäftspapiere) investieren, um die neue Marke in Alsdorf und darüber hinaus etablieren zu können.

IV. Chancen- und Risikobericht

Die Jahresergebnisse der Gesellschaft sind regelmäßig in erheblichem und entscheidendem Umfang von Erlösen aus Grundstücksverkäufen geprägt. Grundstücksverkäufe sind singuläre Ereignisse und von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, die größtenteils (z.B. die Konjunktur oder die „Förderlandschaft“) außerhalb des Einflusses der Gesellschaft sind. Im Berichtsjahr konnten drei Grundstücke veräußert werden, was einen hervorragenden Wert darstellt.

Ein positives Jahresergebnis lässt sich nur dann erzielen, wenn genügend gewinnbringend Grundstücke veräußert werden. Da die Grundstücksveräußerung von einer Vielzahl unterschiedlicher (meist externer) Faktoren abhängig ist, kann die sehr gute Vertriebsleistung im Berichtszeitraum nicht als Grundlage für das Jahr 2014 genommen werden. Positiv ist die Preissenkung zu werten, die seitens der Bezirksregierung zum Ende des Jahres 2013 für die Grundstücke in Hoengen ausgesprochen wurde. Die Gesellschaft darf zukünftig die Grundstücke im Industriepark Alsdorf Hoengen zu einem Preis von 35,00 €/qm zzgl. USt. Vermessungs- und Notarkosten veräußern. Dennoch können benachbarte Kommunen ihre Gewerbeflächen weiterhin (noch) günstiger anbieten. Bleiben Grundstücksverkäufe ganz oder in Teilen aus, entstehen angesichts der fixen Kosten Jahresdefizite sowie ein gleich hoher Liquiditätsbedarf.

Die zweite Säule der Gesellschaft, das Vermietungsgeschäft, war seit dem Verkauf des Objektes und der Anmietung zum Zwecke der Untervermietung (Sale-and-lease-back) keine ertragsbringende mehr, was an der Miethöhe lag. Die Miethöhe für das Lease-back stand ihrerseits in direktem Zusammenhang mit dem Verkaufspreis. Durch die Vertragsbeendigung wurde auch diese Verlustquelle versiegelt und durch eine Geschäftsbesorgung ersetzt. Diese ist kalkulierbar, da die systemimmanenten Unsicherheiten in Bezug auf Auslastung, Instandhaltung, Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit der Mieter durch die Umstrukturierung beseitigt wurden. Im Berichtszeitraum konnte die Gesellschaft aufgrund der sehr guten Vermietungsleistung 23 T€ im Bereich des Centermanagements einnehmen. Die Summe setzt sich aus einem Monatsfixum zuzüglich Provisionszahlungen für Vermietungserfolge zusammen.

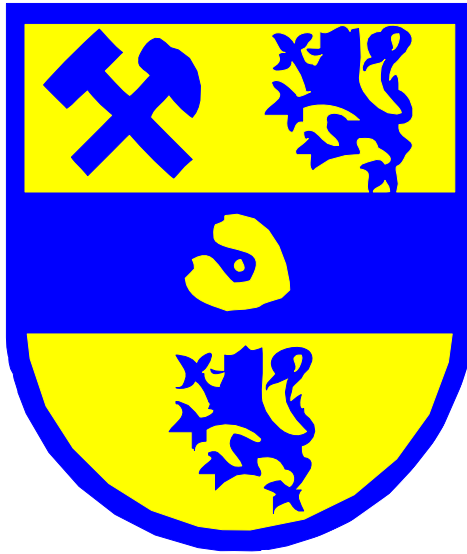
Das Gewerbegebiet Hagfeld ist planerisch durch den Bebauungsplan 301 erweitert worden. Dies geschah angesichts der Tatsache, dass alle dort bisher verfügbaren Grundstücke veräußert sind. Einer Nachfrage steht kein Angebot gegenüber. Das Bebauungsplangebiet nördlich der L 47 - Hoengener Straße wurde von einem auf dem Nachbargrundstück ansässigen Logistik-Unternehmen erworben. Aus dem Bebauungsgebiet südlich der L 47 - Hoengener Straße hat die Gesellschaft landwirtschaftlich genutzte Teilflächen erworben, um zur Verkehrserschließung des geplanten Gewerbegebietes einen Kreisverkehr errichten zu können.

An dessen Herstellungskosten beteiligt sich die Gesellschaft im Verhältnis der insgesamt erschlossenen Gewerbeflächen. Um das Projekt Erweiterung Hagfeld zu einem erfolgreichen zu machen, ist es erforderlich, Kosten und Preise im Blick zu behalten. Oft genug werden Ansiedlungen über den Preis entschieden. Da dieser regelmäßig auf Kosten beruht, heißt es, hier diszipliniert vorzugehen.

Derzeitiger Planungsstand ist, dass seitens der Stadt Alsdorf die Gewerbegebietserweiterung infrastrukturell erschlossen wird. Das heißt, dass die Stadt Alsdorf voraussichtlich im Jahr 2015 die notwendigen Straßen und Kanäle erstellt und in Folge dessen die Gewerbeflächen seitens der Gesellschaft vermarktet werden können.

Alsdorf, 10. März 2014

Prof. Dr. Axel Thomas
(Geschäftsführer)



Bilanz zum 31.12.2013

Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH

Bilanz 31.12.2013

	Geschäftsjahr		Vorjahr		Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	€		€	€	€
Anlagevermögen				Eigenkapital			
Immaterielle Vermögensgegenstände				Gezeichnetes Kapital			
entgeltlich erworbene Lizenzen		805,00	3.220,00		710.000,00		710.000,00
Sachanlagen				Gewinnrücklagen			
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte				Gesellschaftsvertragliche Rücklagen	535.833,89		535.833,89
mit Wohnbauten	16.326.186,54		15.513.422,93	Bauerneuerungsrücklage	1.998.128,67		1.998.128,67
Grundstücke mit anderen Bauten	8.015.930,44		8.067.787,44	Andere Gewinnrücklagen	7.066.037,44	9.600.000,00	6.566.037,44
Grundstücke ohne Bauten	2,53		2,53	Bilanzgewinn			
Betriebs- und Geschäftsausstattung	26.116,00		36.466,00	Gewinnvortrag	16.796,30		42.449,42
Bauvorbereitungskosten	441.370,18	24.809.625,69	13.955,46	Jahresüberschuss	695.214,36	712.010,56	634.096,88
				Eigenkapital insgesamt		11.022.010,56	10.486.546,30
Finanzanlagen				Rückstellungen			
Andere Finanzanlagen		1.500,00	1.500,00	Rückstellungen für Pensionen	71.771,00		74.872,00
Anlagevermögen insgesamt		24.811.910,69	23.636.354,36	Steuerrückstellungen	123.289,00		0,00
				Sonstige Rückstellungen	73.987,69	269.047,69	96.963,25
Umlaufvermögen				Verbindlichkeiten			
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte				Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.328.871,68		11.747.970,19
Grundstücke ohne Bauten	866.607,29		1.345.662,49	Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	2.944.079,00		3.163.303,68
Unfertige Leistungen	1.389.254,21		1.069.943,82	Erhaltene Anzahlungen	1.387.811,61		1.219.967,32
Andere Vorräte	16.969,10	2.272.830,60	9.847,78	Verbindlichkeiten aus Vermietung	76.898,97		64.316,75
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	331.167,24		143.581,57
Forderungen aus Vermietung	41.219,27		29.177,85	Sonstige Verbindlichkeiten	341.700,46	17.410.528,96	65.450,46
Sonstige Vermögensgegenstände	50.534,96	91.754,23	54.055,64	davon aus Steuern 1.700,46 € (Vorjahr: 65.450,46 €)			
Flüssige Mittel				Bilanzsumme		28.701.587,31	27.062.971,52
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		1.525.071,79	917.929,58				
Bilanzsumme		28.701.587,31	27.062.971,52				

11.022.010,56 10.486.546,30 12.328.871,68 11.747.970,19 2.944.079,00 3.163.303,68 1.387.811,61 1.219.967,32 76.898,97 64.316,75 331.167,24 143.581,57 341.700,46 17.410.528,96 65.450,46 28.701.587,31 27.062.971,52

Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH
Gewinn- und Verlustrechnung 2013

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	€
Umsatzerlöse			
aus der Hausbewirtschaftung	4.241.661,78		3.884.198,77
aus dem Verkauf von Grundstücken	510.867,46		15.414,84
aus Betreuungstätigkeit	18.595,79		9.573,41
aus anderen Lieferungen und Leistungen	<u>18.546,36</u>	4.789.671,39	18.804,30
Verminderung (Vorjahr: Erhöhung) des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken, unfertigen und fertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen		176.063,17	23.740,88
Sonstige betriebliche Erträge		<u>132.725,30</u>	261.067,58
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung	1.874.249,02		1.646.354,85
Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	1.276,28		17.021,34
Aufwend. für and. Lieferungen und Leistungen	<u>60.641,51</u>	1.936.166,81	79.355,00
Rohergebnis		<u>2.810.166,71</u>	2.470.068,59
Personalaufwand			
Löhne und Gehälter	450.526,81		407.224,26
soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>62.206,53</u>	512.733,34	56.821,92
(davon für Altersversorgung: 3.629,00 € Vorjahr: 2.518,11 €)			
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		629.205,00	607.359,26
Sonstige betriebliche Aufwendungen		140.550,02	126.682,50
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	90,00		75,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>1.459,44</u>	1.549,44	2.090,66
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: 3.563,00 € (Vorjahr 3.790,00 €)		546.188,69	556.971,01
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>983.039,10</u>	717.175,30
Steuern vom Einkommen und Ertrag		137.019,56	0,00
Sonstige Steuern		150.805,18	83.078,42
Jahresüberschuss		<u>695.214,36</u>	634.096,88
Gewinnvortrag		16.796,30	42.449,42
Bilanzgewinn		<u>712.010,66</u>	676.546,30

Lagebericht 2013

- 1. Angaben nach § 289 Abs.1 HGB**
 - 1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses**
 - 1.2 Darstellung der Lage**
 - 1.3 Finanzielle Leistungsindikatoren**
 - 1.4 Prognosebericht**
 - 1.5 Risikobericht**
 - 1.5.1 Risiken der künftigen Entwicklung**
 - 1.5.2 Chancen der künftigen Entwicklung**
 - 1.5.3 Finanzinstrumente**
- 2. Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB**

1. Angaben nach § 289 Abs. 1 HGB

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH (GSG) ist als Wohnungsunternehmen im Stadtgebiet Alsdorf tätig. Im Gesellschaftsvertrag wird die Errichtung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten aller Art als Geschäftsgegenstand festgelegt. Sitz der Gesellschaft ist die Stadt Alsdorf.

Wirtschaftliche Entwicklung

Euro-Raum

- Im zweiten Quartal 2013 nahm die reale Wirtschaftsleistung im Euroraum erstmals seit anderthalb Jahren wieder zu. Sie stieg um 0,3 Prozent gegenüber der Vorperiode, nachdem sie in den sechs vorangegangenen Quartalen um insgesamt 1,3 Prozent zurückgegangen war.
- Die Verbesserung der Konjunktur ist zu einem guten Teil auf die Außenwirtschaft zurückzuführen. Die Ausfuhren nahmen im zweiten Quartal deutlich zu, und trotz anziehender Importnachfrage stiegen auch die Nettoexporte des Euroraums. Allerdings legte auch die Binnennachfrage leicht zu, und zwar zum ersten Mal seit zwei Jahren. Der private Konsum und die Bruttoanlageinvestitionen wurden geringfügig ausgeweitet.
- Die Stimmungsindikatoren deuten auf eine allmähliche konjunkturelle Erholung im Euroraum hin. Im Dienstleistungsbereich und vor allem unter den Verbrauchern ist die Zuversicht deutlich gestiegen. In der Bauwirtschaft ist es noch zu keinem Stimmungsumschwung gekommen, und die Industrieproduktion stagniert weiterhin. Vor diesem Hintergrund dürfte die Konjunkturerholung mäßig ausfallen.

Deutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage und voraussichtliche Entwicklung

- Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2013 insgesamt als stabil erwiesen: Um 0,4 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP noch kräftiger gewachsen (2013 um 0,7 % und 2011 sogar um 3,3 %).
- Hier wirkten sich offensichtlich die anhaltende Rezession in einigen europäischen Ländern und eine gebremste weltwirtschaftliche Entwicklung belastend aus. Die starke Binnennachfrage konnte dies nur bedingt kompensieren.
- Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Konsum wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft: Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 0,9 %, die des Staates um 1,1 %. Dagegen gingen die Investitionen zurück: Im Inland investierten Unternehmen und Staat zusammen 2,2 % weniger in Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge als ein Jahr zuvor. Auch die preisbereinigten Bauinvestitionen gingen zurück, aber nur um 0,3 %.

- Der sonst so robuste deutsche Außenhandel büßte im Jahresdurchschnitt 2013 angesichts eines weiterhin schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds an Dynamik ein: Deutschland exportierte preisbereinigt zwar insgesamt 0,6 % mehr Waren und Dienstleistungen als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig stiegen die Importe aber um 1,3 %. Die Differenz zwischen Exporten und Importen – der Außenbeitrag – bremste dadurch mit einem negativen Beitrag von – 0,3 Prozentpunkten das BIP-Wachstum 2013.
- Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrem Herbstgutachten 2013 davon aus, dass sich die deutsche Wirtschaft am Beginn eines Aufschwungs befindet. Dies wird damit begründet, dass die Weltwirtschaft wieder etwas stärker expandiert und die Unsicherheit im Zusammenhang mit der Krise im Euroraum deutlich abgenommen hat. Für den Jahresdurchschnitt 2014 erwarten die Institute einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 1,8 %.

Arbeitsmarkt

- Arbeitslose im Dezember 2013: 2.873.000 (= + 33.000 gegenüber Dezember 2012)
- Arbeitslosenquote im Dezember 2013: 6,7% (Dezember 2012: 6,7%)
- Erwerbstätige im November 2013: 42.229.000 (= + 0,6 % gegenüber Vorjahresmonat)
- Für 2014 gehen die Prognosen von einer annähernd konstanten Arbeitslosenquote (6,8%) aus. Von einer weiteren deutlichen Senkung der Arbeitslosenquote gehen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten nicht aus.

Immobilienmarkt

- Immobilienaktien konnten 2013 zulegen. Der E&G DIMAX stieg bis Jahresende 2013 um rd. 3,1 % gegenüber dem Endstand 2012.
- Von Januar bis November 2013 wurde in Deutschland der Bau von 246.763 Wohnungen (einschließlich Bestandsmaßnahmen) genehmigt. Das waren 12,9 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Von den im Zeitraum von Januar bis November 2013 genehmigten Wohnungen waren 220.215 Neubauwohnungen. Das waren 12,1% mehr als im Vorjahreszeitraum.
- Ausweislich der GdW-Jahresstatistik betrugen die Nettokaltmieten im Bundesdurchschnitt im Berichtsjahr 2013 5,04 (+1,6%) Euro/qm, in den alten Bundesländern 5,28 (+2,0%) Euro/qm und in den neuen Bundesländern 4,76 (+1,5%) Euro/qm.

Wohnungsmarkt in Alsdorf

- In Alsdorf besteht derzeit weiterhin mehr Nachfrage als Angebot.
- Die Mieten steigen, wenn auch von niedrigem Niveau kommend, weiter moderat an.
- Die GSG befindet sich im Vollvermietungsstatus. Leerstände entstehen nur bei anstehenden Instandsetzungsarbeiten in den Wohnungen.

GSG Alsdorf

- Das Geschäftsergebnis 2013 ist mit 832 T€ vor Ertragssteuern von 137 T€ außergewöhnlich gut ausgefallen. Selbst ohne den Verkaufsgewinn eines Zweifamilienhauses (76 T€) beträgt das Jahresergebnis nach Steuern 619 T€. Ursächlich war hauptsächlich die Steigerung der Nettomieten um 336 T€ oder 11,9 %. Diese Steigerung beruht auf dem Ankauf der Bestandsgebäude Stadttor (101 T€), dem ersten vollständigen Jahr für den Neubau Kita Pestalozzistr. (54 T€), der Übernahme der gewerblichen Mietverhältnisse Joseph-von-Fraunhofer-Str. (102 T€) und durchgeführten Mieterhöhungen (79 T€), während die Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung, ohne Berücksichtigung der Betriebskosten, gleich blieben.

- Die Einzelheiten können der nachfolgenden Lagedarstellung (1.2) entnommen werden.

- Die Gesellschaft beschäftigte am 31.12.2013:

1 Geschäftsführer

4 kaufmännische Mitarbeiter, davon eine Teilzeitbeschäftigte

4 Handwerker/Hausmeister

1 teilezeitbeschäftigte Hauswartin/Reinigungskraft

Zusätzlich wurden 6 Mieter als geringfügig Beschäftigte im Sinne des Steuerrechts mit Aufgaben betreut.

- Die Anzahl der eigenen Bestände hat sich durch den Ankauf der Bestandsimmobilien Bahnhofplatz und Schützenstr. (1.350 T€) erhöht. Zudem wurden Bauvorbereitungskosten für den Neubau Stadttor in Höhe von 441 T€ aktiviert. Bei Abschreibungen in Höhe von 629 T€, ergibt sich unter Berücksichtigung des Verkaufs eines Zweifamilienhauses eine Steigerung des Anlagevermögens um rund 1.176 T€ oder 5%.
- Durch den Verkauf von unbebauten Grundstücken aus dem Umlaufvermögen in Höhe von 511 T€ konnte die Liquiditätslage der Gesellschaft deutlich verbessert werden. Die flüssigen Mittel stiegen um 607 T€.

1.2 Darstellung der Lage

Die **Vermögenslage** der Gesellschaft ist geordnet.

Unsere Anlagevermögen umfasst rund 86,5 % der Bilanzsumme. Die flüssigen Mittel betrugen zum 31.12.2013 rund 1.525 T€.

Unsere Eigenkapitalquote (langfristig) beläuft sich auf 37,8 % (Vorjahr 38,1 %).

Unsere Investitionsquote (Investitionen in Sachanlagen zu Abschreibungen) beläuft sich auf 291 % (Vorjahr 158 %).

Der dynamische Verschuldungsgrad (Langfristiges Fremdkapital zu Cashflow) beträgt 11,5 Jahre (Vorjahr 12,1 Jahre)

Die **Finanzlage** ist gut.

Unser langfristiges Fremdkapital (Dauerfinanzierungsmittel u.a.) beläuft sich zum 31.12.2013 auf 53,0 % (Vorjahr 54,8 %) der Bilanzsumme.

Die Zahlungsbereitschaft war in vollem Umfang und jederzeit gegeben.

Unsere **Ertragslage** ist ebenfalls gut. Im Bereich der Hausbewirtschaftung wurde ein Überschuss von 864 T€ erzielt, die Betreuungstätigkeit schloss mit einem Minus von 2 T€ und die Bautätigkeit verursachte ein Minus von 95 T€. Der neutrale Bereich schloss mit Überschuss von 66 T€. Das Beteiligungs- und Finanzergebnis schloss mit 1 T€ im Minus.

Bei den Umsatzerlösen aus der Hausbewirtschaftung wurde ein Plus durch zusätzliche Nettomieteinnahmen (336 T€) erreicht, zudem wurden 511 T€ durch den Verkauf von Grundstücken aus dem Umlaufvermögen erzielt. Die gesamten Umsatzerlöse stiegen um rund 862 T€, oder aber 22 %.

Auf der Ausgabenseite steht die Steigerung der Personalkosten (+49 T€), der Aufwendungen aus der Hausbewirtschaftung (+228 T€), der Abschreibungen (+22 T€) und der Sonstigen Aufwendungen (+14 T€), der Abnahme der Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke (-16 T€), den Abnahme bei den Aufwendungen für sonstige Lieferungen und Leistungen (-19 T€) und den Zinsaufwendungen (- 10 T€) gegenüber.

Zum Jahresende standen 7 Wohnungen (2 wegen anstehendem Verkauf, 1 wegen anstehender Elektrosanierung) leer. Zum Berichtstermin waren alle Wohnungen, bis auf eine zum Verkauf anstehende Wohnung, vermietet.

Im Jahre 2013 wurden 61 Wohnungsmieterwechsel verzeichnet.

Die weitere Entwicklung ist auf Grundlage der Wirtschafts- und Finanzplanung 2014 positiv.

1.3 Finanzielle Leistungsindikatoren

Nachfolgend einige ausgewählte Leistungskennziffern:

		2013	2012	2011
Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragssteuern + Fremdkapitalzinsen/Bilanzsumme)	%	4,8	3,6	3,3
Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragssteuern/Eigenkapital)	%	7,5	4,1	4,6
Eigenkapitalquote (langfristiges Eigenkapital/Bilanzsumme)	%	37,8	38,1	37,1
Cashflow (Jahresüberschuss + Abschreib. auf Anlagevermögen + Veränderungen langfristiger Rückstellungen)	T€	1.321	1.227	1.007
Instandhaltungskosten	% der Jahres-sollmiete	23,5	26,6	26,2
Fremdkapitalzinsen	% der Jahres-sollmiete	16,9	19,3	19,3
Erlösschmälerungen	% der Jahres-sollmiete	1,5	0,7	0,6

1.4 Prognosebericht

Das Geschäftsjahr 2014 wird stark durch unsere Neubaumaßnahme Stadttor geprägt sein, das aufzuwendende Eigenkapital von rund 1,5 Mil. Euro für den Neubau wird größtenteils in diesem Geschäftsjahr anfallen. Dadurch wird unsere Liquidität belastet.

Die Vermarktung von Bestandsobjekten sowie der Verkauf von Grundstücken aus dem Umlaufvermögen sollen dieser Liquiditätsabnahme entgegen wirken.

Wir erwarten eine Steigerung der Instandhaltungskosten im Rahmen des Wirtschaftsplans.

1.5 Risikobericht

1.5.1 Risiken der künftigen Entwicklung

Das Neubauprojekt ist mit Kostenrisiken, z.B. ist das Ergebnis der Ausschreibung für die Gewerke Heizung, Sanitär- und Lüftung zum Berichtstermin noch nicht bekannt, verbunden. Ebenso kann die Fertigstellung durch unvorhergesehene Vorfälle verzögert werden, was zu Belastungen durch Zinsen und verspäteten Mieteinnahmen führen könnte.

Im Bestandsgeschäft sind keine größeren Risiken vorhanden.

Dem Risiko einer, auf lange Sicht betrachtet, Erhöhung des Zinsniveaus wurde durch den Abschluss langfristiger Zinsbindungen entgegengewirkt.

Die steigenden Energiepreise werden die Mieter im Bereich der Heizkosten weiter sensibilisieren. Hier könnten zusätzliche Anforderungen an den Eigentümer zur Kostensenkung entstehen.

Aufgrund des durchschnittlichen Alters der Gebäudebestände ist von einem Anstieg der Instandhaltungskosten auszugehen.

Die vorhandenen Grundstücke des Umlaufvermögens binden derzeit Kapital in Höhe von 867 T€, dies sind ca. 3 % der Bilanzsumme. Es bestehen Risiken bei der Vermarktung.

Abschließend wird festgestellt, dass keine Risiken erkennbar sind, die die Gesellschaft gefährden könnten.

1.5.2 Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die Gesellschaft will sich durch Investitionen in den Neubau von Mietwohnungen, die dem demographischen Wandel Rechnung tragen, für die Zukunft aufstellen. Das Marktsegment der altersgerechten Wohnungen soll weiter ausgebaut werden. Hierzu wurde mit dem Ankauf des Objektes „Stadttor“ in 2013 und dem Baubeginn in 2014 ein großer Schritt gemacht.

Die Modernisierung unserer Immobilienbestände unter energetischen Aspekten sowie unter Berücksichtigung des demografischen Wandels soll unsere Marktposition stärken. Der Wegfall der öffentlichen Förderung für größere Teile des Bestandes lässt in den nächsten Jahren mögliche Investitionen in den Bestand zu.

1.5.3 Finanzinstrumente

Besondere Finanzinstrumente und insbesondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Bei den zur Finanzierung des Anlagevermögens hereingenommenen Fremdmitteln handelt es sich um langfristige Annuitätendarlehen. Die Zinsentwicklung wird im Rahmen unseres Risikomanagements sorgfältig analysiert.

2. Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB

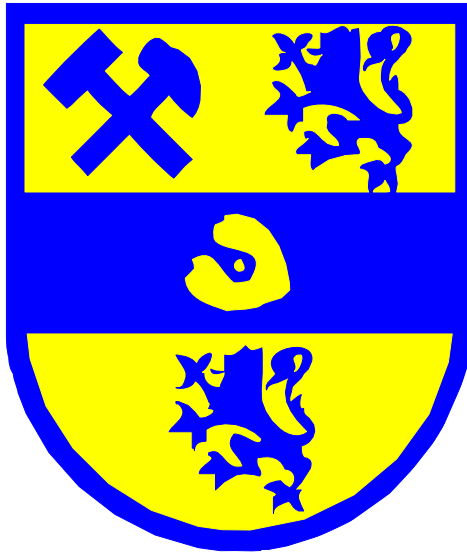
Vorgänge von besonderer Bedeutung

Über die bereits genannten Investitionsplanungen hinaus sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt.

Alsdorf, 23.04.2014

gez.

Dieter Sandlöbes
Geschäftsführer



Bilanz zum 31.12.2013

Freizeitobjekte GmbH Alsdorf

BILANZ zum 31. Dezember 2013

AKTIVA

	31.12.2013 Euro	31.12.2012 Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0,00	1,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	14.645,50	17.636,00
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	<u>86.070,88</u>	<u>108.857,06</u>
	100.716,38	126.493,06
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
fertige Erzeugnisse und Waren	7.259,04	7.582,80
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegen- stände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	30.395,14	51.191,24
2. sonstige Vermögens gegenstände	<u>1.467,38</u>	<u>2.741,47</u>
	31.862,52	53.932,71
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	128.771,04	112.791,23
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.293,92	5.566,71
	<u>273.902,90</u>	<u>306.367,51</u>

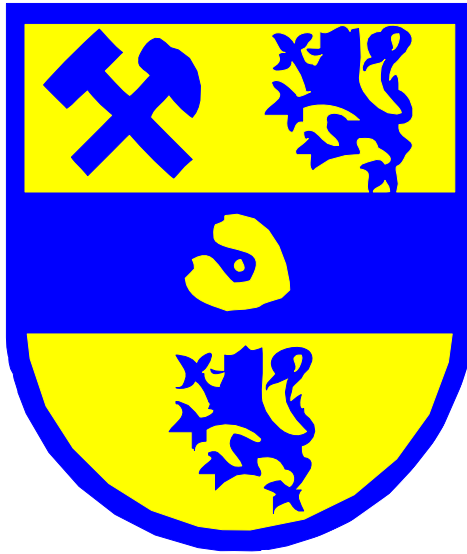
BILANZ zum 31. Dezember 2013

PASSIVA

	31.12.2013 Euro	31.12.2012 Euro
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97
II. Kapitalrücklage	5.409.296,44	5.319.296,44
III. Verlustvortrag	5.338.791,86-	5.323.050,80-
IV. Jahresfehlbetrag	43.242,89-	15.741,06-
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	11.898,33	21.174,53
C. Rückstellungen		
sonstige Rückstellungen		
D. Verbindlichkeiten		
1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	5.882,36
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	18.456,46	18.203,49
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 18.456,46 (Euro 18.203,49)		
3. sonstige Verbindlichkeiten	<u>30.532,68</u>	<u>99.120,36</u>
- davon aus Steuern Euro 3.680,57 (Euro 3.186,11)	48.989,14	123.206,21
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 728,33 (Euro 0,00)		
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 30.532,68 (Euro 99.120,36)		
E. Rechnungsabgrenzungsposten	15.646,00	18.821,00
	273.902,90	306.367,51

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	720.403,14	733.349,82
2. Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	323,76	215,84
3. sonstige betriebliche Erträge	179.075,27	182.279,36
4. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	54.899,83	54.363,54
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	418.137,49	399.136,07
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>102.205,96</u>	<u>100.753,97</u>
	520.343,45	499.890,04
- davon für Altersversorgung Euro 2.940,00 (Euro 3.351,78)		
6. Abschreibungen		
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	33.594,85	42.448,96
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	334.044,31	334.123,33
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	955,55	424,14
- davon Zinserträge aus der Abzinsung von Rückstellungen Euro 567,76 (Euro 0,00)		
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>0,00</u>	<u>29,65</u>
- davon Zinsaufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen Euro 0,00 (Euro 29,65)		
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	42.772,24-	15.018,04-
11. sonstige Steuern	470,65	723,02
12. Jahresfehlbetrag	43.242,89	15.741,06



Bilanz zum 31.12.2013

GSG Grund- und Stadtentwicklungs GmbH

BILANZ zum 31. Dezember 2013

AKTIVA

	31.12.2013 Euro	31.12.2012 Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	8.340,00	15.510,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	740.598,47	0,00
2. technische Anlagen und Maschinen	239.054,00	281.757,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	170.786,00	175.468,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>2.674.273,46</u>	<u>1.137.224,28</u>
	3.824.711,93	1.594.449,28
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.369,72	7.158,93
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	413.180,14	751.806,76
- davon gegen Gesellschafter Euro 396.484,64 (Euro 746.969,70)		
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>3.609,79</u>	<u>428.662,01</u>
	416.789,93	1.180.468,77
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr Euro 3.600,00 (Euro 3.600,00)		
- davon gegen Gesellschafter Euro 0,00 (Euro 415.633,48)		
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	3.346.900,75	2.979.885,88
C. Rechnungsabgrenzungsposten	25.706,39	22.527,61
	<u>7.624.818,72</u>	<u>5.800.000,47</u>

BILANZ zum 31. Dezember 2013

PASSIVA

	31.12.2013 Euro	31.12.2012 Euro
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	4.431.000,00	4.431.000,00
III. Gewinnrücklagen		
1. satzungsmäßige Rücklagen	12.500,00	10.519,10
IV. Bilanzgewinn	126.779,57	82.186,79
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	946.225,86	0,00
C. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	16.766,00	36.053,71
2. sonstige Rückstellungen	<u>104.164,33</u>	<u>108.323,64</u>
	120.930,33	144.377,35
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,95
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 0,00 (Euro 0,95)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	190.039,28	211.896,79
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 190.039,28 (Euro 206.216,00)		
3. sonstige Verbindlichkeiten	<u>1.772.343,68</u>	<u>895.019,49</u>
- davon gegenüber Gesellschaftern Euro 1.688.835,50 (Euro 786.643,73)	<u>1.962.382,96</u>	<u>1.106.917,23</u>
- davon aus Steuern Euro 79.555,67 (Euro 108.375,76)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 1.348,13 (Euro 0,00)		
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 1.772.343,68 (Euro 895.019,49)		
	<u>7.624.818,72</u>	<u>5.800.000,47</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	2.268.100,13	2.188.238,20
2. andere aktivierte Eigenleistungen	135.541,38	86.878,12
3. sonstige betriebliche Erträge	434,52	892,04
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.411.670,75	1.349.262,21
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>255.806,72</u>	<u>264.558,09</u>
	1.667.477,47	1.613.820,30
- davon für Altersversorgung Euro 0,00 (Euro 33,75)		
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	115.870,92	115.037,62
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	522.711,39	457.805,44
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.001,51	22.385,12
- davon Zinserträge aus der Abzinsung von Rückstellungen Euro 153,41 (Euro 1.355,65)		
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>0,00</u>	<u>260,72</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	102.017,76	111.469,40
10. außerordentliche Aufwendungen	<u>896,97</u>	<u>603,41</u>
11. außerordentliches Ergebnis	896,97-	603,41-
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	51.427,03	36.715,23
13. sonstige Steuern	<u>3.120,08</u> <u>54.547,11</u>	<u>3.038,83</u> <u>39.754,06</u>
14. Jahresüberschuss	46.573,68	71.111,93
15. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	82.186,79	21.593,96
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen in satzungsmäßige Rücklagen	<u>1.980,90</u>	<u>10.519,10</u>
17. Bilanzgewinn	<u>126.779,57</u>	<u>82.186,79</u>

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

I. Grundlagen des Unternehmens

I.1 Geschäftsmodell

Die Gesellschaft wurde mit notarieller Urkunde vom 23.07.2011 mit der Urkunden Nummer 1134 in 2010 gegründet. Nach Einzahlung der Stammkapitaleinlage von 25.000 € erfolgte die Eintragung in das Handelsregister beim Amtsgericht Aachen auf dem Registerblatt HRB 16410 zum 27.09.2011.

Die Gesellschaft dient dem Zweck, Dienstleistungen für ihre Gesellschafterin, die Stadt Alsdorf, bereitzustellen.

Die ihr übertragenen Aufgaben erfüllt die Gesellschaft überwiegend treuhänderisch, d.h. im Namen und auf Rechnung der Stadt Alsdorf. Zusätzlich finanziert und errichtet die Gesellschaft in eigenem Namen für die Stadt Alsdorf im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ das Kultur- und Bildungszentrum auf dem Annagelände.

Ab dem 01.01.2012 hat die Gesellschaft die Bewirtschaftung und bauliche Unterhaltung der städtischen Immobilien aus den städtischen Gesellschaften, der Industrie- und Gewerbepark Alsdorf GmbH sowie Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH, übernommen.

Die Übernahme des mit der Gebäudeverwaltung beauftragten Personals konnte im Rahmen des bestehenden Haustarifvertrages zum 31.12.2011 abgeschlossen werden. Des Weiteren musste zur Umsetzung der übertragenen Aufgaben im Bereich der Friedhofs- und Trauerhallenverwaltung der komplette Personalstock für diese Sparte neu installiert werden.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Vor dem Hintergrund der nach wie vor verhaltenen weltwirtschaftlichen Entwicklung ist die deutsche Wirtschaft 2013 in einem moderaten Tempo angewachsen.

Die Industrie hat 2013 ihre Schwächephase überwunden. Auftragseingänge und Produktion sind in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Die Stimmungsindikatoren senden freundliche Signale.

Der private Konsum stützt weiter das Wachstum der Gesamtwirtschaft. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort. Die Arbeitskräftenachfrage hat sich stabilisiert.

Diese Entwicklung beeinflusste auch die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Nach den Verwerfungen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise erzielten die Kommunen 2012 erstmals wieder einen Finanzierungsüberschuss von 1,8 Mrd. €. Auch für das Jahr 2013 und die Folgejahre ist von Überschüssen auszugehen.

Die positiven Trends der Steuermehreinnahmen und die erfreuliche Arbeitsmarktentwicklung werden sowohl zur Entlastung der Haushalte des Landes und der Kommunen beitragen als auch die Zahlkosten der Sozialleistungsträger im Land NRW und den Kommunen stabilisieren.

Da die Gesellschaft dem Zweck dient, Dienstleistungen für ihre Gesellschafterin, die Stadt Alsdorf, bereitzustellen, ist die Abhängigkeit von der Weltwirtschaftskonjunktur bzw. von der deutschen Konjunktur relativ gering.

II.2 Lage und Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

a) Ertragslage

Die Gebäudebewirtschaftung für die Stadt Alsdorf umfasst 35 Objekte mit ca. 57 Einzelbauwerken.

Die Verwaltung der städtischen Spielplätze umfasst 40 Einzelobjekte, die über das gesamte Stadtgebiet zu betreuen sind.

Die Bewirtschaftung der 7 städtischen Friedhöfe und der 8 städtischen Friedhofshallen wurden der Gesellschaft mit Handlungsrahmen vom 29.02.2012 übertragen.

Die Bewirtschaftung des Friedhofes Hoengen erfolgt derzeit noch durch ein von der Stadt Alsdorf beauftragtes externes Gartenbauunternehmen.

Die im Jahresabschluss 2013 gezeigten Umsätze verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Aufgabenfelder:

Erlöse		Umsatz	
		2012	2013
	%	€	€
Gebäude	60%	1.264.488	1.365.197
Spielplätze	10%	249.977	235.463
Friedhöfe	25%	610.148	572.209
Sonstige	5%	63.625	95.231
Gesamt:	100%	2.188.238	2.268.100

Im Wesentlichen bedingt durch die Teil-Vermietung der Kraftzentrale zur KiTa-Nutzung konnte gegenüber dem Vorjahr eine Umsatzsteigerung in Höhe von 79.228 € erreicht werden.

Die Gesellschaft erhält für ihre Dienstleistungen eine Vergütung auf der Basis der Selbstkosten. Der Selbstkostenerstattungspreis wird nach der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen und der „Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten (LSP)“ in der jeweils gültigen Fassung ermittelt. Zuzüglich erhält die Gesellschaft einen Gewinnaufschlag von 2 %. Aus den der Gesellschaft übertragenen Dienstleistungen für die Stadt Alsdorf entsteht somit kein besonderes Geschäftsrisiko.

Insgesamt ist das Jahresergebnis um 24 T€ gegenüber dem Vorjahr gefallen und beträgt im Geschäftsjahr 2013 47 T€.

Insgesamt zeigte das Jahr 2013 einen zufriedenstellenden Verlauf und ein dem Geschäftsbetrieb angemessenes Jahresergebnis.

b) Finanzlage

Die nachfolgende Kapitalflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

Bezeichnung	kumuliert 2013 in T€	kumuliert 2012 in T€
Jahresüberschuss	47	71
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	116	90
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-23	85
Zunahme/Abnahme Sonderposten	946	0
Zunahme/Abnahme der Vorräte	5	1
Zunahme/Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	339	-481
Zunahme/Abnahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	422	-162
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-24	76
Zunahme/Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	-25	79
Laufende Geschäftstätigkeit	1.803	-241
Anlagenabgänge zu Buchwert	1	1
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-2.339	-1.291
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	-13
Investitionstätigkeit	-2.338	-1.303
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	902	619
Finanzierungstätigkeit	902	619
Liquide Mittel am Anfang der Periode	2.980	3.905
Zahlungswirksame Veränderungen	367	-925
Liquide Mittel am Ende der Periode	3.347	2.980

Durch die verhältnismäßig hohe Kapitalrücklage ist die Kapitalausstattung der Gesellschaft insgesamt zufriedenstellend und unter Berücksichtigung der Aufgabenfelder angemessen. Auf Grund der zu erwartenden Investitionskosten und der notwendigen Vorfinanzierung wird sich jedoch zukünftig ein Rückgriff auf den Fremdkapitalmarkt nicht vermeiden lassen.

c) Vermögenslage

Das Vermögen und das Kapital der Gesellschaft haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1.825 T€ erhöht.

Im Wesentlichen resultiert der Anstieg des Vermögens aus der Erhöhung des Anlagevermögens in Höhe von 2.223 T€. Korrespondierend hierzu ist durch die erstmalige Auszahlung von bewilligten Fördermitteln für das Projekt KuBiZ der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen um 946 T€ gestiegen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern um 902 T€.

Die städtischen Eigenmittel wurden mit 4.431 T€ im Jahr 2010 als Kapitalrücklage in die Gesellschaft durch die Stadt eingezahlt. Die Finanzplanung der Stadt sieht für die folgenden Jahre weitere Einzahlungen der Stadt vor:

Wirtschaftsjahr 2014	821 T€
Wirtschaftsjahr 2015	0 T€
Wirtschaftsjahr 2016	2.700 T€
Wirtschaftsjahr 2017	0 T€
Gesamt	3.521 T€

Nachweis: Siehe Maßnahmenbeschreibung zum Kultur- und Bildungszentrum im Förderantrag der Stadt Alsdorf 2012 vom 27.09.2012, RdNr. 6 (Seite 17 u. 18) Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen.

Als städtische Eigenmittel wären folglich 7.952 T€ zur Finanzierung der Gesamtmaßnahme zu erwarten. Der Finanzierungsanteil der Gesellschaft soll im Rahmen der Kreditfinanzierung erbracht werden. Die Refinanzierung und Besicherung der Kreditmittel soll im Rahmen eines Mietverhältnisses (Forfaitierung) mit der Stadt durch Abtretung der Mietforderungen gegen die Stadt Alsdorf an den Kreditgeber erfolgen.

II.3 Finanzielle Leistungsindikatoren und Kennzahlen zur Rentabilität

Kennzahlen zur Rentabilität:

Eigenkapitalrentabilität
Formel: Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Jahresüberschuss	47	71
Eigenkapital	5.211	4.549
Eigenkapitalrentabilität in %	0,90	1,56

Umsatzrentabilität
Formel: Jahresüberschuss x 100 / Gesamtleistung

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Jahresüberschuss	47	71
Gesamtleistung	2.404	2.275
Umsatzrentabilität in %	1,94	3,13

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenrentabilität
Formel: Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Anlagevermögen	3.833	1.610
Gesamtvermögen	7.625	5.800
Anlagenintensität in %	50,27	27,76

Eigenkapitalanteil
Formel: Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Eigenkapital	5.211	4.549
Gesamtkapital	7.625	5.800
Eigenkapitalanteil in %	68,34	78,43

Verschuldungsgrad
Formel: $\text{Fremdkapital} \times 100 / \text{Eigenkapital}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Fremdkapital	2.414	1.251
Eigenkapital	5.211	5.800
Verschuldungsgrad in %	46,32	27,51

Kennzahldefinition:

Die Gesamtleistung ist wie folgt definiert:

Umsatzerlöse

+ andere aktivierte Eigenleistungen

Das bilanzanalytische Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

Gezeichnetes Kapital

+ Kapitalrücklage

+ Bilanzgewinn

+ Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen (zu 65 %)

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres mit Auswirkung auf Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben sich nicht ergeben.

IV. Prognosebericht

Auch der zukünftige Schwerpunkt für Verwaltung der übertragenen Aufgaben wird sich auf die Optimierung der Dienstleistungen für die Gesellschafterin erstrecken. Ziele hierfür sind die Verbesserung des baulichen Zustandes, der Umfang des vorhandenen Immobilienbestandes und die Anhebung des baulichen Standards. Die Umsetzung wird dabei durch die Mittelbereitstellung der Stadt bestimmt.

Neben der reinen Objektverwaltung wird die Gesellschaft für den Schulträger, aber auf Rechnung der Gesellschaft, das Kultur- und Bildungszentrum (KuBiZ) auf dem Annagelände errichten.

Mit Beschluss vom Februar 2009 hat der Rat der Stadt Alsdorf den Grundsatzbeschluss zur Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums auf dem Annagelände gefasst und die städtische Gesellschaft, die GSG Grund- und Stadtentwicklungs GmbH, mit Schreiben vom 01.12.2011 (Ratsbeschluss vom 04.11.2011) mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

Die zu diesem Zeitpunkt erwarteten Investitionskosten von rd. 39,7 Mio. € basierten auf einer Machbarkeitsstudie, die die Anforderungen der beteiligten Schulen noch nicht erfasste. Außerdem war die Beteiligung des Landes zur Finanzierung der außerschulischen Nutzung zugesichert, die Details der Umsetzung aber noch nicht erkennbar.

Vor diesem Hintergrund hat der Rat sich die Entscheidung zur endgültigen Umsetzung der Maßnahme vorbehalten.

Die Vorplanungen der Investitionsmaßnahme wurden unter Beteiligung der Schulen im Wirtschaftsjahr 2013 abgeschlossen. Die hiernach erstellte Kostenberechnung – Stand 20.11.2013 – zeigt auf, dass die Investitionsmaßnahme unter Berücksichtigung der bis 2016 zu erwartenden Steigerung des Baupreisindex von 6 v.H. (jährlich 2 %), mit rd. 40,3 Mio. € erwartet werden muss.

Mit Bescheid Nr. 05/05/13, vom 22.11.2013, hat das Land NRW bei förderfähigen Kosten für die außerschulischen Nutzungen von 15.715.503 € die in Aussicht gestellte Landesförderung abschließend mit 12.412.355 € bewilligt. Da die Einrichtungskosten für das KuBiZ von der Nutzerin, der Stadt Alsdorf, direkt getragen werden, verbleiben auch die anteiligen Landeszuweisungen bei der Stadt. Die zu erwartenden Landesförderungen betragen folglich 19.982.253 €.

Über die Umsetzung der Maßnahme, den Stand des Planungsverfahrens, die Höhe der Investitionskosten sowie das Förderverfahren des Landes im Rahmen des integrativen Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ wurden die Mitglieder des Rates in der Sitzung des Rates am 10.12.2013 umfassend informiert.

Für das geplante Kultur- und Bildungszentrum auf dem Annagelände hat NRW.URBAN im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MEWBVV) Leistungen im Rahmen der Anentwicklung erbracht und übernimmt jetzt das Objektmanagement.

Mit den umfangreichen Baumaßnahmen ist auch ein nicht unerhebliches Risiko der Kostensteigerung verbunden. Zur Risikominimierung ist aus Sicht der Gesellschaft eine fachgerechte Begleitung der Baumaßnahme und zeitnahe Überwachung der Kostenentwicklung unverzichtbar. Die Projektsteuerungsleistungen werden durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen Ernst & Young Real Estate GmbH erbracht.

Nach Abschluss des Planungsverfahrens in 2013 liegt der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gesellschaft 2014 in den ersten großen Bauabschnitten zur Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums.

Nach dem derzeitigen Planungsstand und dem Bauzeitenplan zum 01.03.2014 stellt sich die Finanzierung für die Bauzeit wie folgt dar:

Investitionskosten Stand: **28.02.2013**

Die Investitionskosten werden nach der mit o.a. Datum vorgelegten Kostenberechnung wie folgt erwartet: 39.698.091 €

Aktivierungspflichtige eigene Leistungen der Gesellschaft, z.B. Bauzeitinsen, Bauherrnkosten 1.821.115 €

Zwischensumme Kosten der Investition 41.519.206 €

Eigenanteile der Stadt / Landesförderung

Die Landesförderung wird nach dem o.a. Planungs- und Kostenstand erwartet mit: -11.982.253 €

Einzahlungen der Stadt Alsdorf

a) Einzahlung in die Eigenkapitalrücklage	-4.431.000	
b) beabsichtigte Einzahlungen 2013	-820.560	-5.251.560

Deckungsreserve * 362.872

Finanzierungsbedarf durch die Gesellschaft **24.648.265**

Einzahlung zur vorzeitigen Kredittilgung:

Aus der Vermarktung des Alt-Standortes Gymnasium erwartet die Stadt Alsdorf Erlöse, die zur Kreditreduzierung eingesetzt werden sollen -2.700.000

Da diese Erlöse erst nach Umzug des Gymnasiums und Abriss der Gebäude erwirtschaftet werden können (voraussichtlich 2016), können sie zur Ermittlung des Finanzierungsbedarf erst als nachträgliche Tilgung berücksichtigt werden.

Finanzierungsbedarf durch die Gesellschaft **21.948.265**

Damit wird die Gesellschaft 2014 voraussichtlich auf Kreditmittel des Finanzmarktes zurückgreifen müssen.

Gemäß dem aktuellen Wirtschaftsplan erwartet die Gesellschaft für das Jahr 2014 einen positiven Jahresüberschuss in Höhe von ca. T€ 25.

V. Chancen- und Risikobericht

Mit der engen vertraglichen Bindung der Gesellschaft an die Stadt Alsdorf ist auch die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Alsdorf von Bedeutung. Insbesondere auch deshalb, weil Kommunen mit negativem Eigenkapital nur beschränkt Investitionsfinanzierungen im Rahmen ihres Haushaltes durch die Aufsichtsbehörden zugestanden werden.

Mit Verfügung der Kommunalaufsicht wurde der Haushalt der Stadt für die Wirtschaftsjahre 2013 u. 2014 sowie die Finanz- und Investitionsplanung der Stadt für die Jahre 2013 bis 2017 genehmigt. Danach erwartet die Stadt zum 31.12.2017 ein positives Rest-Eigenkapital in Höhe rd. 1,9 Mio. €.

Die Fortschreibung der Haushaltshalts- und Finanzplanung 2013 - 2017 hat der Rat der Stadt Alsdorf in seiner Sitzung am 23.05.2013 beschlossen.

Für die Besicherung der Darlehen im Rahmen der Forfaitierung zur Finanzierung des Ku-BiZ und den zu verhandelnden Zinssätzen wird es auch von Bedeutung sein, wie die Finanzlage der Stadt durch die Kreditinstitute eingeschätzt wird (Ranking Kommunen Basel III).

Für die Einschätzung des unternehmerischen Risikos sind

- A die übertragenen Aufgaben aus der Verwaltung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der städtischen Objekte zu beurteilen, die die Gesellschaft im Namen und auf Rechnung der Stadt Alsdorf erfüllt und
- B die eigenen Investitionen zur Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums, die die Gesellschaft im eigenen Namen, aber im Auftrag der Stadt Alsdorf errichtet.

Zu A

Aufgaben aus der Verwaltung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der städtischen Objekte, die die Gesellschaft im Namen und für Rechnung der Stadt Alsdorf erfüllt.

Die Stadt Alsdorf ist eine kommunale Selbstverwaltungskörperschaft im Sinne der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. Sie hat sowohl freiwillige wie Pflichtaufgaben zu erfüllen, die ihr durch Gesetz übertragen wurden. Hierzu hat sie die notwendigen Einrichtungen zu schaffen, zu betreiben und zu unterhalten, die zu ihrer Aufgabenerfüllung notwendig sind.

Das von der Gesellschaft bewirtschaftete Objektportfolio erfasst Kindertagesstätten, Schulen, Feuerwehrhäuser, Verwaltungsgebäude, Friedhöfe und Spielplätze, Einrichtungen, die zu den pflichtigen Aufgaben der Stadt gehören.

Aus diesen Dienstleistungen der Gesellschaft für die Stadt entsteht somit kein besonderes Geschäftsrisiko.

Zu B

Eigene Investitionen zur Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums, die die Gesellschaft im eigenen Namen, aber im Auftrag der Stadt Alsdorf errichtet.

Die Gesellschaft finanziert und errichtet in eigenem Namen für die Stadt Alsdorf im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ das Kultur- und Bildungszentrum auf dem Anagelände.

Die zu diesem Zeitpunkt erwarteten Investitionskosten von rd. 37,5 Mio. € basierten auf einer Machbarkeitsstudie, die die Anforderungen der beteiligten Schulen noch nicht erfasste. Außerdem war die Beteiligung des Landes zur Finanzierung der außerschulischen Nutzung zugesichert, die Details der Umsetzung aber noch nicht erkennbar.

Vor diesem Hintergrund hat der Rat sich die Entscheidung zur endgültigen Umsetzung der Maßnahme vorbehalten.

Die Vorplanungen der Investitionsmaßnahme sind unter Beteiligung der Schulen abgeschlossen. Die hiernach erstellte Kostenschätzung zeigt auf, dass die Investitionsmaßnahme unter Berücksichtigung der bis 2016 zu erwartenden Steigerung des Baupreisindex von 6 v.H. (jährlich 2 %), mit rd. 40,3 Mio. € erwartet werden muss.

Mit den umfangreichen Baumaßnahmen ist auch ein nicht unerhebliches Risiko der Kostensteigerung verbunden. Zur Risikominimierung ist aus Sicht der Gesellschaft eine fachgerechte Begleitung der Baumaßnahme und zeitnahe Überwachung der Kostenentwicklungen unverzichtbar. Nach Durchführung eines VOF-Verfahrens wurde das Unternehmen Ernst & Young Real Estate GmbH mit den Projektsteuerungsleistungen beauftragt.

Die Maßnahme ist abhängig von der Bereitstellung der Landesmittel. Zuschussempfänger ist die Stadt Alsdorf, die die kassenwirksamen Fördermittel an die GSG Grund- und Stadtentwicklung weiterleiten wird.

Mit dem letzten Bewilligungsbescheid vom 22.11.2013 Nr. 05/05/13 hat das Land NRW bei förderfähigen Kosten von 15.715.503 € die in Aussicht gestellte Landesförderung abschließend mit 12.412.355 € bewilligt.

Der am Fremdkapitalmarkt zu beschaffende Finanzierungsanteil der Gesellschaft für den Bau des Kultur- und Bildungszentrums ergibt sich folglich aus zwei wesentlichen Bestandteilen:

Zum einen wird während der Bauphase eine kurzfristige Zwischenfinanzierung der avisierten Landesmittel von Nöten sein; zum anderen müssen die über die eingezahlten bzw. noch einzuzahlenden Eigenmittel der Alleingesellschafterin Stadt Alsdorf und über die Zuwendungen Dritte hinausgehenden Investitionskosten langfristig fremdfinanziert werden.

Zur Minimierung des Finanzierungsrisikos erfolgt eine konkrete Abstimmung der notwendigen Kreditmittel mit dem jeweiligen Bauzeitenplan des Generalplaners.

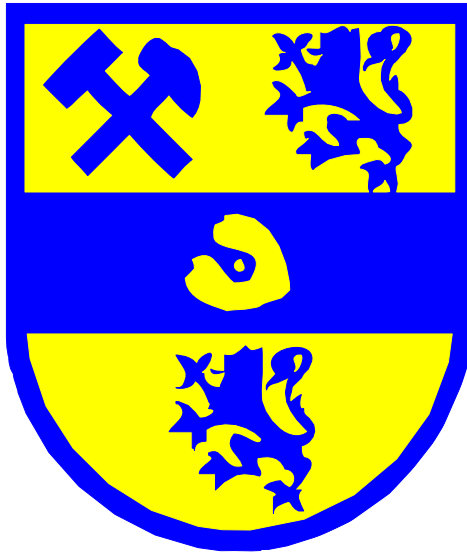
Zusammenfassung

Der Lagebericht verdeutlicht, dass die Risiken der Gesellschaft aus den ihr übertragenen Aufgaben in Verbindung mit dem gesetzlichen Auftrag der Gesellschafterin und dem bereits eingezahlten Kapital bewertet werden muss. Danach besteht kein besonderes Geschäftsrisiko.

Alsdorf, 28. März 2014

G. Jansen
Geschäftsführer

K. Koppe
Geschäftsführerin



Bilanz zum 31.12.2013

Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt Alsdorf

BILANZ zum 31. Dezember 2013

AKTIVA

	31.12.2013 Euro	31.12.2012 Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	52.665,51	39.395,68
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.348.544,04	1.342.895,62
2. Abwassersammlungsanlagen	49.942.837,09	51.598.813,54
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	517.862,01	575.430,31
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>1.896.554,83</u>	<u>988.812,81</u>
	53.705.797,97	54.505.952,28
III. Finanzanlagen		
Beteiligungen	6.250,00	6.250,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	42.887,01	33.022,07
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	856.656,72	602.701,43
2. Forderungen an die Stadt Alsdorf	76.855,20	4.322,32
3. sonstige Vermögensgegenstände	<u>427.306,05</u>	<u>527.420,22</u>
	1.360.817,97	1.134.443,97
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.855.255,64	831.875,62
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.693,01	6.164,64
	<u>57.029.367,11</u>	<u>56.557.104,26</u>

BILANZ zum 31. Dezember 2013

PASSIVA

	31.12.2013 Euro	31.12.2012 Euro
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	2.000.000,00	2.000.000,00
II. Rücklagen		
1. Allgemeine Rücklagen	1.224.383,01	1.224.383,01
2. Zweckgebundene Rücklagen	<u>4.955.374,95</u>	<u>4.955.374,95</u>
	6.179.757,96	6.179.757,96
III. Verlust		
1. Verlustvortrag	649.402,08-	1.387.451,77-
2. Verwendung für Eigenkapitalverzinsung an die Stadt	604.520,55-	605.246,15-
3. Jahresüberschuss	1.274.640,08	1.343.295,84
B. Empfangene Ertragszuschüsse	16.447.239,02	15.960.700,39
C. Sonderposten für Investitionskostenzuschüsse zum Anlagevermögen	11.293.994,54	11.537.404,93
D. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	0,00	875,00
2. sonstige Rückstellungen	<u>1.346.774,25</u>	<u>828.055,18</u>
	1.346.774,25	828.930,18
E. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	18.196.088,35	18.971.648,03
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 833.482,06 (Euro 835.397,74)		
2. Verbindlichkeiten gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt	1.028.896,39	1.095.276,79
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 79.938,65 (Euro 80.873,69)		
3. Verbindlichkeiten aus Landesförderdarlehen	512,75	1.743,29
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 512,75 (Euro 1.231,99)		
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	364.069,94	300.055,75
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 364.069,94 (Euro 300.055,75)		
5. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Alsdorf	133.751,13	26.607,34
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 133.751,13 (Euro 26.607,34)		
Übertrag	19.723.318,56 37.288.483,22	20.395.331,20 35.857.391,38

BILANZ zum 31. Dezember 2013

PASSIVA

	31.12.2013 Euro	31.12.2012 Euro
Übertrag	37.288.483,22 19.723.318,56	35.857.391,38 20.395.331,20
6. sonstige Verbindlichkeiten	<u>17.565,33</u>	<u>17.814,32</u>
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 17.565,33 (Euro 17.814,32)	19.740.883,89	20.413.145,52
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	286.567,36
	<u>57.029.367,11</u>	<u>56.557.104,26</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	18.760.110,24	19.281.190,16
2. andere aktivierte Eigenleistungen	37.527,27	27.405,49
3. sonstige betriebliche Erträge	411.215,48	660.744,50
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	299.968,02	319.352,70
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>11.302.656,71</u>	<u>11.555.453,33</u>
	11.602.624,73	11.874.806,03
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.148.398,07	2.041.505,30
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>623.231,30</u>	<u>609.697,55</u>
	2.771.629,37	2.651.202,85
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.999.161,47	2.043.906,06
abzüglich Auflösung Sonderposten für Investitionskostenzuschüsse zum Anlagevermögen	<u>243.410,39</u>	<u>446.058,00</u>
	1.755.751,08	1.597.848,06
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	926.951,24	812.625,25
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	37.397,38	33.676,97
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>797.429,79</u>	<u>840.174,92</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.391.864,16	2.226.360,01
11. außerordentliche Erträge	0,00	3.061.285,25
12. außerordentliche Aufwendungen	<u>102.730,65</u>	<u>3.927.271,73</u>
13. außerordentliches Ergebnis	102.730,65-	865.986,48-
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.959,43	10.847,00
15. sonstige Steuern	<u>7.534,00</u>	<u>6.230,69</u>
	14.493,43	17.077,69
16. Jahresüberschuss	<u>1.274.640,08</u>	<u>1.343.295,84</u>

Stadt Alsdorf
Eigenbetrieb Technische Dienste
Lagebericht zum 31. Dezember 2013

Inhalt:

- I. Grundlagen des Unternehmens
 - 1. Geschäftsmodell des Unternehmens
 - 2. Forschung und Entwicklung
- II. Wirtschaftsbericht
 - 1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen
 - 2. Geschäftsverlauf
 - 3. Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 - 4. Finanzielle Leistungsindikatoren
- III. Nachtragsbericht
- IV. Prognosebericht
- V. Chancen- und Risikobericht
 - 1. Risikobericht
 - 2. Chancenbericht
 - 3. Gesamtaussage
- VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten
- VII. Bericht über Zweigniederlassungen

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Mit Beschluss des Rates der Stadt Alsdorf vom 27. November 2003 wurde der bestehende Eigenbetrieb Abwasser mit Wirkung zum 01. Januar 2004 um die Aufgabengebiete Baubetriebshof, Abfallentsorgung, Straßenreinigung einschließlich Winterdienst gemäß § 107 Abs. 2 GO NW und den Vorschriften der EigVO NW erweitert. Zu den Aufgaben des Baubetriebshofes zählen die Unterhaltung und Grünpflege der öffentlichen Verkehrsflächen sowie die Verkehrslenkung.

In der gleichen Sitzung hat der Rat der Stadt Alsdorf die Betriebssatzung für den erweiterten Eigenbetrieb beschlossen, die im Mitteilungsblatt der Stadt Alsdorf Nr. 45 vom 11. Dezember 2003 veröffentlicht wurde. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung wird unter dem Namen „Stadt Alsdorf, Eigenbetrieb Technische Dienste“ geführt.

Der Rat der Stadt Alsdorf hat in seinen Sitzungen am 30.09.2010 und am 04.11.2010 die Betriebssatzung vom 12.11.2010 für den Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt Alsdorf als Neufassung beschlossen. Gleichzeitig tritt die bisherige Betriebssatzung vom 01.01.2004 außer Kraft.

Mit Wirkung zum 01.01.2007 ist die Stadt Alsdorf dem Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung beigetreten. Die für den Zweckverband handelnde RegioEntsorgung AöR nimmt für die ihr angeschlossenen Kommunen folgende Aufgaben wahr:

- Sammeln und Transportieren der Abfälle
- Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs

Darüber hinaus gehende Aufgaben wie die Beseitigung von wildem Müll / Leeren von Straßenpapierkörben, Reinigung der Glascontainerstandorte verbleiben bei der Stadt Alsdorf; hier beim Eigenbetrieb Technische Dienste.

Die Auswirkungen stellen sich für die Gebührenpflichtigen und das Stadtbild positiv dar.

Ab dem 01.01.2013 wird die Aufgabenerfüllung der Debitorenbuchhaltung für die Veranlagung der Gebühren wieder durch die Stadtkasse Alsdorf wahrgenommen. Hierdurch ist die Interne Leistungsverrechnung mit der Stadt angepasst worden.

2. Forschung und Entwicklung

Der Eigenbetrieb Technische Dienste betreibt keine Forschung und Entwicklung.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach vorläufigen Berechnungen wies der Staat im Berichtsjahr 2013 mit einem Finanzierungsdefizit in Höhe von 1,7 Milliarden Euro einen fast ausgeglichenen Haushalt auf. Dabei stiegen die Ausgaben mit + 2,8 % etwas kräftiger als die Einnahmen (+2,5 %). Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich im Berichtsjahr 2013 für den Staat insgesamt eine Defizitquote von -0,1 %, nachdem im Jahr 2012 noch ein Überschuss von 2,3 Milliarden Euro erzielt werden konnte (Überschussquote von + 0,1 %).

2. Geschäftsverlauf

Das Wirtschaftsjahr 2013 schließt mit einem Jahresüberschuss von 1.274.640,08 €.

Das Jahresergebnis teilt sich auf die Betriebsbereiche wie folgt:

	2013	2012
Abwasser	1.049.830,77	1.199.425,66
Abfallentsorgung	30.687,30	26.604,92
Straßenunterhaltung	68.614,81	16.527,76
Straßenreinigung / Winterdienst	125.327,20	99.737,49
Gesamt	1.274.640,08	1.343.295,84

Betriebsbereich Abwasser

Im Jahre 2013 wurde im Betriebszweig Abwasser ein Gewinn i.H.v. 1.050 T€ erwirtschaftet.

Im Wirtschaftsjahr 2013 wurde das Abwasser von 46.199 Einwohnern (44.132 angeschlossene Einwohner über Mischwasserkanal und 2.014 Einwohner über Trennsystem, sowie 53 Einwohner mit Kleinkläranlagen) behandelt und entsorgt.

Dies entspricht einer Schmutzwassermenge in 2013 von 1.936.994 m³ (in 2012: 1.947.458 m³).

Die Abwasserbeseitigung erzielte Umsatzerlöse in Höhe von 11.688 T€.

Betriebsbereich Straßenunterhaltung

Der Betriebszweig Straßenunterhaltung erzielte im Berichtszeitraum einen Gewinn i.H.v. 69 T€. Der Zuschuss der Stadt Alsdorf für den Betriebszweig Straßenunterhaltung blieb analog dem Geschäftsjahr 2012 unverändert bei 2.942 T€. Im Geschäftsjahr 2013 wurden für die Unterhaltung der Straßen insgesamt 383 T€ an Fremdunternehmen ausgegeben.

Betriebsbereich Straßenreinigung / Winterdienst

Im Berichtsjahr wurde ein Gewinn i. H. v. 125 T€ erwirtschaftet.

Betriebsbereich Abfallentsorgung

Im Wirtschaftsjahr 2013 wurden die Gebühren angepasst. Der Betriebszweig Abfallentsorgung erwirtschaftete einen Gewinn i.H. v. 31 T€. Die Veränderung zur Rückstellung im Gebührenaussgleich in diesem Betriebszweig beträgt 529 T€.

3. Lage

a) Ertragslage

Die im Anhang zum 31.12.2013 aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2013 und 2012 zeigt die Ertragslage und ihre Veränderungen.

Betriebsbereich Abwasser

Dem Betriebsbereich Abwasser obliegt die unschädliche Ableitung von Schmutz- und Niederschlagswasser auf städtischem Gebiet.

Die Entsorgung erfolgte in den Kläranlagen Alsdorf-Bettendorf und Alsdorf-Broichtal, die zum 01.01.1996 an den Wasserverband Eifel-Rur übergegangen sind, für rund 40.000 Einwohner, sowie für ca. 6.800 Einwohner aus einem Teilbereich des Stadtteils Mariadorf sowie aus den Stadtteilen Blumenrath und Broicher Siedlung über die Kläranlage Würselen-Euchen, die zum 01.01.1999 an den Wasserverband Eifel-Rur übertragen worden ist.

Die Kanalbenutzungsgebühren wurden in 2013 mit folgenden Sätzen erhoben:

für die Schmutzwasserbeseitigung	3,64 Euro / cbm
für die Niederschlagswasserbeseitigung	1,31 Euro / cbm

Gegenüber dem Vorjahr wurden die Gebühren nicht angepasst.

Betriebsbereich Straßenreinigung / Winterdienst

Die maschinelle Straßenreinigung für die Stadt Alsdorf wird seit dem 01.01.2010 durch die Firma Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG durchgeführt. Zu den Aufgaben gehört die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze innerhalb der geschlossenen Ortslage, welche nicht den Anliegern per Satzung übertragen worden sind.

Gegenüber dem Vorjahr wurden die Gebühren ebenfalls nicht angepasst:

Straßenreinigung der Fahrbahn ist einheitlich bei 1,68 €/lfd. Meter verblieben; Winterwartung Kat. I. 3,94 Euro / lfd. Meter und Kategorie II. 3,24 Euro / lfd. Meter.

Betriebsbereich Straßenunterhalt

Dem Betriebszweig Straßenunterhalt obliegt die Unterhaltung der öffentlichen Räume bezüglich Sauberkeit, öffentliche Ordnung, Grünpflege und Verkehrssicherung von öffentlichen Straßen. Größere Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht werden im Rahmen eines sog. Generalunternehmervertrages durch die ARGE RV Kanal- und Straßenbau Alsdorf (Reuber / Schleiden) durchgeführt.

Betriebsbereich Abfallentsorgung

In der nachfolgenden Tabelle sind die entsorgten Abfallmengen im Vergleich zum Vorjahr ausgewiesen.

Abfälle aus Haushalten	2013 Tonnen	2012 Tonnen
Restmüll	5.232	5.193
Bioabfall	3.826	4.033
Grünabfall	986	1.013
Spermmüll	675	672
Holz	664	710
Wertstoffe		
- Altpapier	3.488	3.522
- Altglas	1.107	1.054
- Leichtstoffe	1.849	1.812
Summe	17.827	18.012

Die Entsorgung der festen Abfälle, die keiner Verwertung mehr zugeführt werden, erfolgt durch Verbrennung in der MVA Weisweiler. Verwertbare Hausabfälle werden der Zentraldeponie Alsdorf-Warden zugeführt.

Die Abfallentsorgungsgebühren 2013 sind der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

Grundgebühren	2013	2012
80 Liter Abfallgefäß / jährlich	146,76	136,68
2. Restmüllbehälter / jährlich	36,92	34,92
1.100 Liter Restmüll-Container / jährlich	1.715,20	1.592,16
Bildung einer Abfallgemeinschaft / jährlich	109,84	101,76

Abfuhrgebühren	2013	2012
80 Liter Restmüllgefäß / Leerung	3,99	3,74
1.100 Liter Restmüll-Container / Lee- rung	35,91	33,66
120 Liter Biomülltonne / jährlich	54,00	48,00
1.100 Liter Bio-Container	486,00	432,00

Die Abfallgebühren wurden somit im Wirtschaftsjahr 2013 angepasst.

b) Finanzlage

Nachfolgend werden wesentliche Veränderungen bezüglich des Cashflows der laufenden Geschäftstätigkeit, des Cashflows der Investitionstätigkeit und des Cashflows der Finanzierungstätigkeit aufgezeigt:

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 3.682 T€ ist gegenüber dem Vorjahr 2012 (-294) enorm gestiegen. Dieser Anstieg ist darin begründet, dass in Folge der Abnahme der Sonderposten in 2012 als Folge der Ausbuchung der Kanalhausanschlüsse (-3.313 T€) der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit negativ war. Im Geschäftsjahr 2013 wurden keine Ausbuchungen vorgenommen. Im Geschäftsjahr 2013 waren keine weiteren Kreditaufnahmen erforderlich. Sowohl die Investitionen, als auch die Auszahlungen für Kredittilgungen (-843 T€) und Kapitalverzinsung 2013 (-604 T€) konnten somit aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit beglichen werden.

c) Vermögenslage

Aus der Struktur der Jahresbilanzen zum 31.12.2012 und 31.12.2013 sind die Bilanzposten gruppiert zu entnehmen.

Das Vermögen und das Kapital sind nach Liquiditätsgesichtspunkten in mittel- und langfristige Posten sowie in kurzfristige Posten gegliedert worden. Dabei sind die kurzfristigen Verbindlichkeiten mit „davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr“, gesondert nachrichtlich aufgeführt worden.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Bilanzsumme um 472 T€ auf 57.029 T€ gestiegen.

Eine detaillierte Betrachtung zeigt, dass das lang- und mittelfristig gebundene Vermögen zu rd. 92 % aus Abwassersammlungsanlagen besteht. Daraus resultiert die branchenübliche, hohe Anlagenintensität, was die Fixkostenabhängigkeit des Betriebes verdeutlicht.

Weiterhin wurden im Geschäftsjahr 2013 Anlagenzugänge unter „Anlagen im Bau“ in Höhe von 908 T€ verzeichnet. Diese entfielen hauptsächlich auf die Ertüchtigung des Baubetriebshofes in Höhe von 555 T€, die Maßnahme Erneuerung „Regenüberlaufbecken-Mitte Broichtal“ i.H.v. 322 T€ und auf die laufenden Kanalmaßnahmen in Höhe von 31 T€.

Das kurzfristig gebundene Vermögen hat sich um insgesamt 1.304 T€ erhöht. Ausschlaggebend hierfür ist der Kassenbestand bei Kreditinstituten in Höhe von 1.855 T€. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich um 254 T€ gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Forderungen gegenüber der Stadt Alsdorf erhöhten sich um 73 T€ und die sonstigen Vermögensgegenständen verringerten sich um 100 T€.

Aufgrund der Anschaffung von zwei weiteren Salzsilos im Wirtschaftsjahr 2013 wurden die Vorratsbestände von Streusalz gegenüber dem Vorjahr 31.12.2012 erhöht.

Auf der Passivseite ist die Erhöhung der Bilanzsumme hauptsächlich auf folgende Posten zurückzuführen.

Das Eigenkapital und die eigenkapitalähnlichen Posten haben sich im Geschäftsjahr um 912 T€ gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die Verringerung des Verlustvortrages in Höhe von 738 T€ setzt sich zusammen aus dem Jahresüberschuss 2012 in Höhe von 1.343 T€ abzüglich der Kapitalverzinsung i.H.v. 605 T€ für das Jahr 2012.

Für das Jahr 2013 beträgt die Kapitalverzinsung 604 T€.

Die ausgewiesene Rückstellung für Altersteilzeit bezieht sich auf zwei Mitarbeiter. Das versicherungsmathematische Gutachten wurde im Geschäftsjahr 2013 für einen Mitarbeiter bewertet. Für die Altersteilzeitverpflichtung gegenüber einem weiteren Mitarbeiter wurde, wie auch in den Vorjahren, kein externes Gutachten beauftragt. Die Rückstellung wird im Geschäftsjahr 2014 vollständig verbraucht sein.

Die Rückstellung für Gebührenausschlag beläuft sich zum 31.12.2013 auf 910 T€ und resultiert aus den Kostenüberdeckungen der Jahre 2012 und 2013 des Betriebszweiges Abfall. Gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 KAG sind Kostenüberdeckungen dem Gebührenzahler innerhalb von vier Jahren zu erstatten.

Da im Jahr 2013 keine neuen Darlehn aufgenommen wurden, hat sich der Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von planmäßigen Tilgungen um 843 T€ verringert.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind stichtagsbedingt um 64 T€ gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Alsdorf sind um 107 T€ auf 134 T€ erhöht. Diese resultieren hauptsächlich aus Rechnungen für IT-Leistungen des IV. Quartals 2013, der Abrechnung der Verzinsung des Eigenkapitales 2013, sowie der Abrechnung des Empfangenen Ertragszuschusses der Stadt Alsdorf.

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind nahezu unverändert. Hierin enthalten sind Verbindlichkeiten aus Lohnsteuerzahlungen des Vormonats Dezember 2013. Zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung waren sämtliche sonstige Verbindlichkeiten ausgeglichen.

4. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Der Wasserverband Eifel – Rur hat im Rahmen seines Wirtschaftsplans 2014 für die Erweiterung der Kläranlage Würselen – Euchen für den Zeitraum 2014 – 2016 Investitionen in Höhe von 7,3 Mio. Euro veranschlagt. Die Stadt Alsdorf ist mit rund 23 % an der Kläranlage beteiligt. Auch aus der Umsetzung der EU-WRRl werden größere Investitionen an den Kläranlagen und den Sonderbauwerken erforderlich.

Zum Schutz des Grundwassers und der Gewässer erfolgen jährlich Investitionen in die öffentliche Abwasserbeseitigung. Der Betrieb und die Unterhaltung des städtischen Kanalnetzes erfolgt entsprechend den gesetzlichen Vorgaben. Zusätzliche Anforderungen aus der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVoAbw) erfordern ebenfalls eine Anzahl von Nachfolgeinvestitionen bzw. Maßnahmen im Unterhalt.

Die Aufgaben der Abfallwirtschaft (Sammlung und Transport) sind mit Wirkung vom 1.1.2007 auf den Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung (ZRE) mit befreiender Wirkung übertragen worden. Die abfallrechtlichen Vorschriften sind daher durch die RegioEntsorgung AöR vollumfänglich einzuhalten.

III. Nachtragsbericht

Hierzu ist keine Berichterstattung erforderlich.

IV. Prognosebericht

Aus heutiger Sicht erfordert die Optimierung der Aufgabenerledigung des gesamten Eigenbetriebes Technische Dienste eine wesentliche Verbesserung des bestehenden Baubetriebshofes. Mit Beschluss des Betriebsausschusses vom 14.02.2012 zur Er-
tüchtigung des Baubetriebshofes wurden erste Schritte eingeleitet, um die Opti-
mierung der Aufgabenerledigung umzusetzen. Der I. Bauabschnitt ist fertiggestellt. Aus
dem II. Bauabschnitt wurden die Salzsilos errichtet.

Die Betriebsleitung hat weitere Schritte eingeleitet, um die Prozesse des Anlagenma-
nagements zu vereinheitlichen. Damit wird eine Verbesserung der Betriebssteuerung
erreicht, die rechtssichere Gebührenkalkulation gewährleistet und unnötige Personal-
kosten für einen zusätzlichen Vermögensbewertungsprozess eingespart. Das Projekt
ist im Wirtschaftsjahr 2013 erfolgreich zum Abschluss gebracht worden.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Chancen- und Risikobericht

Insbesondere der Abwasserbetrieb wird in den nächsten Jahren gewaltige Investitionen, aus heutiger Sicht ca. 12,40 Mio Euro, tätigen müssen, die steigende Abschreibungen und Zinsen zur Folge haben. Hierbei handelt es sich insbesondere um bauliche und hydraulische Kanalsanierungsmaßnahmen.

Mit Schreiben vom 26.06.2009 fordert die EBV GmbH für den Reparaturaufwand an den Hausanschlüssen in verschiedenen Straßenbereichen im Ortsteil Alsdorf-Busch die Erstattung der entstandenen Gesamtauslagen in Höhe von 873.330,50 Euro. Die Arbeiten wurden lt. vorgelegten Nachweisen im Jahr 2003 durchgeführt. Der Betrieb lehnt diese Forderung dem Grunde nach, insbesondere aber wegen eingetretener Verjährung, ab.

Die im Jahr 2010 durch die EBV GmbH anhängig gemachte Klage vor dem Oberlandesgericht Köln wurde im Jahr 2011 der Stadt Alsdorf zugestellt und mit Urteil vom 10.05.2011 abgewiesen.

In der Berufungsinstanz vor dem Oberlandesgericht Köln wurde mit Urteil vom 18.01.2012 die Klage abgewiesen. Eine Revision vor dem Bundesgerichtshof wurde vom Oberlandesgericht nicht zugelassen. Der Kläger hat in 2012 beim Bundesgerichtshof eine Nichtzulassungsbeschwerde gegen die Revision eingereicht.

Mit Schreiben vom 20.02.2014 des Bundesgerichtshofes wurde beschlossen, dass die Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision in dem Urteil des 17. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Köln vom 18. Januar 2012 zurückzuweisen ist.

2. Gesamtaussage

Abwasser

Die Zusammenführung der beiden Betriebsstätten Hahnengasse und Carl-Zeiss-Straße ist in nächster Zeit (10/2014) eine der vordringlichsten Maßnahmen. Hierdurch werden Einsätze und Aufgabenzusammenführungen zu einer verbesserten wirtschaftlichen Situation führen. Der Betriebsausschuss hat in seiner Sitzung vom 14.02.2012 die Ertüchtigung des Baubetriebshofes beschlossen. Damit wird die Betriebsstätte Hahnengasse im Wirtschaftsjahr 2014 aufgegeben.

Abfallentsorgung

Ziel des Entsorgungszweckverbandes RegioEntsorgung (ZRE) ist weiterhin ein einheitliches Abfallsystem für alle Mitgliedskommunen. Erforderliche Beschlüsse sollen sukzessive im Laufe der nächsten Jahre in den zuständigen politischen Gremien gefasst werden.

Eine ständige Beobachtung der Prozesse in den Gremien des ZRE ist erforderlich, um ggfs. Einfluss auf Systemänderungen und damit auf den kommunalen Gebührenhaushalt ausüben zu können.

Straßenunterhaltung

Das vorhandene Straßenkataster soll zukünftig diesen Betriebsbereich bei der Leistungserkennung unterstützen. Die Entwicklung der Nebenprodukte Verkehrszeichenkataster, Straßenbegleitgrünverzeichnis, Aufbruchkataster und Baumkataster befinden sich im Aufbau.

Straßenreinigung / Winterdienst

Zum 01.01.2014 wurde die Dienstleistung für die maschinelle Straßenreinigung neu ausgeschrieben und erneut an den wirtschaftlichsten Bieter, die Firma Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG, vergeben.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Der Eigenbetrieb Techn. Dienste der Stadt Alsdorf verfügt nicht über Finanzinstrumente.

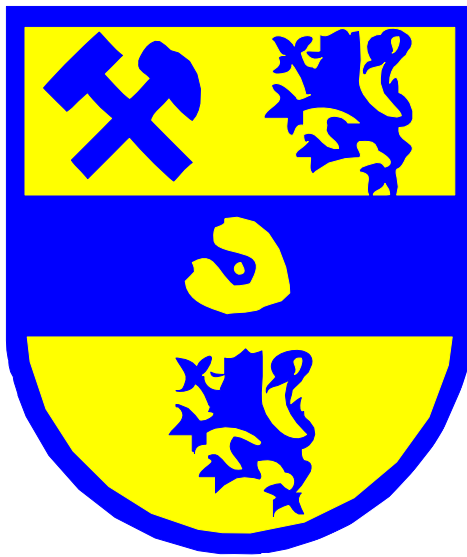
VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Der Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt Alsdorf ist Sondervermögen der Stadt Alsdorf und verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Alsdorf, den 01.09.2014

Theißing
techn. Betriebsleiter

Maaßen
kfm. Betriebsleiter

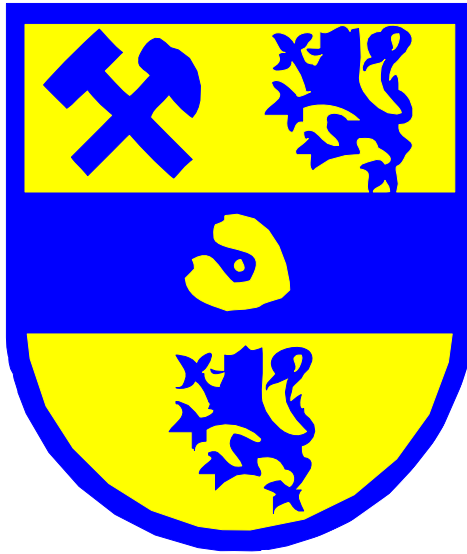


Wirtschaftsplan 2015

Business Park Alsdorf GmbH
(ehem. Industrie- und Gewerbepark Alsdorf GmbH)

Business Park Alsdorf GmbH
Ergebnisvorschaurechnung 2014 - 2018

	2014 in T€	2015 in T€	2016 in T€	2017 in T€	2018 in T€
Erlöse					
Erlöse aus Grundstücksverkäufen	88	639	875	739	403
- Materialaufwand:	39	364	545	339	184
= erwarteter Gewinn aus Grundstücksverkäufen	48	274	330	399	219
Erlöse aus Pachten	5	3	2	0	0
Erlöse aus Geschäftsbesorgung GSG	17	14	14	14	14
Sonstige Erlöse	1	1	1	1	1
	23	18	17	15	15
1. Erlöse/ Erträge	71	292	347	414	234
2. Personalaufwand					
Löhne und Gehälter	67	68	70	72	74
3. Geschäftsbesorgung					
	93	95	97	99	100
4. Abschreibungen	10	11	10	11	10
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen					
Versicherungen	6	6	6	6	6
Raum-/Raumnebenk.	20	20	21	21	21
Instandhaltung	1	1	1	1	1
Pflege Industriepark	7	10	7	10	7
Sonstige Grundstückskosten	11	11	11	10	10
Büro- u. Verw.bedarf	3	3	3	3	3
Kommunikation	3	3	3	3	3
EDV	7	5	5	6	6
Reisek./Fahrtk./Kfz	3	3	3	3	3
Fortbildung/Fachlit.	1	1	1	1	1
Beratungskosten	6	6	6	6	6
Jahresabschlusskosten	16	16	16	16	16
Honorare/Fremdarb.	4	4	4	4	4
Öffentlichkeitsarb.	10	5	5	3	3
Sonstige Kosten	3	3	3	3	3
Sonstige Steuern	7	7	7	7	7
Vorkosten Hagfeld	3				
Summe des Aufwandes	111	104	102	103	100
6. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-210	14	68	129	-51
7. Zinserträge	18	18	18	14	26
8. Zinsaufwand Banken	31	28	30	31	32
9. Jahresergebnis	-223	4	56	112	-56



Wirtschaftsplan 2015

Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH

Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH

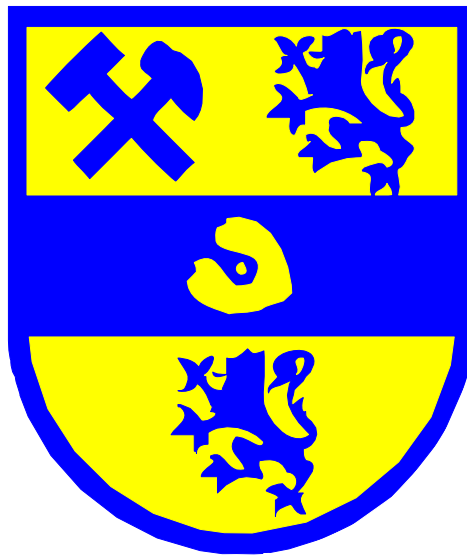
Wirtschaftsplan 2015

voraussichtliche Erträge		€
Sollmieten (minus Mietausfälle)		3.325.000,00
Betriebskosten		1.550.000,00
Gewinne aus Verkäufen		100.000,00
Sonstige Betriebserträge		100.000,00
		5.075.000,00

voraussichtliche Aufwendungen		
Betriebskosten		1.320.000,00
Instandhaltungskosten		700.000,00
Abschreibungen		735.000,00
Personalaufwand		600.000,00
Verwaltungskosten		140.000,00
Sonstiger Aufwand		60.000,00
Zinsen		660.000,00
Steuern		280.000,00
		4.495.000,00

voraussichtlicher Jahresüberschuss:	580.000,00
-------------------------------------	------------

Alsdorf, 03.02.2015
 Gemeinnützige Siedlungs-
 gesellschaft Alsdorf GmbH



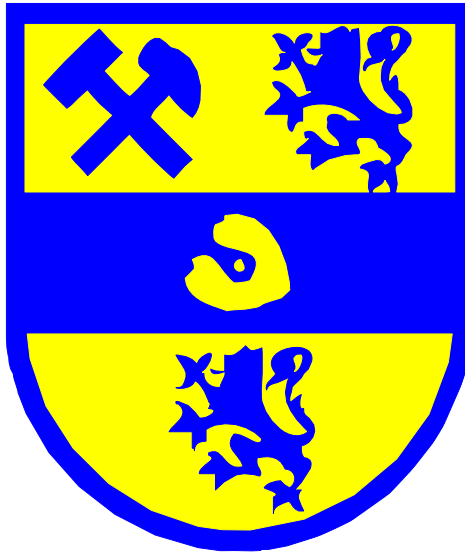
Wirtschaftsplan 2015

Freizeitobjekte GmbH Alsdorf

Wirtschaftsplan Stadthalle Alsdorf (netto)

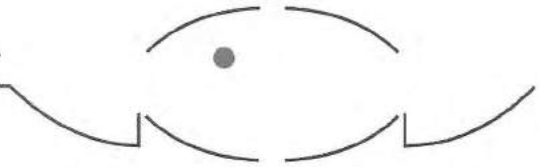
Erfolgsplanung	€ 2013		€ 2013		€ 2014		€ 2015		€ 2016		€ 2017		€ 2018		€ 2019	
	Soll		Ist		Soll		Soll		Soll		Soll		Soll		Soll	
1. Umsatzerlöse	250.000,00				260.000,00		270.000,00		270.000,00		270.000,00		270.000,00		270.000,00	
Veranstaltungen inkl. Miete, NK, Garderobe					64.000,00		70.000,00		70.000,00		70.000,00		70.000,00		70.000,00	
Provision Boland	11.000,00				11.000,00		11.000,00		11.000,00		11.000,00		11.000,00		11.000,00	
Einnahmeteiligung Meyer	45.000,00				45.000,00		45.000,00		45.000,00		45.000,00		45.000,00		45.000,00	
Programmgestaltung,	60.000,00				60.000,00		60.000,00		60.000,00		60.000,00		60.000,00		60.000,00	
Sonstiges																
2. Erhöhung des Bestandes an Erzeugnissen																
3. Gesamtleistung	430.000,00				440.000,00		456.000,00		456.000,00		456.000,00		456.000,00		456.000,00	
4. sonstige betriebliche Erträge																
Miete Bücherei	89.000,00				89.000,00		89.000,00		89.000,00		89.000,00		89.000,00		89.000,00	
Sonstige Bücherei	46.000,00				47.000,00		49.000,00		49.000,00		49.000,00		49.000,00		49.000,00	
Sonstige Mieten																
Erträge aus Abgang Anlagevermögen	3.000,00				3.000,00		3.000,00		3.000,00		3.000,00		3.000,00		3.000,00	
Erträge aus Auflösung Rückstellungen	13.000,00				9.000,00		8.500,00		7.000,00		7.000,00		7.000,00		7.000,00	
Erträge aus der gewöhnl. Geschäftstätigkeit																
Gesamteinnahmen	581.000,00				588.000,00		605.500,00		604.000,00		604.000,00		604.000,00		604.000,00	
5. Materialaufwand	60.000,00				60.000,00		60.000,00		60.000,00		60.000,00		60.000,00		60.000,00	
6. Personalaufwand	290.000,00				290.000,00		300.000,00		300.000,00		300.000,00		300.000,00		300.000,00	
7. Abschreibungen	13.700,00				10.300,00		9.500,00		7.000,00		7.000,00		7.000,00		7.000,00	
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen																
Raumkosten	147.000,00				150.000,00		156.000,00		156.000,00		156.000,00		156.000,00		156.000,00	
Versicherungen, Beiträge	5.000,00				6.000,00		6.000,00		6.000,00		6.000,00		6.000,00		6.000,00	
Reparatur/Instandhaltung	4.000,00				6.000,00		6.000,00		6.000,00		6.000,00		6.000,00		6.000,00	
Fahrzeugkosten																
Öffentlichkeitsarbeit / Werbe- u. Reisekosten	65.000,00				68.000,00		68.000,00		68.000,00		68.000,00		68.000,00		68.000,00	
verschiedene betriebliche Kosten	81.000,00				83.000,00		85.000,00		85.000,00		85.000,00		85.000,00		85.000,00	
Verluste aus dem Abgang Anlagevermögen																
Forderungsverluste	1.000,00				1.000,00		1.000,00		1.000,00		1.000,00		1.000,00		1.000,00	
sonstiger Aufwand im Rahmen gew. Geschäftsf.																
Sonstige Kosten Investition																
Gesamtausgaben	666.700,00				674.300,00		691.500,00		689.000,00		689.000,00		689.000,00		689.000,00	
9. Zinsen und ähnliche Erträge																
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen																
11. Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit	-85.700,00				-86.300,00		-86.000,00		-85.000,00		-85.000,00		-85.000,00		-85.000,00	
12. außerordentliches Ergebnis																
13. Steuern vom Einkommen u. vom Ertrag																
14. Sonstige Steuern																
15. Jahresfehlbetrag/überschuss	-85.700,00				-86.300,00		-86.000,00		-85.000,00		-85.000,00		-85.000,00		-85.000,00	
Liquiditätsplanung																
Jahresfehlbetrag/überschuss	-85.700,00				-86.300,00		-86.000,00		-85.000,00		-85.000,00		-85.000,00		-85.000,00	
Korrekturen zur Erfolgsplanung																
Abschreibungen	13.700,00				10.300,00		9.500,00		7.000,00		7.000,00		7.000,00		7.000,00	
Auflösung Rückstellungen	-3.000,00				-3.000,00		-3.000,00		-3.000,00		-3.000,00		-3.000,00		-3.000,00	
Erträge aus Auflösung von Zuschüssen	-13.000,00				-9.000,00		-8.500,00		-7.000,00		-7.000,00		-7.000,00		-7.000,00	
Investitionen	-2.000,00				-2.000,00		-2.000,00		-2.000,00		-2.000,00		-2.000,00		-2.000,00	
Zuschussbedarf	-90.000,00				-90.000,00		-90.000,00		-90.000,00		-90.000,00		-90.000,00		-90.000,00	

*

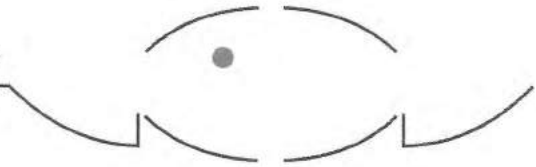


Wirtschaftsplan 2015

GSG Grund- und Stadtentwicklungs GmbH

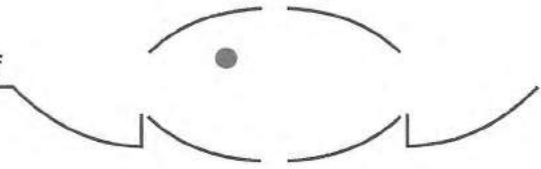


Wirtschaftsplan 2015
für die
GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH,
Burgstraße 17, 52477 Alsdorf

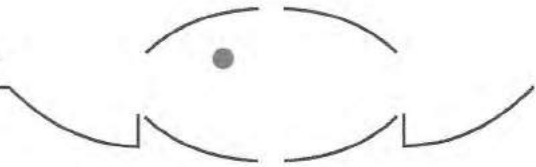


Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkung
2. Erfolgsplan
3. Vermögensplan
4. Finanzierung KuBiZ
5. Teil-Erfolgsplan KuBiZ
6. Stellenplan



1. Vorbemerkung



Wirtschaftsplan 2015

Vorbemerkungen:

Der Wirtschaftsplan bildet die Grundlage für das operative Geschäft des nächsten Jahres und liefert eine mittelfristige Betrachtung der Geschäftsentwicklung.

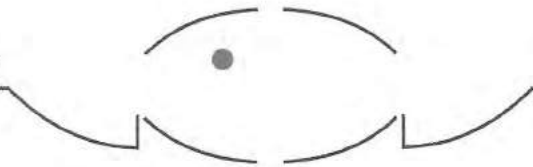
Die Gesellschaft dient dem Zweck, Dienstleistungen für ihre Gesellschafterin, die Stadt Alsdorf, bereitzustellen. Diese Aufgaben erfüllt sie treuhänderisch für die Gesellschafterin. Zusätzlich finanziert und errichtet die Gesellschaft in eigenem Namen für die Stadt Alsdorf, im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“, das Kultur und Bildungszentrum auf dem Annagelände.

Zum 01.01.2012 hat die Gesellschaft die Bewirtschaftung und bauliche Unterhaltung der städtischen Immobilien aus den städtischen Gesellschaften, der IGA GmbH, sowie der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft übernommen.

Die Gebäudebewirtschaftung für die Stadt Alsdorf umfasst 35 Objekte mit ca. 57 Einzelbauwerken.

Die Gesellschaft bewirtschaftet und verwaltet für die Stadt Alsdorf 7 Friedhöfe. Die Bewirtschaftung des Friedhofes Hoengen wurde durch Vertrag der Stadt Alsdorf einem privaten Unternehmen zugeteilt. Auf den städtischen Friedhöfen verwaltet die Gesellschaft 8 Trauerhallen.

Die Verwaltung der städtischen Spielplätze umfasst 40 Einzelobjekte die über das gesamte Stadtgebiet zu betreuen sind.



Der Schwerpunkt bei der Verwaltung dieser Aufgabenfelder liegt bei der Optimierung der Dienstleistungen für die Gesellschafterin. Die Verbesserung des baulichen Zustandes, der Umfang des vorhandenen Immobilienbestandes und die Anhebung des baulichen Standards wird dabei durch die Mittelbereitstellung der Stadt bestimmt.

Mit der Erweiterung der Grünpflege für die Außenanlagen der Gebäude, der Kinderspielplätze und der Friedhofspflege werden sich in den kommenden Wirtschaftsjahren Synergien aus einer optimierten Fahrzeug-, Geräte- und Maschinenauslastung generieren lassen.

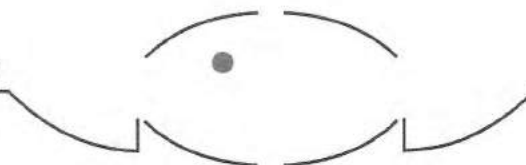
Die Gesellschaft erhält für ihre Dienstleistungen eine Vergütung auf der Basis der Selbstkosten. Der Selbstkostenerstattungspreis wird nach der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen und der „Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten (LSP)“ in der jeweils gültigen Fassung ermittelt. Zuzüglich erhält die Gesellschaft einen Gewinnaufschlag von 2 %.

Neben der reinen Objektverwaltung wird die Gesellschaft für den Schulträger, aber auf Rechnung der Gesellschaft, das Kultur- und Bildungszentrum (KuBiZ) auf dem Annagelände errichten.

Mit Beschluss vom Februar 2009 hat der Rat den Grundsatzbeschluss zur Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums auf dem Annagelände gefasst und die städtische Gesellschaft, die GSG Grund- und Stadtentwicklung, mit Schreiben vom 01.12.2011 (Ratsbeschluss vom 04.11.2011) mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

Die Vorplanungen der Investitionsmaßnahme wurden unter Beteiligung der Schulen im Wirtschaftsjahr 2013 abgeschlossen. Die hiernach erstellte und fortgeschriebene Kostenberechnung – Stand 15.01.2015 - zeigt auf, dass die Investitionsmaßnahme unter Berücksichtigung der bis 2016 zu erwartenden Steigerung des Baupreisindex von 6 v.H. (jährlich 2 %), mit rd. 40,3 Mio.€ erwartet werden muss.

Mit Bescheid Nr. 05/05/13, vom 22.11.2013, hat das Land NRW bei förderfähigen Kosten für die außerschulischen Nutzungen von 15.715.503 € die in Aussicht gestellte Landesförderung abschließend mit 12.412.355 € bewilligt.



Mit der Umsetzung der Maßnahme wurde am 12.05.2014 begonnen. Die öffentlichen Ausschreibungen der 34 Einzelgewerke erfolgen mit 75 % europaweit und zu 25 % national.

Für die Errichtung des Kultur- und Bildungszentrum auf dem Annagelände hat NRW.URBAN im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MEWBVV) Leistungen im Rahmen der Anentwicklung erbracht und übernimmt jetzt das Objektmanagement.

Mit den umfangreichen Baumaßnahmen ist auch ein nicht unerhebliches Risiko der Kostensteigerung verbunden. Zur Risikominimierung ist aus Sicht der Gesellschaft eine fachgerechte Begleitung der Baumaßnahme und zeitnahe Überwachung der Kostenentwicklung unverzichtbar. Die Projektsteuerungsleistungen werden durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen Ernst & Young Real Estate GmbH erbracht.

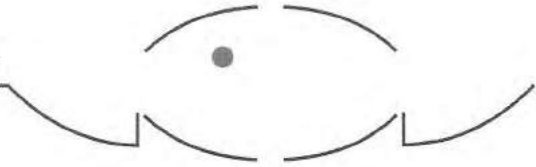
Die städtischen Eigenmittel wurden mit 5.251.560 € als Kapitalrücklage in die Gesellschaft durch die Stadt eingezahlt. Die Finanzplanung der Stadt sieht für 2017 eine weitere Einzahlung der Stadt (Erlöse aus Grundstücksveräußerungen) in Höhe von 2.700.000 € vor.

Die städtischen Eigenmittel wären folglich mit **7,951 Mio.€** (21,2 %) zur Finanzierung der Gesamtmaßnahme zu erwarten. Der Finanzierungsanteil der Gesellschaft wird im Rahmen der Kreditfinanzierung erbracht. Die Refinanzierung erfolgt im Rahmen eines Mietverhältnisses mit der Stadt.

Die Maßnahme wird auch aus Mitteln des Landes NRW finanziert. Zuschussempfänger ist die Stadt Alsdorf, die die kassenwirksamen Fördermittel an die GSG Grund- und Stadtentwicklung weiterleiten wird.

Die Maßnahme wurde zwischenzeitlich mit den folgenden Bewilligungsbescheiden durch das Land NRW ausfinanziert:

Zuwendungsbescheid 2011 vom 01.12.2011 (05/34/11)	1.809.984 €
Änderungsbescheid vom 24.04.2012 (4.1)	
Zuwendungsbescheid 2012 vom 01.11.2012 (05/20/12)	4.972.231 €
Zuwendungsbescheid 2012 vom 20.12.2012 (05/33/12)	264.000 €
Zuwendungsbescheid 2013 vom 22.11.2013 (05/05/13)	4.936.038 €
	11.982.253 €



Der Finanzierungsbedarf aus den Bautätigkeiten 2014 konnte aus den zur Verfügung stehenden Eigenmitteln und den abgerufenen Landeszuweisungen bedeckt werden. Damit wird die Gesellschaft 2015 erstmals auf Kreditmittel des Finanzmarktes zurückgreifen müssen.

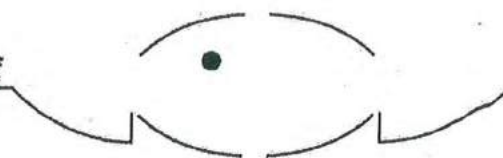
Die Kreditfinanzierung erfolgt durch die Sparkasse Aachen. Hierzu hat die Gesellschaft ein Darlehen aus dem Programm „NRW-Bank Infrastruktur“ über 22.000.000 € mit einer Zinsfestschreibung und Laufzeit über 25 Jahre mit einem Zinssatz von 1,95 v.H. in Anspruch genommen.

Für die Vorfinanzierung der zu erwartenden Erlöse aus der Grundstücksveräußerung des Alt - Standortes Gymnasium in Höhe von 2.700.000 € wird die Sparkasse Aachen der Gesellschaft ein Darlehen mit einer Laufzeit bis Juli 2017 und einem Zinssatz von 0,8 zur Verfügung stellen.

Die Refinanzierung erfolgt über den mit der Stadt Alsdorf abzuschließenden Mietvertrag. Die Besicherung der Kreditmittel erfolgt:

1. mit einer Ausfallbürgschaft durch die Stadt Alsdorf in Darlehenshöhe,
2. durch die Bestellung einer erstrangigen Buchgrundschuld von 24.700 T€ auf dem Objekt KuBiZ,
3. durch Abtretung der Mietforderungen gegen die Stadt Alsdorf an den Kreditgeber.

Zur Minimierung des Finanzierungsrisikos erfolgt die konkrete Abstimmung der notwendigen Kreditmittel auf den jeweiligen Bauzeitenplan des Generalplaners. Die Wirtschaftsplanung unterstellt, dass die Bauzeitzinsen (Februar 2015 bis Juni 2016) für das Objekt aktiviert werden können und somit in der Wirtschaftsplanung 2014 – 2018 als Zinsaufwendungen nicht berücksichtigt werden.

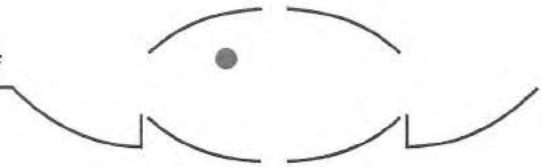


Neben den treuhänderischen Dienstleistungsbereichen zur Immobilienbewirtschaftung, liegt der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gesellschaft in den Wirtschaftsjahren 2015, 2016 in der großen eigenen Investition zur Errichtung des Kultur- und Bildungszentrum.

Alsdorf, den 27. März 2015

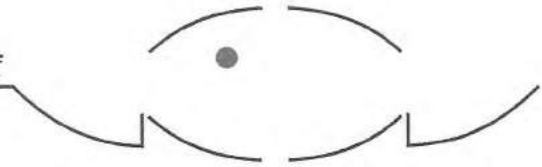
gez.

G. Jansen
Geschäftsführer



2. Erfolgsplan

Lfd.-Nr.	Position	Ergebnis Vorjahre			Plan-Wirtschaftsjahre			
		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
1	Erlöse							
1.1	Umsatzerlöse	2.099.836,70 €	2.192.659,53 €	2.253.849,99 €	2.269.552,66 €	2.961.689,64 €	3.707.540,47 €	3.754.598,29 €
1.2	Sonstige betriebl. Erträge	2.031,46 €	8.571,78 €	2.677,74 €	0,00 €	389.296,86 €	778.593,71 €	778.593,71 €
1.3	Erlöse Kalkulatorik LSP SpPl+Gebäude	67.976,29 €	82.532,72 €	59.030,86 €	60.000,00 €	60.000,00 €	60.000,00 €	60.000,00 €
1.4	Erlöse Kalkulatorik LSP Friedhöfe	19.028,03 €	26.742,18 €	19.634,21 €	21.000,00 €	21.000,00 €	21.000,00 €	21.000,00 €
	Summe der Umsätze und Erträge	2.188.872,48 €	2.310.506,21 €	2.335.192,80 €	2.350.552,66 €	3.431.986,49 €	4.567.134,19 €	4.614.192,00 €
2	Aufwandsarten							
Personalausgaben								
2.1	Tarifoohn	1.325.681,10 €	1.395.551,21 €	1.521.428,64 €	1.652.799,47 €	1.680.347,46 €	1.563.746,41 €	1.594.913,34 €
2.2	Sozialabgaben	288.139,20 €	255.806,66 €	270.038,28 €	328.610,89 €	333.520,99 €	339.025,01 €	345.773,11 €
2.3	Personalkosten IBL	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2.4	sonstige Personalkosten	0,00 €	16.119,60 €	21.169,59 €	6.500,00 €	6.500,00 €	6.500,00 €	6.500,00 €
	Zwischensummen	1.613.820,30 €	1.667.477,47 €	1.812.636,51 €	1.987.910,36 €	2.020.368,45 €	1.909.271,41 €	1.947.186,44 €
Betriebs- und Geschäftsausgaben								
2.5	Raumkosten	97.275,91 €	165.382,26 €	114.961,84 €	98.000,00 €	397.428,90 €	696.896,99 €	698.936,18 €
2.6	Versicherungen/Beiträge	16.048,73 €	24.509,93 €	39.319,20 €	23.800,00 €	23.800,00 €	23.800,00 €	23.800,00 €
2.7	Betriebliche Steuern	3.038,83 €	3.120,08 €	4.235,58 €	4.200,00 €	4.216,00 €	4.232,32 €	4.248,97 €
2.8	Kraftfahrzeugkosten (ohne Steuern)	104.717,89 €	115.334,71 €	113.099,62 €	118.000,00 €	120.360,00 €	122.767,20 €	125.222,54 €
2.9	Reisekosten / Seminare/ Öffentlichkeitsarbeit	18.736,25 €	6.673,00 €	28.111,31 €	12.000,00 €	12.000,00 €	12.000,00 €	12.000,00 €
2.10	Abschreibungen inkl. Abschreibung Spielgeräte	115.037,62 €	116.148,23 €	119.327,33 €	121.086,00 €	565.791,95 €	1.011.083,91 €	1.011.083,91 €
2.11	Reparatur und Instandhaltung	49.875,61 €	60.869,15 €	67.556,52 €	65.000,00 €	128.540,00 €	192.105,80 €	193.447,92 €
2.12	Sonstige Kosten	170.656,45 €	149.782,53 €	191.313,06 €	148.000,00 €	150.870,00 €	153.797,40 €	156.783,35 €
2.13	Zinsen	0,00 €	0,00 €	310,31 €	0,00 €	247.500,00 €	480.033,19 €	464.729,62 €
	Zwischensummen	575.387,29 €	641.819,89 €	678.234,77 €	590.086,00 €	1.650.506,85 €	2.696.716,81 €	2.690.252,48 €
	Summe der Aufwendungen	2.189.207,59 €	2.309.297,36 €	2.490.871,28 €	2.577.996,36 €	3.670.875,30 €	4.605.988,22 €	4.637.438,92 €
3	Sonstige Erlöse							
3.1	Aktiviert. Eigenleistung KuBiZ	86.872,12 €	133.072,80 €	240.982,18 €	277.795,53 €	120.849,70 €	0,00 €	0,00 €
3.2	Neutraler Ertrag / Aufwand	23.745,46 €	3.110,37 €	-22.941,69 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	Zwischensummen	110.617,58 €	136.183,17 €	218.040,49 €	277.795,53 €	120.849,70 €	0,00 €	0,00 €
4	Sonstiger Aufwand							
4.1	Gutschrift Trauerhallen-überschuss lt. Vertrag	2.455,31 €	39.392,32 €	31.916,32 €	29.955,81 €	29.375,15 €	28.270,26 €	27.651,11 €
	Ergebnis vor Steuern	107.827,16 €	97.999,70 €	30.445,69 €	20.396,02 €	-147.414,26 €	-67.124,30 €	-50.898,03 €
5	Steuern von Einkommen und Ertrag							
5.1	Körperschaftsteuer	18.719,23 €	24.558,00 €	5.478,38 €	3.059,40 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5.2	Gewerbesteuer	17.996,00 €	26.869,00 €	5.994,00 €	3.671,28 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	Summe Steuern von EE	36.715,23 €	51.427,00 €	11.472,38 €	6.730,69 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6	Ergebnis aus der gewöhnlichen Tätigkeit	71.111,93 €	46.572,70 €	18.973,31 €	13.665,33 €	-147.414,26 €	-67.124,30 €	-50.898,03 €



3. Vermögensplan



Lfd Nr.	Investitionen	Ergebnis Vorjahre		Plan-Wirtschaftsjahre			
		2013	2014	2015	2016	2017	2018
		€	€	€	€	€	€

Beschaffung von beweglichem Vermögen

1. Erlöse							
1.1		0	0	0	0	0	0
Summe der Erlöse		0	0	0	0	0	0

2. Aufwand							
2.1	Beschaffung von Spielgeräten für Kinderspielplätze	-26.500	-13.000	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000
2.2	Einrichtungen	0	0	0	-10.000	0	0
2.3	Software	0	0	0	0	0	0
2.4	Geräte Maschinen	0	0	0	0	0	0
2.5	Fahrzeuge	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwand		-26.500	-13.000	-30.000	-40.000	-30.000	-30.000

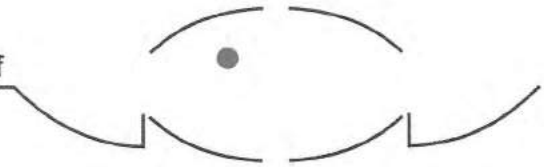
Finanzierungsbedarf aus Beschaffungen des beweglichen Vermögens	-26.500	-13.000	-30.000	-40.000	-30.000	-30.000
--	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------

Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums - KuBiZ -
--

1. Erlöse							
1.1	Zuweisung des Landes	946.226	3.868.200	7.167.827	0	0	0
1.2	Einzahlungen der Stadt	1.434.017	2.526.999	98.006	0	0	0
1.3	Sonstige Erlöse	0	0	0	0	0	2.700.000
Summe der Erlöse		2.380.243	6.395.199	7.265.833	0	0	2.700.000

2. Aufwand							
2.1	Investitionen KuBiZ	2.380.242	6.395.199	27.990.600	2.364.249	0	0
2.2	Deckungsreserve	0	0	559.812	47.285	0	0
2.3	Sonstiger Finanzbedarf	0	0	460.589	491.875	0	0
Summe Aufwand:		2.380.242	6.395.199	29.011.001	2.903.409	0	0

Finanzierungsbedarf aus der Errichtung des KuBiZ	0	0	21.745.168	2.903.409	0	-2.700.000
---	----------	----------	-------------------	------------------	----------	-------------------



4. Finanzierung KuBiZ

Liquiditätsplanung KuBiZ

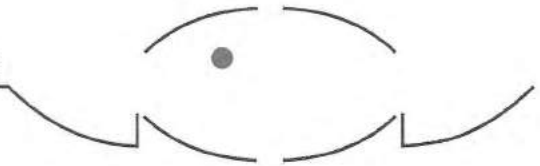
Stand 20.02.2015

Liquiditätsplanung KuBiZ

Der erforderliche Finanzierungsaufwand für das Kultur- und Bildungszentrum stellt sich danach wie folgt dar:

Investitionskosten	Stand:	20.02.2015							
Die fortgeschriebenen Investitionskosten werden nach dem aktuellen Stand wie folgt erwartet:						40.322.828			
Deckungsreserve						607.097			
Aktivierungspflichtige eigene Leistungen der Gesellschaft, Bauzeitinsen						952.465			
<i>Zwischensumme Kosten Gesellschaft für die Investition</i>						41.882.390			
Eigenanteile der Stadt / Landesförderung									
Die Landesförderung wird nach dem o.a. Planungs- und Kostenstand erwartet mit:						-11.982.253			
Einzahlungen der Stadt Alsdorf									
a) Einzahlung in die Eigenkapitalrücklage				-5.251.560					
b) beabsichtigte Einzahlungen				0		-5.251.560			
Finanzierungsbedarf durch die Gesellschaft						24.648.577			
Einzahlung zur vorzeitigen Kredittilgung:									
Aus der Vermarktung des Alt-Standortes Gymnasium erwartet die Stadt Alsdorf Erlöse, die zur Kreditreduzierung eingesetzt werden sollen						-2.700.000			
Da diese Erlöse erst nach Umzug des Gymnasiums und Abriss der Gebäude erwirtschaftet werden können (voraussichtlich 2016), können sie zur Ermittlung des Finanzierungsbedarf erst als nachträgliche Tilgung berücksichtigt werden.									
Finanzierungsbedarf durch die Gesellschaft						21.948.577			
Nach dem derzeitigen Planungsstand stellt sich die Finanzierung für die Bauzeit wie folgt dar:									

Lf. d Nr.	Investitionen	Ergebnis Vorjahre				Wirtschafts- jahr	Finanzplanung		Gesamt- summen
		2011	2012	2013	2014		2016	2017	
		€	€	€	€	€	€	€	€
Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums - KuBiZ -									
1. Erträge									
1.1	Zuweisungen des Landes	0	0	946.226	3.868.200	7.167.827	0	0	11.982.253
1.2	Einzahlungen der Stadt	154.592	1.037.946	1.434.017	2.526.999	98.006	0	0	5.251.560
1.3	Sonstige Erlöse	0	0	0	0	0	0	2.700.000	2.700.000
	Summe der Erträge	154.592	1.037.946	2.380.243	6.395.199	7.265.833	0	2.700.000	19.933.813
2. Aufwand									
2.1	Kraftzentrale	0	234.185	0	16.411	10.500.000	432.976	0	11.183.572
2.2	Neubau Schulen	0	0	0	4.502.936	9.000.000	694.529	0	14.197.465
2.3	Neubau Sporthallen	0	0	0	0	3.300.000	508.350	0	3.808.350
2.4	Ausstattung	0	0	0	0	0	0	0	0
2.5	Außenanlagen	0	0	0	0	900.000	572.883	0	1.472.883
2.6	Grunderwerb	0	0	740.598	20.755	0	0	0	761.353
2.7	Baunebenkosten	154.592	803.761	1.639.644	1.855.097	4.290.600	155.511	0	8.899.205
	Investitionen KuBiZ	154.592	1.037.946	2.380.242	6.395.199	27.990.600	2.364.249	0	40.322.828
3. Deckungsreserve *									
3.1	1,0 % Risikozuschlag auf die Baukosten	0		0	0	279.906	23.642	0	303.548
3.2	1,0% Risikozuschlag für das Planungsrisiko	0		0	0	279.906	23.642	0	303.548
	Deckungsreserve	0		0	0	559.812	47.285	0	607.097
4. Sonstiger Finanzbedarf									
4.1	Bauzeitinsen	0	0	0	0	460.589	491.875	0	952.465
	Finanzierungsbedarf KuBiZ	0	0	0	0	21.745.168	2.903.409	-2.700.000	21.948.577
* Deckungsreserve									
Im Rahmen der Bauausführung bestehen Risiken der Nachforderungen und nicht kalkulierbare Kostenerhöhungen. Die Planungs- und Baukostenreserven werden mit je 1,0 % eingerechnet. Die Entwicklung des Baupreisindex ist mit 6% berücksichtigt (rd. 2,2 Mio.€):.									



5. Teil-Erfolgsplan KuBiZ



Kultur- und Bildungszentrum 2015 - 2018

- Teil - Erfolgsplan -

Lfd.-Nr.	Position	Ergebnis Vorjahre			Plan-Wirtschaftsjahre			
		2012 €	2013 €	2014 €	2015 €	2016 €	2017 €	2018 €
1	Erlöse							
1.1	Umsatzerlöse	0,00	60.595,50	90.519,20	0	670.651	1.341.302	1.341.302
1.2	Sonstige betriebl. Erträge	0,00	10,32	20,75	0	389.297	778.594	778.594
	Summe der Umsätze und Erträge	0,00	60.605,82	90.539,95	0	1.059.948	2.119.896	2.119.896
2	Aufwandsarten							
	Personalaufwand							
2.1	Tariflohn	1.053,52	3.672,06	0,00	0	0	0	0
2.2	Sozialabgaben	0,00	1.018,38	0,00	0	0	0	0
2.3	Personalkosten IBL	0,00	9.811,93	50.814,38	85.000	98.793	157.586	157.586
2.4	sonstige Personalkosten	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
	Zwischensummen	1.053,52	14.502,37	50.814,38	85.000	98.793	157.586	157.586
	Betriebs- und							
2.5	Raumkosten	148,75	71.170,34	23.716,17	0	297.469	594.938	594.938
2.6	Versicherungen/Beiträge	0,00	2.056,12	15.770,55	0	0	0	0
2.7	Betriebliche Steuern	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
2.8	Kraftfahrzeugkosten (ohne Steuern)	0,00	24,00	0,00	0	0	0	0
2.9	Reisekosten / Seminare/ Öffentlichkeitsarbeit	7.114,10	1.386,51	15.050,22	0	0	0	0
2.10	Abschreibungen	0,00	168,29	1.649,05	0	445.292	890.584	890.584
2.11	Reparatur und Instandhaltung	0,00	0,00	0,00	0	62.250	124.500	124.500
2.12	Sonstige Kosten	4.482,94	5.127,55	27.309,35	0	0	0	0
2.13	Zinsen	0,00	0,00	310,31	0	247.500	480.033	464.730
	Zwischensummen	11.745,79	79.932,81	83.805,65	0	1.052.511	2.090.055	2.074.751
	Summe der Aufwendungen	12.799,31	94.435,18	134.620,03	85.000	1.151.304	2.247.640	2.232.337
	Zwischenergebnis	-12.799,31	-33.829,36	-44.080,08	-85.000	-91.356	-127.745	-112.441
	Sonstiges							
3.1	Aktiviert Eigenleistung KuBiZ	86.872,12	133.072,80	240.982,18	277.796	120.850	0	0
3.2	Neutraler Ertrag/Aufwand	21.029,47	3.110,37	-22.941,69	0	0	0	0
3.3	Allgemeine Verwaltungs- u. Sachkostenanteile	114.514,54	162.422,84	263.208,62	296.609	302.124	66.070	66.070
	Zwischensummen	-6.612,95	-26.239,67	-45.168,13	-18.813	-181.275	-66.070	-66.070
4	Ergebnis aus der gewöhnlichen Tätigkeit	-19.412,26	-60.069,03	-89.248,21	-103.813	-272.631	-193.815	-178.512

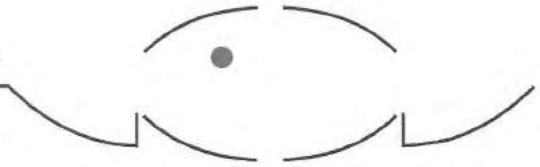
Hochrechnung der Betriebskosten 2016 / 2017

Betriebskostenvorauszahlung 2016 / 2017

				Schulgebäude		Sport- hallen	Kraftzentrale	Gesamt- ergebnis
				Gymnasium	Realschule			
Prozent				35%	29%	12%	24%	100%
Jahr				2016	2016	2016	2016	2016
				€		€	€	€
1	Berechnung der Betriebskosten							
1.1	Wasserversorgung			2.863,46	2.404,52	1.024,28	1.944,30	8.236,57
1.2	Entwässerung			21.104,63	17.722,34	7.548,50	12.325,23	58.700,70
1.3	Heizung /Gas			33.239,05	27.911,67	11.889,87	22.569,42	95.610,00
1.4	Wartungskosten allg.			10.000,00	8.300,00	3.500,00	10.200,00	32.000,00
1.5	Versicherungen			1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	4.000,00
1.6	Alarmanlage / Einsätze			2.500,00	2.500,00	400,00	2.000,00	7.400,00
1.7	Stromkosten			54.700,00	15.968,71	6.802,38	12.912,32	90.383,41
1.8	sonstige Betriebskosten			1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	4.000,00
1.9	Müll / Entsorgung			10.944,32	10.443,32	246,51	9.229,12	30.863,27
1.10	Gebäudereinigung			89.520,20	75.342,04	21.093,60	60.788,00	246.743,84
1.11	Außenreinigung			5.000,00	5.000,00	0,00	5.000,00	15.000,00
1.12	Schornsteinreinigung			500,00	500,00	500,00	500,00	2.000,00
	Zwischensummen der Betriebskosten			232.371,66	168.092,60	55.005,15	139.468,39	594.937,79
Personalkosten								
						Kosten- aufwand		Gesamt- ergebnis
	Kostenarten	Menge	Einzel- preis			2016		2016
			€			€		€
2	Personal- und Ver- waltungskosten							
2.1	Objektmanagement Std.	130	31,02			48.391,20	0,00	48.391,20
2.2	Verwaltungskosten ohne Hausmeister	10%				4.839,12	0,00	4.839,12
2.3	Helfer -, Bedarfskräfte	100	10,70			12.840,00	0,00	12.840,00
2.4	Hausmeisterkosten	340	28,82			117.585,60	0,00	117.585,60
2.5	Nettosummen der Verwaltungskosten					183.655,92	0,00	183.655,92
	Gewinnaufschlag	0%				0,00	0,00	0,00
	Umsatzsteuer	0%				0,00	0,00	0,00
	Zwischensummen der Personal- und Verwaltungskosten					183.655,92	0,00	183.655,92

Modernisierungs- / Sanierungskosten (größere bauliche Maßnahmen)

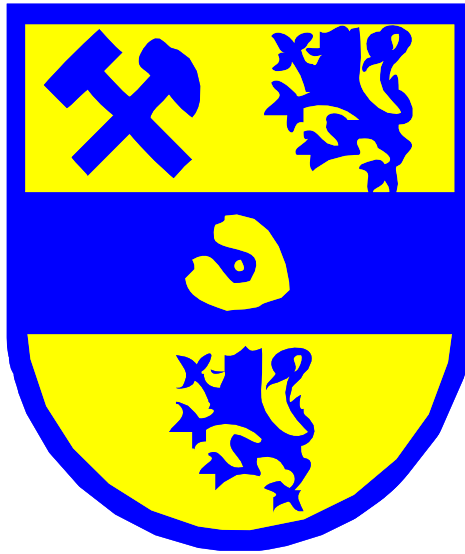
Kostenarten		Nur nachrichtlich - siene Mietvertrag		Kostenaufwand	Gesamt- ergebnis
				2016	
				€	€
3	Baulicher Unterhalt nach Index	ist in der Mietzahlung berücksichtigt		124.500,00	124.500,00
Modernisierung-kosten				0,00	0,00
1	Zwischensumme der Betriebskosten				594.937,79
2	Zwischensummen der Personal- und Verwaltungskosten				183.655,92
Jahresaufwand:					778.593,71
				BGF / qm	qm/ €
				19.287	3,36



6. Stellenplan

Stellenplan 2015 (IST)

Pos. Lfd. Nr.	Art der Stellen	Entgeltgruppe (inkl. ÜT)										Sonstige
		AT	E 1	E 2	E 3	E 4	E 5	E 6	E 7	E 8	E 9	ohne
Verwaltungsbereich												
1	Geschäftsführung	2,0										
2	Ass. Geschäfts- führung									1,0		
3	kfm. Leitungsstelle	1,0										
4	Verwaltungsstelle							1,0	2,5			
5	Helferstellen											
A. Architekten / Dipl.-Ing.												
6	Architekten										6,0	
B. Gebäudewirtschaft / Hausmeister												
7	Verwaltungsstelle								1,0			
8	Hausmeisterstellen			1,0			4,0	1,0				
9	Helferstellen											6,0
B1. Schulhausmeister												
10	Hausmeisterstellen							5,0				
C. Spielplätze												
11	Fachstellen						3,0	1,0	0,5			
12	Helferstellen											
D. Friedhöfe												
13	Verwaltungsstelle								1,0			
14	Fachstellen			2,0			5,0					
15	Helferstellen											2,0
Gesamtzahl der Stellen		3,0	0,0	3,0	0,0	0,0	12,0	8,0	5,0	1,0	6,0	8,0
Mitarbeiter insgesamt:		46										



Wirtschaftsplan 2015

Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt Alsdorf

Wirtschaftsplan 2015

**Eigenbetrieb Technische Dienste
der Stadt Alsdorf**

Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt Alsdorf

- Festsetzungsbeschluss -

Der Rat der Stadt Alsdorf hat in seiner Sitzung am 11.06.2015 den folgenden Wirtschaftsplan 2015 beschlossen:

§ 1

Erfolgsplan, Vermögensplan

Der Wirtschaftsplan für das **Wirtschaftsjahr 2015** wird

im Erfolgsplan	im Aufwand auf	19.518.475	Euro
	im Ertrag auf	19.518.475	Euro
im Vermögensplan	in Auszahlungen	5.178.446	Euro
	in Einzahlungen	5.178.446	Euro

festgesetzt.

Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt Alsdorf

§ 2

Kreditermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Kreditermächtigungen, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2015 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan erforderlich ist, wird auf

3.904.446 Euro

festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf

0 Euro

festgesetzt.

§ 4

Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf

4.000.000 Euro

festgesetzt.

Alsdorf, den 11.06.2015

Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt Alsdorf

Der Rat der Stadt Alsdorf hat zum 01.01.2004 für die Wahrnehmung der Aufgabenbereiche

- Abfallwirtschaft (als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gem. § 107 Abs. 2 GO/NW)**
- Straßenreinigung (als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gem. § 107 Abs. 2 GO/NW)**
- Winterdienst (als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gem. § 107 Abs. 2 GO/NW)**
- Abwasserentsorgung (als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gem. § 107 Abs. 2 GO/NW)**
- Städtische Dienste (als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gem. § 107 Abs. 2 GO/NW)**

die Technischen Dienste (ETD) in Form eines neuen erweiterten Eigenbetriebes Abwasser gegründet.

Bei der Erweiterung des Eigenbetriebs Abwasser war die Überlegung tragend, dass sich der Eigenbetrieb selbst finanziert.

Als Erträge stehen dem Eigenbetrieb

a) Gebühren

die nach den Vorschriften des § 6 Kommunalabgabengesetz (KAG) für das Land Nordrhein-Westfalen erhoben werden,

b) Erstattungen der Stadt

für Dienstleistungen, die der Eigenbetrieb für die Stadt bzw. die städtischen Fachbereiche erbringt und zur Abdeckung der Kosten für das Allgemeininteresse zur Finanzierung der Aufwendungen zur Verfügung.

Die Erweiterung des Eigenbetriebs bewirkte:

- a) eine Ausgliederung des Vermögens für die Bereiche Baubetriebshof, Abfallentsorgung, Straßenreinigung einschl. Winterdienst sowie der Schulden und Übertragung auf den neuen Eigenbetrieb "Techn. Dienste der Stadt Alsdorf" als Sondervermögen,
- b) eine separate Bewirtschaftung mit Einführung einer Sonderrechnung nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung sowie Abschreibungen bei den kostenrechnenden Einrichtungen nach dem Herstellungswert.

Der Wirtschaftsplan 2015 enthält einen gemeinsamen Erfolgs- und Vermögensplan und eine nach vier einzelnen Betriebszweigen getrennte Planung.

Dies sind im Einzelnen:

Betriebszweig	Abwasser			
Betriebszweig	Straßenunterhaltung,	Verkehrslenkung,	Park-	und
	Gartenanlagen			
Betriebszweig	Straßenreinigung und Winterdienst			
Betriebszweig	Abfallentsorgung			

Der bisherige Betriebszweig Verwaltung Fuhrpark wurde in Abstimmung mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ab dem Wirtschaftsjahr 2006 aufgelöst. Die Personal- und Sachkosten werden nunmehr unmittelbar den Betriebszweigen zugeordnet.

Zu den einzelnen Betriebszweigen sind weitere Erläuterungen in einem Vorblatt zum jeweiligen Betriebszweig enthalten.

Dem Gesamtaufwand von 19.518.475 € stehen Gesamterträge in gleicher Höhe gegenüber.

Erfolgsplan 2015

Stadt Alsdorf
Eigenbetrieb Technische Dienste

Jahreserfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2015

	Abwasser	Straßenunterhaltung, Verkehrslenkung, Park- und Gartenanlagen	Straßenreinigung / Winterdienst	Abfallentsorgung	Eigenbetrieb Technische Dienste
Umsatzerlöse					
Schmutzwassergebühren	7.050.000,00 €				7.050.000,00 €
Niederschlagswassergebühren	3.578.000,00 €				3.578.000,00 €
Straßenoberflächenentwässerung	670.000,00 €				670.000,00 €
Auflösung von Ertragszuschüssen	440.000,00 €				440.000,00 €
Auflösung von Sonderposten für Investitionskostenzuschüsse Anlagev. Zuschuß der Stadt für die Aufgabenerfüllung der Straßenunterhaltung		2.924.000,00 €			2.924.000,00 €
Gebühren Straßenreinigung			65.000,00 €		65.000,00 €
Gebühren Winterdienst			243.000,00 €		243.000,00 €
Ersatzanspruch an die Stadt für das Allgemeininteresse					
Straßenreinigung / Winterdienst		64.000,00 €	64.000,00 €	65.300,00 €	65.300,00 €
Ersatzung Grüner Punkt				3.355.573,00 €	3.355.573,00 €
Mindestgebühr				387.430,00 €	387.430,00 €
Abfuhrgebühren					
Restmüllgebühren					
Biomüllgebühren					
Periodenfremde Umsatzerlöse				445.122,00 €	445.122,00 €
Sonstige Umsatzerlöse	- €	176.000,00 €		- €	- €
Summe Umsatzerlöse	11.738.000,00 €	3.036.000,00 €	372.000,00 €	4.253.425,00 €	19.399.425,00 €
Sonstige betriebliche Erträge					
Kostenerstattungen durch die Stadt					
Auflösung passive Rechnungsabgrenzung					
übrige sonstige betriebliche Erträge	45.000,00 €	30.000,00 €	5.000,00 €	22.000,00 €	102.000,00 €
Summe Sonstige betriebliche Erträge	45.000,00 €	30.000,00 €	5.000,00 €	22.000,00 €	102.000,00 €
Andere aktivierte Eigenleistungen					
	15.000,00 €	- €	- €	- €	15.000,00 €
Summe Andere aktivierte Eigenleistungen	15.000,00 €	- €	- €	- €	15.000,00 €
Materialaufwand					
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Waren					
Kleinmaterial / Ersatzteile	3.000,00 €	18.000,00 €	1.100,00 €		24.100,00 €
Betriebsstoffe Fahrzeuge	22.000,00 €	54.000,00 €	3.300,00 €		79.300,00 €
Ersatzteile Fahrzeuge, Geräte und Maschinen	5.000,00 €	20.000,00 €	1.200,00 €	2.000,00 €	26.200,00 €

Jahreserfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2015

	Abwasser	Straßenunterhaltung, Verkehrslenkung, Park- und Gartenanlagen	Straßenreinigung / Winterdienst	Abfallentsorgung	Eigenbetrieb Technische Dienste
Streuematerial Winterdienst sonstige Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	23.000,00 €	88.000,00 €	44.977,00 € 10.000,00 €	23.000,00 €	44.977,00 € 144.000,00 €
Summe Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	53.000,00 €	180.000,00 €	60.577,00 €	25.000,00 €	318.577,00 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen					
Umlage Wasserverband Eifel-Rur Vorflut	6.279.942,00 €	272.000,00 €			6.551.942,00 €
Abwasserabgabe	109.347,00 €				109.347,00 €
Unterhaltung / Wartung Kanäle	550.000,00 €				550.000,00 €
Unterhaltung Pumpstationen	30.000,00 €				30.000,00 €
Abfuhr- und Deponiekosten	1.500,00 €	35.000,00 €			136.500,00 €
Wartung und Unterhaltung Fahrzeuge und Arbeitsgeräte	36.000,00 €	65.000,00 €	8.000,00 €	100.000,00 €	109.000,00 €
Unterhaltung Park- und Gartenanlagen, Freizeitpark und Spielplätze					
Unterhaltung Straßen		382.000,00 €			382.000,00 €
Umlage RegioEntsorgung	1.000,00 €	10.000,00 €		3.323.792,00 €	3.323.792,00 €
Unterhaltung Verwaltungs- und Betriebsgebäude	23.000,00 €				11.000,00 €
Bereitstellung Wasserverbrauchslisten					23.000,00 €
Kosten der Straßenreinigung	106.000,00 €	55.000,00 €	31.000,00 € 10.000,00 €	30.000,00 €	31.000,00 €
Sonstige Fremdleistungen					201.000,00 €
Summe Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.136.789,00 €	819.000,00 €	49.000,00 €	3.453.792,00 €	11.458.581,00 €
Summe Materialaufwand	7.189.789,00 €	999.000,00 €	109.577,00 €	3.478.792,00 €	11.777.158,00 €
Personalaufwand					
Entgelte, soziale Abgaben und Beiträge zur ZVK	750.000,00 €	1.643.000,00 €	180.000,00 €	604.661,00 €	3.177.661,00 €
Summe Personalaufwand	750.000,00 €	1.643.000,00 €	180.000,00 €	604.661,00 €	3.177.661,00 €
Abschreibungen					
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	1.905.011,00 €	135.000,00 €	20.000,00 €	15.700,00 €	2.075.711,00 €
Summe Abschreibungen	1.905.011,00 €	135.000,00 €	20.000,00 €	15.700,00 €	2.075.711,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen					
Verwaltungskostenleistungen Stadt Alsdorf	268.700,00 €	153.000,00 €	36.173,00 €	122.322,00 €	580.195,00 €

Jahreserfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2015

	Abwasser	Straßenunter- haltung, Verkehrsklenkung, Park- und Gartenanlagen	Straßen- reinigung / Winterdienst	Abfall- entsorgung	Eigenbetrieb Technische Dienste
allgemeine Planungskosten	60.000,00 €				60.000,00 €
Kosten der EDV und Telekommunikation	115.000,00 €	9.000,00 €	1.300,00 €		125.300,00 €
periodenfremder Aufwand	10.000,00 €				10.000,00 €
Versicherungen	8.000,00 €	21.000,00 €	6.700,00 €		35.700,00 €
übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	85.000,00 €	103.000,00 €	23.000,00 €	39.050,00 €	250.050,00 €
Summe Sonstige betriebliche Aufwendungen	546.700,00 €	286.000,00 €	67.173,00 €	161.372,00 €	1.061.245,00 €
Zinsen und ähnliche Erträge					
übrige Zinserträge	- €	2.000,00 €	50,00 €	- €	2.050,00 €
Summe Zinsen und ähnliche Erträge	- €	2.000,00 €	50,00 €	- €	2.050,00 €
Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
Zinsen für Fremdkapital	800.000,00 €				800.000,00 €
sonstige Zinsen		- €	- €	4.000,00 €	4.000,00 €
Verzinsung Eigenkapital	605.000,00 €				605.000,00 €
Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.405.000,00 €	- €	- €	4.000,00 €	1.409.000,00 €
Steuern vom Einkommen und Ertrag					
Körperschaftsteuer				3.500,00 €	3.500,00 €
Solidaritätszuschlag				200,00 €	200,00 €
Umsatzsteuer				- €	- €
Gewerbesteuer				6.300,00 €	6.300,00 €
Summe Steuern vom Einkommen und Ertrag				10.000,00 €	10.000,00 €
Außerordentliche Erträge					
Außerordentliche Aufwendungen	- €				92.400,00 €
Außerordentliches Ergebnis	100.000,00 €				92.400,00 €
Sonstige Steuern					
KfZ-Steuern	1.500,00 €	5.000,00 €	300,00 €	900,00 €	7.700,00 €
Summe Sonstige Steuern	1.500,00 €	5.000,00 €	300,00 €	900,00 €	7.700,00 €
Summe der Erträge	11.798.000,00 €	3.068.000,00 €	377.050,00 €	4.275.425,00 €	19.518.475,00 €
Summe der Aufwendungen	11.798.000,00 €	3.068.000,00 €	377.050,00 €	4.275.425,00 €	19.518.475,00 €
Ergebnis vor Gewinnverwendung / Verlustausgleich	- €	- €	- €	- €	- €

Jahreserfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2015

	Abwasser	Straßenunter- haltung, Verkehrsrückführung, Park- und Gartenanlagen	Straßen- reinigung / Winterdienst	Abfall- entsorgung	Eigenbetrieb Technische Dienste
Gewinnverwendung / Verlustausgleich Auflösung aus Rückstellung	- €		- €	- € - €	- € - €
Summe Gewinnverwendung / Verlustausgleich	- €	- €	- €	- €	- €
Gewinn / Verlust	- €	- €	- €	- €	- €

Betriebszweig Abwasser

Nach der für das Jahr 2015 erstellten Gebührenkalkulation Abwasserbeseitigung ist eine Anpassung der Gebühren nicht erforderlich.

Derzeit betragen die Gebühren für

a) Schmutzwasser	3,64 €/cbm und
b) Niederschlagswasser	1,31 €/qm

Der gesamte Haushalt beläuft sich für diesen Betriebszweig in den Erträgen sowie den Aufwendungen auf insgesamt 11.798.000 €.

Außerdem sind für die Beseitigung von festgestellten Schäden im Kanalnetz (Schadensklassen IV und V) zur punktuellen Instandsetzung Aufwendungen über 450.000 Euro enthalten.

Stadt Alsdorf
Eigenbetrieb Technische Dienste

Jahreserfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 - Betriebszweig Abwasser
Gewinn- und Verlustrechnung

	Planansatz 2015	Planansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2013
1. Umsatzerlöse	11.738.000,00 €	12.453.000,00 €	11.687.878,30 €
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	15.000,00 €	17.000,00 €	25.340,53 €
3. Sonstige betriebliche Erträge	45.000,00 €	- €	84.712,53 €
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Waren	53.000,00 €	80.000,00 €	52.836,78 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.136.789,00 €	7.421.000,00 €	7.033.058,28 €
Summe Materialaufwand	7.189.789,00 €	7.501.000,00 €	7.085.895,06 €
5. Personalaufwand	750.000,00 €	750.000,00 €	704.693,49 €
6. Abschreibungen	1.905.011,00 €	2.108.800,00 €	1.849.071,87 €
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	546.700,00 €	567.800,00 €	455.263,68 €
8. Zinsen und ähnliche Erträge		- €	4.786,94 €
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.405.000,00 €	1.450.000,00 €	1.401.950,34 €
10. Außerordentliche Erträge			
11. Außerordentliche Aufwendungen			102.730,65 €
12. Außerordentliches Ergebnis		92.400,00 €	102.730,65 €
13. Sonstige Steuern	1.500,00 €	- €	1.213,38 €
14. Ergebnis vor Gewinnverwendung / Verlustausgleich	- €	- €	1.049.830,77 €
15. Gewinnverwendung / Verlustausgleich			
16. Gewinn / Verlust	- €	- €	1.049.830,77 €

Jahreserfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 - Betriebszweig Abwasser
Gewinn- und Verlustrechnung

Konto	Planansatz 2015	Planansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2013
Umsatzerlöse			
Schmutzwassergebühren	7.050.000,00 €	7.050.000,00 €	7.050.658,50 €
Niederschlagswassergebühren	3.578.000,00 €	3.510.000,00 €	3.577.407,46 €
Straßenoberflächenentwässerung	670.000,00 €	660.000,00 €	670.637,50 €
Auflösung von Ertragszuschüssen	440.000,00 €	620.000,00 €	438.969,42 €
sonstige Umsatzerlöse	0,00 €	10.000,00 €	99.554,55 €
Kostenersatz Kanalhausanschlüsse		- €	46.694,93 €
Auflösung von Sonderposten zum Anlagevermögen		603.000,00 €	3.065,04 €
Summe Umsatzerlöse	11.738.000,00 €	12.453.000,00 €	11.687.878,30 €
Andere aktivierte Eigenleistungen			
Ingenieurleistungen	15.000,00 €	17.000,00 €	25.340,53 €
Summe Andere aktivierte Eigenleistungen	15.000,00 €	17.000,00 €	25.340,53 €
Sonstige betriebliche Erträge			
Auflösung passive Rechnungsabgrenzung			43.599,64 €
Periodenfremde Erträge		- €	15.028,96 €
übrige sonstige betriebliche Erträge	45.000,00 €	- €	26.083,93 €
Summe Sonstige betriebliche Erträge	45.000,00 €	- €	84.712,53 €
Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Waren			
Kleinmaterial / Ersatzteile	3.000,00 €	5.000,00 €	2.995,13 €
Betriebsstoffe Fahrzeuge	22.000,00 €	25.000,00 €	22.162,81 €
Ersatzteile Fahrzeuge, Geräte und Maschinen	5.000,00 €	10.000,00 €	5.139,84 €
sonstige Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	23.000,00 €	40.000,00 €	22.539,00 €
Summe Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	53.000,00 €	80.000,00 €	52.836,78 €
Summe Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.136.789,00 €	7.421.000,00 €	7.033.058,28 €
Summe Materialaufwand	7.189.789,00 €	7.501.000,00 €	7.085.895,06 €
Personalaufwand			
Entgelte Arbeitnehmer einschl. Arbeitgeberanteil SV und ZV	750.000,00 €	750.000,00 €	704.693,49 €
Summe Personalaufwand	750.000,00 €	750.000,00 €	704.693,49 €
Abschreibungen			
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	1.905.011,00 €	2.108.800,00 €	1.849.071,87 €
b) Auflösung Sonderposten für Investitionskostenzuschüsse zum Anlagevermögen aus Bergbauentschädigungen und der unentgeltlichen Übertragung von Erschließungsgebieten			
Summe Abschreibungen	1.905.011,00 €	2.108.800,00 €	1.849.071,87 €

Jahreserfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 - Betriebszweig Abwasser
Gewinn- und Verlustrechnung

Konto	Planansatz 2015	Planansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2013
Sonstige betriebliche Aufwendungen			
Verwaltungskostenerstattungen Stadt Alsdorf	268.700,00 €	226.000,00 €	217.270,00 €
allgemeine Planungskosten	60.000,00 €	85.000,00 €	22.114,53 €
Kosten der EDV und Telekommunikation	115.000,00 €	75.000,00 €	114.562,84 €
Periodenfremder Aufwand	10.000,00 €	1.000,00 €	9.156,40 €
Versicherungen	8.000,00 €	10.800,00 €	7.580,22 €
übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	85.000,00 €	170.000,00 €	84.579,69 €
Summe Sonstige betriebliche Aufwendungen	546.700,00 €	567.800,00 €	455.263,68 €
Zinsen und ähnliche Erträge			
übrige Zinserträge			4.786,94 €
Summe Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	- €	4.786,94 €
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
Zinsen für Fremdkapital	800.000,00 €	830.000,00 €	797.429,79 €
Verzinsung Eigenkapital	605.000,00 €	620.000,00 €	604.520,55 €
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.405.000,00 €	1.450.000,00 €	1.401.950,34 €
Außerordentliches Ergebnis			
außerordentliche Erträge			
außerordentliche Aufwendungen		92.400,00 €	102.730,65 €
Außerordentliches Ergebnis	- €	92.400,00 €	- 102.730,65 €
KFZ-Steuern			
KFZ-Steuern	1.500,00 €		1.213,38 €
Summe Sonstige Steuern	1.500,00 €	- €	1.213,38 €
Summe der Erträge	11.798.000,00 €	12.470.000,00 €	11.802.718,30 €
Summe der Aufwendungen	11.798.000,00 €	12.470.000,00 €	10.752.887,53 €
Ergebnis vor Gewinnverwendung / Verlustausgleich	0,00 €	- €	1.049.830,77 €
Gewinnverwendung / Verlustausgleich			
		- €	
Summe Gewinnverwendung / Verlustausgleich	0,00 €	- €	- €
Gewinn / Verlust	0,00 €	- €	1.049.830,77 €

Betriebszweig Straßenunterhaltung, Verkehrslenkung, Park- und Gartenanlagen

Der Eigenbetrieb Technische Dienste erhält seitens der Stadt die Kosten erstattet, die für die Erfüllung kommunaler Aufgaben anfallen und nicht durch Gebühren oder sonstige Einnahmen gedeckt sind

Zur Erfüllung der kommunalen Aufgaben im Bereich des Betriebszweiges Straßenunterhaltung, Verkehrslenkung, Park- und Gartenanlagen ist ein Zuschussbetrag des städt. Haushalts für das Wirtschaftsjahr 2015 in Höhe von 2.860.000 € erforderlich.

Der Zuschussbetrag dient zur Abdeckung der tariflichen Personalsteigerungen und der gestiegenen Energiekosten.

Der Gesamtaufwand beläuft sich für diesen Betriebszweig auf insgesamt 3.068.000 €.

Stadt Alsdorf
Eigenbetrieb Technische Dienste

**Jahreserfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2015- Betriebszweig Straßenunterhaltung, Verkehrslenkung,
Park- und Gartenanlagen
Gewinn- und Verlustrechnung**

	Planansatz 2015	Planansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2013
1. Umsatzerlöse	3.036.000,00 €	2.933.100,00 €	2.959.945,60 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	30.000,00 €	41.000,00 €	29.792,48 €
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Waren	180.000,00 €	191.000,00 €	177.706,17 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	819.000,00 €	861.600,00 €	810.642,88 €
Summe Materialaufwand	999.000,00 €	1.052.600,00 €	988.349,05 €
4. Personalaufwand	1.643.000,00 €	1.490.000,00 €	1.556.926,36 €
5. Abschreibungen	135.000,00 €	140.000,00 €	122.901,87 €
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	286.000,00 €	290.000,00 €	249.386,94 €
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.000,00 €	3.500,00 €	1.401,11 €
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- €	- €	- €
9. Außerordentliche Erträge	- €	- €	- €
10. Außerordentliche Aufwendungen	- €	- €	- €
11. Außerordentliches Ergebnis	- €	- €	- €
12. Sonstige Steuern	5.000,00 €	5.000,00 €	4.960,17 €
13. Ergebnis vor Gewinnverwendung / Verlustausgleich	- €	- €	68.614,81 €
14. Gewinnverwendung / Verlustausgleich	- €	- €	- €
15. Gewinn / Verlust	- €	- €	68.614,81 €

Jahreserfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 - Betriebszweig Straßenunterhaltung, Verkehrslenkung, Park- und Gartenanlagen
Gewinn- und Verlustrechnung

		Planansatz 2015	Planansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2013
	Umsatzerlöse			
	Zuschuß der Stadt Alsdorf	2.924.000,00 €	2.965.000,00 €	2.942.000,00 €
	Sonstige Umsatzerlöse	18.000,00 €	32.100,00 €	17.945,60 €
	Erlöse aus der Förderung von Arbeitsverhältnissen	158.000,00 €		
	Erstattungsanspruch an die Stadt für das Allgemeininteresse			
	Straßenreinigung / Winterdienst	-64.000,00 €	-64.000,00 €	
	Summe Umsatzerlöse	3.036.000,00 €	2.933.100,00 €	2.959.945,60 €
	Sonstige betriebliche Erträge			
	übrige sonstige betriebliche Erträge	30.000,00 €	41.000,00 €	29.792,48 €
	Summe Sonstige betriebliche Erträge	30.000,00 €	41.000,00 €	29.792,48 €
	Materialaufwand			
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Waren			
	Wasserkosten	1.000,00 €	1.000,00 €	417,08 €
	Betriebsstoffe KFZ	54.000,00 €	60.000,00 €	53.884,85 €
	Ersatzteile Geräte / Maschinen	12.000,00 €	10.000,00 €	11.838,73 €
	KFZ-Unterhaltung Ersatzteile	8.000,00 €	10.000,00 €	7.393,15 €
	Kleinmaterial / Ersatzteile	18.000,00 €	20.000,00 €	17.550,09 €
	sonstige AW für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	87.000,00 €	90.000,00 €	86.622,27 €
	Summe Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	180.000,00 €	191.000,00 €	177.706,17 €
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen			
	Wartung und Unterhaltung Fahrzeugen und Arbeitsgeräten	65.000,00 €	80.000,00 €	66.702,66 €
	Unterhaltung Verwaltungs- / Betriebsgebäude	10.000,00 €	10.000,00 €	7.150,11 €
	Umlage Wasserverband Eifel-Rur (Vorflut)	272.000,00 €	270.000,00 €	264.270,00 €
	Unterhaltung der Straßen	382.000,00 €	381.600,00 €	385.661,00 €
	Unterhaltung Park-und Gartenanlagen		10.000,00 €	
	Deponiekosten	35.000,00 €	30.000,00 €	33.650,19 €
	übrige Aufwendungen für bezogene Leistungen	55.000,00 €	80.000,00 €	53.208,92 €
	Summe Aufwendungen für bezogene Leistungen	819.000,00 €	861.600,00 €	810.642,88 €
	Summe Materialaufwand	999.000,00 €	1.052.600,00 €	988.349,05 €
	Personalaufwand			
	Entgelte Arbeitnehmer einschl. Arbeitgeberaufwand zu sozialen Leistungen	1.643.000,00 €	1.490.000,00 €	1.556.926,36 €
	Summe Personalaufwand	1.643.000,00 €	1.490.000,00 €	1.556.926,36 €
	Abschreibungen			
	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände			
	Abschreibungen auf Sachanlagen	135.000,00 €	140.000,00 €	122.901,87 €
	Summe Abschreibungen	135.000,00 €	140.000,00 €	122.901,87 €

**Jahreserfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 - Betriebszweig Straßenunterhaltung,
Verkehrslenkung, Park- und Gartenanlagen
Gewinn- und Verlustrechnung**

	Planansatz 2015	Planansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2013
Sonstige betriebliche Aufwendungen			
VKE Stadt Alsdorf	153.000,00 €	142.000,00 €	125.029,00 €
übriger Betriebsaufwand / Betriebsausgaben allgemein	3.000,00 €	5.000,00 €	2.222,22 €
Telefonkosten Festnetz	1.000,00 €	1.000,00 €	616,98 €
Telefonkosten Mobiltelefon	8.000,00 €	10.000,00 €	7.357,14 €
Versicherungen Gebäude/Anlagen	1.000,00 €	2.000,00 €	355,14 €
Buchverluste Anlagevermögen			- €
Versicherungen KFZ	20.000,00 €	20.000,00 €	18.294,57 €
übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	100.000,00 €	110.000,00 €	95.511,89 €
Summe Sonstige betriebliche Aufwendungen	286.000,00 €	290.000,00 €	249.386,94 €
Zinsen und ähnliche Erträge			
übrige Zinserträge	2.000,00 €	3.500,00 €	1.401,11 €
Summe Zinsen und ähnliche Erträge	2.000,00 €	3.500,00 €	1.401,11 €
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
Verzinsung Eigenkapital			
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	- €
Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	- €
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen			
außerordentliche Erträge	- €	- €	- €
außerordentliche Aufwendungen	- €	- €	- €
Außerordentliches Ergebnis	- €	- €	- €
Sonstige Steuern			
KFZ-Steuern	5.000,00 €	5.000,00 €	4.960,17 €
Summe Sonstige Steuern	5.000,00 €	5.000,00 €	4.960,17 €
Summe der Erträge	3.068.000,00 €	2.977.600,00 €	2.991.139,20 €
Summe der Aufwendungen	3.068.000,00 €	2.977.600,00 €	2.922.524,39 €
Ergebnis vor Gewinnverwendung / Verlustausgleich	- €	- €	68.614,81 €
Gewinnverwendung / Verlustausgleich			
Gewinn / Verlust	- €	- €	68.614,81 €

Betriebszweig Straßenreinigung und Winterdienst

Zur Aufgabenerfüllung im Betriebszweig Straßenreinigung und Winterdienst sind Gesamtaufwendungen in einer Größenordnung von insgesamt rd. 377.050 € erforderlich.

Seit dem Jahr 2012 sind die Straßen im Bereich Winterdienst in zwei Prioritäten aufgeteilt worden. Hier wird nach einem Dringlichkeitsplan vorgegangen, wobei zunächst die Haupt- und Durchgangsstraßen (Priorität 1) und anschließend die Haupterschließungs- und Anliegerstraßen (Priorität 2) geräumt und gestreut werden.

Zum 01.01.2014 wurde die maschinelle Straßenreinigung in der Stadt Alsdorf neu ausgeschrieben. Die Auftragshöhe hat sich gegenüber den Vorjahren kaum verändert, so dass die Gebühren auch für das Wirtschaftsjahr 2015 keiner Anpassung bedürfen. Auch die Streichung von drei Straßen aus der Anlage der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung führt wegen Geringfügigkeit zu keiner Gebührenminderung.

Im Betriebszweig Winterdienst werden seit dem 01.01.2014 erhobenen Gebühren in Höhe von 2,84 €/lfd.m (Priorität 1) und 2,34 €/lfd.m (Priorität 2) erhoben.

Nach erfolgter Gebührenkalkulation sind diese Gebührensätze voraussichtlich kostendeckend. Für 2015 erfolgt keine Anpassung.

Stadt Alsdorf
Eigenbetrieb Technische Dienste

Jahreserfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 - Betriebszweig Straßenreinigung / Winterdienst
Gewinn- und Verlustrechnung

	Planansatz 2015	Planansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2013
1. Umsatzerlöse	372.000,00 €	385.387,00 €	392.528,17 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	5.000,00 €	5.000,00 €	1.874,99 €
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Waren	60.577,00 €	92.537,00 €	45.774,19 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	49.000,00 €	54.000,00 €	42.928,36 €
Summe Materialaufwand	109.577,00 €	146.537,00 €	88.702,55 €
4. Personalaufwand	180.000,00 €	180.000,00 €	103.047,38 €
5. Abschreibungen	20.000,00 €	20.000,00 €	14.973,29 €
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	67.173,00 €	43.000,00 €	62.030,94 €
7. Zinsen und ähnliche Erträge	50,00 €	- €	45,07 €
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- €	- €	- €
9. Außerordentliche Erträge	- €	- €	- €
10. Außerordentliche Aufwendungen	- €	- €	- €
11. Außerordentliches Ergebnis	- €	- €	- €
12. Sonstige Steuern	300,00 €	850,00 €	298,20 €
13. Ergebnis vor Gewinnverwendung / Verlustausgleich	- €	- €	125.327,20 €
14. Gewinnverwendung / Verlustausgleich	- €	- €	- €
15. Gewinn / Verlust	- €	- €	125.327,20 €

Jahreserfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 - Betriebszweig Straßenreinigung / Winterdienst
Gewinn- und Verlustrechnung

	Planansatz 2015	Planansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2013
Umsatzerlöse			
Gebühren Straßenreinigung	65.000,00 €	65.387,00 €	65.331,44 €
Gebühren Winterdienst	243.000,00 €	256.000,00 €	327.196,73 €
Erstattungsanspruch an die Stadt für das Allgemeininteresse Straßenreinigung / Winterdienst	64.000,00 €	64.000,00 €	
Veränderung Rückstellung für Gebührenaussgleich übrige Umsatzerlöse			
Summe Umsatzerlöse	372.000,00 €	385.387,00 €	392.528,17 €
Sonstige betriebliche Erträge			
Periodenfremde Erträge			- €
übrige sonstige betriebliche Erträge	5.000,00 €	5.000,00 €	1.874,99 €
Summe Sonstige betriebliche Erträge	5.000,00 €	5.000,00 €	1.874,99 €
Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Waren			
Kleinmaterial / Ersatzteile	1.100,00 €	1.000,00 €	1.050,34 €
Betriebsstoffe Fahrzeuge	3.300,00 €	1.000,00 €	3.239,51 €
Ersatzteile Fahrzeuge, Geräte und Maschinen	1.200,00 €	3.000,00 €	1.156,20 €
Streuaterial Winterdienst	44.977,00 €	31.337,00 €	36.774,14 €
sonstige Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10.000,00 €	56.200,00 €	3.554,00 €
Summe Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	60.577,00 €	92.537,00 €	45.774,19 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen			
Wartung und Unterhaltung Fahrzeuge und Arbeitsgeräte	8.000,00 €	2.000,00 €	7.941,66 €
Kosten der Straßenreinigung	31.000,00 €	32.000,00 €	30.257,39 €
Sonstige Fremdleistungen	10.000,00 €	20.000,00 €	4.729,31 €
Summe Aufwendungen für bezogene Leistungen	49.000,00 €	54.000,00 €	42.928,36 €
Summe Materialaufwand	109.577,00 €	146.537,00 €	88.702,55 €
Personalaufwand			
Entgelte Arbeitnehmer einschl. Arbeitgeberaufwand soziale Abgaben und Beiträge zur Zusatzversorgungskasse	180.000,00 €	180.000,00 €	103.047,38 €
Summe Personalaufwand	180.000,00 €	180.000,00 €	103.047,38 €
Abschreibungen			
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen			
	20.000,00 €	20.000,00 €	14.973,29 €
Summe Abschreibungen	20.000,00 €	20.000,00 €	14.973,29 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen			
Verwaltungskostenerstattungen Stadt Alsdorf	36.173,00 €	31.000,00 €	26.952,00 €
Kosten der EDV und Telekommunikation	1.300,00 €	1.000,00 €	1.129,92 €
Periodenfremder Aufwand			4.796,58 €
Versicherungen	6.700,00 €	1.000,00 €	6.676,10 €
übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	23.000,00 €	10.000,00 €	22.476,34 €

Jahreserfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 - Betriebszweig Straßenreinigung / Winterdienst
Gewinn- und Verlustrechnung

	Planansatz 2015	Planansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2013
Summe Sonstige betriebliche Aufwendungen	67.173,00 €	43.000,00 €	62.030,94 €
Zinsen und ähnliche Erträge			
Zinseinnahmen			
übrige Zinserträge	50,00 €		45,07 €
Summe Zinsen und ähnliche Erträge	50,00 €	- €	45,07 €
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
Zinsen für Fremdkapital	- €	- €	- €
Verzinsung Eigenkapital			
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- €	- €	- €
Außerordentliche Erträge	- €	- €	- €
Außerordentliche Aufwendungen	- €	- €	- €
Außerordentliches Ergebnis	- €	- €	- €
Sonstige Steuern			
KFZ-Steuern	300,00 €	850,00 €	298,20 €
Summe Sonstige Steuern	300,00 €	850,00 €	298,20 €
Summe der Erträge	377.050,00 €	390.387,00 €	394.379,56 €
Summe der Aufwendungen	377.050,00 €	390.387,00 €	269.052,36 €
Ergebnis vor Gewinnverwendung / Verlustausgleich	- €	- €	125.327,20 €
Gewinnverwendung / Verlustausgleich			
Summe Gewinnverwendung / Verlustausgleich	- €	- €	- €
Gewinn / Verlust	- €	- €	125.327,20 €

Betriebszweig Abfallentsorgung

Der Rat der Stadt Alsdorf hat im Juni 2006 den Beitritt zum kommunalen Zweckverband RegioEntsorgung (ZRE) beschlossen und damit die kommunalen Aufgaben Einsammlung und Transport von Abfällen mit befreiender Wirkung übertragen.

Mit dem 01. Januar 2007 hat die RegioEntsorgung AöR (Anstalt des öffentlichen Rechts) die Entsorgungsleistungen für die Stadt Alsdorf übernommen.

Für das Jahr 2015 bedarf es keiner Anpassung der Gebühren.

Nach der vom Rat der Stadt beschlossenen Gebührensatzung über die Abfallentsorgung ergeben sich für 2015 folgende Gebührensätze:

Die Jahresmindestgebühr beträgt für 2015

- a) bei der Restmüllentsorgung (graue Tonne) aus Haushaltungen für die zu acht Entleerungen bei 14-tägiger Entleerungsmöglichkeit:

aa) für einen 80-l-Abfallbehälter 146,76 €

bb) für einen 1.100-l-Container 1.715,20 €

- b) Die Restmüllbehälter sind jeweils mit einem elektronischen Ident-System ausgestattet, mit dem die Inanspruchnahme der in der Mindestgebühr enthaltenen acht Entleerungen jährlich sowie darüber hinausgehende Entleerungen registriert werden. Gebühren für mehr als acht Entleerungen werden durch den Gebührenbescheid des Folgejahres zusätzlich festgesetzt und erhoben.

Die Zusatzgebühr für zusätzlich registrierte Entleerungen beträgt für den

80-l-Abfallbehälter im Jahr 2015 3,99 €

und
für den 1.100-l-Container 35,91 €
pro zusätzliche Entleerung,

- c) die Mindestgebühr im Sinne des § 4 Abs. 2 a) aa) beträgt für einen Gebührenpflichtigen, der Mitglied einer Abfallentsorgungsgemeinschaft ist 109,84 €

- d) die Mindestgebühr für einen zusätzlichen 80-l-Restabfallbehälter beträgt 36,92 €.

Die Jahresgebühr beträgt für die Abfuhr der Biotonne bei grundsätzlich 14-tägiger Entleerung

a) für die 120-l-Biotonne	54,00 €
b) für den 1.100-l-Biocontainer	486,00 €

In der Mindestgebühr nach § 4 Abs. 2a) sind je Restabfallbehälter bzw. je an einen Restabfallcontainer angeschlossenen Haushalt folgende Leistungen zusätzlich enthalten:

- Sperrmüllanmeldungen unbegrenzt (Menge bis max. 3 cbm/Abfuhr),
- Gehölzschnittsammlungen im Holsystem,
- eine Sammlung von Weihnachtsbäumen,
- die Bereitstellung von Grünschnittcontainern,
- die Bereitstellung von Elektroschrottcontainern,
- die Kosten für das Schadstoffmobil,
- die Kosten für die Altpapiersammlungen,
- die Sammlung von Altkleidern.

Die Satzung über die Vermeidung, Verwertung sowie das Einsammeln und Befördern von Abfällen im Gebiet des Zweckverbandes RegioEntsorgung gilt entsprechend.

Für Garten- und Parkabfälle (Baum-, Strauch-, Hecken und Rasenschnitt) wird pro Laubsack eine Gebühr i. H. v 0,50 €.

Die Gebühr für Abfallsäcke (Restmüll) beträgt 2,50 €.

Für die Abgabe eines Vorsortierers für Bioabfälle mit einem Fassungsvermögen von 5 Litern wird eine Gebühr von 4,50 € pro Behälter erhoben.

Für die Abgabe eines Vorsortierers für Bioabfälle mit einem Fassungsvermögen von 10 Litern wird eine Gebühr von 5,00 € pro Behälter erhoben.

Der Gesamtaufwand beläuft sich für diesen Betriebszweig in den Erträgen sowie in den Aufwendungen auf insgesamt 4.275.425 €.

Stadt Alsdorf
Eigenbetrieb Technische Dienste

Jahreserfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 - Betriebszweig Abfallentsorgung
Gewinn- und Verlustrechnung

	Planansatz 2015	Planansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2013
1. Umsatzerlöse	4.253.425,00 €	4.229.321,00 €	3.723.444,18 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	22.000,00 €	22.000,00 €	303.404,87 €
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Waren	25.000,00 €	10.000,00 €	23.650,88 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.453.792,00 €	3.485.873,00 €	3.416.027,18 €
Summe Materialaufwand	3.478.792,00 €	3.495.873,00 €	3.439.678,06 €
4. Personalaufwand	604.661,00 €	584.690,00 €	406.962,13 €
5. Abschreibungen	15.700,00 €	15.700,00 €	12.214,44 €
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	161.372,00 €	140.158,00 €	160.269,70 €
7. Zinsen und ähnliche Erträge	- €	- €	31.164,27 €
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.000,00 €	4.000,00 €	- €
9. Außerordentliche Erträge	- €	- €	- €
10. Außerordentliche Aufwendungen	- €	- €	- €
11. Außerordentliches Ergebnis	- €	- €	- €
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	10.000,00 €	10.000,00 €	6.959,43 €
13. Sonstige Steuern	900,00 €	900,00 €	1.062,26 €
14. Ergebnis vor Gewinnverwendung / Verlustausgleich	- €	- €	30.867,30 €
15. Gewinnverwendung / Verlustausgleich			
Verlustausgleich 2011	- €	- €	- €
Gewinnverwendung			
16. Gewinn / Verlust	- €	- €	30.867,30 €

Jahreserfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 - Betriebszweig Abfallentsorgung
Gewinn- und Verlustrechnung

Konto		Planansatz 2015	Planansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2013
	Umsatzerlöse			
	Veränderung Rückstellungen für Gebühren			- 528.518,52 €
	Erstattung Grüner Punkt	65.300,00 €	63.700,00 €	63.686,87 €
	Mindestgebühren	3.355.573,00 €	3.340.559,00 €	3.328.854,75 €
	Abfuhrgebühren	387.430,00 €	387.500,00 €	421.053,71 €
	Biomüllgebühren	445.122,00 €	437.562,00 €	434.681,37 €
	Sonstige Umsatzerlöse			3.686,00 €
	Summe Umsatzerlöse	4.253.425,00 €	4.229.321,00 €	3.723.444,18 €
	Sonstige betriebliche Erträge			
	Periodenfremde Erträge	2.000,00 €	2.000,00 €	289.843,96 €
	übrige sonstige betriebliche Erträge	20.000,00 €	20.000,00 €	13.560,91 €
	Summe Sonstige betriebliche Erträge	22.000,00 €	22.000,00 €	303.404,87 €
	Materialaufwand			
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Waren			
	Kleinmaterial / Ersatzteile	2.000,00 €	5.000,00 €	1.342,91 €
	sonstige Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	23.000,00 €	5.000,00 €	22.307,97 €
	Summe Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	25.000,00 €	10.000,00 €	23.650,88 €
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen			
	Abfuhr- und Deponiekosten	100.000,00 €	100.000,00 €	51.491,34 €
	sonstige Fremdleistungen	30.000,00 €	40.000,00 €	25.396,14 €
	Umlage Regioentsorgung	3.323.792,00 €	3.345.873,00 €	3.339.139,70 €
	Summe Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.453.792,00 €	3.485.873,00 €	3.416.027,18 €
	Summe Materialaufwand	3.478.792,00 €	3.495.873,00 €	3.439.678,06 €
	Personalaufwand			
	Entgelte Arbeitnehmer und Fremde, sowie Arbeitgeberanteil soziale Abgaben und Zusatzversorgungskasse	604.661,00 €	584.690,00 €	406.962,13 €
	Summe Personalaufwand	604.661,00 €	584.690,00 €	406.962,13 €
	Abschreibungen			
	Abschreibungen GWG	4.500,00 €	4.500,00 €	3.701,68 €
	Abschreibungen auf Sachanlagen	11.200,00 €	11.200,00 €	8.512,76 €
	Summe Abschreibungen	15.700,00 €	15.700,00 €	12.214,44 €
	Sonstige betriebliche Aufwendungen			
	VKE Stadt Alsdorf	122.322,00 €	97.158,00 €	102.588,00 €
	Periodenfremder Aufwand			4.497,19 €
	übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	39.050,00 €	43.000,00 €	53.184,51 €
	Summe Sonstige betriebliche Aufwendungen	161.372,00 €	140.158,00 €	160.269,70 €

Jahreserfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 - Betriebszweig Abfallentsorgung
Gewinn- und Verlustrechnung

Konto	Planansatz 2015	Planansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2013
Zinsen und ähnliche Erträge übrige Zinserträge	- €	- €	31.164,27 €
Summe Zinsen und ähnliche Erträge	- €	- €	31.164,27 €
Zinsen und ähnliche Aufwendungen Zinsen für Fremdkapital übrige Zinsen	- € 4.000,00 €	- € 4.000,00 €	- € - €
Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.000,00 €	4.000,00 €	- €
außerordentliche Aufwendungen außerordentliche Erträge	- € - €	- € - €	- € - €
Außerordentliches Ergebnis	- €	- €	- €
Steuern vom Einkommen und Ertrag Körperschaftsteuer Solidarititätszuschlag Gewerbsteuer	3.500,00 € 200,00 € 6.300,00 €	3.500,00 € 200,00 € 6.300,00 €	3.317,00 € 181,43 € 3.461,00 €
Summe Steuern vom Einkommen und Ertrag	10.000,00 €	10.000,00 €	6.959,43 €
KFZ-Steuer	900,00 €	900,00 €	1.062,26 €
Summe Sonstige Steuern	900,00 €	900,00 €	1.062,26 €
Summe der Erträge Summe der Aufwendungen	4.275.425,00 € 4.275.425,00 €	4.251.321,00 € 4.251.321,00 €	4.058.013,32 € 4.027.146,02 €
Ergebnis vor Gewinnverwendung / Verlustausgleich	- €	- €	30.867,30 €
Gewinnverwendung / Verlustausgleich Verlustausgleich Gewinnverwendung aus 2012			
Summe Gewinnverwendung / Verlustausgleich	- €	- €	- €
Gewinn / Verlust	- €	- €	30.867,30 €

Vermögensplan und Finanzplanung

Teilfinanzierungsplan		Ergebnis des Vorjahres 2013	Ansatz des Vorjahres 2014	Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Verpflichtungs-ermächtigungen insgesamt	Planung Haushaltsjahr 2016	Planung Haushaltsjahr 2017	Planung Haushaltsjahr 2018
		€	€	€	€	€	€	€
Investitionstätigkeit								
Einzahlungen								
1	aus Zuwendungen für							
	Investitionsmaßnahmen	120.923	1.043.236	1.274.000		864.000	738.000	384.000
2	aus der Veräußerung von Sachanlagen							
3	aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
4	aus Beträgen u. ä. Entgelten							
5	Sonst. Investitionseinzahlungen							
6	Summe der investiven Einzahlungen	120.923	1.043.236	1.274.000		864.000	738.000	384.000
Auszahlungen								
7	für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden							
8	für Baumaßnahmen	810.000	2.300.000	3.480.000		1.920.000	2.960.000	1.920.000
9	für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		670.000	700.000		230.000	0	0
10	für den Erwerb von Finanzanlagen							
11	von aktivierbaren Zuwendungen							
12	Sonstige Investitionsauszahlungen	842.659	870.000	998.446		1.008.715	1.046.433	1.113.547
13	Summe der investiven Auszahlungen	1.652.659	3.840.000	5.178.446		3.158.715	4.006.433	3.033.547
14	Saldo Investitionstätigkeit							
	Kreditbedarf	1.531.736	2.796.764	3.904.446		2.294.715	3.268.433	2.649.547

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen		Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
		2013	2014	2015	insgesamt	2016	2017	2018		
			€	€	€	€	€	€	€	€
Kontenkonten-Nr.:										
Maßnahme: Beschaffung Arbeitsgeräte										
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen			97.500	50.000						
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme		0	97.500		0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden										
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			670.000	700.000	0	230.000	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen										
Gesamtkosten der Maßnahme:			670.000	700.000	0	230.000	0	0	0	0
Gesamteinnahmen der Maßnahme:		0	97.500	50.000			0	0	0	0
Baldo (Einzahlungen / Auszahlungen)			572.500	650.000	0	230.000	0	0	0	0
Erläuterungen:		Im Jahr 2015 ist u. a. die Neubeschaffung eines Containerfahrzeuges (AK 200.000 €) sowie eines Schleppers einschl. Streuauflauf (AK 200.000 €) erforderlich.								

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen		Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
		2013	2014	2015	insgesamt	2016	2017	2018		
		€	€	€	€	€	€	€	€	€
Kontenplan-Nr.:										
Maßnahme: Ertüchtigung des Baubetriebshofes										
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		0	0	0		0	0	0		0
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme		0	0	0		0	0	0		0
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden										
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen										
Auszahlungen für Baumaßnahmen		810.000	170.000	190.000		0	0	0		1.820.000
Gesamtkosten der Maßnahme:		810.000	170.000	190.000		0	0	0		1.820.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:		0	0	0		0	0	0		0
Saldo (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		810.000	170.000	190.000		0	0	0		1.820.000
Erläuterungen:		Der 1. Bauabschnitt in 2012 sah die Errichtung einer Geräte- und Fahrzeughalle (einschl. Waschplatz, Schüttboxen) vor (Fertigstellung im Juni 2013). Der 2. Bauabschnitt (Unterbringung der Betriebsgruppe Abwasser sowie die Einrichtung von Schüttgutsilos zur Salzlagerung) ist fertiggestellt. Im 3. Bauabschnitt ist die Ertüchtigung der vorhandenen Werkhalle in Planung (Fertigstellung voraussichtlich im III. Quartal 2015).								

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
	2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €	€	€
Anlagenkonto-Nr.:									
Maßnahme: Kanalsanierung Pappelstr.									
Mittelstr. und Am Waldsaum									
Einzahlungen aus Investitions-	0	500.000	500.000		500.000	0	0		1.000.000
zuwendungen									
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme	0	500.000	500.000		500.000	0	0		1.000.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden									
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen									
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	500.000	500.000		500.000	0	0		1.000.000
Gesamtkosten der Maßnahme:	0	500.000	500.000		500.000	0	0		1.000.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:	0	500.000	500.000		500.000	0	0		1.000.000
Saldo (Einzahlungen ./- Auszahlungen)	0	0	0		0	0	0		0

Erläuterungen:

Die Planungen der Kanalbaumaßnahmen wurde in den Vorjahren ausgeführt. Die baulichen Leistungen werden in den Wirtschaftsjahren 2015/2016 mit einem Gesamtkostenaufwand von 1.000.000 € ausgeführt.

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen	Ergebnis des Vorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
	2013	2014	2015	insgesamt	2016	2017	2018		
Anlagenkonto-Nr.:	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Maßnahme: Kanalsanierung Blumenstraße									
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen	0	150.000	150.000		0	0	0		150.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme	<u>0</u>	<u>150.000</u>	<u>150.000</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		<u>150.000</u>
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden									
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen									
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	150.000	150.000		0	0	0		150.000
Gesamtkosten der Maßnahme:	<u>0</u>	<u>150.000</u>	<u>150.000</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		<u>150.000</u>
Gesamteinnahmen der Maßnahme:	<u>0</u>	<u>150.000</u>	<u>150.000</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		<u>150.000</u>
Saldo (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		<u>0</u>
Erläuterungen:	Kanalerneuerung der Blumenstraße in Alsdorf-Busch. Die Maßnahme wurde im Wirtschaftsjahr 2014 nicht begonnen. Der Planansatz wurde daher auf das Jahr 2015 fortgeschrieben.								

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen		Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
		2013	2014	2015	insgesamt	2016	2017	2018		
		€	€	€	€	€	€	€	€	€
Anlagenkonto-Nr.:										
Maßnahme: Kanalerneuerung Veilchen-/Hilfder-/Enzian-/Jasminstraße										
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen		0	60.000	60.000		40.000	0	0		100.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme		0	60.000	60.000		40.000	0	0		100.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden										
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen										
- Auszahlungen für Baumaßnahmen		0	300.000	300.000		200.000	0	0		500.000
Gesamtkosten der Maßnahme:		0	300.000	300.000		200.000	0	0		500.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:		0	60.000	60.000		40.000	0	0		100.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		0	240.000	240.000		160.000	0	0		400.000

Im Rahmen der SüwVoAbw. wurde festgestellt, dass der bauliche Zustand der o.g. Kanäle eine Erneuerung bedingt.

Erläuterungen:

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen	Ergebnis des Vorvorjahres		Ansatz des Vorjahres		Ansatz des Haushaltsjahres		Verpflichtungs-ermächtigungen		Planung Haushaltsjahr		Planung Haushaltsjahr		bisher bereitgestellt		Gesamtein-/ -auszahlungen	
	2013	2014	2015	insgesamt	2016	2017	2018	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Anlagenkonto-Nr.:																
Maßnahme: Erschließung Im Hagfeld B-Plan 301																
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen	0	0	160.000		0	0	0								160.000	
	-															
	-															
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme	0	0	160.000		0	0	0								160.000	
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden																
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen																
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	800.000		0	0	0								800.000	
Gesamtkosten der Maßnahme:	0	0	800.000		0	0	0								800.000	
Gesamteinnahmen der Maßnahme:	0	0	160.000		0	0	0								160.000	
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0	0	640.000		0	0	0								640.000	
Erläuterungen:																
Für die Erschließung ist eine Kanalisation herzustellen.																

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
	2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €	€	€
Anlagenkonto-Nr.:									
Maßnahme: Kanalsanierung									
Mühlenweg									
Einzahlungen aus Investitions- zuwendungen	0	0	20.000		0	0	0		20.000
	-								
	-								
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme	0	0	20.000		0	0	0		20.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden									
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen									
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	100.000		0	0	0		100.000
Gesamtkosten der Maßnahme:	0	0	100.000		0	0	0		100.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:	0	0	20.000		0	0	0		20.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0	0	80.000		0	0	0		80.000
Erläuterungen:									
Teilsanierung des Kanals, Bau- und Ingenieurkosten									

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen		Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
		2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €	€	€
Anlagenkonto-Nr.:										
Maßnahme: Eidechsenstraße										
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen		0	0	5.000		0	0	0		5.000
		-								
		-								
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme		0	0	5.000		0	0	0		5.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden										
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen										
- Auszahlungen für Baumaßnahmen		0	0	25.000		0	0	0		25.000
Gesamtkosten der Maßnahme:		0	0	25.000		0	0	0		25.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:		0	0	5.000		0	0	0		5.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		0	0	20.000		0	0	0		20.000
Erläuterungen:		Aus hydraulischen Gründen ist eine Kanalkhaltung auszuwechseln.								

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen	Ergebnis des Vorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
	2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €	€	€
Anlagenkonto-Nr.: Maßnahme: Erschließung MW-Kanal VabW									
Einzahlungen aus Investitions- zuwendungen	0	0	60.000		0	0	0		60.000
	-								
	-								
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme	0	0	60.000		0	0	0		60.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden									
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen									
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	300.000		0	0	0		300.000
Gesamtkosten der Maßnahme:	0	0	300.000		0	0	0		300.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:	0	0	60.000		0	0	0		60.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0	0	240.000		0	0	0		240.000
Erläuterungen:									
Für die Erschließung ist ein Mischwasserkanal herzustellen.									

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
	2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €	€	€
Anlagenkonto-Nr.:									
Maßnahme: Kanalsanierung Montanstraße									
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen	0	8.000	8.000		0	0	0		8.000
	-								
	-								
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme	0	8.000	8.000		0	0	0		
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden									
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen									
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	40.000	40.000		0	0	0		40.000
Gesamtkosten der Maßnahme:	0	40.000	40.000		0	0	0		40.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:	0	8.000	8.000		0	0	0		8.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0	32.000	32.000		0	0	0		32.000
Erläuterungen: Auf einer Länge von rd. 100 m. ist eine Renovierung mittels Liner geplant (Verbindung Montan- zur Viehausstraße)									

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen	Ergebnis des Vorvorjahres		Ansatz des Vorjahres		Ansatz des Haushaltsjahres		Verpflichtungs-ermächtigungen		Planung Haushaltsjahr		Planung Haushaltsjahr		bisher bereitgestellt		Gesamtein-/auszahlungen	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028
Anlagenkonto-Nr.:	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Maßnahme: Sanierung Sammler West-/ Pestalozzistraße																
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen	0	0	20.000	50.000	140.000	0										210.000
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme	0	0	20.000	50.000	140.000	0										210.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden																
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen																
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	100.000	250.000	700.000	0										1.050.000
Gesamtkosten der Maßnahme:	0	0	100.000	250.000	700.000	0										1.050.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:	0	0	20.000	50.000	140.000	0										210.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0	0	80.000	200.000	560.000	0										840.000
Erläuterungen:																
Kanalsanierung aus baulichen Gründen (Weststraße zwischen Blumenrather Straße und Pestalozzistraße sowie Pestalozzistraße zwischen West- und Poststraße).																

[illegible]

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
	2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €	€	€
Anlagenkonto-Nr.:									
Maßnahme: Kanalsanierung Theodor-Seipp-Straße									
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen			8.000		10.000	80.000			98.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme			8.000		10.000	80.000			98.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden									
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen									
- Auszahlungen für Baumaßnahmen			40.000		50.000	400.000			490.000
Gesamtkosten der Maßnahme:			40.000		50.000	400.000			490.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:			8.000		10.000	80.000			98.000
Saldo (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			32.000		50.000	320.000			392.000
Erläuterungen:									
Kanalsanierung im Bereich der Gefällestrecke Realschule/Alsdorfer Weiher zum Anschluss der Erschließungsmaßnahmen aus B-Plänen 328 u. 329									

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen		Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
		2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €		€
Anlagenkonto-Nr.:										
Kanalsanierung Marienstraße										
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen			36.000	40.000						40.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme			36.000	40.000						40.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden										
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen										
- Auszahlungen für Baumaßnahmen			180.000	200.000						200.000
Gesamtkosten der Maßnahme:			180.000	200.000						200.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:			36.000	40.000						40.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			144.000	160.000						160.000
Erläuterungen:		Auf einer Länge von rd. 380 m ist eine Renovierung mittels Liner geplant (Höhe Friedhof)								

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
	2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €	€
Anlagenkonto-Nr.:								
Maßnahme: Erschließung Annagelände								
Einzahlungen aus Investitions- zuwendungen			90.000					90.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme			90.000					90.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
- Auszahlungen für Baumaßnahmen			450.000					450.000
Gesamtkosten der Maßnahme:			450.000					450.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:			90.000					90.000
Saldo (Einzahlungen ./- Auszahlungen)			360.000					360.000
Erläuterungen:								
Abrechnung der Erschließungsmaßnahme mit NRW Urban Neubau einer Stichstraße, Baufeld 10 Südost								

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
	2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €	€	€
Anlagenkonto-Nr.:									
Maßnahme: Erschließung Franz-Engländer-Straße									
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen			18.000		10.000				28.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme			18.000		10.000				28.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden									
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen									
- Auszahlungen für Baumaßnahmen			90.000		50.000				140.000
Gesamtkosten der Maßnahme:			90.000		50.000				140.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:			18.000		10.000				28.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			72.000		40.000				112.000
Erläuterungen:									
Für die Erschließung B-Plan 345 wurde ein Trennsystem gebaut.									

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
	2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €	€
Anlagenkonto-Nr.:								€
Maßnahme: Aachener Straße								
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen		0	6.000		0	0	0	6.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme		0	6.000		0	0	0	6.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
- Auszahlungen für Baumaßnahmen		0	30.000		0	0	0	30.000
Gesamtkosten der Maßnahme:		0	30.000		0	0	0	30.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:		0	6.000		0	0	0	6.000
Saldo (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		0	24.000		0	0	0	24.000
Erläuterungen:								
Kanalsanierung in den Nebenanlagen am Dreieck Mariadorf.								

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
	2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €	€
Anlagenkonto-Nr.:								€
Maßnahme:								
Umbau- und Modernisierungsarbeiten Pumpstation "Waldstraße"								
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen		24.000	24.000					24.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme		24.000	24.000					24.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
270								
- Auszahlungen für Baumaßnahmen		120.000	120.000					120.000
Gesamtkosten der Maßnahme:		120.000	120.000					120.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:		24.000	24.000					24.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		96.000	96.000					96.000
Erläuterungen:								

Umbau- und Modernisierung der E-Technik auf der Pumpstation Waldstraße

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen		Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
		2013	2014	2015	insgesamt	2016	2017	2018	
		€	€	€	€	€	€	€	€
Anlagenkonto-Nr.:									
Maßnahme: Pumpwerk Alt-Busch									
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen				4.000		20.000			24.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme				4.000		20.000			24.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden									
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen									
- Auszahlungen für Baumaßnahmen				20.000		100.000			120.000
Gesamtkosten der Maßnahme:				20.000		100.000			120.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:				4.000		20.000			24.000
Saldo (Einzahlungen ./ Auszahlungen)				16.000		80.000			96.000
Erläuterungen:		Erneuerung der elektrotechnischen Ausrüstung							

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen		Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
		2013	2014	2015	insgesamt	2016	2017	2018		
		€	€	€	€	€	€	€	€	€
Anlagenkonto-Nr.:										
Maßnahme: Kanalsanierung Ahrweg										
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen		0	0	10.000		100.000	0	0		110.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme		0	0	10.000		100.000	0	0		110.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden										
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen										
- Auszahlungen für Baumaßnahmen		0	0	10.000		100.000	0	0		110.000
Gesamtkosten der Maßnahme:		0	0	10.000		100.000	0	0		110.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:		0	0	10.000		100.000	0	0		110.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		0	0	0		0	0	0		0
Erläuterungen:										
Erneuerung Kanal Ahrweg in Alsdorf-Mitte.										

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen		Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
		2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €	€	€
Anlagenkonto-Nr.:										
Maßnahme: Kanalsanierung Robert-Koch-Straße										
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen		0	0	6.000		48.000	0	0		54.000
		-								
		-								
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme		0	0	6.000		48.000	0	0		210.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden										
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen										
- Auszahlungen für Baumaßnahmen		0	0	30.000		240.000	0	0		270.000
Gesamtkosten der Maßnahme:		0	0	30.000		240.000	0	0		270.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:		0	0	6.000		48.000	0	0		54.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		0	0	24.000		192.000	0	0		216.000
Erläuterungen:		Kanalsanierung zwischen Übacher Weg und Annastraße								

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
	2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €	€	€
Anlagenkonto-Nr.:									
Kanalsanierung									
Werthmannstraße									
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen					66.000				66.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme					66.000				66.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden									
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen									
- Auszahlungen für Baumaßnahmen					330.000				330.000
Gesamtkosten der Maßnahme:					330.000				330.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:					66.000				66.000
Saldo (Einzahlungen ./ Auszahlungen)					264.000				264.000
Erläuterungen:									
Kanalerneuerung in der gesamten Länge der Werthmannstraße									

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
	2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €	€	€
Anlagenkonto-Nr.:									
Maßnahme: Kanalsanierung Feldstraße									
Einzahlungen aus Investitions- zuwendungen					10.000	40.000			50.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme					10.000	40.000			50.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden									
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen									
- Auszahlungen für Baumaßnahmen					50.000	200.000	0		250.000
Gesamtkosten der Maßnahme:					50.000	200.000			250.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:					10.000	40.000			50.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)					40.000	160.000			200.000
Erläuterungen:									
Kanalsanierung Feldstraße zwischen Falterstraße und neuem Radweg "Aachen/Jülich"									

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
	2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €	€	€
Anlagenkonto-Nr.:									
Kanalsanierung Marie-Juchacz-Straße									
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen						124.000			124.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme						124.000			124.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden									
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen									
- Auszahlungen für Baumaßnahmen						620.000			620.000
Gesamtkosten der Maßnahme:									
Gesamteinnahmen der Maßnahme:						620.000			620.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)						124.000			124.000
Erläuterungen:						496.000			496.000
Kanalerneuerung in der Marie-Juchacz-Straße zwischen von-Kettler-Straße und Werthmannstraße									

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen		Ergebnis des Vorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
		2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €	€	€
Anlagenkonto-Nr.:										
Maßnahme: Kanalsanierung Vie-										
hau-, Post-, Gauß- und August-Schmidt-Straße										
Einzahlungen aus Investitions-										
zuwendungen		0	0	0		0	20.000	164.000		184.000
		-		-		-				
		-		-		-				
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme		0	0	0		0	20.000	164.000		184.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden										
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen										
- Auszahlungen für Baumaßnahmen		0	0	0		0	100.000	820.000		920.000
Gesamtkosten der Maßnahme:		0	0	0		0	100.000	820.000		920.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:		0	0	0		0	20.000	164.000		184.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		0	0	0		0	80.000	656.000		736.000
Erläuterungen:		Kanalsanierung aus baulichen und hydraulischen Gründen sowie Überstauhäufigkeit (Poststraße zwischen Pestalozzi- und Eschweilerstraße, Viehaustraße zwischen Poststraße und Aachener Straße sowie August-Schmidt-Straße und Gaußstraße einschl. der Anschlussstücke).								

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen		Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
		2013	2014	2015	insgesamt	2016	2017	2018	
		€	€	€	€	€	€	€	€
Anlagenkonto-Nr.:									
Maßnahme: Kanalsanierung im Stadtteil Neuweiler									
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen		0	0	0		0	8.000	0	8.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme		0	0	0		0	8.000	0	8.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden									
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen									
- Auszahlungen für Baumaßnahmen			0	0		0	40.000	0	40.000
Gesamtkosten der Maßnahme:			0	0		0	40.000	0	40.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:			0	0		0	8.000	0	8.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			0	0		0	32.000	0	32.000
Erläuterungen:									
Kanalerneuerung Brahmstraße, Anschluss an den Staukanal Neuweiler									

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen								
Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
2013	2014	2015	Insgesamt	2016	2017	2018		
€	€	€	€	€	€	€	€	€
Anlagenkonto-Nr.:								
Maßnahme:								
Kanalisanierung Oidtweiler Weg								
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen	0	0	0	0	146.000	0		146.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme								
0	0	0		0	146.000	0		146.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
- Auszahlungen für Baumaßnahmen								
0	0	0		0	730.000	0		730.000
Gesamtkosten der Maßnahme:								
0	0	0		0	730.000	0		730.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:								
0	0	0		0	146.000	0		146.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)								
0	0	0		0	584.000	0		584.000
Erläuterungen:								
Kanalerneuerung im Oidtweiler Weg zwischen von Ketteler-Straße und Werthmannstraße								

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
	2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €	€
Anlagenkonto-Nr.:								
Maßnahme: Kanalsanierung Sophie-Scholl-Straße								
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen					0	0	24.000	24.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme					0	0	24.000	24.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen							120.000	120.000
- Auszahlungen für Baumaßnahmen					0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme:					0	0	120.000	120.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:					0	0	24.000	24.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)					0	0	96.000	96.000
Erläuterungen:								
Kanalsanierung in der Sophie-Scholl-Straße								

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
	2013 €	2014 €	2015 €	insgesamt €	2016 €	2017 €	2018 €	€	€
Anlagenkonto-Nr.: Kanalsanierung von-Ketteler-Straße									
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen							16.000		16.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme							16.000		16.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden									
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen									
- Auszahlungen für Baumaßnahmen							80.000		80.000
Gesamtkosten der Maßnahme:							80.000		
Gesamteinnahmen der Maßnahme:							16.000		16.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)							64.000		64.000
Erläuterungen:	Kanalerneuerung Von-Ketteler-Straße zwischen Marie- Juchacz-Straße und Oldtweiler Weg								

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen		Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
		2013	2014	2015	insgesamt	2016	2017	2018		
		€	€	€	€	€	€	€	€	€
Anlagenkonto-Nr.:										
Maßnahme: Kanalsanierung Hauptstraße										
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen		0	0	0		0	0	10.000		10.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme		0	0	0		0	0	10.000		10.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden										
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen										
- Auszahlungen für Baumaßnahmen		0	0	0		0	0	50.000		50.000
Gesamtkosten der Maßnahme:		0	0	0		0	0	50.000		50.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:		0	0	0		0	0	10.000		10.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		0	0	0		0	0	40.000		40.000
Erläuterungen:										
Kanalsanierung Hauptstraße - Anschluß an die Maurerstraße										

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen								
	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
	2013	2014	2015	insgesamt	2016	2017	2018	
	€	€	€	€	€	€	€	€
Anlagenkonto-Nr.:								
Maßnahme: Kanalsanierung Broicher Straße								
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen	0	0	0		10.000	60.000	0	70.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme	0	0	0		10.000	60.000	0	70.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0		50.000	300.000	0	350.000
Gesamtkosten der Maßnahme:	0	0	0		50.000	300.000	0	350.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:	0	0	0		10.000	60.000	0	70.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0	0	0		40.000	240.000	0	280.000
Erläuterungen:								
Kanalsanierung zwischen Weinstraße und Luisenplatz								

Übersicht über die Investitionsmaßnahmen		Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	Planung Haushaltsjahr	bisher bereitgestellt	Gesamtein-/ -auszahlungen
		2013	2014	2015	insgesamt	2016	2017	2018		
		€	€	€	€	€	€	€	€	€
Anlagenkonto-Nr.:										
Maßnahme: Kanalsanierung										
Im Brühl										
Einzahlungen aus Investitions-zuwendungen		0	0	0			0	158.000		158.000
Gesamteinnahmen Investitionsmaßnahme		0	0	0			0	158.000		158.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden										
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen										
- Auszahlungen für Baumaßnahmen		0	0	0			0	790.000		790.000
Gesamtkosten der Maßnahme:		0	0	0			0	790.000		790.000
Gesamteinnahmen der Maßnahme:		0	0	0			0	158.000		160.000
Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		0	0	0			0	632.000		630.000
Erläuterungen:		Kanaleerneuerung Im Brühl zwischen von-Harff-Straße und Werthmannstraße.								

Stellenübersicht

2015

Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt Alsdorf

Stellenübersicht für das Wirtschaftsjahr 2015

Tariflich Beschäftigte

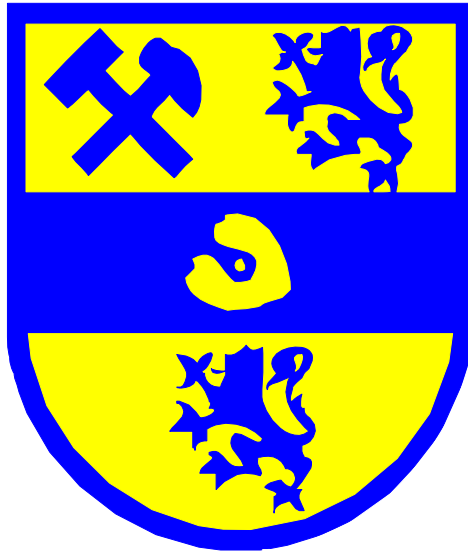
Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2015	Zahl der Stellen 2014	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2014	Erläuterungen
13	1	1	1	
12	1	1	1	
11	1	1	1	
10	3,91	4,3	4,41	
9	4	5	4	1 Stelle nach A 9 nur nachrichtlich
8	1	3,5	3,5	
6	23,82	20	20,82	
5	11	15,85	15	
4	2	1	1	
3	3	5	4	
1	9	1	0	
Summe:	60,73	58,65	55,73	

Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt Alsdorf

Stellenübersicht für das Wirtschaftsjahr 2015

Tariflich Beschäftigte

Betriebszweig	13	12	11	10	9	8	6	5	4	3	1	Gesamt
Abwasser	0,8	0,7	0	3,91	2,2	0,5	2,9	2,5			0	13,51
Straßenunterhaltung, Verkehrslenkung, Park- u. Gartenanlagen	0,1	0,1	0,6		0,8	0,1	19,6	6,7	2	3	9	42
Straßenreinigung, Winterdienst	0,1	0,1	0,2		0,2	0,1	0,48	0,6			0	1,78
Abfallentsorgung		0,1	0,2		0,8	0,3	0,84	1,2			0	3,44
Gesamt:	1	1	1	3,91	4	1	23,82	11	2	3	9	60,73

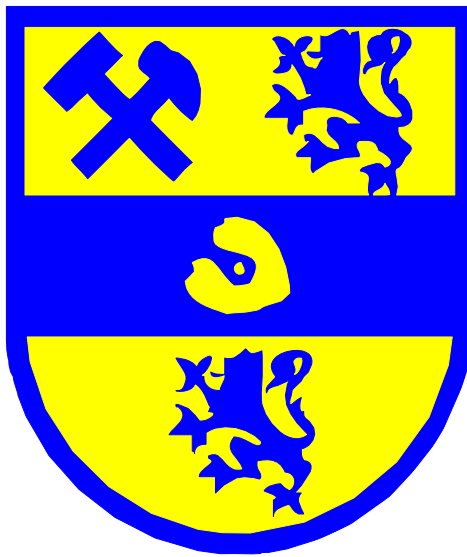


Übersicht

über den Stand der Bürgerschaftsverpflichtungen

Übersicht über die übernommenen Ausfallbürgschaften

Begünstigter	endgültiger Stand 31.12.2010	endgültiger Stand 31.12.2011	endgültiger Stand 31.12.2012	endgültiger Stand 31.12.2013	endgültiger Stand 31.12.2014	Stand 01.01.2015	Zugänge 2015
VABW vom 20.11.1992	190.200,57	5.568,71	0,00	0,00	--	--	--
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/GIF Büro IV Erw. (21.01.2008)	887.454,00	835.384,59	780.798,18	723.537,11	663.581,83	663.581,83	
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/Gif VII Gebäude (21.01.2008)	1.260.987,60	1.184.353,13	1.104.014,24	1.019.791,85	931.498,22	931.498,22	
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/GIF I/II (15.08.2008)	533.165,88	377.117,28	221.068,68	65.020,24	--	--	--
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/Gif VII Technik (21.01.2008)	754.429,96	627.215,42	493.957,72	354.369,77	208.150,82	208.150,82	
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/GIF III (15.08.2008)	373.908,46	264.471,82	155.035,18	45.598,59	--	--	--
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/GIF V (20.09.1999)	607.262,65	537.197,44	464.546,12	389.213,23	--	--	--
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/GIF IV (20.04.1999)	1.066.665,13	937.527,89	802.677,33	661.860,62	--	--	--
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/GIF Büro II (21.06.2000)	960.419,88	863.836,86	761.194,81	652.113,67	536.189,23	536.189,23	
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/Matuschek (31.01.2001)	1.158.357,70	1.071.087,35	978.369,80	879.865,65	--	--	--
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/GIF Büro I (09.11.2001)	1.080.347,16	0,00	0,00	0,00	--	--	--
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/GIF VI (19.12.2000)	581.105,41	--	--	--	--	--	--
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/Dahmen (26.11.97/31.08.98) (30.07.1998) 01.01.2009	805.386,63	758.600,80	709.767,90	658.798,39	605.598,39	605.598,39	--
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/SUNIX (25.11.1999 / 28.11.2014)	486.227,76	439.273,04	389.635,13	337.160,89	281.002,31	281.002,31	
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/GIF Erw. Werkstatt (23.05.2002)	171.013,07	--	--	--	--	--	--
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH (04.03.2004)	144.000,00	144.000,00	144.000,00	144.000,00	144.000,00	144.000,00	
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/GIF Produktion (21.06.2006)	548.100,00	495.900,00	443.700,00	391.500,00	339.300,00	339.300,00	
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/GIF VIII Technik (22.12.2008)	1.220.618,14	1.047.838,75	867.157,89	678.214,25	480.629,95	480.629,95	
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/GIF VIII Gebäude (22.12.2008)	1.365.312,86	1.287.764,78	1.206.459,99	1.121.216,54	1.031.843,61	1.031.843,61	
Refinanzierung Public-Leasing-Vertrag WFG/Matuschek, (12.05.2010)	245.054,56	236.501,49	227.759,43	218.886,49	--	--	
GSG Grund- und Stadtentwicklung 25.02.2015 (Laufzeit: 30.03.2040)	--	--	--	--	--	--	22.000.000,00
GSG Grund- und Stadtentwicklung 25.02.2015 (Laufzeit: 28.02.2018)	--	--	--	--	--	--	2.700.000,00
insgesamt	14.440.017,42	11.113.639,35	9.750.142,40	8.341.147,29	5.221.794,36	5.221.794,36	24.700.000,00



Glossar

Dieses Glossar enthält eine Auflistung und Erläuterungen aller wesentlichen Fachbegriffe des Haushaltsplanes und der Haushaltssatzung der Stadt Alsdorf, sortiert in alphabetischer Reihenfolge

Abschreibung	Die Abschreibung ist ein Betrag (Wert), durch den bei Vermögensgegenständen die eingetretenen Wertminderungen erfasst werden, der in die Ertragsrechnung als Aufwand einfließt.
Aktiva	Die Aktiva ist die Summe des Anlagevermögens, des Umlaufvermögens und der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, die auf der linken Seite der Bilanz aufgeführt wird. Durch die Aktiva wird in der Bilanz die konkrete Verwendung der eingesetzten finanziellen Mittel angezeigt (Gegensatz: Passiva).
Allgemeine Rücklage	Die allgemeine Rücklage ist eine rechnerische Größe des Eigenkapitals auf der Passivseite der Bilanz.
Anhang	Der Anhang (zur Bilanz) enthält besondere Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzposten. Insbesondere sind dort Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu beschreiben. Der Anhang enthält ferner einen Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitspiegel.
Anlagevermögen	Zum Anlagevermögen gehören alle Gegenstände, die dazu bestimmt sind, dauerhaft von der Kommune genutzt zu werden. Es setzt sich zusammen aus dem immateriellen Vermögen (Konzessionen, Lizenzen), den Sachanlagen (Grundstücke, Gebäude) und den Finanzanlagen (Beteiligungen).
Aufwand	Unter Aufwand bezeichnet man den Ressourcenverbrauch in einer Rechnungsperiode (=negative Veränderungen des Vermögens). Alle Aufwendungen der Kommune werden in der Ergebnisrechnung aufgeführt.
Ausgabe	Den Begriff „Ausgaben“, der aus der Kameralistik stammt, gibt es im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) nicht mehr. Er entspricht jedoch im Wesentlichen dem betriebs-wirtschaftlichen Begriff der Auszahlung im NKF.
Außerplanmäßige Auszahlung / Aufwendungen	Auszahlungen / Aufwendungen, die im lfd. Haushaltsjahr entstehen und notwendig sind, für die jedoch im Haushaltsplan keine Mittel vorgesehen sind.
Ausgleichsrücklage	Rechnerische Größe des Eigenkapitals, die es den Kommunen nach Einführung des NKF ermöglicht, eigenverantwortlich den Haushaltsausgleich zu erzielen (siehe hierzu allg. Erläuterungen zum NKF).
Auszahlungen	Unter Auszahlungen versteht man sämtliche bare und unbare Geldverminderungen (Verminderungen des Bargeldbestandes, Belastung von Girokonten).
Beihilfen	Beihilfen sind Geldleistungen, die die Kommune an ihre Bediensteten (Beamte u. Beschäftigte) und Versorgungsempfänger im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zu deren Krankheitskosten zahlt.
Beiträge	Beiträge sind Geldleistungen Dritter zur Herstellung, Anschaffung und Erweiterung, wie z. B. von Anwohnern für Straßenbaumaßnahmen.

Benutzungsgebühren	Benutzungsgebühren sind Geldleistungen, die die Kommune von Dritten als Gegenleistung für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen und Anlagen erhebt (z. B. Abfallgebühren).
Beteiligungen	Unter „Beteiligung“ ist die wirtschaftliche Betätigung einer Kommune durch Gründung einer Gesellschaft des privaten Rechts oder Erwerb eines Anteils an einer Gesellschaft des privaten Rechts zu verstehen.
Bewirtschaftungsregelungen	Besondere, mit dem Haushaltsplan beschlossene Regelungen zu Bewirtschaftung einzelner Haushaltsstellen oder einzelner Budgets.
Bilanz	Die Bilanz stellt bezogen auf den Stichtag 31.12. jeden Jahres das Vermögen (=Aktiva) sowie Eigenkapital und Schulden (=Passiva) der Kommune gegenüber.
Buchführung	Erfassung aller Geschäftsvorfälle einer Kommune in wertmäßiger Form. Alle Finanzvorfälle einer Kommune werden in der Finanzbuchhaltung erfasst und über einen regelmäßigen jährlichen Abschluss zur Bilanz, Ergebnisrechnung und Finanzrechnung zusammengeführt.
Doppik	Abkürzung für <u>doppelte</u> Buchführung <u>in</u> <u>Konten</u> . Hiermit ist das kaufmännische Rechnungswesen gemeint.
Drei-Komponenten-System	Die Kaufmännische Buchführung besteht mit der Bilanz und der Gewinn und Verlustrechnung (=Ergebnisrechnung) aus zwei Komponenten .Im NKF ist darüber hinaus noch eine dritte Komponente, die Finanzrechnung vorgesehen, sodass man bei der Kommunalen Doppik vom Drei- Komponenten-System spricht.
Durchlaufende Finanzmittel	Durchlaufende Finanzmittel (früher: Gelder) sind nach der Begriffsbestimmung des § 45 Ziffer 5 der Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) Beträge, die für einen Dritten lediglich vereinnahmt und verausgabt werden; insofern sind sie im Ergebnis- und Finanzplan nicht zu veranschlagen.
Eigenkapital	Unter Eigenkapital wird in der Doppik die Differenz zwischen dem Vermögen (Aktiva) und den Schulden (Verbindlichkeiten und Rückstellung) verstanden. Jahresüberschüsse oder Jahresfehlbeträge der Ergebnisrechnung mindern das Eigenkapital. In der kommunalen Bilanz wird das Eigenkapital wie folgt untergliedert: 1.1 Allgemeine Rücklage 1.2 Sonderrücklagen 1.3 Ausgleichsrücklage 1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag
Einkommensteuer	Die Einkommensteuer ist eine Gemeinschaftssteuer, d.h. das Aufkommen steht dem Bund und den Ländern zu jeweils 42,5 % sowie den gemeinden zu 15 % zu. Im kommunalen Bereich bezeichnet man diese Einnahme als „Anteil an der Einkommensteuer“.
Einnahme	Siehe Ausgabe

Einzahlung	Einzahlungen sind Erhöhungen des Bargeldbestandes und Gutschriften auf Girokonten.
Ergebnisrechnung	In der Ergebnisrechnung werden alle Erträge und Aufwendungen zusammengestellt; sie entspricht der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung. In ihr ist das Ressourcenaufkommen und der Ressourcenaufbau zu erkennen (siehe auch Drei-Komponenten-System).
Erlass	Verzicht auf einen Anspruch durch einen formalen rechtlich überprüfbaren Verwaltungsakt.
Erlöse	Erlöse sind der Gegenwert aus dem betriebstypischen Absatz (Verkauf) von Sachgütern oder Dienstleistungen.
Eröffnungsbilanz	Die erstmalig aufgestellte Bilanz wird als Eröffnungsbilanz bezeichnet.
Erträge	Unter einem Ertrag wird jeder Vorgang verstanden, der das Nettovermögen bzw. das Eigenkapital erhöht. Nach dieser Definition im NKF sind also auch Steuern und Zuwendungen Erträge.
Fehlbetrag	Wenn in der Ergebnisplanung und/oder -rechnung die Höhe der Erträge insgesamt die Höhe der Aufwendungen nicht erreichen, spricht man von einem Fehlbetrag.
Finanzmittel	Die Finanzmittel umfassen den Bestand an Bargeld und die Guthaben auf Girokonten.
Finanzrechnung	Die Finanzrechnung ist ein Teil der kommunalen Doppik (siehe auch Drei-Komponenten-System). In der Finanzrechnung sind alle Einzahlungen und Auszahlungen einer Kommune enthalten. Das Ergebnis der Finanzrechnung fließt in die Aktivseite der Bilanz ein.
Fremdkapital	Bezeichnung für die in der Bilanz ausgewiesenen schulden (Verbindlichkeiten) gegenüber den Dritten. Fremdkapital dient der Finanzierung des Vermögens und ist daher eine Passivposition in der Bilanz.
Gesamtabschluss	Die Kommunen müssen spätestens zum Stichtag 31.12.2010 einen Gesamtabschluss aufstellen, in dem Bilanz und Ergebnisrechnung der Kommune mit den Ergebnissen des gleichen Jahres aller verselbständigten Aufgabebereiche öffentlich und privatrechtlicher Form zusammengeführt und konsolidiert werden (z.B. Beteiligungen, Anstalten, Zweckverbände, Stiftungen).
Gesamtergebnisplan	Der Gesamtergebnisplan ist das der Gesamtergebnis-rechnung entsprechende Planungsinstrument; er ist Bestandteil des Haushaltsplanes.
Gesamtergebnisrechnung	Sie entspricht der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung und ist Bestandteil des kommunalen Jahresabschlusses. Ertrag und Aufwand werden gegenübergestellt; der Saldo stellt den Jahresüberschuss bzw. den Jahresfehlbetrag dar. Das Ergebnis vermehrt oder vermindert das Eigenkapital.

Gesamtfinanzplan	Im NKF wird die dritte Planungskomponente (siehe Drei-Komponenten-System) als Gesamtfinanzplan bezeichnet. Der Gesamtfinanzplan ist Bestandteil des Haushaltsplanes.
Gesamtfinanzrechnung	Sie ist Bestandteil des Jahresabschlusses und stellt dort alle empfangenen Einzahlungen und alle geleisteten Auszahlungen gegenüber. Planerischer Gegenpol der Gesamtfinanzrechnung ist der Gesamtfinanzplan.
Geschäftsbesorgungsentgelt	Zahlung aus dem Haushalt der Stadt zum Ausgleich des Aufwandes einer privatrechtlich organisierten Einrichtung der Stadt, z.B. der FOGA GmbH, die bei der Erstellung einer Leistung dieser Einrichtung für die Stadt entsteht.
Gewerbesteuer	Wichtigste eigene Einnahmequelle der Kommune. Besteuerung des Gewerbeertrages (Gewinns) der örtlich ansässigen Gewerbebetriebe. Die Städte und Gemeinden müssen einen Teil ihres Gewerbesteueraufkommens wieder an Bund und Land abführen (Gewerbesteuerumlage).
Gewinn- und Verlustrechnung	Die GuV ist neben der Bilanz der zweite Bestandteil des kaufmännischen Rechnungswesens. Sie entspricht der Ergebnisrechnung im NKF.
Grundsteuer	Kommunale Einnahme aus der Besteuerung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) und der sonstigen bebauten und unbebauten Grundstücke (Grundstücke B) nach dem Wert des Grundbesitzes (Einheitswert).
Haushaltsausgleich	Die Städte und Gemeinden sind gesetzlich verpflichtet, jährlich einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Der Haushalt ist ausgeglichen, wenn in der Ergebnisrechnung der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Der Haushalt gilt auch bei einem sich ergebenden Fehlbedarf als ausgeglichen, wenn dieser durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann.
Haushaltsplan	Der Haushaltsplan ist eine Zusammenstellung aller im Haushaltsjahr (= Kalenderjahr) • anfallenden Erträge und eingehenden Einzahlungen • entstehenden Aufwendungen und zu leistenden Auszahlungen, • notwendigen Verpflichtungsermächtigungen. Er ist in einen Ergebnisplan und Finanzplan sowie in Teilpläne gegliedert. Er stellt die Grundlage für die Haushaltswirtschaft der Gemeinde dar. Der Haushaltsplan hat nicht den Charakter einer Haushaltssatzung, hat also keine Außenwirkung, ist jedoch wichtigster Bestandteil der Haushaltssatzung.
Haushaltssatzung	Die Gemeinde muss jedes Jahr eine Haushaltssatzung erlassen. Sie ist eine gemeindliche Satzung, hat also Außenwirkung. Sie enthält die Festsetzung 1. des Haushaltsplans, 2. der Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage und der Verringerung der allgemeinen Rücklage,

3. des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung (früher: Kassenkredite),
4. der kommunalen Steuersätze (Grundsteuer, Gewerbesteuer) und
5. des Jahres, in dem der Haushaltsausgleich wieder hergestellt ist.

Haushaltssicherungskonzept

Ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) dient dem Ziel, die künftige, dauernde Leistungsfähigkeit einer Kommune wieder herzustellen. Ein HSK bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Es ist aufzustellen, wenn

1. der Ansatz der allgemeinen Rücklage in der Bilanz um mehr als ein Viertel verringert wird oder
2. der Ansatz der allgemeinen Rücklage in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren um mehr als ein Zehntel reduziert wird oder
3. innerhalb eines Zeitraums der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die allgemeine Rücklage aufgebraucht wird.

Haushaltssperren

Der Rat kann Ausgabeansätze und Verpflichtungs-ermächtigungen sperren. Bevor die entsprechenden Ausgabeansätze in Anspruch genommen werden oder Verpflichtungen eingegangen werden, ist diese Sperre dann im lfd. Haushaltsjahr formal aufzuheben.

Haushaltsvermerke

Im Haushaltsplan kann bestimmt werden, dass Mehrerträge bestimmte Ermächtigungen für Aufwendungen erhöhen und Mindererträge Ermächtigungen für Aufwendungen vermindern. Das gleiche gilt für Mehreinzahlungen oder Mehrauszahlungen für Investitionen. Innerhalb von festgelegten Budgets können Erträge und Aufwendungen flexibel bewirtschaftet werden. Derartige Festlegungen erfolgen im Haushaltsplan durch entsprechende „Haushaltsvermerke“ bei den einzelnen Produkten oder in der Haushaltssatzung.

Hundesteuer

Die Hundesteuer ist eine örtliche Aufwandssteuer. Es handelt sich um eine besondere Steuer auf den Privatkonsum, nämlich die Haltung von Hunden.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände sind Bestandteil des Anlagevermögens, also auf der Aktivseite der Bilanz zu finden. Es handelt sich im Wesentlichen um Lizenzen, Konzessionen, Geschäftswerte, Patente o.ä.

Inventar

Das Inventar ist das Ergebnis der Inventur, nämlich der bewertete Vermögensbestand (Vermögen, Schulden, Eigenkapital).

Inventur

Zusammenstellung des städtischen Vermögens durch Zahlen, Messen, Wiegen und Schätzen bzw. buchmäßige Fortschreibung anhand von Belegen.

Inventurrichtlinie

Interne Regelung, in der die grundsätzlichen Verfahrensschritte für die Organisation und die Durchführung der jährlichen Inventur verbindlich festgelegt werden.

Investitionen

Es handelt sich hierbei um Auszahlungen, die das auf der Aktivseite der Bilanz dargestellte Vermögen der Stadt erhöhen, z.B. Auszahlungen für Baumaßnahmen, Beschaffung von

	Vermögensgegenständen (Fahrzeuge) oder Erwerb von Grundstücken.
Investitionsförderungsmaßnahmen	Zuweisungen, Zuschüsse oder Darlehen, die für Investitionen Dritter (z.B. Vereine) gewährt werden.
Ist - Auszahlungen	Die tatsächlichen Auszahlungen der Kasse.
Ist - Einzahlungen	Die tatsächlichen Einzahlungen der Kasse.
Jahresabschluss	Der Jahresabschluss stellt das Spiegelbild des Haushaltsplanes dar und dokumentiert das Ergebnis seiner Ausführung. Hauptbestandteile sind die drei Komponenten Bilanz, Gesamtergebnisrechnung und Gesamtfinanzzrechnung. Weitere Bestandteile sind der Anhang und der Lagebericht.
Jahresergebnis	Die Differenz aller Erträge und Aufwendungen der Kommune im Haushaltsplan und im Jahresabschluss wird als Jahresergebnis bezeichnet.
Kassenreste	Die Beträge, um die die Soll-Einnahmen höher sind als die Ist-Einnahmen (Kasseneinnahmereste) bzw. die Soll-Ausgaben höher sind, als die Ist-Ausgaben (Kassenausgaberreste) und die in einem späteren Haushaltsjahr zu zahlen sind. In der kommunalen Bilanz werden diese als offene Forderung bzw. Verbindlichkeit bezeichnet.
Kennzahlen	Kennzahlen sind einfache statistische oder rechnerisch ermittelte Werte, durch die im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung Kostenvergleiche angestellt werden können, Kosten je Kostenträger dargestellt werden können oder auch der Grad der Zielerreichung überprüft werden kann.
Kredite	Das unter Verpflichtung der Rückzahlung von Dritten aufgenommene Kapital zur Finanzierung von Investitionen (langfristig) oder zur Liquiditätssicherung (kurzfristig, früher Kassenkredite).
Kredite zur Liquiditätssicherung	Geldmittel von Dritten (in der Regel Banken) zur (Zwischen-) Finanzierung der lfd. Auszahlungen des Finanzplanes. Es handelt sich hierbei um die alten Kassenkredite. Der Stand der Kassenkredite muss in der Bilanz ausgewiesen werden.
Kreditähnliche Geschäfte	Die Begründung von Zahlungsverpflichtungen für die Stadt, die im Ergebnis einer Kreditaufnahme gleichkommen, nennt man kreditähnliches Geschäft (z.B. Leasingverträge, Bausparverträge, Leibrentenverträge, u.ä)
Kreisumlage/Städteregionumlage	Die Kreise (Städteregion) sind (ebenso wie die Landschaftsverbände) umlagefinanzierte Gebietskörperschaften. Der in diesen Gebietskörperschaften anfallende Finanzierungsbedarf ist von den Kommunen über die Kreisumlage/Städteregionumlage aufzubringen. Die Berechnung erfolgt auf der Basis eines vom Städteregionstag beschlossenen Umlagesatzes unter Berücksichtigung der Finanzkraft der einzelnen Kommunen.

Kosten	In Geld bewerteter Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen für die Erstellung einer Leistung.
Kosten- und Leistungsrechnung	Als zusätzliches Steuerinstrument soll im NKF eine KLR ge-führt bzw. aufgebaut werden. Ziele können insbesondere sein, Kosten verursachungsgerecht zu ermitteln, Entgelte zu berechnen, Kennzahlen zu ermitteln oder Wirtschaftlichkeitsvergleiche durchzuführen.
Kostenart	Dieser Begriff beantwortet in der Kosten- und Leistungsrechnung die Frage, welche Art von Kosten angefallen sind (z.B. Personalkosten).
Kostenstelle	Dieser Begriff beantwortet in der Kosten- und Leistungsrechnung die Frage, wo Kosten angefallen sind (z.B. Rathaus, Grundschule XY, etc.).
Kostenträger	Dieser Begriff beantwortet die Frage, in welchem Produkt die Kosten angefallen sind (z.B. Grundschule, Kämmerei).
Lagebericht	Der Lagebericht ist Bestandteil des Jahresabschlusses. Er hat die Finanzsituation der Kommune objektiv und treffend darzustellen, so dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage vermittelt wird. Des Weiteren sind Vorgänge von besonderer Bedeutung sowie die voraussichtliche Entwicklung in den kommenden Jahren darzustellen. Der Lagebericht unterliegt der Prüfung des Rechnungs-prüfungsausschusses und der Gemeindeprüfungsanstalt.
Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung	Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung ist Bestandteil des Haushaltsplanes. Darin sind die Daten des lfd. Haushaltsjahres für die drei folgenden Jahre fortzuschreiben. Die notwendigen Daten werden im Gegensatz zum früheren Haushaltsrecht nicht mehr in einem gesonderten Teil des Haushaltsplanes zusammengefasst, sondern in den Ergebnis- und Finanzplan des lfd. Haushaltsjahres integriert.
Niederschlagung	Befristete oder unbefristete Zurückstellung der Weiterverfolgung eines fälligen Anspruchs der Gemeinde ohne Verzicht auf den Anspruch selbst.
Passiva	Summe von Eigenkapital, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passiven Rechnungsabgrenzungs-posten, die auf der rechten Seite der Bilanz aufgeführt sind. Die Passiva einer Bilanz geben somit Auskunft über Mittelherkunft.
Pensionsrückstellungen	Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen der Kommune aufgrund der Alters- und Hinterbliebenenversorgung insbesondere der Beamten. Voraussetzung für die Bildung von Pensionsrückstellungen ist, dass der Pensionsberechtigte einen Rechtsanspruch auf einmalige oder laufende Pensionsleistungen hat.
Produkt	Im Haushaltsplan einer Stadt sind der Ergebnisplan und der Finanzplan in Teilpläne zu gliedern. Diese Teilpläne sind produktorientiert aufzustellen. Ein Produkt stellt einen

Leistungsbereich einer Kommune dar. Der Haushalt besteht demnach aus einer Vielzahl von Produkten.

Produktbereich

Ein Produktbereich besteht aus mehreren thematisch zusammengefassten Produktgruppen. Die Bereiche sind vom Gesetzgeber formal für die Kommunen verbindlich festgelegt worden (Produktrahmen). Darunter ist die Kommune in der Ausgestaltung frei.

Produktgruppe

Eine Produktgruppe besteht aus mehreren thematisch zusammengefassten Produkten.

Produktrahmen

Der Innenminister für das Land Nordrhein-Westfalen hat einen für alle Kommunen verbindlich festgelegten Produktrahmen mit insgesamt 17 Produktbereichen vorgegeben. Hieran müssen sich alle Kommunen halten, unterhalb der Produktbereiche (Produktgruppen, Produkte) können die Kommunen den Detaillierungsgrad ihres Haushaltsplanes selbst bestimmen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Bilanz kennt sowohl auf der Aktivseite als auch auf der Passivseite Rechnungsabgrenzungsposten (RAP); über diese Positionen in der Bilanz werden Aufwendungen und Erträge den einzelnen Haushaltsjahren periodengerecht (= jahresbezogen nach der Entstehung) durch entweder aktive oder passive Abgrenzung zugerechnet.

Aktive RAP sind vor dem Bilanzstichtag geleistete Auszahlungen, soweit sie Aufwand für eine Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Passive RAP sind vor dem Bilanzstichtag eingegangene Einzahlungen, soweit sie den Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Ressourcenverbrauch

Verbrauch von Gütern, Arbeitsleistungen und Dienstleistungen, ausgedrückt in Aufwand. Sowohl Ergebnisplan als auch in der Ergebnisrechnung wird durch den Aufwand der Ressourcenverbrauch ausgedrückt. Im weiteren Sinne versteht man hierunter jeden Vorgang, der das Vermögen vermindert.

Rückstellungen

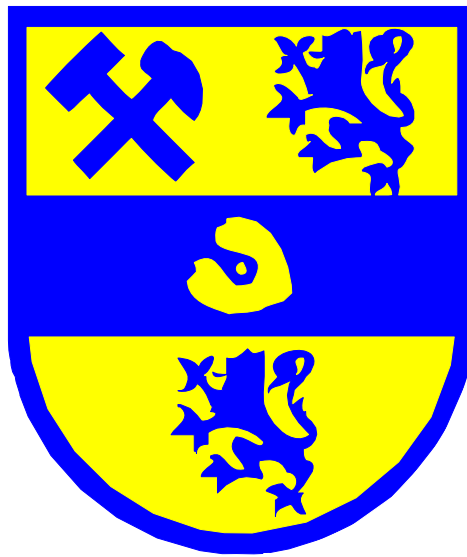
Rückstellungen sind Verbindlichkeiten (bzw. Rückstellungen hierfür), die hinsichtlich ihrer Entstehung und/oder Höhe ungewiss sind, jedoch hinreichend sicher erwartet werden. In der kommunalen Bilanz sind Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung der klassische Fall der Bildung einer Rückstellung.

Schlüsselzuweisungen

Allgemeine Zuweisungen des Landes, die die Städte und Gemeinden jedes Jahr im Rahmen des Finanzausgleichs bekommen. Die Höhe richtet sich nach bestimmten Faktoren: auf der einen Seite spielt die Steuerkraft einer Kommune eine Rolle, auf der anderen Seite werden auch die Belastungen einer Kommune z.B. durch die Anzahl der Einwohner oder die Vorhaltung von Schulen etc. mit berücksichtigt. Die Modalitäten des Finanzausgleichs, also auch die Höhe der Schlüsselzuweisungen, werden jedes Jahr durch ein Landesgesetz (Gemeindefinanzierungsgesetz) neu geregelt.

Schulden	Rückzahlungsverpflichtungen einer Kommune aus ihren Kreditaufnahmen und Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen.
Sonderposten	Sonderposten finden wir auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Nach den gesetzlichen Bestimmungen zum NKF unterscheiden wir: • Sonderposten für Zuwendungen für investive Maßnahmen, • Sonderposten für Beiträge, • Sonderposten für den Gebührenausschlag (Jahresüberschüsse aus den Gebührenhaushalten) und • Sonstige Sonderposten (z.B. Sachverhalte bei denen sich Dritte durch Geldzahlung einer Verpflichtung entbinden – Stellplatzablöse).
Teilergebnisplan/ Teilergebnisrechnung/ Teilfinanzplan/ Teilfinanzrechnung	Sowohl in der Haushaltsplanung als auch im Jahresabschluss ist für alle Produkte, Produktgruppen oder Produktbereiche ein Teilergebnisplan bzw. eine Teilergebnisrechnung zu erstellen. Als Mindestgliederung sind hierfür die vom Innenminister vorgegebenen 17 Produktbereiche, also 17 Teilpläne vorzusehen. Dies gilt auch für die Teilfinanzplanung bzw. Teilfinanzrechnung.
Tilgung von Krediten	<u>Ordentliche Tilgung</u> Die Leistung des im Haushaltsjahr zurückzuzahlenden Betrages bis zur in den Rückzahlungsbedingungen festgelegten Mindesthöhe. <u>Außerordentliche Tilgung</u> Die über die ordentliche Tilgung hinausgehende Rückzahlung einschließlich Umschuldung.
Überplanmäßige Auszahlungen/ Aufwendungen	Auszahlungen / Aufwendungen, die die im Haushaltsjahr veranschlagten Beträge und die Haushaltsreste übersteigen.
Überschuss	Der Betrag, um den die Gesamterträge die Gesamtaufwendungen übersteigen.
Umschuldung	Die Ablösung von Krediten durch andere Kredite.
Umlaufvermögen	Zum Umlaufvermögen gehören alle Gegenstände, die zum Verbrauch, Verkauf oder anderer kurzfristiger Nutzung bestimmt sind, z.B. Vorräte, Forderungen, Kassenbestand. Das Umlaufvermögen ist auf der Aktivseite der Bilanz darzustellen.
Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten sind alle am Bilanzstichtag dem Grunde, der Höhe und der Fälligkeit nach feststehenden Schulden. Sie sind in der Bilanz auf der Passivseite mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.
Verfügungsmittel	Beträge, die dem Bürgermeister für dienstliche Zwecke, für die keine Aufwendungen veranschlagt sind, zur Verfügung stehen.
Vergnügungssteuer	Die Vergnügungssteuer ist eine örtliche Aufwandssteuer durch die „in der Gemeinde veranstaltete Vergnügen“ besteuert werden. Hierzu gehören überwiegend der Betrieb von Spiel- und Unterhaltungsgeräten und die Durchführung von

	Tanzveranstaltungen. Das Steueraufkommen fließt ausschließlich der Kommune zu.
Verlustausgleich	Zahlungen aus dem Haushalt der Stadt, die den Verlust einer privatrechtlichen organisierten Einrichtung der Stadt, z.B. der FOGA GmbH, ausgleichen.
Verpflichtungsermächtigungen	Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen zur Leistung von Investitionsauszahlungen im Folgejahr bzw. in den Folgejahren (z.B. Ermächtigung zum Erteilen eines Bauauftrages, wodurch in den Folgejahren Zahlungs-verpflichtungen entstehen).
Verwaltungsgebühren	Gebühren für eine spezielle Verwaltungsleistung, z.B. Erteilung einer Genehmigung. Sie dürfen nur erhoben werden, wenn diese Verwaltungsleistung ausdrücklich beantragt wurde oder die einen Dritten unmittelbar begünstigt.
Vorjahr	Das den Haushaltsjahr vorangehende Jahr.
Vorschüsse	Beträge, die sich auf den Haushalt beziehen, dürfen als Vorschüsse behandelt werden, wenn die Verpflichtung feststeht und die Deckung gewährleistet ist, die Ausgabe aber noch nicht endgültig im Haushalt gebucht werden kann.
Verwahrgelder	Einnahmen, die sich auf den Haushalt beziehen, dürfen als Verwahrgelder nur behandelt werden, so lange ihre endgültige Buchung im Haushalt nicht möglich ist.
Zuschüsse	Geldleistungen der Kommune an den unternehmerischen oder privaten Bereich, z.B. an Vereine oder soziale Einrichtungen (= Auszahlungen).
Zuweisungen	Beteiligungen an städtischen Ausgaben durch das Land oder den Bund (= Einzahlungen).



Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung

AktG
AO
ArbschG
ArbStättV
ArbZG
AsylBLG
AuslG
BauGB
BauNVO
BauO NRW
Beamtenrecht
BestG NRW
BetrSichV
BGB
BlmSchG
BNatSchG
BWaldG
BWG
BWO
DSchG NRW
DSG
DVO VIVBVEG

EnEG
EStG
EuWG
EuWO
FamNÄndG
FeV
FFH - Richtlinie
FGG
FlurbbrG
FSHG
FwDV
GastG
GastVO
GBO
GemHVO NRW
GewO
GewStG
GFG NRW
GFRG
GG
GKG
GO NRW
GrESTG
GrStG
GTK
GVFG
GWB
Hausmeister TV

Gesetz

Aktiengesetz
Abgabenordnung
Arbeitsschutzgesetz
Arbeitstättenverordnung
Arbeitszeitgesetz
Asylbewerberleistungsgesetz
Ausländergesetz
Baugesetzbuch
Baunutzungsverordnung
Bauordnung NRW
Beamtenrecht
Bestattungsgesetz NRW
Betriebssicherheitsverordnung
Bürgerliches Gesetzbuch
Bundesimmissionsschutzgesetz
Bundesnaturschutzgesetz
Bundeswaldgesetz
Bundeswahlgesetz
Bundeswahlordnung
Denkmalschutzgesetz NRW
Datenschutzgesetz
Verordnung zur Durchführung über das Verfahren bei Volksinitiativen,
Volksbegehren und Volksentscheiden
Energieeinsparungsgesetz
Einkommenssteuergesetz
Europawahlgesetz
Europawahlordnung
Familiennamenänderungsgesetz
Fahrerlaubnisverordnung
Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie
Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Flurbereinigungsgesetz
Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistungen
Feuerwehr-Dienstvorschriften
Gaststättengesetz
Gaststättenverordnung
Grundbuchordnung
Gemeindehaushaltsverordnung NRW
Gewerbeordnung
Gewerbsteuergesetz
Gemeindefinanzierungsgesetz NRW
Gemeindefinanzreformgesetz
Grundgesetz
Gerichtskostengesetz
Gemeindeordnung NRW
Grunderwerbssteuergesetz
Grundsteuergesetz
Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder
Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Hausmeister Tarifvertrag

HGB	Handelsgesetzbuch
HOAI	Verordnung über die Honorare von Architekten und Ingenieuren
IndBauR	Industriebaurichtlinie
InsO	Insolvenzordnung
IPR	Internationales Privatrecht
JArbSchG	Jugendarbeitsschutzgesetz
JGG	Jugendgerichtsgesetz
KAG	Kommunalabgabengesetz
KHG NRW	Krankenhausgesetz NRW
KorruptionsbG	Gesetz zur Bekämpfung der Korruption
KWahlG	Kommunalwahlgesetz
KWahlO	Kommunalwahlordnung
LabfG NRW	Landesabfallgesetz NRW
LaufG NRW	Landesaufnahmegesetz NRW
LFG	Lohnfortzahlungsgesetz
LFoG NRW	Landesforstgesetz NRW
LG NRW	Landschaftsgesetz NRW
LGG NRW	Landesgleichstellungsgesetz NRW
LimschG NRW	Landesimmissionsschutzgesetz NRW
LpartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
LPrG NRW	Pressegesetz für das Land NRW
LPVG NRW	Landespersonalvertretungsgesetz NRW
LStR	Lohnsteuerrichtlinien
LV NRW	Landesverordnung NRW
Lverf NRW	Landesverfassung NRW
LWahlG NRW	Landeswahlgesetz NRW
LWahlO NRW	Landeswahlordnung NRW
LWG	Landwirtschaftsgesetz
MeldG	Meldegesetz
MRRG	Melderechtsrahmengesetz
NachbG NRW	Nachbarrechtsgesetz NRW
ÖPNV - Nutzer	Öffentlicher Personennahverkehr - Nutzer
OBG NRW	Ordnungsbehördengesetz NRW
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PAuswG	Gesetz über Personalausweise
PflSchGz	Pflanzenschutzgesetz
PStG	Personenstandsgesetz
PsychKG NRW	Psychische Krankheiten Gesetz NRW
RentenG	Rentengesetz
RettG NRW	Rettungsgesetz NRW
RPO	Rechnungsprüfungsordnung
SchulbauR	Schulbaurichtlinie
SchulG NRW	Schulgesetz NRW
SchpflG	Gesetz über Schulpflicht
SGB	Sozialgesetzbuch
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
StrWG NRW	Straßen- und Wegegesetz NRW
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
TAG	Tagesbetreuungsausbaugesetz
TierSchG	Tierschutzgesetz
TPrüfVO	Technische Prüfverordnung
TVöD	Tarifverträge öffentlicher Dienst
USG	Unterhaltssicherungsgesetz
UVG	Unterhaltsvorschussgesetz
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge

VkVO	Verkehrsstättenverordnung
VO	Verdingungsordnung der Stadt Alsdorf
VOB	Verdingungsordnung für Bauleistungen
VOB - A	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen im Bereich A
VOF	Verdingungsordnung für Leistungen und freiberufliche Leistungen
VOL	Verdingungsordnung für Leistungen und Lieferungen
VStättVO	Versamlungsstättenverordnung
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
WbG	Weiterbildungsgesetz
WEG	Wohnungseigentumsgesetz
WfG	Wachstumsförderungsgesetz
WoBindG	Wohnungsbindungsgesetz
WoGG	Wohnungsgeldgesetz
WPflG	Wehrpflichtgesetz
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung